

Clausewitz-Gesellschaft • Jahrbuch 2021

Clausewitz-Gesellschaft

Jahrbuch 2021

Eine Publikation der
Clausewitz-Gesellschaft e.V.

ISBN: 978-3-9816962-7-1



Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Jahrbuch 2021

Eine Zusammenfassung von Beiträgen
aus der Arbeit der Gesellschaft 2021

Die Jahrbücher der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Band 17 Jahrbuch 2021

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber und Copyright 2022 Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg
Internet: www.clausewitz-gesellschaft.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenze des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bzw. der Autoren unzulässig.

Redaktion und Lektorat: Hans-Joachim Gemballa, Werner Baach, Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Layout und Satz: Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz
Umschlaggestaltung: Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz
Gesamtherstellung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Umschlagabbildung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

ISBN: 978-3-9816962-7-1

Inhalt	Seite
Editorial	6
Der besondere Beitrag	
Die Bundeswehr in der neuen Legislaturperiode Eberhard Zorn	14
Kapitel I	
Aktuelle sicherheitspolitische Themen	
Empfehlungen zur strategischen Ausrichtung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Ausgewählte Ergebnisse der Studienphase im Lehrgang General- stabsdienst und Admiralstabsdienst National 2019 Moritz Plettau Marco Kalb Sascha Tiedemann Florian Vosgerau	26
Die neuen Kriege und der Wandel der Weltordnung Herfried Münkler	39
Die Bedeutung nuklearer Waffen in einer Welt vieler Krisen und Konflikte Klaus Olshausen	61
Sicherheit im Indopazifik und Deutschlands Interessen Oliver Corff	87
Kapitel II	
Bundeswehr und Gesellschaft	
„Wofür wir kämpfen“ Gedanken zu Moral und Motivation unserer Soldaten im Einsatz- spektrum Hans-Werner Fritz	104

Der Beitrag der Streitkräftebasis und des Nationalen Territorialen Befehlshabers zur gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge Martin Schelleis	117
--	-----

Kapitel III

Beiträge der Sektion Schweiz

Clausewitz: Philosophische Prägung und Denkmethodik Mauro Mantovani	126
Carl von Clausewitz, Harry G. Summers und das amerikanische Scheitern in Vietnam Marcel Berni	136
Über das Leben und den Charakter von Ernest Grosselin Roland Beck	145

Kapitel IV

Historische Themen

Aus der Werkstatt deutsch-deutscher Militärgeschichte Ein Zeitzeugenbericht zum Wandel der Operationsplanung des Militärbezirks V – 5. Armee der Nationalen Volksarmee im Rahmen der Warschauer Vertragsorganisation Friedrich K. Jeschonnek Siegfried Lautsch	150
Percy Ernst Schramm (1894 - 1970) Historiker – Reserveoffizier – Führer des Kriegstagebuchs im Oberkommando der Wehrmacht Michael P. Vollert	197

Kapitel V

Aus der Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft

Das Wiener Strategie-Konzert Manuela R. Krüger Christian O.E. Millotat	226
--	-----

Herausforderungen nationaler Sicherheitsvorsorge in der globalen Welt!	
Bericht zum Berliner Colloquium 2021	
Hans-Joachim Gemballa	252
Global oder irrelevant – ist die NATO richtig aufgestellt?	
Bericht zur 54. Sicherheitspolitischen Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft	
Hans-Joachim Gemballa	259
Schwerpunkte der Clausewitz-Gesellschaft für das Jahr 2022	268
Bildnachweis	273

EDITORIAL

Liebe Angehörige der Clausewitz Gesellschaft, Freunde und Förderer, liebe Leser unseres Jahrbuchs 2021,

zum 17. Mal in Folge geben wir das Jahrbuch der Clausewitz-Gesellschaft heraus.

Das Jahr 2021 war geprägt von dem Bemühen, im Rahmen des pandemiebedingten Möglichen auch wieder Präsenzveranstaltungen zu ermöglichen. Nach den harten Restriktionen der ersten Monate, nach Lockdowns und Videokonferenzen, war es dann auch befreiend, das Berliner Kolloquium in Zusammenarbeit mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, zwar immer noch teilweise Hybrid, aber doch auch mit Präsenz im Juni durchführen zu können. Das Thema der nationalen Krisenvorsorge wurde nur wenig später im Ahrtal und an der Erft im hohen Maße aktuell.

Mit der 54. Sicherheitspolitischen Informationstagung Ende September ist es dann gelungen, wieder ein gutes Maß an alter Normalität zu erreichen, so dass wir uns angemessen mit den Fragen der Zukunftsentwicklung der NATO beschäftigen konnten. Die Mischung aus Präsenz und elektronischer Zuschaltung hat sich dabei erneut bewährt, es ist wohl der Weg für weitere Veranstaltungen.

Über das Jahr haben uns die Rahmenbedingungen der Pandemie dann erneut geknebelt. Die Zahlen waren erschreckend, die Spaltung der Gesellschaft über die Frage der Verhaltensregeln und der Immunisierung ist prägend bis in unsere Tage. Das Strategieseminar, das ich in der Landesvertretung Sachsen-Anhalts beim Bund für den 16. Dezember unter dem Oberthema „Bewertung des

Afghanistan-Einsatzes“ geplant hatte, konnte nicht durchgeführt, es war nicht zu verantworten. Bleiben wir geduldig.

Zu laut waren die Rufe, die Streitkräfte hätten versagt, wo sie doch die Einzigen waren, die ihren Auftrag bis zum bitteren Ende durchgeführt haben.

Natürlich ist die Diskussion zum Einsatz am Hindukusch, die Rolle der Streitkräfte und die Fragen gesamtstaatlicher Aufga-

ben im Internationalen Krisenmanagement auch weiter hochaktuell. Zu laut waren die Rufe, die Streitkräfte hätten versagt, wo sie doch die Einzigen waren, die ihren Auftrag bis zum bitteren Ende durchgeführt haben. Es wäre sicher interessant, was Clausewitz zum „Comprehensive Approach“ zu sagen gehabt

hätte. Für die Entwicklungen in Afghanistan gibt es keine Schuldigen, nur Versäumnisse.

Afghanistan ist aber auch in anderer Hinsicht von hoher Bedeutung. Für die Bundeswehr, aber auch die Streitkräfte unserer Partnernationen hatte der Einsatz gravierende rüstungspolitische und strukturelevante Konsequenzen. Damit einher geht das, was uns unter dem Schlagwort „Afghanisierung der Bundeswehr“ und dem Fähigkeitsverlust im Bereich der Landes- und Bündnisverteidigung noch lange beschäftigen wird.

Die Entwicklung in Afghanistan hat nicht nur im Land selber viel Engagement und viel Erreichtes über 20 Jahre zerstört oder zumindest gefährdet, sie hat auch der Allianz geschadet. Es war zwar ein internationales Engagement und nicht der NATO-Fall – aber es war ein Einsatz der NATO, das Bündnis steht natürlich vor Fragen von Verlässlichkeit, gemeinsamer Verantwortung und gegenseitiger Kommunikation. Gerade viele neue Partner, denen das gegenseitige Schutzversprechen Ansporn, ja Sicherheitsgarantie war und ist, werden diese Entwicklung mit Sorge beobachtet haben.

Wladimir Putin wird das alles erfreut haben, die Schwächung der Allianz hat ganz sicher sein weiteres Verhalten beeinflusst.

Sicherheitspolitik lebt von Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit weit über Legislaturperioden hinaus, Abschreckung lebt von überzeugenden Fähigkeiten und klaren Prinzipien.

In einer Zeit, in der wir Russland und seine Interessenssphäre, aber auch China wieder mit sicherheitspolitischer Sorge betrachten müssen, ist dies nicht nur unerfreulich, sondern gefährlich. Sicherheitspolitik lebt von Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit weit über Legislaturperioden hinaus, Abschreckung lebt von überzeugenden Fähigkeiten und klaren Prinzipien. Zum Jahresende mussten wir erleben, wie Russland und sein Vasall Weißrussland genau dies austesteten, nicht ohne Grund im Jahr von Wahlen und neuen Regierungsbildungen in den USA, in Deutschland und Frankreich.

Die Rücksichtslosigkeit und zynische Instrumentalisierung von Not und Elend sind Waffen, deren Anwendung wir nicht verstehen und verurteilen mögen, die aber eingesetzt werden. Und so, wie sich die Herrscher im Kreml zu Zeiten der Sowjetunion über Ostermarschierer gefreut und sie instrumentalisiert haben, so werden die heutigen Herren im Kreml sich an der Spaltung der Gesellschaft über einfache Fragen wie Immunisierung gegen eine Seuche, Migrationsängste und absolute Konzentration auf nationale Klimaalleingänge erfreut haben.

Energiesicherheit als zentrale nationale Aufgabe jeder Bundesregierung ist damit auch eine Waffe geworden, die nun leider gegen uns eingesetzt wird.

Russland ist, vor allem für die europäischen Partner im Norden und Osten des Kontinents, heute wieder Hauptbedrohung. Durch sein gewaltiges Waffenpotential, nuklear, konventionell und nur allzu oft reichweitenüberlegen, ist es dies vor allem militärisch der Fall. In all den Jahren, in denen wir bemüht waren, Krisenherde zu stabilisieren, hat Russland konzentriert an seiner Wiedererstarkung in diesen Bereichen gearbeitet und beachtliche Fähigkeiten entwickelt. Dies bedroht vor allem europäische Partner, da eine umfassende maritime Herausforderung wie zu Zeiten des Kalten Krieges nicht erkennbar ist – vielleicht auch nicht sein muss, wenn weitreichende Systeme mit Hypergeschwindigkeit große Überwasserziele verwundbar machen.

Solange Russland dabei rational vorging, war dies vor allem ein herausfordern, testen, und auch bedrohen der Allianz. Aus russischer Sicht gehörte allerdings auch die offene Gewalt jenseits der NATO Grenzen, zum Beispiel in der Ukraine, zum diesem Austesten – früher hieß das „show of force“. Dass dies nicht nach den Wünschen und Vorstellungen des Kremls verlaufen ist und inzwischen eher das Gegenteil erreicht, war sicher eine böse Überraschung.

Langfristig ist China wohl die größere Herausforderung, denn hier geht es nicht nur um die Entwicklung militärischer Fähigkeiten – die beeindruckend wachsen – sondern auch um die Frage des Systemwettbewerbs. Ich hatte dazu in meinem Vorwort zum Jahrbuch 2020 etwas gesagt:

„Heute erscheinen die westliche Staatsordnung, ihre mühsam erworbenen Freiheiten und nicht gut verteidigten gemeinsamen Werte wie ein Ancien Regime, das einer zunehmenden Zahl despotischer Regierungsformen in offener Konkurrenz gegenübersteht. Dabei ist besonders bemerkenswert, dass diese Bedrohung uns heute, anders als im Kalten Krieg, auch aus den eigenen Reihen erwächst. Mit Sorge geht der Blick in eine wachsende Sehnsucht immer breiterer Kreise weg von der Demokratie, so wie wir sie kennen.“

Für so manchen Staatsführer dieser Welt, der auf „den Westen“ guckt und seine demokratischen Staatsformen und Menschenrechtsverständnis bewertet, wird das chinesische System des staatskontrollierten Wohlstands eine Versuchung darstellen, der viele erliegen könnten. China wird dies nutzen, im Wissen um den anstehenden Verteilungswettbewerb um Ressourcen, der längst begonnen

hat. Und China, das in anderen zeitlichen Dimensionen als Wahlkampfperioden denkt und handeln kann, wird dies nutzen, um weit in die Zukunft zu planen – dabei ganz nebenbei nicht vergessen, was Europa ihm vor 100 Jahren angetan hat.

Für Europa ist zudem wichtig, dass die USA in Wirtschaftsfragen kein Freund, sondern auch Konkurrent ist. Damit umgeben uns drei Mühlsteine, die kein Interesse an einem starken Europa haben und jede Fragmentierung a la BREXIT gerne sehen. Die Antwort aus Brüssel darauf ist weit wichtiger als die Länge und Krümmung der europäischen Banane.

Es gibt also mehr als genug Themen, die sich uns für ein Berliner Colloquium, aber auch die 55. Sicherheitspolitischen Informationstagung geradezu aufdrängen. Wir leben in einer hoch volatilen, gefährlichen und unberechenbaren Welt, in der viele altbewährte Mechanismen und Verfahren nicht mehr greifen. Mit dem schlichten Satz – da brauchen wir zunächst mal etwas mehr Diplomatie – ist es nicht getan, wenn Diplomatie keine klaren Grenzen aufzeigt und gegebenenfalls auch durchsetzt. Eine Werkzeugkiste mit vielen Schrauben und Nägeln, aber ohne Schraubenzieher und Hammer ist halt nicht viel wert.

China wird dies nutzen, im Wissen um den anstehenden Verteilungswettbewerb um Ressourcen, der längst begonnen hat. Und China, das in anderen zeitlichen Dimensionen als Wahlkampfperioden denkt und handeln kann, wird dies nutzen, um weit in die Zukunft zu planen

Sobald es geht, wollen wir dann auch wieder in die Strategiegespräche einsteigen, das 16. Strategieggespräch ist überfällig. Und wir müssen die Nähe zu anderen Institutionen suchen, die sich mit denselben Fragen auseinandersetzen – Deutschland fehlt ein sicherheitspolitisches Netzwerk.

Wir werden uns weiterhin um unseren Führungsnachwuchs bemühen, denn die sicherheitspolitisch interessierte und engagierte Generation wird nicht nur unter Fehlentwicklungen zu leiden, sondern deren Herausforderungen auch zu bewältigen haben. In einer immer schnelllebigeren Zeit, mit rasanten technischen Entwicklungen und daraus erwachsenden Abhängigkeiten, sind Desinteresse, Egoismus (fear of missing out und Abenteuerurlaub mit Vollkaskoversicherung), Abwendung von traditionellen Werten und Verfahren sowie Ablehnung von Gemeinschaftswerten eine Gefährdung von innen, die gleichwertig neben der Gefährdung von außen steht.

Allen Lesern dieses Jahrbuches wünsche ich einen guten Verlauf des Jahres 2022, in dem wir die Pandemie hoffentlich endgültig von den Titelseiten verdrängen können. Die Bedrohung wird bleiben, neue Viren werden kommen, die Anfälligkeit unserer Systeme durch die logistische „just in time“ Mentalität, die globalen Abhängigkeiten und die elektronische Verwundbarkeit sucht nach Antworten und Robustheit.

Auch in dieser Ausgabe des Jahrbuchs nimmt uns der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Eberhard Zorn, in seinem **besonderen Beitrag**, mit auf eine sicherheitspolitische „Rundreise“ im aktuellen Jahr. Nach einem Rückblick auf das Jahr 2021, der auch die Fahrt der Fregatte Bayern im Indopazifik thematisiert, beschreibt er die Auswirkungen der ersten Dreierkoalition in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf die Bundeswehr. Neben Gedanken zur Lage der Bundeswehr widmet er sich den Herausforderungen in den Jahren 2022 bis 2024 durch das Engagement in der NRF sowie der VJTF. Ein Exkurs auf das Thema Bundeswehr und Gesellschaft gehört ebenso zu seinem Beitrag, wie die Ereignisse in der Ukraine, seit dem 24. Februar 2022.

Das **Kapitel I** widmet sich aktuellen sicherheitspolitischen Themen. Prominent erscheint hier ein Beitrag eines *Autorenteams des Lehrgangs Generalstabsdienst und Admiralstabsdienst National 2019* zum Thema GSVP. Nach einer Analyse des Ist-Zustands ziehen die Autoren Folgerungen zur Stärkung des Instruments. Dabei beschreiben sie Ziele, Wege und Mittel, die aus Ihrer Sicht berücksichtigt werden müssen. Abschließend machen sie Vorschläge zur Stärkung des operativen Arms der GSVP, sowie der EUBG. *Herfried Münkler* lässt uns teilhaben an seinen Gedanken zum Wandel der Weltordnung in der Folge der „neuen“ Kriege. Er beleuchtet die Auflösung der Westfälischen Ordnung als strukturelle Enthegung des Krieges. Mit aktuellem Bezug erörtert er die Wiederkehr des Söldnertums, diskutiert divergierende Weltordnungsvorstellungen und beschreibt das Thema der hybriden Kriege. *Klaus Olshausen* erklärt ausführlich die Risiken und Bedrohungen durch Nuklearwaffen. Nach einer Sachstandsdarstellung der aktuellen Situation beschreibt er die Herausforderungen des Vertrages zur Nichtverbreitung von Kernwaffen und streift dabei auch die Rolle des Iran. Breiten Raum nimmt die Diskussion der Rolle von Nuklearwaffen bei verschiedenen Akteuren, wie den USA, der NATO, Russland und China ein. Auch das Thema der russischen Mittelstreckenraketen bleibt nicht unerwähnt. Welche Herausforderungen sich aus dem Thema für Deutschland ergeben, flucht er ebenfalls ein. *Oliver Corff* schließlich schaut in seinem Beitrag in den indopazifischen Raum und versucht den Ansatz einer

Erklärung zu den sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands in dieser Region. Nach einer Beleuchtung der unterschiedlichen Akteure im Raum erklärt er die Sicherheitspartnerschaften als rudimentäre Sicherheitsarchitektur. Die Rolle Chinas nimmt dabei einen breiten Raum ein. Zum Abschluss erläutert er die Leitlinien zum Indo-Pazifik der Bundesregierung aus dem Jahr 2020 und verknüpft das mit Beobachtungen aus der Fahrt der Fregatte BAYERN in der Region im vergangenen Jahr.

Die Themen Bundeswehr und Gesellschaft sind bestimmend für den Inhalt des **Kapitels II**. *Hans-Werner Fritz* artikuliert seine Gedanken zur Moral und Motivation deutscher Soldaten im Einsatzspektrum. Nach seiner Feststellung, dass auch die Soldaten der Bundeswehr spätestens seit den Jahren 2009 bis 2011 bei ihrem Dienst in Afghanistan „am scharfen Ende ihres Berufes“ angekommen sind, umreißt er die Themen, die aus seiner Sicht zur Bewältigung dieser Herausforderung notwendig sind. Neben der Rolle der Kameradschaft und weiterer intrinsischer Faktoren als treibende Kraft lässt er jedoch auch nicht die Rolle des Rückhalts in der Gesellschaft außer Acht. Mit dem „freundlichen Desinteresse“ ist es seiner Meinung nach nicht getan! *Martin Schelleis* gewährt uns in seinem Beitrag einen Einblick in den Beitrag der Streitkräftebasis zur gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge. Nach einer Beschreibung der Anstrengungen bei der Amtshilfe während der COVID-Pandemie und der zeitweise parallel erfolgenden Katastrophenhilfe anlässlich der Flutkatastrophe im vergangenen Jahr beschreibt er den Spagat zwischen diesen nicht-militärischen Einsätzen und dem originären Auftrag der Truppe. Daraus folgernd skizziert er Perspektiven für zukünftige Handlungsmöglichkeiten.

Die Beiträge der Sektion Schweiz sind im **Kapitel III** gebündelt. *Mauro Mantovani* untersucht die Beeinflussung der Kriegstheorie von Carl von Clausewitz durch philosophische Konzepte seiner Zeit und stellt die Frage, welche Bedeutung den Denkmethode der Dialektik und der Zweck-Ziel-Mittel-Relation zukommt. Dabei spannt er den Bogen der Einflüsse von Immanuel Kant über Friedrich Hegel bis zu Scharnhorst. Er diskutiert alle Aspekte ausführlich und zieht schließlich ein Fazit. *Marcel Berni* beschreibt die Erkenntnis prominenter amerikanischer Offiziere, dass das Scheitern der USA in Vietnam mit der Missachtung Clausewitzscher Grundsätze zu erklären ist. Die amerikanische Militärstrategie habe seinerzeit Schiffbruch erlitten, weil Militärs, wie auch Zivilisten/ Politiker das Wesen des Krieges nicht verstanden hätten. Schließlich macht uns *Roland Beck* mit der Person des Divisionskommandanten und Politikers Ernest Grosselin bekannt. Er breitet das Leben und die Karriere dieses Mannes vor uns aus und wür-

digst insbesondere dessen ständiges Bemühen um Weiterbildung im Geiste von Carl von Clausewitz. Er sieht ihn gewissermaßen als Idealtypus eines Offiziers.

Historische Themen stehen im Mittelunkt des **Kapitel IV**. *Friedrich K. Jeschonnek* beschreibt in bewährter Weise, zusammen mit *Siegfried Lautsch*, umfangreich und tiefgehend die operative Planung in der NVA auf der Armeeebene. Durch das Einbringen der Expertise aus der NVA-Perspektive sowie eine große Anzahl von eindrucksvollen Dokumenten und Grafiken entsteht ein plastisches Bild der seinerzeitigen Vorgehensweise. Abgerundet durch einen Interview-Anteil wird auch deutlich, inwieweit die Gedanken von Carl von Clausewitz Bestandteil dieser Planungen waren. *Michael P. Vollert* widmet sich in seinem Beitrag der Person von Percy Ernst Schramm in seiner Rolle als Kriegstagebuchführer im Oberkommando der Wehrmacht. In dieser Funktion war Schramm auch Zeitzeuge der Endphase des Dritten Reiches. Intensiv analysiert wird der Lebensweg von Schramm, verbunden mit der Frage, inwieweit er Teil des NS-Systems war. Am Ende des Beitrags versucht der Autor, ein vorsichtiges Fazit zu ziehen.

Schließlich konzentriert sich das **Kapitel V** auf Themen zur Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft. Basierend auf den Erkenntnissen der Wiener Strategiekonferenzen versuchen *Manuela R. Krueger* und *Christian E.O. Millotat* am Beispiel eines Orchesters das harmonische Zusammenwirken in einem strategischen Verbund zu beschreiben. In einer umfangreichen Betrachtung entwickeln sie Gedanken zu einer systematischen Strategieentwicklung. Dabei stützen sie sich auf die Erkenntnisse und Gedanken von Carl von Clausewitz ab. *Hans-Joachim Gemballa* fungiert als Berichterstatter der Veranstaltungen der Clausewitz-Gesellschaft im Jahr 2021. Dabei sind die wesentlichen Erkenntnisse aus dem Berliner Colloquium 2012 unter der Fragestellung „Herausforderungen nationaler Sicherheitsvorsorge in der globalen Welt“ ebenso Thema wie die Erkenntnisse aus der 54. Sicherheitspolitischen Informationstagung, die sich der Frage widmete, ob die NATO weiterhin richtig aufgestellt ist.

Ihnen allen wünsche ich ein gutes, erfolgreiches und vor allem gesundes Jahr 2022. Je öfter wir uns dabei wiedersehen, desto besser. Den Hunger nach Begegnung haben wir in diesem Sommer alle gespürt.

Carsten Jacobson
Generalleutnant a.D.
Präsident der Clausewitz Gesellschaft

Die Bundeswehr in der neuen Legislaturperiode

Eberhard Zorn

Vorbemerkung:

Dieser Namensartikel gibt den Stand und die Bewertung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Lage vom Januar 2021 wieder. Durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine seit dem 24. Februar 2022 sind einige Bewertungen überholt, im aktuellen Kontext missverständlich oder haben sich – leider – mittlerweile als richtig erwiesen. Ein kurzes Nachwort soll helfen, den Artikel im Lichte aktueller Ereignisse einzuordnen, doch auch dieses könnte mit Drucklegung schon wieder überholt sein. Ich bitte die Leserinnen und Leser um Verständnis.

Berlin, im März 2022

Ihr Eberhard Zorn

Das Jahr 2021 war ein Jahr des Umbruchs. Mit dem Abschluss des Afghanistan-Einsatzes endete eine prägende Epoche für die Bundeswehr, mit dem Ende der Ära Merkel tritt die Bundesrepublik nun in einer noch nie dagewesenen Ampel-Koalition politisch in eine neue Zeit ein. Anhand der Clausewitz'schen „wunderlichen Dreifaltigkeit“ (Vom Kriege, I 1 28), repräsentiert durch die Regierung, das Militär und das Volk, möchte ich meine Gedanken zu dieser neuen Zeit teilen.

1. Rückblick 2021

Das Jahr 2021 stand für die Bundeswehr zunächst im Zeichen des internationalen Krisenmanagements. Trotz erheblicher Einschränkungen durch die Corona-Pandemie wurde der Afghanistan-Einsatz in einer beispielhaft geplanten und durchgeführten logistischen Operation abgewickelt. Zeitgleich wuchs unser Engagement in der Sahel-Zone planmäßig auf. Wir sind weiterhin engagiert im Kosovo zur Stabilisierung des Balkans und im Nahen Osten im Kampf gegen den Terrorismus.

Im August entsandte Deutschland die Fregatte BAYERN zu einer monatelangen Ausbildungsfahrt in den Indopazifik, um dort mit unseren Wertepartnern buchstäblich Flagge auch und gerade gegenüber China zu zeigen.

Dazu kamen die weiterhin mit Priorität voranzutreibende Ausrichtung der Bundeswehr auf die Landes- und Bündnisverteidigung, laufende Einsätze und einsatzgleiche Verpflichtungen, Übungen, Ausbildungsvorhaben und – nicht zu vergessen – der fordernde Grundbetrieb.

Im Sommer wurden wir dann vor dem Hintergrund der anhaltenden Unterstützungsleistungen in der Pandemiebewältigung durch die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen und die militärische Evakuierungsoperation aus Afghanistan ohne Vorwarnzeit gleich zweimal gefordert. Es ging buchstäblich um Leben und Tod. Ich bin sehr stolz auf die Leistungen unserer Soldatinnen und Soldaten, die in beiden Fällen bis zur äußersten Erschöpfung und unter Gefährdung des eigenen Lebens genau das Mindset, die Haltung und die Einsatzbereitschaft an den Tag gelegt haben, die wir für die gesamten Streitkräfte benötigen.

Zum Jahresende gibt die weltweite Sicherheitslage Anlass zu großer Sorge, wie ich nur an zwei Beispielen skizzieren möchte.

Nach dem zweiten Militärputsch in Mali blickt das Land mehr als je zuvor in eine ungewisse Zukunft. Im Lichte des mittlerweile als wahrscheinlich geltenden Einsatzes der russischen „Wagner“-Gruppe und weiterer politischer Unruhen in der gesamten Sahel-Zone ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht klar, wie sich die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der G5-Sahel und der internationalen demokratischen Wertegemeinschaft weiter entwickeln wird.

Der russische Aufmarsch an der Grenze zur Ukraine hat das Potenzial, die europäische Sicherheitsordnung, die uns über Jahrzehnte Freiheit, Demokratie und Wohlstand geschenkt hat, nachhaltig zu untergraben. Die Absicht Vladimir Putins ist unklar. Wir müssen also alle Handlungsoptionen im Blick behalten. Das schließt die Möglichkeit einer offenen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine als „most dangerous course of action“ ausdrücklich mit ein. Die transatlantische Gemeinschaft muss jetzt zusammenstehen, gerade mit Blick auf unsere mittelosteuropäischen Alliierten, die sich durch das russische Verhalten meines Erachtens vollkommen zurecht direkt bedroht sehen.

Die transatlantische Gemeinschaft muss jetzt zusammenstehen, gerade mit Blick auf unsere mittelosteuropäischen Alliierten, die sich durch das russische Verhalten meines Erachtens vollkommen zurecht direkt bedroht sehen.

In dieser unübersichtlichen Gemengelage hat die neue Bundesregierung Anfang Dezember 2021 ihre Arbeit aufgenommen.

2. Die Ampel

Die Koalition zwischen SPD, FDP und Grünen mit Olaf Scholz als Bundeskanzler an der Spitze ist die erste Dreierkoalition in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das stellt zweifelsohne eine Zäsur dar.

Der Koalitionsvertrag unter dem Titel „Mehr Fortschritt wagen“ deckt ein breites Portfolio für Sicherheit und Verteidigung ab. Die Bundeswehr soll internationales Krisenmanagement und die Landes- und Bündnisverteidigung „gleichermaßen“ können. Was das bedeutet und wie wir die erforderlichen Mittel dazu bekommen, werden wir im BMVg und im Ressortkreis ausloten müssen.

Der Afghanistan-Einsatz soll durch eine Enquête-Kommission überprüft werden, und zur militärischen Evakuierungsoperation im August soll es einen

Untersuchungsausschuss geben. Die Bundeswehr steht bereit, diese Formate durch unsere in 20 Jahren akribisch gesammelten Erkenntnisse schnell und unbürokratisch zu unterstützen.

Besonders erfreulich finde ich die explizite Erwähnung unserer Reserve sowie der Absicht zur Stärkung der Inneren Führung. Dadurch werden wichtige Ankerpunkte geschaffen, den Dienst als Staatsbürgerin und Staatsbürger in Uniform und die Verortung der Bundeswehr in der Gesellschaft in einer breit angelegten Debatte zu diskutieren.

Alle Auslandseinsätze werden im Zuge der Mandatsverlängerungen evaluiert, insbesondere mit Blick auf die politische Zielsetzung unseres jeweiligen Engagements.

Erstmals werden auch explizite „Exit-Strategien“ gefordert, zweifellos eine Lehre aus Afghanistan. Auch hierbei kann und wird die Bundeswehr einen wesentlichen Beitrag im vernetzten Ansatz der Bundesregierung leisten. Wichtig ist, diesen Prozess transparent gegenüber unseren internationalen Partnern und Verbündeten in der EU und in der NATO, aber auch gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten bzw. Veteraninnen und Veteranen zu gestalten.

Hervorzuheben ist das klare Bekenntnis zu bewaffneten Drohnen, zur nuklearen Teilhabe und somit auch zu einer schnellen Entscheidung bezgl. der TORNADO-Nachfolge. Gerade mit Blick auf das erklärte Ziel der Hand-

lungsfähigkeit in einem starken Europa und Verlässlichkeit im Bündnis sind diese Aspekte für mich folgerichtig und verdienen prioritäre Umsetzung.

Besonders erfreulich finde ich die explizite Erwähnung unserer Reserve sowie der Absicht zur Stärkung der Inneren Führung. Dadurch werden wichtige Ankerpunkte geschaffen, den Dienst als Staatsbürgerin und Staatsbürger in Uniform und die Verortung der Bundeswehr in der Gesellschaft in einer breit angelegten Debatte zu diskutieren.

Große Aufmerksamkeit erhielt die „kritische Bestandsaufnahme“ zu Personal, Material und Finanzen, verbunden mit der Ankündigung, die Bundeswehr „bestmöglich“ ausstatten zu wollen. Die neue Bundesministerin der Verteidigung hat hier auch schon klare Akzente gesetzt, im Schwerpunkt hinsichtlich des Beschaffungswesens. Ich bin zuversichtlich, dass die ersten Arbeitsergebnisse der in der vergangenen Legislaturperiode angestoßenen Untersuchungen konstruktiv in diese Bestandsaufnahme einfließen werden.

Zusammenfassend bildet der Koalitionsvertrag eine solide Ausgangsbasis, die Bundeswehr weiterzuentwickeln, den Dialog mit der Gesellschaft zu fördern und weiter verlässlich im internationalen Umfeld der NATO, EU, VN und OSZE zu agieren.

Gleichzeitig muss die Bundesregierung in ihrer alleinigen Verantwortung für die Formulierung der politischen Ziele im Clausewitz'schen Sinne den ambitionierten Forderungen des Koalitionsvertrags nun gerecht werden, und das nicht nur bei bereits angesprochenen und explizit erwähnten Auslandseinsätzen, sondern auch bei der Landes- und Bündnisverteidigung, der Weiterentwicklung der Bundeswehr und des vernetzten Ansatzes. Von besonderer Bedeutung wird dabei die angespannte Haushaltslage sein, die sich vor allem durch die anhaltende Corona-Pandemie zunehmend verschärft.

Die noch für das Jahr 2022 angekündigte Nationalen Sicherheitsstrategie bietet eine gute Möglichkeit, die vielen Handlungsstränge zusammenzuführen und die sicherheitspolitische Richtung hoffentlich nicht nur für diese Legislaturperiode, sondern im Einklang mit den derzeit in Erarbeitung befindlichen Strategiedokumenten in der NATO und der EU für mindestens ein Jahrzehnt zu bestimmen.

Im Folgenden möchte ich mich dem zweiten Akteur, den Streitkräften, zuwenden und darstellen, was auf die Bundeswehr in der neuen Legislaturperiode zukommt.

3. Die Bundeswehr

Für die Bundeswehr ergibt sich aus dem Koalitionsvertrag kein „Weiter so“, aber eben auch keine „Stunde null“.

Die Nachbereitung des Afghanistan-Einsatzes wird uns weiter beschäftigen. Wichtig ist, dass wir hieraus die richtigen – und nicht vorschnelle! – Schlüsse

für andere Einsatzgebiete und hier vorrangig die Sahel-Zone ziehen. Hierbei müssen wir auch das Verhältnis zu unseren internationalen Partnern und bilateral vorrangig zu den USA und zu Frankreich betrachten.



Generalinspekteur: Wir müssen die Bundeswehr als Ganzes dauerhaft „kaltstartfähig“ machen.

Unser Staatswesen hat in den Krisenlagen des Jahres 2021 festgestellt, dass wir nicht mehr über die Resilienz, die Bevorratung – etwa von Munition und Ersatzteilen – und die Reaktionsfähigkeit verfügen, die wir einmal hatten. Mit unserer reaktionsschnellen Hilfe haben wir in allen Situationen Zeit für Folgemaßnahmen geschaffen.

Manchmal dauert es allerdings länger, bis diese Folgemaßnahmen greifen. Das zeigt mir umso mehr, dass wir als Bundeswehr die im Sommer gezeigte Reaktionsfähigkeit brauchen – in der vollen Bandbreite. Ich fordere sie aber gerade für die Szenarien der Landes- und Bündnisverteidigung. Wir müssen mehr bereithalten als die lange im Voraus geplanten Kräfte der NATO Response Force (NRF) oder der European Battle Group (EU BG). Wir müssen die Bundeswehr als Ganzes dauerhaft „kaltstartfähig“ machen.

Alle Operationen laufen heute in einem extrem schnelllebigen Informationsraum ab. Die sozialen Medien beschleunigen diese Prozesse ungemein, der politische Raum und die Öffentlichkeit wollen quasi im Minutentakt informiert werden. Dieser Erwartung müssen wir Rechnung tragen. Auch die politisch-strategische Entscheidungsebene braucht heute belastbare und faktenreiche Informationen, Bilder und Erklärstücke auf entsprechendem Abstraktionsniveau, um unsere komplexen Operationen zu vermitteln. Um das Informations-

bedürfnis decken zu können und im Informationsraum erfolgreich zu wirken, brauchen wir zudem ein höheres Maß an Offenheit – ohne jedoch unsere Operationsführung zu gefährden.

Dies ist alles nur mit einer durchgehenden, leistungsfähigen, interoperablen Führungsfähigkeit, die von der strategischen bis zur untersten taktischen Ebene reicht, möglich. Diese Durchgängigkeit macht uns reaktionsschnell und befähigt uns, in allen Lagen und Intensitäten dimensionsübergreifend zu agieren. Hier müssen wir dringend nachlegen. Deshalb habe ich die Führungsfähigkeit zu meinem Schwerpunkt gemacht. Auch diese wird im Koalitionsvertrag explizit als Handlungsfeld erwähnt. Gemeinsam mit den Inspektoren der Teilstreitkräfte stimme ich mich eng ab, um hier schnell ans Ziel zu gelangen.

In allen unseren Bestrebungen geht es mir aber vor allem darum, dass wir die unteren Ebenen, vom Bataillon und Geschwader bis hin zur Kompanie, Staffel und seegehenden Einheit, weiter stärken. Denn es sind die Soldatinnen und Soldaten dieser Ebenen, die unsere Aufträge letztlich schultern. Wir müssen ihnen deshalb mehr Handlungsfreiheit geben und sie auch von überflüssiger Administration freihalten. Das ist der Grund, weshalb wir unsere Führungsstrukturen verschlankt, die Schnittstellen verringern und unsere Entscheidungswege verkürzen werden. Die „oben“ freiwerdenden Ressourcen müssen „unten“ reinvestiert werden.

Wir müssen unsere Aufträge auch dann erfüllen, wenn wir nicht alles haben oder bekommen, was wir brauchen. Dann kommt es auf den Ideenreichtum, die Tatkraft, die innere Haltung und auch die individuelle Einsatzbereitschaft an.

Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit gewinnen wir aber auch, indem wir die Kohäsion der Einsatzverbände aller Dimensionen, insbesondere aber die Kohäsion der Großverbände des Heeres mit ihren Unterstützern weiter erhöhen. Diese erreichen wir unter anderem durch kontinuierliches und intensives gemeinsames Üben, bei dem Einsatzgrundsätze abgestimmt und Verfahren eingespielt werden können. Noch wichtiger ist dabei, dass sich durch die Kohäsion Vorgesetzte und Geführte auf allen Ebenen kennen und vertrauen – dadurch wird das Führen mit Auftrag befördert, das uns so erfolgreich macht.

Eines ist mir aber besonders wichtig: Wir müssen unsere Aufträge auch dann erfüllen, wenn wir nicht alles haben oder bekommen, was wir brauchen. Dann kommt es auf den Ideenreichtum, die Tatkraft, die innere Haltung und auch die individuelle Einsatzbereitschaft an.

Den militärischen Evakuierungsverband konnten wir so schnell verlegen, weil wir die Kräfte dauerhaft vorhalten, intensiv beüben und für den Auftrag auch vollausgestattet haben. Hier ist die Kaltstartfähigkeit bereits gegeben. Das ist der Zustand, den wir für die Einsatzverbände aller Dimensionen schnellstmöglich, spätestens jedoch bis 2031, erreichen wollen. Darauf zielen alle unsere Maßnahmen ab, die wir bereits ergriffen haben.

Der Blick zurück zeigt: Wir sind bereits ein gutes Stück vorangekommen. Unsere personellen und materiellen Maßnahmen greifen. Der Ausstattungsgrad in der Truppe steigt spürbar, und Schritt für Schritt werden wir die Bundeswehr bis 2031 in Richtung der angestrebten Vollausstattung führen. Das ist insbesondere mit Blick auf die vor uns liegenden Aufgaben dringend geboten.

Ich bin überzeugt, dass die umfassende Analyse und die in der letzten Legislaturperiode entwickelten Lösungsansätze zu einer konsequenten und effektiven Weiterentwicklung der Bundeswehr weiterhin Bestand haben und wir auf den bereits vorliegenden Arbeitsergebnissen aufbauen können und sollten.

4. Schwerpunktauftrag NRF 2022-2024/ VJTF 2023

Der Schwerpunktauftrag der Bundeswehr in der neuen Legislaturperiode ist die Gestellung eines wesentlichen Anteils der NRF von 2022 bis 2024 und die damit verbundene erneute Übernahme der Führungsverantwortung für die Speerspitze, die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) im Jahre 2023 durch die Panzergrenadierbrigade 37. Die Schwerpunktsetzung ergibt sich zum einen aus der angespannten sicherheitspolitischen Lage, aber auch rein rechnerisch: drei von vier Jahren dieser Legislaturperiode wird die Bundeswehr in diesem Auftrag wesentlich gebunden sein.



Schwerpunktauftrag der Bundeswehr in der neuen Legislaturperiode ist die Gestellung eines wesentlichen Anteils der NRF von 2022 bis 2024

In die Gestellung der NRF und vor allem der VJTF 2023 fließen selbstverständlich unsere Erfahrungen aus der VJTF 2019 mit ein. Im Bereich der personellen und materiellen Ausstattung

haben wir wie erwähnt schon Fortschritte gemacht. Weiterer Handlungsbedarf besteht insbesondere bei der logistischen Versorgung, vor allem mit Munition und Ersatzteilen. Hier müssen wir schlicht besser werden und unser

Handeln am Einsatz und nicht, wie es momentan noch zu oft der Fall ist, an der Logik des administrativ überladenen Friedensbetriebs ausrichten. Die Verbesserung der Führungsfähigkeit als Schwerpunkt habe ich oben schon beschrieben. Mein Ziel ist es, die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr „aus einem Guss“ sicherzustellen .

An diese NATO-Verpflichtung schließt sich lückenlos die Gestellung der EU Battle Group (EU BG) im Jahre 2025 an. Das dürfen wir nicht vergessen, zumal der Koalitionsvertrag sich klar zu Europa und somit auch zu einer Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU bekennt.

In jedem Fall ist eines klar: Wenn es zur Krise kommt, wird sich der Blick auf Deutschland richten. Und die Bundeswehr wird liefern müssen – ohne Wenn und Aber.

5. Die Gesellschaft

Die Bundeswehr hat im Jahr 2021 durch ihren beherzten Einsatz in der Pandemiebewältigung, bei der Flutkatastrophe und bei der militärischen Evakuierungsoperation in Kabul einen ungewöhnlich hohen Zuspruch in der Bevölkerung erfahren. Gleichzeitig stelle ich fest, dass das Mindset der Landes- und Bündnisverteidigung kaum in den Köpfen der Menschen außerhalb der Bundeswehr verankert ist. Ohne das Köhler'sche Bonmot des „freundlichen Desinteresses“ überstrapazieren zu wollen, müssen wir den Dialog zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu den wechselseitigen Erwartungshaltungen dringend intensivieren.

Ich nehme, erstens, einen gewissen Gewöhnungseffekt mit Blick auf die Unterstützungsleistungen in der Pandemie wahr. Die durchweg zuverlässige und qualitativ hochwertige Unterstützung der Bundeswehr führt zu Verdrängungseffekten in der Truppe, die sich nachhaltig negativ auf den Grundbetrieb und den Ausbildungsstand unserer Truppenteile auswirken. Gleichzeitig sehe ich nicht, dass in den vergangenen zwei Jahren der Pandemie vor allem auf kommunaler Ebene flächendeckend die Strukturen geschaffen wurden, die den subsidiären Einsatz der Bundeswehr überflüssig machen.

Mit der Einführung der Duldungspflicht der Impfung gegen das SARS-CoV-2-Virus im November 2021 sind wir in der teils hitzig geführten Diskussion um eine allgemeine Impfpflicht vorangegangen. Diesen Schritt halte ich nach wie

vor für richtig, gerade mit Blick auf die individuelle Einsatzbereitschaft, die Einsatzstellung und den Lehr- und Ausbildungsbetrieb. Nur durch eine flächendeckende Impfung haben wir die Chance, die entstandenen Lücken zu schließen.

Zweitens stelle ich mit Sorge fest, dass die Debatte über das Ende des Afghanistan-Einsatzes sowohl in den Medien als auch in Öffentlichkeit zu verstummen droht. Nach einer intensiven öffentlichen Auseinandersetzung nach der Evakuierungsoperation, zu den Ortskräften und im Umfeld der Feierlichkeiten vom 13. Oktober 2021, bei der vor allem der Zapfenstreich vor dem Reichstag in den Fokus der sozialen Medien geriet, höre ich momentan zu dem Thema nur wenig. Dem müssen wir entschieden entgegenreten. Die Bewältigung des Afghanistan-Einsatzes ist eine gesamtgesellschaftliche Generationenaufgabe, die uns weiter beschäftigen muss. Das sind wir allen unseren Gefallenen und im Einsatz Verwundeten schuldig. Ich begrüße daher ausdrücklich, dass sich der deutsche Bundestag dieser Thematik weiter annehmen will.

Mit Putin ante portas müssen wir uns, drittens, in dieser Legislaturperiode weiter Gedanken zur Weiterentwicklung der Inneren Führung machen. Was bedeutet es, in diesen komplexen Zeiten unserem Land zu dienen, wofür dienen wir und was erwarten wir im Gegenzug von der Gesellschaft? Anerkennung? Unterstützung? Eine bessere finanzielle Ausstattung? Welchen

Unsere Sicherheit und vor allem die Landes- und Bündnisverteidigung leben vom Mitmachen!

„Soldatentypus“ braucht es für die Erfüllung der unterschiedlichen Aufträge der Bundeswehr? Zu diesen Fragen wurden gerade im vergangenen Jahr wichtige Beiträge

geliefert und intensive Debatten geführt. Die Balance zwischen kontroverserem Diskurs und Stammtischniveau ist bei diesen Debatten manchmal noch fließend. Die vielen wichtigen Initiativen zur Weiterentwicklung der Inneren Führung können dazu beitragen, hier noch besser zu gestalten und zwischen verschiedenen Ansätzen und Auffassungen zu moderieren.

Leider müssen wir uns in diesem Zusammenhang, viertens, immer wieder bzw. immer noch mit Rechtsextremismus und Antisemitismus in den Streitkräften, aber auch in der Gesellschaft, deren Spiegel wir sind, auseinandersetzen. Das schmerzt. Ich werde gemeinsam mit unserer neuen Bundesministerin der Verteidigung weiter entschieden gegen jede Form von politischem oder religiösem Extremismus in den Streitkräften eintreten und dafür sorgen, dass Verstöße rigoros geahndet werden.

6. So what?

Das Bild der Clausewitz'schen „wunderlichen Dreifaltigkeit“ lässt sich für die Bundesrepublik Deutschland in der momentanen Situation auf einen einfachen Nenner bringen: Unsere Sicherheit und vor allem die Landes- und Bündnisverteidigung leben vom Mitmachen!

Basierend auf den vielversprechenden Ansätzen im Koalitionsvertrag muss die neue Bundesregierung klare politische Ziele sowohl für die Landes- und Bündnisverteidigung als auch für das Internationale Krisenmanagement formulieren und den militärischen Mitteleinsatz sorgsam gegen andere verfügbare Instrumente abwägen bzw. mit diesen koordinieren.

Die Bundeswehr muss diese Zielvorgaben zum Wohle Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger umsetzen und sich weiter mit unseren Wertepartnern für Frieden und Sicherheit in der Welt einsetzen. Wir haben im Sommer 2021 in drei vollkommen unterschiedlichen Krisenlagen, der Pandemie, der Flutkatastrophe und der Evakuierungsoperation, genau das Mindset gesehen, das es für diese verantwortungsvolle Aufgabe braucht. Nun müssen die Strukturen folgen und Maßnahmen ergriffen werden, die Bürokratie abbauen, das Beschaffungswesen neu und moderner ausrichten und vor allem die Einsatzbereitschaft der Truppe schnell und sichtbar stärken. Wir müssen wegkommen von „Truppe macht's möglich“ und hin zu einer strukturellen Kaltstartfähigkeit der gesamten Bundeswehr und nicht nur der Verbände, die wir von langer Hand in internationalen Verpflichtungen eingemeldet haben. Diese ambitionierten Ziele benötigen auch eine verlässliche Finanzlinie. Äußere Sicherheit gab es noch nie und gibt es auch jetzt nicht zum Nulltarif.

Ich werde mich weiter dafür einsetzen, den eingeschlagenen Weg fortzuführen, sodass die Bundeswehr auch in Zukunft ihre Aufträge als Garant der äußeren Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland, aber auch als verlässlicher Partner und Verbündeter erfüllen kann.

Letztendlich müssen alle Maßnahmen, die die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr erhöhen, auch von der Gesellschaft wahrgenommen und akzeptiert werden. Zehn Jahre nach Aussetzung der Wehrpflicht spielen unsere engagierten Reservistinnen und Reservisten eine wichtige Rolle als Multiplikator und Bindeglied der Gesellschaft. Gerade mit Blick auf die nach der Pandemie angespannte Finanzlage dürften hier schwierige Verhandlungen und Debatten auf uns zukommen. Denen müssen und werden

wir uns wie gewohnt professionell und fachlich fundiert stellen.

Auf die Bundeswehr ist Verlass, sei es in der Amtshilfe, im Internationalen Krisenmanagement oder in der Landes- und Bündnisverteidigung. Daran dürfte nach dem ereignisreichen Jahr 2021 kein Zweifel bestehen. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, den eingeschlagenen Weg fortzuführen, sodass die Bundeswehr auch in Zukunft ihre Aufträge als Garant der äußeren Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland, aber auch als verlässlicher Partner und Verbündeter erfüllen kann.

7. Nachwort: Die Zeitenwende vom 24. Februar 2022

Dieser Artikel entstand zum Jahreswechsel 2021/2022. Die durch Putins Angriffskrieg ausgelöste Zeitenwende nur wenige Wochen später war zu dem Zeitpunkt zwar im „most dangerous“-Szenario identifiziert und bemerkt, wurde aber in der NATO und auch von mir für wenig wahrscheinlich gehalten.

Unseren militärischen Beitrag an der Ostflanke haben wir signifikant erhöht, u.a. durch die Verstärkung unserer enhanced Forward Presence Battle Group in Litauen, die Entsendung von Marineeinheiten in die Ostsee im Rahmen der



Deutsche Marineeinheiten operieren in der Ostsee

enhanced Vigilant Activities oder den erneuten Beitrag zum Air Policing South in Rumänien. Weitere Maßnahmen, z.B. die Entsendung von Infanteriekräften und das Flugabwehrsystem PATRIOT als Beitrag zu einer neuen Battle Group in der Slowakei, werden gerade im NATO-Rahmen vorbereitet.

Diese Zeitenwende macht auch vor der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht halt. Deutschland unterstützt die Ukraine mit Waffen und Munition. Die Bundesregierung hat ein umfangreiches Finanzierungspaket für die Ausrüstung der Bundeswehr angekündigt, bestehend aus einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro und der Aufstockung des Verteidigungshaushalts auf dauerhaft über 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit hat

die Bundesregierung innerhalb weniger Tage nach Beginn des Krieges zwei Paradigmenwechsel eingeleitet, die die Bundeswehr und die Bundesrepublik Deutschland über Jahre hinaus prägen werden.

Es ist Putin nicht gelungen, einen Keil in die transatlantische Wertegemeinschaft zu treiben. Im Gegenteil: Die NATO steht geschlossen, die EU ist voll handlungsfähig. Wir müssen diesen Weg konsequent weitergehen und uns von liebgewordenen Gewohnheiten, wie der oft als „selbstverständlich“ empfundenen äußeren Sicherheit unseres Landes und des Bündnisgebiets, für unbestimmte Zeit verabschieden.

Wir blicken ungewissen und, ja, gefährlichen Zeiten entgegen. Die Bundeswehr steht zu ihrem Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung.

Meine Gedanken sind in dieser schweren Zeit bei der Bevölkerung der Ukraine, die entsetzliches Leid erfährt, und bei den tapferen ukrainischen Streitkräften, die unter Führung ihrer mutigen Regierung, alles in ihrer Macht Stehende tun, den russischen Vormarsch zu stoppen.

Wir blicken ungewissen und, ja, gefährlichen Zeiten entgegen. Die Bundeswehr steht zu ihrem Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung.

Zum Autor: General Eberhard Zorn ist Generalinspekteur der Bundeswehr

Kapitel I

Aktuelle sicherheitspolitische Themen

Empfehlungen zur strategischen Ausrichtung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Ausgewählte Ergebnisse der Studienphase im Lehrgang Generalstabsdienst und Admiralstabsdienst National 2019

Moritz Plettau
Marco Kalb
Sascha Tiedemann
Florian Vosgerau

Bei der jährlichen Sicherheitspolitischen Informationsveranstaltung in Hamburg ist die Clausewitz-Gesellschaft e.V. seit längerem bemüht, in Zusammenarbeit mit der Führungsakademie ein Diskussionsforum jüngerer Teilnehmer in den Tagungsablauf zu integrieren, um aktuelle Inhalte, Denkweisen und Methoden junger Generalstabsoffiziere in den Diskurs der Gesellschaft einzubringen. 2021 stellte daher der scheidende LGAN 2019 in einem Panel mit mehreren Teilnehmern das Ergebnis einer Arbeit vor, die im Rahmen des Lehrgangs für den Generalinspekteur erfolgt war und ihm zuvor vorgetragen wurde. Der Beitrag wurde von KKpt Moritz Plettau, Maj. i.G. Marco Kalb, Maj i.G. Sascha Tiedemann sowie KKpt Florian Vosgerau verfasst.

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) soll der Europäischen Union eine **Handlungsfähigkeit** in einem breiten Spektrum sichern. Angesichts der Krisen und ungelösten Konflikte vor allem in den Grenzregionen der EU braucht Europa ergänzend zur NATO außen- und sicherheitspolitische Gestaltungsoptionen, um dort eigenständig handeln zu können. Mit dem Ziel, die GSVP hierfür wirkungsvoller nutzbar zu machen und damit Ansprüchen an die EU als Sicherheitsakteur gerecht zu werden, wurde die GSVP besonders in den vergangenen Jahren durch neue Initiativen und **Reformvorschläge** weiterentwickelt.

Der Lehrgang Generalstabsdienst und Admiralstabsdienst National 2019 an der Führungsakademie der Bundeswehr hat im Rahmen einer zweijährigen Studienphase **Empfehlungen zur Weiterentwicklung der GSVP** entwickelt.

Die vorliegende Auswahl an Ergebnissen liefert nicht nur einen Beitrag zum derzeitigen **strategischen Diskurs** über die Ziele, Mittel und Wege zu einem **handlungsfähigen Europa der Verteidigung**. Sie legt darüber hinaus konkrete Empfehlungen zur **Stärkung des operativen Arms der GSVP** als zunächst vorrangiges Ziel dar. Diese adressieren mit Führungsstrukturen, Aufklärungsmitteln und Interoperabilität das „Nervensystem“ der militärischen GSVP, um die Handlungsfähigkeit der EU im Krisenmanagement substanziell zu steigern. Schließlich werden Impulse für eine Fortentwicklung der **Kräftezusammenstellung für die EU Battlegroups über festgelegte Systemverbände** geliefert, um eine schnelle Krisenreaktionsfähigkeit innerhalb der EU-Strukturen verlässlich zu etablieren.

Ziel, Wege und Mittel – Benennen und Definieren.

Um die GSVP **glaubhaft** und **wirkungsvoll** zu gestalten, sind Weiterentwicklungsmöglichkeiten mit **Zielen, Wegen** und **Mitteln** möglichst **konkret** zu benennen.

Dabei ist die Ausgangssituation wie sie jetzt mithilfe der Bedrohungsanalyse zum >>Strategischen Kompass<< beschrieben wurde, nur eine essentielle Voraussetzung zum **Definieren eines gemeinsamen strategischen Ziels** (Ends) der GSVP.

Davon ausgehend, können die Wege (Ways), die zum strategischen Ziel führen, **nachvollziehbar** ausgerichtet und **nutzbare** Mittel (Means) ausgestaltet werden.

Folgende strategische Rahmenbedingungen sind dabei anzuerkennen:

1. Die **unterschiedlichen sicherheitspolitischen Interessen** und **Bedrohungsperzeptionen** der einzelnen Mitgliedsstaaten der EU sind zwingend als Auflage und limitierender Faktor zu betrachten und in ihrer Heterogenität bei der strategischen Zielsetzung (stärker) zu berücksichtigen.
2. Eine **bedrohungsangepasste** und **schnelle Reaktionsfähigkeit** führt zu einer handlungsfähigeren GSVP als >>ein<< **Instrument** der europäischen Außenpolitik. Den EU-Mitgliedsstaaten muss hierbei ein Anreiz zur Nutzung von GSVP-Instrumenten, die ihre Stärke

aus der Kombination von zivilen und militärisch Elementen generieren, eindeutig aufgezeigt werden. Erst dies führt zu einem gemeinsam gelebten >>Modus Operandi<< und einem akzeptierten Mehrwert der GSVP.

3. Der **militär-strategische Rahmen** verantwortet die richtige und dimensionsorientierte Wahl der Mittel, um **zukunftsorientiert** den **neuen Konfliktsszenarien** und der sich neu sortierenden Weltordnung begegnen zu können.
4. Daraus folgt, dass der Politik Handlungsoptionen für alle Szenarien und Zeitpunkte auch mit militärischen Mitteln **verlässlich, ohne komplizierte Abstimmungsprozesse und zeitliche Hindernisse für rein europäische Konfliktsszenarien in Ergänzung zur NATO** zur Verfügung stehen müssen.

Aber ein strategisches Ziel kann nur über Zwischenziele erreicht werden. Das heißt, dass ohne eine erfolgreiche Effektivitätssteigerung des operativen Arms zur Stärkung des internationalen Krisenmanagements keine ambitionierte strategische Roadmap, wie sie im Folgenden beschrieben wird, definiert werden kann. Auch die Etablierung eines Nachfolgesystems der EUBG ist im Vorfeld zwingend erforderlich. Diese Erkenntnis wird als erfüllt vorausgesetzt, um den folgenden Erläuterungen eine realistische Erreichung zusprechen zu können.

ENDS: Ein handlungsfähiges Europa der Verteidigung

Soll die EU zukünftig politisch eine stärkere Rolle bei der Etablierung der **neuen globalen Sicherheitsarchitektur** spielen, sind militärische Optionen und Mittel in Kombination mit zivilen Elementen realistisch und bedrohungsangepasst **auszugestalten** und zu **benennen**.

Das strategische Ziel der GSVP muss sich dabei an einer außenpolitisch handlungsfähigeren EU messen lassen und den politischen Entscheidungsträgern **nutzbare Instrumente** an die Hand geben.

Das heißt, dass die GSVP in die Lage versetzt werden muss, **auch Konfliktsszenarien jenseits des internationalen Krisenmanagements** militärisch zu bewältigen und Konflikten mit **symmetrischen, begrenzten, hybriden und konventionellen** Rahmenbedingungen begegnen zu können.

Dieser **strategische Zielzustand** versteht sich dabei als ein ergänzender Baustein zur transatlantischen Partnerschaft (NATO) und soll ausschließlich EU-bezogene Konfliktszenarien mit den genannten Attributen lösen können.

Dazu ist im Rahmen der Europäischen Verteidigungsunion ein System der gesteigerten Handlungsfähigkeit (**PESATA = Permanent Structured Ability to Act**) als vierte Säule neben PESCO, EVF und CARD aufzubauen. Diese ergänzende Säule inkludiert die Möglichkeit, bereits vorhandene bi- und multinationale Regime (z.B. Aachener Vertrag) unter dem Dach der GSVP auf der Grundlage der beschriebenen Attribute effektiver zu gestalten und zu legitimieren.

Mit PESATA wird ermöglicht, mit der EU im Sinne eines Systems kollektiver Sicherheit militärpolitisch handlungsfähig zu bleiben und bestehende multilaterale Regime an die EU stärker zu binden und eine differenzierte und bedrohungsangepasste Ausrichtung zu forcieren.

Abschließend ist der Artikel 42 des EU-Vertrages mit einem gemeinsamen >>Modus Operandi<< besser auszuschöpfen. Dieser sieht vor, dass ein **realistischer politischer Entscheidungsmechanismus** etabliert wird, eine **zivil-militärische Führungsstruktur** alle verfügbaren Ressourcen permanent bündelt und ein **Integrieren von europäischen Regimen zur weiteren Qualifizierung eines Europa der Verteidigung in die GSVP** möglich ist. Diese neu auszugestaltende Rechtsnorm bietet PESATA den notwendigen Wirkungsgrad in Form von Schnelligkeit, Verlässlichkeit und Kohärenz.

WAYS: Interessenorientierte und bedrohungs- angepasste Regionalisierung

Die EU ist eine supranationale Organisation, die aus 27 Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen nationalen sicherheitspolitischen Interessen und Bedrohungsperceptionen besteht. **Diese Tatsache ist trotz der gemeinsamen >>Bedrohungsanalyse<< politisch anzuerkennen, um militärstrategisch effektiver und effizienter werden zu können.**

Denn die Bedrohungsperceptionen der Mitgliedsstaaten sind nicht nur akteursabhängig, sondern damit einhergehend – aufgrund geostrategischer Faktoren – fähigkeits- und dimensionsabhängig.

Im Rahmen der GSVP muss also im Sinne des **Subsidiaritätsprinzips** eine **geografische Konzentration** und eine **dimensionsorientierte Fähigkeitsentwicklung** gestattet werden. Durch die Kraft möglichst gleicher nationaler sicherheitspolitischer Interessen kann ein wahrnehmbarer Impuls entstehen und regional multinationale Kooperationen unter dem Dach der GSVP gebündelt und harmonisiert werden. Dies trägt zur beschriebenen Anforderung von PESATA bei.

Fähigkeiten werden entsprechend der gemeinsamen Bedrohungsperzeptionen mit größerem Engagement entwickelt, da sie den nationalen Interessen entsprechen. Der Anreiz für Mitgliedsstaaten sich in einem regionalen Kontext mit Gleichgesinnten militärisch in Strukturen und Fähigkeiten zu engagieren, wird damit gesteigert. Diese Regionalisierung soll permanent institutionalisiert werden und bildet einen weiteren Baustein für PESATA.

Der Möglichkeit unterschiedlicher regionaler Zusammenschlüsse auf der Basis weitergehender bi- und multilateraler Verträge wird eine flexiblere und schnellere Reaktionsfähigkeit in Kombination mit einem erhöhten politischen Willen hervorrufen. Damit sind auch die notwendigen Mittel an den sicherheitspolitisch relevanten Orten verzugslos verfügbar und durch permanent vorhandene Strukturen in den betreffenden Streitkräften bereits integriert.

Dabei ist die institutionalisierte Regionalisierung kein Hindernis für ein kohärentes Auftreten der GSVP, da jede militärische Aktion unter dem Dach der EU weiterhin legitimiert wird und ein spezialisierter Aufbau von Fähigkeiten im Kontext der jeweiligen sicherheitspolitischen Perzeption auch einen erhöhten Wirkungsgrad erzeugt. Die Summe der Regionen, die nach subsidiären Gesichtspunkten arbeiten, stärkt die EU außenpolitisch als Ganzes in ihrer Glaubwürdigkeit.

MEANS: Erschließung neuer Dimensionen als Chance für einen gemeinsamen Fähigkeitsaufbau

Um der Gefahr einer Fragmentierung der GSVP durch eine Regionalisierung entgegenzuwirken, ist die Erschließung der neuen militärisch relevanten Dimensionen – **Cyber- und Weltraum** – gemeinsam im Rahmen der GSVP als herausragende Fähigkeitsentwicklung zu realisieren und zu priorisieren. Dies bildet das letzte Element für PESATA.

PESCO dient hierbei konkret für diese Dimensionserschließung und zum Schließen nationalstaatlich übergreifender Fähigkeitslücken. Dabei sind die bestehenden Fähigkeiten und Strukturen (zivil und militärisch) innerhalb der EU für diese Dimensionen strukturell zu bündeln und als >>Enabler<< allen Mitgliedsstaaten als permanente Ressource zur Verfügung zu stellen.

Eine **nationale Realisierung von Fähigkeiten soll möglichst vermieden werden**, um der GSVP eine starke Position jenseits von bestehenden Fähigkeiten zu verleihen. Damit kann ein Gegengewicht zur Regionalisierung aufgebaut werden und macht ein europäisches Handeln im hybriden Kontext, mit dem Ziel ein Europa der Verteidigung aufzubauen, greifbar.

Der Anreiz, sich hier zu beteiligen, liegt in der Tatsache, dass im Gegensatz zur NATO die EU zivile und militärische Komponenten bereits unter einem Dach vereinigt und eine Effizienz- und Effektivitätssteigerung schneller zu erreichen ist. Hier sind zwingend die Strukturen zusammenzuführen und Verantwortlichkeiten zu bündeln. Insbesondere der Cyber- und Weltraum können nicht getrennt gedacht werden und sind zivil wie militärisch zu erschließen.

In diesem Zusammenhang ist das Potential einer >>modern deterrence<< Strategie für die Dimension Cyber als langfristiges Ziel aufzunehmen, um dem Anspruch der Resilienz und der Fähigkeit zu eigenständigem Schutz der Bevölkerung glaubhaft und kommunikativ gerecht werden zu können.

Stärkung des operativen Arms der GSVP

Deutschland hat ein Interesse daran, die GSVP wirkungsvoller nutzbar zu machen. Außer Frage steht die Rolle der **NATO** als Fundament für Europas kollektive Verteidigung. Sie ist unser **sicherheits- und verteidigungspolitisches Standbein**.

Krisen und ungelöste Konflikte in den Grenzregionen der EU fordern daneben zunehmend ein **starkes Spielbein**, um den Mitgliedstaaten der Europäischen Union **zusätzliche Gestaltungsoptionen** zu eröffnen.

Die EU verfügt im Vergleich zu NATO und VN über das höchste Potenzial, **vernetztes Handeln** im internationalen Krisenmanagement umzusetzen und dabei die Bereitschaft zur **Übernahme von Verantwortung** für die Sicherheit Europas zu unterstreichen.

Gemessen an den an die GSVP gestellten Anforderungen, dem Ziel der Umsetzung eines Integrierten Ansatzes im Krisenmanagement und Herausforderungen durch Konflikte in der EU-Nachbarschaft, ist die **Operations- und Reaktionsfähigkeit** der GSVP als **unzureichend** zu bewerten.

Wesentliche Voraussetzung für einen substanziellen Beitrag zur Krisenreaktion ist die Fähigkeit, Handlungsmöglichkeiten zur Bewältigung von Krisen im Sinne des Integrierten Ansatzes verzugslos anbieten und **anspruchsvollste GSVP-Operationen führen** zu können. Soll die EU zukünftig eine stärkere Rolle im Krisenmanagement übernehmen, muss zudem der Bedarf an operativen **Schlüsselfähigkeiten** in GSVP-Operationen gesichert werden können. Über technische Standardisierung hinaus bedingt der wirkungsvolle gemeinsame Einsatz eine **Praxis des Zusammenwirkens**.

Die mit PESCO eingegangenen **operativen Verpflichtungen** eröffnen Gestaltungsraum. Die im Folgenden dargelegten Empfehlungen stärken nicht nur die Operationsfähigkeit, sondern entfalten auch eine neue Dynamik bei der Weiterentwicklung der militärischen GSVP und senden ein politisches Signal zu deren Stärkung.

Sie setzen eine substanzielle Stärkung des deutschen Engagements voraus - auch in Form von **Ressourcen und Selbstbindung**. Im Gegenzug öffnet dies **Spielräume für Kompromisse**, um Fortschritte auch in anderen, besonders strittigen Themenkomplexen zu erzielen.

1. Eine ambitionierte EU-Führungsstruktur

Das Ziel der Weiterentwicklung der MPCC bis 2025 sollte im Erreichen der Fähigkeit zur militärstrategischen **Planung/Führung aller GSVP-Missionen und Operationen** bis zur Größe einer Smaller Joint Operation ohne Verstärkungskräfte liegen.

Darüber hinaus würde ein **permanentes Hauptquartier auf operativer Ebene** – etwa durch Überführung der deutschen EU OHQ-Anteile des Multinationalen Kommando Operative Führung in den EAD und die gesicherte Bereitstellung – die Reaktionsfähigkeit der militärischen GSVP substanziell erhöhen.

Eine **ebenengleiche Verortung** der MPCC zur CPCC außerhalb des EU Militärstabs sollte den Weg zur Etablierung eines **permanenten, integrierten Hauptquartiers für das Krisenmanagement der EU** unter Erhalt getrennter „chains of command“ ebnen. Darüber hinaus sollten **dauerhafte Verknüpfungen** mit anderen **Instrumenten** der EU, **Schlüsselpartnern** und lokalen und internationalen **Organisationen** etabliert werden.

Die Kontrolle durch das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) auf Basis eines **unabhängigen Ratschlages** sollte auch mit Blick auf ein leistungsfähigeres MPCC im EAD sichergestellt sein. Hierzu könnte ein unabhängiges Beratungs-/Arbeitsgremium für das EU Military Committee und PSK im Sinne eines **EU Military Advisory Service** unter Übernahme der verbleibenden Aufgaben des EU Militärstabes außerhalb des EAD geschaffen werden.

2. Eine gemeinsame Aufklärungsfähigkeit

Soll die EU zukünftig eine stärkere Rolle im internationalen Krisenmanagement übernehmen, wird der Bedarf an **luftgestützten Aufklärungsfähigkeiten** in zivilen und militärischen GSVP-Operationen zunehmen. Das zeigt sich beispielhaft sehr deutlich im derzeitigen EU-Lagebild zu den Aktivitäten am UKR-RUS Grenzverlauf.

Um die **unmittelbare Reaktionsfähigkeit** im Krisenfall zu erhöhen, sollte die finanzielle Übernahme von **Beschaffung und Grundbetrieb** einer der GSVP bereitgestellten luftgestützten, unbemannten Aufklärungsfähigkeit gemeinsam **mit geeigneten Partnern** unter **Rückgriff auf das European MALE RPAS** Projekt in Form eines **nationalen „earmarkings“ einzelner Systeme** für die GSVP umgesetzt werden („nationally owned, EU flagged“).

Eine gemeinsame Nutzung mit der zivilen GSVP ist dabei in Betracht zu ziehen, um eine **Kofinanzierung** aus dem Unionshaushalt grundsätzlich zu ermöglichen.

3. Eine zivil-militärische Führungsakademie

Obwohl das erfolgreiche Zusammenwirken im Krisenmanagement der EU mit ihren **spezifischen Krisenmanagementverfahren** unter Umsetzung des

Integrated Approach zusätzliche Anforderungen stellt, existiert keine systematische Ausbildung.

Eine **Intensivierung gemeinsamer Ausbildungs- und Übungspraxis** würde nicht nur zur Entwicklung einer gemeinsamen operativen Kultur beitragen. Sie eröffnet auch förderliche Handlungsspielräume für die Steigerung in anderen Aspekten von Interoperabilität.

Um das Potenzial des bestehenden institutionellen Rahmens besser auszuschöpfen, sollte das Europäische Sicherheits- und Verteidigungskolleg (ESVK) als **europäische Führungsakademie** mit zivilen und militärischen Ausbildungsangeboten, Kooperationsbeziehungen mit dem NATO Defence College und mittelfristig einem eigenen Campus ausgerichtet werden.

Zunächst ist die Stärkung von Führungsstrukturen der GSVP bedarfsorientiert zu begleiten. Perspektivisch sollte eine gemeinsame Ausbildung von Spitzen- und Führungspersonal im Sinne eines **EU-Generalstabslehrgangs** angestrebt werden.

Stärkung der European Union Battlegroup (EUBG)

1. Herausforderungen der EUBG

In der Diskussion um den **Nutzen und den Einsatzwert** der EUBG wird stets argumentiert, dass es einen Einsatz bisher **nicht gegeben** hat, auch wenn es mit Blick auf das Aufgabenspektrum bereits Möglichkeiten gegeben hätte. Inwiefern Einsätze politisch seitens der EU nicht in Erwägung gezogen wurden oder vielmehr die Mitgliedstaaten keine Zustimmung gegeben haben, ist hierbei nicht eindeutig erkennbar. Ein wichtiger Aspekt dürfte hier vor allem die geringe Durchhaltefähigkeit der EUBG sein. In diesem Zusammenhang fehlt es an einem **Level of Ambition (LoA)**, welcher klare Einsatzszenare vorhalten würde.

Eine weitere, große Schwierigkeit zeigt sich in der Force Generation der letzten Jahre. So sind für die Jahre 2022 und 2023 derzeit Vakanzen in der Truppenstellung nicht ausgeschlossen. Die Vorausbildung und Zertifizierung der für die EUBG vorgesehenen Truppenteile bindet diese neben dem eigentlichen Zeitraum der Auftragsübernahme zusätzlich.

Im Zuge der GSVP ist ein Blick auf die Bedrohungsperzeptionen und Sicherheitsinteressen der Mitgliedstaaten unumgänglich. So lassen sich derzeit grob drei Kategorien formulieren:

- *Ostw. Richtung:* Russland, Cyberangriffe, un-/konventionelle Bedrohung;
- *Südl. Richtung:* Afrika, Terrorismus, Flüchtlingsbewegungen;
- *Keine* reale Bedrohungsperzeption.

Diese Kategorien und daraus resultierenden Sicherheitsinteressen, **meist regional** verortet, sind in der Weiterentwicklung der EUBG zu berücksichtigen.

Die Führungs- und Kommandostruktur ist derzeit abhängig von der truppenstellenden Nation.

Der bisherige Einsatz der EUBG scheiterte möglicherweise an den Vorbehalten der truppenstellenden Nationen. Je mehr Nationen die EUBG stellen, desto mehr Konsens ist derzeit notwendig.

2. Maßnahmen zur Stärkung der EUBG

Die Stärkung der EUBG schafft Autarkie für europäisches Handeln in der schnellen Krisenreaktion.

Etablierte, **oft regional** und aufgrund gemeinsamer Sicherheitsinteressen gewachsene Kooperationen (z.B. ITA, ESP, POR) sollten weiter vertieft werden.

Ebenfalls sollte die Übernahme des Auftrages der EUBG i.d.R. auf **ein Jahr** verlängert werden um ein besseres Verhältnis zum Ausbildungs- und Vorbereitungsaufwand zu erzielen, sofern an der derzeitigen Form der EUBG festgehalten werden soll.

Innerhalb der Truppensteller sollten sich die „**klassischen Hauptnationen**“ wie DEU, FRA, ESP, ITA und POL in Arbeitsteilung die Federführung synchronisieren. Eine Harmonisierung mit NATO-Commitments (z.B. NRF) wird somit ebenfalls wahrscheinlicher. In diesem Zusammenhang ist über eine ähnliche Zusammensetzung einer EUBG mit einem SpearHeadBn der VJTF(L) nachzudenken.

Eine klare, europäische Strategie (Weißbuch o.ä.), ein LoA und deutlicher Auftrag für die EUBG definiert die notwendigen Fähigkeiten und Effekte. Der Übertrag von Aufgaben der **nationalen Krisenvorsorge** (bspw. MilEvakOp) einzelner Mitgliedstaaten könnte **entscheidende Legitimation** verleihen.

Die Möglichkeit der Aufstellung von EUBGs mit verschiedenen Fähigkeiten (Air mobile, Amphibious...) um unterschiedlichen Sicherheitsperzeptionen und wahrgenommenen, verschiedenen Bedrohungen begegnen zu können, sollte geprüft werden. Hier ist eine Steigerung der Bereitschaft zur Teilnahme einzelner Nationen möglich.

Ein zusätzlicher Anreiz könnte durch eine Finanzierung/ Bezuschussung aus dem **European Defense Fund** sein.

Der Entscheidungsprozess über den Einsatz der EUBG sollte **beschleunigt** werden. Eine Möglichkeit wäre die Initiative durch die EU-Kommission, die durch den Europäischen Rat, hier im Schwerpunkt durch die truppenstellenden Staaten entschieden würde und eine nachträgliche Zustimmung der Parlamente (oder anderer Gremien) beinhaltet.

Zwingende Voraussetzung sind ein klarer, festgelegter Auftrag, der politische Wille sowie die Übernahme von Verantwortung der jeweiligen Regierungen zum Einsatz bei Gefahr im Verzug.

3. Handlungsempfehlung: Die Schaffung von EU[BG]-Systemverbänden, temporär oder dauerhaft

Aufstellung von **EU[BG]-Systemverbänden**, temporär oder dauerhaft zur Sicherstellung der Krisenreaktionsfähigkeit der Europäischen Union unter Berücksichtigung unterschiedlicher Sicherheits- und Bedrohungsperzeptionen.

Möglichkeiten des Handelns:

1. **Temporäre Gestellung** der EU[BG]-Systemverbände durch Verbände permanent festgelegter Mitgliedstaaten;
2. **Permanente Gestellung** der EU[BG]-Systemverbände festgelegter Mitgliedstaaten durch Schaffung **neu aufzustellender oder abzugebender Einheiten / Verbände (nationale Truppen)**.

Gemeinsames Element: Die EU-Mitgliedstaaten stellen **dauerhaft** die Teilnahme für ihren zugeteilten Kräfteansatz sicher.

Hierbei lassen sich die oben angesprochenen, bereits bestehenden Kooperationen, **meist regional verknüpft**, vorzüglich berücksichtigen.

Regional zusammenhängende Bedrohungspereptionen und Sicherheitsinteressen benötigen unterschiedliche Fähigkeiten (Air Mobile, Amphibious, Armored...). Durch die zugeordneten Fähigkeiten der jeweiligen Systemverbände können zielgerichtete Effekte erwirkt werden.

Ein formulierter LoA leitet feste Aufträge ab, welche durch die **Systemverbände zu erfüllen** sind (bspw. internationales Krisenmanagement, MilEvak-Op von EU-Staatsbürgern) und wonach sich notwendige Fähigkeiten ableiten lassen (bspw. amphibische oder luftbewegliche Fähigkeiten).

Kosten der EU[BG]-Systemverbände könnten durch eingerichteten EU-Verteidigungsfond, bzw. ganzheitlich vom ATHENA-Mechanismus übernommen werden.

Bei der permanenten Gestellung ist über die Aufstellung von spezialisierten Manöverelementen der jeweiligen EU-Mitgliedsländern nachzudenken, um diese lückenlos sichern zu können.

Die Aufstellung von mehreren Systemverbänden ermöglicht bei einer aufwachsenden Krise oder vergleichbarer Lage u.a. die Möglichkeit des Einsatzes im größeren Umfang (mehr als ein Systemverbund) oder durch Wechsel erhöhte Durchhaltefähigkeit.

Es bleibt abschließend zu erwähnen, dass hier nur einige ausgewählte Empfehlungen der Studienphase LGAN 2019 in einer verkürzten Fassung beschrieben wurden. Trotzdem konnte eine mögliche Nejustierung der strategischen Ausrichtung der GSVP aufgezeigt werden, die auch im Sinne deutscher aber vor allem europäischer Interessen stünde. Auch wenn die GSVP aktuell noch nicht alle Hoffnungen und Wünsche abbilden kann, steckt doch bei einer zielgerichteten und mutigen Umsetzung viel Potential, sodass sie auch ein handlungsfähiges Instrument der europäischen Außenpolitik darstellen kann, wenn nicht gar muss. Ein Potential, das zu Zeiten einer volatilen internationalen Sicherheitsarchitektur, aufflammenden alten Rivalitäten und eines zeit-

gleich aufkommenden >>Great Power Competition<< in Komplementarität zur NATO die EU nachhaltig stärken und ihren Platz in der internationalen Ordnung stabilisieren würde. Dafür bedarf es jedoch einerseits einer klar formulierten Zielvorstellung als auch kleiner realisierbarer Zwischenschritte, um die geschilderte Roadmap glaubhaft zu beschreiten.

Zu den Autoren: KKpt Moritz Plettau, Maj. i.G. Marco Kalb, Maj. i.G. Sascha Tiedemann sowie KKpt Florian Vosgerau waren Angehörige des Lehrgangs Generalstabsdienst und Admiralstabsdienst National 2019.

Erläuterungen:

PESCO: Permanent Structured Cooperation

EVF: Europäischer Verteidigungsfond (engl. EDF)

CARD: Coordinated Annual Review on Defence (Koordinierte Verteidigungsplanung für Europa)

MPCC: Mil. Planungs- und Durchführungsstab (innerhalb des EU-Militärstab)

EAD: Europäischer Auswärtiger Dienst

CPCC: Civilian Planning and Conduct Capability im Rahmen des EAD

European MALE RPAS Projekt "Eurodrohne", PESCO PROJEKT

VJTF(L) Very High Readiness Joint Task Force (Land)

ATHENA-Mechanismus: Instrument zum Verwalten der Finanzierungskosten bei Militäroperationen im Rahmen der GSVP

Die neuen Kriege und der Wandel der Weltordnung

Herfried Münkler

Einleitung

Als ich vor nun bald zwanzig Jahren das Buch *Die neuen Kriege* veröffentlichte, habe ich ganz bewusst mit der mehrfachen Bedeutung von „neu“ gespielt. Man kann „neu“ bekanntlich als eine temporale, ebenso aber auch als eine typologische Bezeichnung verstehen, will in diesem Fall sagen: als Kriege, die in jüngster Zeit geführt worden sind, aber auch als Kriege, die von ihrem Charakter und der Art ihrer Führung her neuartig sind, die sich von denen der Vergangenheit beziehungsweise denen, auf die man sich vorbereitet hat, wesentlich unterscheiden. Und schließlich kann „neu“ hier auch noch, drittens, zum Ausdruck bringen, dass man sich auf einen lange währenden Frieden eingestellt hat und von der Wiederkehr des Krieges überrascht worden ist. „Neu“ ist in letzterem Fall nicht der Gegenbegriff zu alt, sondern verweist auf die Gegenbegrifflichkeit von Krieg und Frieden und die nach 1989 zeitweilig dominierende Vorstellung, wonach Krieg, in welcher Form auch immer, außer Gebrauch gekommen sei.

Wenn ich nun die Kritik *Revue* passieren lasse, die neben der vielfachen Zustimmung zu meinen Überlegungen damals geübt wurde, so ist diese dreifache Bedeutung von neu mitsamt dem bewussten Verzicht auf Eindeutigkeit so gut wie nicht bemerkt worden. Vielmehr hat sich die Kritik auf die Bedeutung von „neuartig“ konzentriert und den beiden anderen Bedeutungen keine Beachtung geschenkt. Das mochte damit zu tun gehabt haben, dass kurz zuvor Mary Kaldors Buch *New and Old Wars* erschienen war,¹ worin der Akzent aufs Neuartige gelenkt war, aber auch damit, dass ich selbst einige Abschnitte meines Buches den offensichtlichen Veränderungen des jüngeren Kriegsgeschehens gewidmet hatte. Aber ich hatte eben nicht nur das Neue am Kriegsgeschehen herausgestellt, sondern in einem Kapitel über die Ähnlichkeiten der gegenwärtigen Kriege an der Peripherie der Wohlstandszonen im Vergleich zum Dreißigjährigen Krieg während des 17. Jahrhunderts das beobachtete Neue auch als Wiederkehr des ganz Alten charakterisiert. Es war also ein durchaus ambivalentes Bild, das ich mit dem Begriff „neu“ überschrieben hatte.

Es ist bemerkenswert, dass keiner der Kritiker auf diesen Aspekt einer Wiederkehr des ganz Alten im Gewand des Neuen eingegangen ist, nicht auf die

Wiederkehr des Söldnerwesens in unterschiedlicher Gestalt, auch nicht auf die Enthegung des Krieges in der Form, dass die in der „Westfälischen Ordnung“, wie man die im Frieden von Münster und Osnabrück 1648 ausgehandelten Friedensordnung auch nennt, durchgesetzte scharfe Trennung zwischen Staatenkrieg und Bürgerkrieg diffus geworden ist, oder auch nicht auf die exzessive Gewalt gegen Nonkombattanten, zumal Frauen und Kinder, sondern dass als Haupteinwand geltend gemacht wurde, vieles von dem, was ich als neu im Sinne von neuartig beschrieben hätte, sei gängige Gewaltpraxis in den Kolonial- und Imperialkriegen der Europäer in der außereuropäischen Welt gewesen. Dem würde ich gar nicht widersprechen.



Die spanischen und niederländischen Gesandten beschwören am 15. Mai 1648 im Rathhaussaal den Frieden von Münster

Nur verfehlte dieser Einwand, der den synchronen Vergleich, also den Blick aufs Gleichzeitige, stark macht, und den von mir angestellten diachronen Vergleich, also den Blick in die Vergangen

heit, links liegen lässt, die Pointe meines Arguments aus dem Auge, die gerade aus der dreifachen Bedeutung von neu erwuchs: Die Gewaltgeschichte war nach 1989-91 nicht zu Ende gegangen, obwohl das gemäß der These von den *proxy wars* mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes doch zu erwarten gewesen wäre. Man hatte das Verlöschen der Kriege erwartet, nachdem diese

nicht mehr von Moskau oder Washington mit Geld, Waffen und Legitimität angefütert wurden.

Die Gewaltgeschichte war nach 1989-91 nicht zu Ende gegangen, obwohl das gemäß der These von den proxy wars mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes doch zu erwarten gewesen wäre.

Stärker noch als die jugoslawischen Zerfallskriege haben die Massaker in Ruanda diese Erwartung zerstört. Der Krieg endete nicht, obwohl die imperialen Akteure,

zumindest zeitweilig, das Zündeln in der damals noch so genannten Dritten Welt beendet hatten. Das gilt im Übrigen auch für den Fortgang des Krieges in Afghanistan, nachdem sich die Sowjets vom Hindukusch zurückgezogen und die USA die Unterstützung der Mudschaheddin eingestellt hatten: Der Krieg ging auch danach als ein Gewaltkonflikt zwischen verschiedenen Gruppen und Parteien weiter.

Es musste somit etwas falsch sein an den leitenden Annahmen der Friedensforschung, aber nicht nur an denen, sondern auch an einer auf Linearität ge-

trimmten Kriegs- und Militärgeschichte, und bei der Suche nach den Fehlern in diesen Annahmen hätte mir der Blick auf die Kolonial- und Imperialkriege der Europäer kaum weitergeholfen.

Ich hatte die intellektuelle Neugier und die historische Sensibilität meiner Kritiker überschätzt, und um das auszugleichen, habe ich später ein dickes Buch über den Dreißigjährigen Krieg und die Kunst des Friedensschlusses in den sich über mehrere Jahre hinziehenden Verhandlungen von Münster und Osnabrück geschrieben.² Das hat mir zwar viele Leser eingebracht, doch zu denen haben die Kritiker des Buchs Die Neuen Kriege wohl nicht gehört, denn von denen habe ich nichts mehr gehört. Auf die Erträge einer politiktheoretisch inspirierten Beschäftigung mit dem Dreißigjährigen Krieg für die Betrachtung der neuen Kriege werde ich im weiteren Verlauf meiner Überlegungen später noch einmal zurückkommen. Zunächst will ich aber in einigen Punkten die Fort- und Weiterentwicklung des Theorems der neuen Kriege zusammenfassen, wobei in diese Zusammenfassung auch Beobachtungen der letzten beiden Jahrzehnte einfließen.

Es musste somit etwas falsch sein an den leitenden Annahmen der Friedensforschung, aber nicht nur an denen, sondern auch an einer auf Linearität getrimmten Kriegs- und Militärgeschichte.

Die Auflösung der Westfälischen Ordnung als strukturelle Entthegung des Krieges

Vorweg drei thesenförmig zugespitzte Beobachtungen.

Erstens: Der klassische Staatenkrieg, wie er in Europa von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis ins 20. Jahrhundert hineingeführt wurde, ist ein historisches Auslaufmodell. Nachzügler dieser Art der Kriegführung sind zwar nach wie vor zu beobachten, aber sie sind für das globale Kriegsgeschehen kaum noch prägend, und man wird ihnen auch keine Strahlkraft beimessen können, die sie zu Orientierungswissen für die Strategie der Zukunft werden lassen.

Der klassische Staatenkrieg, wie er in Europa von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis ins 20. Jahrhundert hineingeführt wurde, ist ein historisches Auslaufmodell.

Dennoch: Reste des Staatenkriegs lassen sich unter anderem an der Peripherie Europas identifizieren, etwa in der Kaukasusregion im russisch-georgischen Krieg oder im jüngsten Krieg zwischen

Armenien und Aserbaidschan sowie im Donbass, insofern es dort um die Kontrolle von Territorien geht, oder auch in der Levante oder im Jemen, insofern auswärtige Mächte in die dortigen Bürgerkriege eingegriffen haben. Aber das einschränkende „insofern“ zeigt auch, dass sich in den genannten Kriegen zumeist Elemente der „neuen Kriege“ beobachten lassen.

Zweitens: Die für die Westfälische Ordnung zentrale Struktur der Binarität ist in Auflösung begriffen. Binarität steht dabei für das ausgeschlossene Dritte, das *tertium non datur*, das zu einem harten Entweder-Oder führt: Krieg oder Frieden, ein Drittes gibt es nicht; Innen oder Außen, ein Drittes gibt es nicht,

Die für die Westfälische Ordnung zentrale Struktur der Binarität ist in Auflösung begriffen. Binarität steht dabei für das ausgeschlossene Dritte, das tertium non datur, das zu einem harten Entweder-Oder führt: Krieg oder Frieden, ein Drittes gibt es nicht; Innen oder Außen, ein Drittes gibt es nicht.

Kombattant oder Nonkombattant, ein Drittes gibt es nicht, Staatenkrieg oder Bürgerkrieg, ein Drittes gibt es nicht, in diesem Fall in dem Sinn, dass ein solches Drittes unter allen Umständen zu verhindern oder zu meiden ist.

Die Beschäftigung mit Gegenwart und jüngerer Vergangenheit zeigt nun ein ständiges, immer stärker werdendes Sich-Aus-

breiten dieses Dritten. So hat in der Formel vom hybriden Krieg die Auflösung der binären Ordnung von Krieg und Frieden bereits einen Namen erhalten, und der internationale Terrorismus ist mithin dadurch gekennzeichnet, dass er auf das Scharnier zwischen Innen und Außen zielt, und damit die von ihm Attackierten mit der Frage konfrontiert, ob sie diese Angriffe als Kriminalität

oder Krieg behandeln wollen, also nach dem *crime paradigm* oder nach dem *war paradigm* reagieren.

So hat in der Formel vom hybriden Krieg die Auflösung der binären Ordnung von Krieg und Frieden bereits einen Namen erhalten.

Der zu erwartende Einwand, wonach es doch auch in der Zeit, als die Westfälische

Ordnung fraglos Bestand hatte, immer wieder zu Durchbrechungen der Binarität gekommen sei, etwa in den napoleonischen Kriegen, trifft hier nicht, weil die Geltung einer Normordnung nicht durch Zuwiderhandelnde außer Kraft gesetzt werden kann (was ja nicht einmal beim kodifizierten innerstaatlichen Recht der Fall ist) und obendrein jeder Friedensvertrag nach solchen Kriegen mit einer feierlichen Wiederherstellung der Westfälischen Vorgaben verbunden war. Das gilt auch und gerade für die napoleonischen Kriege, sonst hätte Clausewitz, dessen Vom Kriege zutiefst durch das Ordnungsmuster der Bina-

rität geprägt ist, ein Buch über die Vergangenheit, aber nicht für seine Gegenwart und die vor ihm liegende Zukunft geschrieben. Noch die Beendigungen des Ersten und Zweiten Weltkriegs im 20. Jahrhundert waren vom Binaritätsmuster getragen, wenn auch – im Unterschied zu früher – nicht länger unter einer Feststellung der rechtlichen Gleichrangigkeit von Krieg und Frieden. Die Pariser Friedensordnung von 1919/1920 war auf die Verhinderung eines weiteren Krieges von der Art des gerade beendeten angelegt.

Drittens: Ein für die Europäer in besonderem Maße herausforderndes Feld ist seit dem Ende der sowjetischen Ordnung der Raum vom Kaspischen Meer im Osten bis Bosnien-Herzegowina, Serbien und dem Kosovo im Westen, ein Raum, der wie ein Pfahl vom geographischen Rand Europas bis fast in dessen Zentrum hineinragt und der in seinem ganzen Ausmaße erkennbar wird, wenn man auch noch die ihm geopolitisch zugehörige Schwarzmeerregion mit der Ukraine im Norden und der Türkei im Süden einbezieht. Es gibt einige, die diese Herausforderung als Wiederkehr der „orientalischen Frage“ bezeichnen, aber das greift zu kurz, weil damit „nur“

der Niedergang des Osmanischen Reichs im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts gemeint war. Sieht man genauer hin, so handelt es sich bei dem fraglichen Raum um ein Gebiet, in dem alle drei der am Ende des Ersten Weltkriegs zerfallenen multinationalen und multikonfessionellen Großreiche im Osten und Südosten Europas präsent waren: die Donaumonarchie

der Habsburger, das Reich der russischen Zaren und das bereits angesprochene Osmanische Reich. Im Kaukasus, in der Schwarzmeerregion und auf dem Balkan hat der Zerfall dieser Reiche eine ethnische und religiöse Vielfalt hinterlassen, die überaus konflikträchtig ist und in der für Frieden zu sorgen bzw. sich um Ausgleich zu bemühen nicht zuletzt zur Aufgabe der EU geworden ist. Aber die Europäer werden diese Aufgabe nur in enger Zusammenarbeit mit Russland und der Türkei bewältigen können. Die aber sind überaus schwierige Kooperationspartner, weil sie nach Belieben in den Konfrontationsmodus umschalten können – und das auch immer wieder tun.

Aber die Europäer werden diese Aufgabe nur in enger Zusammenarbeit mit Russland und der Türkei bewältigen können. Die aber sind überaus schwierige Kooperationspartner, weil sie nach Belieben in den Konfrontationsmodus umschalten können – und das auch immer wieder tun.

Zu dem Raum zwischen Kaspischem Meer und Westbalkan kommen als spezielle, wenn auch nicht ausschließlich Europa betreffende sicherheitspolitische Herausforderungen des Weiteren noch der Nahe Osten unter Einschluss des

Iran hinzu sowie als ein die Europäer weithin allein betreffender Raum die afrikanische Mittelmeerküste und die Sahelzone. Mit Ausnahme des Nahen Ostens ist dabei davon auszugehen, dass die Europäer bei der Problembearbeitung nicht mehr auf die USA als Führungsmacht werden zählen können, dafür aber mit Russland und China als strategischen Gegenspielern zu rechnen haben. Dabei wird Russland eher auf ein destruktives Gegenhandeln setzen, das die von der EU vorangetriebene Aufbauprojekte konterkariert, während China gemäß den Vorgaben der „Katzenpfotenpolitik“ stärker daraufsetzt, einige Staaten Europas durch Herstellung finanzieller Abhängigkeit auf seine Seite zu bringen oder davon abzuhalten, irgendwelche China negativ betreffenden Beschlüsse zu fassen (etwa im 17+1 Format). An der Fähigkeit zur Bewältigung der Doppelaufgabe, einen eigenen politischen Willen zu entwickeln und diesen gegenüber den genannten Konkurrenten zur Geltung zu bringen, sowie der Gewährleistung politischer Stabilität und der Herstellung wirtschaftlicher Prosperität in den genannten drei Räumen, wird sich entscheiden, ob die EU in Zukunft ein Subjekt der Weltordnung sein wird – oder bloß ein Objekt, das den Regeln und Vorgaben anderer zu folgen hat. Dazu später ausführlich.

Die neuen Kriege an den Rändern der Wohlstandszonen

Die von Mary Kaldor und mir so bezeichneten „neuen Kriege“ ziehen sich von Mittelamerika unter Einschluss des nördlichen Südamerikas bis in große Teile Afrikas hin, springen dann nach Norden, in den Balkan und den Kaukasus, von wo sie sich bis zum Hindukusch ausdehnen, um sich anschließend in Südostasien aufzufächern. Ihnen ist gemeinsam, dass sie an den Rändern des globalen Nordens angesiedelt sind und im weiteren Sinn als Folgen politischer Instabilität und ökonomischer Depravierung begriffen werden können. Schauen wir genauer hin, sehen wir die Drogenkriege in Mexiko, Kolumbien und anderen Staaten Lateinamerikas, ebenso aber auch die Opiumproduktion in Afghanistan als kriegstreibendes Element; weiterhin die Kriege in der afrikanischen Sahelzone mit ausgeprägt religiös-konfessionellen Frontlinien, dazu die Kriege an den Großen Seen Afrikas, die stärker durch ethnische Konflikte geprägt sind, und die Kriege in Ostafrika von Somalia über Äthiopien bis in den Sudan, in denen konfessionelle und ethnische Konflikte zusammentreffen. Nordafrika und die Levante wiederum sind von Bürgerkriegen im Gefolge des „arabischen Frühlings“ gezeichnet, wo die Fronten noch um einiges komplexer sind, weil hier die Kriege zwischen religiösen und säkularen Gruppen durch Hegemonialkonflikte in der Region (Iran, Saudi-Arabien, Türkei) überlagert werden. Zwischen Balkan und Kaukasus wiederum haben wir es mit Konflik-

ten und Kriegen zu tun, die aus dem Zerfall der *pax sovjetica* hervorgegangen sind und in denen ethnische und religiöse Konfliktlinien mit Widerstand gegen Korruption und Oligarchenwesen zusammentreffen. Immer wieder haben wir es mit gescheiterten Staaten zu tun, und fast überall gilt, dass die von außen unternommenen Stabilisierungsversuche keinen Erfolg hatten und die politisch-gesellschaftlichen Bewegungen im Innern eher zu einem weiteren Zerfall als zur Stabilisierung der Ordnung beigetragen haben.

Alle diese Kriege haben ihre eigene Prägung, und doch gibt es eine Reihe von ihnen gemeinsamen Merkmalen. Ich begreife diese Merkmale als Definitionskriterien der neuen Kriege.

Da ist als erstes eine *dramatische Verbilligung der Herstellung von Kriegsführungsfähigkeit*. Seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges war die Herstellung solcher Kriegsführungsfähigkeit durch eine kontinuierliche Verteuerung gekennzeichnet, was zur Folge hatte, dass die Staaten nicht nur in völkerrechtlicher Hinsicht, sondern auch tatsächlich zu Monopolisten der Kriegführung wurden und private Kriegsunternehmer, die Condottieri, die noch im Dreißigjährigen Krieg eine zentrale Rolle gespielt hatten, aus dem Kriegsgeschehen verschwanden. Diese Verteuerung der Kriegsführungsfähigkeit hatte mit der Aufstellung stehender Heere zu tun, mit der Ausdifferenzierung der drei Waffengattungen, den steigenden Kosten für deren Ausrüstung, dem Aufbau und der Unterhaltung einer Kriegsmarine, zumal bei Mächten, die in den Hegemonialkriegen eine Rolle spielen wollten, und im 20. Jahrhundert kam dann noch die Luftwaffe hinzu. Das hatte zur Folge, dass die Zahl der Akteure, die zur Führung eines großen Krieges in der Lage waren, immer kleiner wurde, bis es in der Ära des Kalten Krieges eigentlich nur noch zwei waren, die unter Einschluss ihrer Bündnispartner einen großen Krieg führen konnten. Man konnte diese Entwicklung extrapolieren und kam dann, wie von Ian Morris vorgeführt,³ zu dem Ergebnis, dass der Krieg infolge seiner eigenen Entwicklungsdynamik irgendwann verschwinden werde.

Zwischen Balkan und Kaukasus wiederum haben wir es mit Konflikten und Kriegen zu tun, die aus dem Zerfall der pax sovjetica hervorgegangen sind und in denen ethnische und religiöse Konfliktlinien mit Widerstand gegen Korruption und Oligarchenwesen zusammentreffen.

Der Schock für die nach 1989/91 aufgekommene Vorstellung einer neuen Weltordnung bestand darin, dass genau das nicht der Fall war, und wenn man

genauer hinsah, stieß man auf jenen Kipppunkt, an dem der Trend zur Verteuerung der Kriegführung durch den der Verbilligung abgelöst wurde. So spielen

So spielen in den neuen Kriegen hochentwickelte Waffensysteme so gut wie keine Rolle, sondern wir haben es – nach wie vor – mit einer „Resteverwertung“ vagabundierender Waffen aus der Zeit des Kalten Krieges zu tun.

in den neuen Kriegen hochentwickelte Waffensysteme so gut wie keine Rolle, sondern wir haben es – nach wie vor – mit einer „Resteverwertung“ vagabundierender Waffen aus der Zeit des Kalten Krieges zu tun. Die Marine ist in diesen Kriegen ohne Bedeutung, und auch die Luftwaffe spielt

in ihnen nur dann eine Rolle, wenn Interventionsstaaten in diese Kriege eingreifen. Wo nicht, kommt der Luftwaffe allenfalls eine marginale Rolle zu.

Die neuen Kriege sind Kriege, die wesentlich mit Kleinwaffen geführt werden und in denen Dual-Use Gerät, wie etwa die Toyota Pickups, die von den Kriegsparteien den internationalen Hilfsorganisationen abgenommen worden sind, die Mobilität der Kämpfer sicherstellen.

Eine lange und anspruchsvolle taktische Ausbildung der Kämpfer ist in diesen Kriegen nicht vonnöten, da sich die Gewaltanwendung in der Regel gegen Zivilisten richtet und die Kämpfer sich in der Konfrontation mit regulärem Militär zumeist auf Überfälle und Hinterhalte verlegen. Auch der Aufbau eines logistischen Apparats entfällt, da das Erforderliche durch Plündern und Rauben „besorgt“ wird. Vor allem aber machen sich die Warlords dieser Kriege keine Gedanken über den Wiederaufbau des Landes nach Ende der Gewalt, und auch die materielle Versorgung ihrer dann zu Veteranen gewordenen Kämpfer spielt für sie keine Rolle, was – nicht in den tatsächlichen Gesamtkosten

Die neuen Kriege sind nicht nur leichter und schneller zu beginnen, sondern sie dauern auch länger als die konventionellen Kriege der Westfälischen Ordnung.

eines solchen Krieges, aber in ihrer parteibezogenen Bilanz – zu einer weiteren Verbilligung der Kriegführungsfähigkeit führt.

Die Folge dieser strukturellen Verbilligung war eine deutliche Absenkung der Eintrittsschwelle in solche Kriege und in Verbindung damit eine Verlängerung der Durchhaltefähigkeit der Gewaltakteure. Die neuen Kriege sind nicht nur leichter und schneller zu beginnen, sondern sie dauern auch länger als die konventionellen Kriege der Westfälischen Ordnung. Die Verbilligung des Krieges hat des Weiteren zu einer Rückkehr nichtstaatlicher Akteure ins Kriegsgesche-

hen geführt, weswegen man auch mit Blick auf die neuen Kriege von einer umfassenden Entstaatlichung des Krieges sprechen kann.

Mit dieser Entstaatlichung des Krieges ist die Vermehrung nichtterritorialer kriegführender Akteure verbunden, sei es, weil es sich bei ihnen um Netzwerke handelt, die aus der Tiefe des sozialen Raumes heraus agieren, sei es, weil sie sich weder einer bestimmten Bevölkerung noch einem definierten Territorium verbunden fühlen, sondern in wechselnden Räumen kämpfen. Kurzum: lässt man sich darauf ein, über das nachzudenken, was man die „neuen Kriege“ nennen kann, so sieht man sich zu einer Reihe von Revisionen gezwungen, bei denen man sich von militärgeschichtlichen Konstanten ebenso verabschieden muss wie von bestimmten Erwartungen der Friedensforschung. Das dürfte einer der Gründe sein, warum es das Theorem der neuen Kriege im Mainstream der Friedensforschung wie Militärgeschichtsschreibung nicht leicht hat.

Das zweite Merkmal der neuen Kriege ist deren *strukturell asymmetrischer Charakter*. Die Westfälische Ordnung beruhte auf einer Symmetrierung des Kriegsgeschehens, so wie im Hochmittelalter der ritterliche Ehrenkodex auf eine Symmetrie des Kräftemessens hinauslief. Symmetrie, heißt das, ist nicht das Selbstverständliche in der gewaltsamen Austragung von Konflikten, sondern sie muss hergestellt und immer wieder gegen Erosionsprozesse erneuert werden. Sie kann auf gemeinsamen Wertvorstellungen und Regeln der Gewaltanwendung oder auf einer strukturellen Äquivalenz der Akteure beruhen, aber sie ist alles andere als selbstverständlich. Ihre Entstehung und Dauerhaftigkeit ist in intrakulturellen Kriegen wahrscheinlicher als in transkulturellen Kriegen. Seitdem die Führung von intrakulturellen Kriegen aufgrund deren selbstdestruktiver Folgen selten geworden ist, hat die Häufigkeit der neuen Kriege zwangsläufig zugenommen.

Fundamental für die Frage von Symmetrie oder Asymmetrie sind die strukturellen Gegebenheiten von Raum und Zeit. Die Westfälische Ordnung hatte Geltung für einen Raum, in dem die territorialen Gegebenheiten für jeden größeren Akteur tendenziell ähnlich waren, und die organisatorische Struktur des zum Kriegsmonopolisten gewordenen Staates sorgte dafür, dass es auch beim Zugriff auf Zeit als strategischer Ressource der Kriegführung keine Unterschiede gab, die Asymmetrierung attraktiv gemacht hätte. Das erklärt zugleich, warum die Bindekraft der Westfälischen Ordnung von Westen nach Osten abnahm und es immer Zweifel darangegeben hat, ob Russland nun dazugehörte oder eher außerhalb der Westfälischen Ordnung stand. Asymmetrie

beginnt dort, wo entweder die Tiefe des Raumes einen Akteur begünstigt oder dieser Akteur die Unendlichkeit der Zeit auf seiner Seite hat. Aus west- und mitteleuropäischer Sicht verband sich die Raumfrage vor allem mit Russland, und die Zeitfrage stellte sich im Zusammenhang mit der Seemacht England, die einem prinzipiell anderen Zeitregime unterlag als die kontinentaleuropäischen Staaten, etwa durch den seegestützten Zugriff auf die globalen Ressourcen bzw. die Fähigkeit, ihre Gegner mit dem Instrument der Handelsblockade von diesem Zugriff auszuschließen.

Asymmetrie beginnt dort, wo entweder die Tiefe des Raumes einen Akteur begünstigt oder dieser Akteur die Unendlichkeit der Zeit auf seiner Seite hat.

Die Herausforderung der auf Symmetrie gepolten Akteure durch Mächte mit Asymmetriepotential ist also keineswegs grundsätzlich neu, sondern lässt sich als eine Konstante der Kriegsgeschichte begreifen. Die Frage war demgemäß stets, wie man die Akteure mit Asymmetriepotential dazu bringen konnte, sich auf Konstellationen der Symmetrie einzulassen. Bei der Beantwortung dieser Frage spielten Anerkennung und Ehre bzw. deren Verweigerung stets eine große Rolle. England und Russland konnten sich auf die Konstellationen der Symmetrie einlassen, weil sie die Fähigkeit der Asymmetrierung stets in der Hinterhand behielten. Als expansive Kolonialmächte, Russland in Sibirien und im Kaukasus, England in Nordamerika, Afrika und Südasien, waren sie zudem über zwei Jahrhunderte immer wieder mit asymmetrischen Herausforderungen konfrontiert, die in ihrem militärischen Selbstverständnis Spuren hinterließen.

Die Attraktion von Ehrerweis und Anerkennung ist in den neuen Kriegen dagegen nicht gegeben, da hier die qua Verbilligung und Asymmetrierung überhaupt erst kriegsführungsfähig gewordenen Akteure durch Symmetrierung in eine Situation hoffnungsloser Unterlegenheit geraten würden. Sie sind auf strukturelle Asymmetrie angewiesen. Ich will das aus gegebenem Anlass am Beispiel der afghanischen Taliban erläutern. Für sie spiel-

Die einem Talib zugeschriebene Bemerkung, wonach die westlichen Interventen zwar Uhren, die Taliban aber Zeit hätten, bringt das sehr genau zum Ausdruck.

te neben dem Raum vor allem die Zeit als Asymmetrieressource eine entscheidende Rolle. Die einem Talib zugeschriebene Bemerkung, wonach die westlichen Interventen zwar Uhren, die Taliban aber Zeit hätten, bringt das sehr genau zum Ausdruck. Es sind die Rückzugsmöglichkeiten in die pakistanischen

Stammesgebiete sowie schwer zugängliches Gelände, allem aber der bedingungslose Heroismus des Paschtunwali, die diese Durchhaltefähigkeit sicherstellten. Dem sind demokratische und postheroische Gesellschaften strukturell unterlegen. Sie schauen auf die Zeit und die mit der Dauer eines Einsatzes auflaufenden Kosten. Die Beendigung des Einsatzes in Afghanistan war nicht die Folge einer militärischen Niederlage, sondern einer (überstürzten) Entscheidung in Anbetracht der fehlenden Fortschritte bei der Modernisierung der afghanischen Gesellschaft.

Zurück zum Generellen: Unter den Bedingungen der neuen Kriege fehlen die Gratifikationen, die man, wie in der Westfälischen Ordnung, an asymmetrische Akteure ausreichen konnte, sofern sie sich auf symmetrische Verhältnisse einließen. Es war dies vor allem die Anerkennung als gleichberechtigter Akteur des Staatensystems, deren Wirkung man noch bei der Beendigung von guerillaförmig geführten Entkolonialisierungskriegen beobachten konnte. Es ging um die Anerkennung als souveräner Staat – und dafür unterwarf man sich dem Symmetrieregime. Derlei spielt für die Akteure der neuen Kriege keine oder eine allenfalls marginale Rolle. Im Ergebnis heißt das, dass Symmetrie in den neuen Kriegen als strategische Benachteiligung sanktioniert wird, während Asymmetrie infolge der strategischen Vorteile mit einer Fülle von Gratifikationen ausgestattet ist. Der von den USA im Kampf gegen terroristische Netzwerke inzwischen bevorzugte Einsatz von Späh- und Kampfdrohnen, von denen diese Netzwerke immer wieder an zentralen Stellen angegriffen und „zerrissen“ werden, ist eine asymmetrische Antwort auf eine asymmetrische Herausforderung, die im Ergebnis jedoch nicht zu einer Resymmetrierung führt, sondern bei der sich die Asymmetrien potenzieren.

Als drittes Merkmal der neuen Kriege ist die Wiederkehr der Söldner zu nennen, also die Anwerbung von Kämpfern, in deren militärisches Empowerment weder Geld noch Zeit investiert werden muss, sondern die stante pede als kampffähig angesehen werden können.

Als drittes Merkmal der neuen Kriege ist *die Wiederkehr der Söldner* zu nennen, also die Anwerbung von Kämpfern, in deren militärisches Empowerment weder Geld noch Zeit investiert werden muss, sondern die *stante pede* als kampffähig angesehen werden können. Dabei kann es sich um extrem billige Kindersoldaten, aber auch um hochspezialisierte Experten handeln, um Abenteurer, die es in der postheroischen Gesellschaft nicht aushalten, aber auch um eine ideologische Gefolgschaft oder um Personen, die bitterster Armut entkom-

men wollen; freilich auch um solche, die zum Mitmachen gezwungen worden sind, weswegen man schließlich auch von einer Rückkehr der Sklaventruppen sprechen kann, wie sie in der außereuropäischen Kriegsführung mitunter anzutreffen waren. Die Motivation der Söldner soll uns hier jedoch nicht weiter beschäftigen, sondern ich will die aufgeführten Typen strukturell in drei Gruppen unterteilen, wobei die jeweilige Zurechnung keinen Ausschließungscharakter hat, sondern die Gruppen sich auch überschneiden können.

Da sind zunächst die so genannten *Warlordships*, die von großen, eigentlich kriminellen Banden, etwa denen der Drogenkriege, bis zu den bewaffneten Gruppen politischer Befreiungsbewegungen reichen. Sie bestehen vor allem aus der Gefolgschaft charismatischer Anführer. Sie sind fast alle eng in die

Ein Großteil der neuen Kriege bezieht seine Ressourcen aus der Verbindung zur international organisierten Kriminalität.

internationale organisierte Kriminalität verwoben, über die sie die für die Führung des Krieges erforderlichen Ressourcen beziehen, sei dies nun der Handel mit Drogen, mit Menschen, mit Diamanten, mit Edelhölzern usw. Sobald bestimmte Güter

als illegal zertifiziert sind, entstehen Märkte der Illegalität, die, vermittelt über die internationale Kriminalität, zu „Nachschubplätzen“ der neuen Kriege werden. Aus ihnen versorgen sich die hier aufgeführten *Warlordships*. Ein Großteil der neuen Kriege bezieht seine Ressourcen aus der Verbindung zur international organisierten Kriminalität.

Als zweiter sind die *Private Military Companies* zu nennen, also die legalen Anbieter militärischer Arbeitskraft, die als Spezialisten einer Just-in-time-Bereitstellung von militärischen Fähigkeiten anzusehen sind und vor allem von westlichen Staaten als Schlagkraftverstärker ihrer militärischen Fähigkeiten eingesetzt werden. Demzufolge finanzieren sie sich über Zuwendungen aus den Staatshaushalten der sie in Anspruch nehmenden Staaten. Das Geschäftsmodell der PMCs besteht darin, die gewünschten Fähigkeiten auf den internationalen Märkten für militärische Arbeitskraft kurzfristig zurückgriff auf Privat Military Companies einzusammeln, und zwar entsprechend den Wünschen und Erfordernissen ihrer jeweiligen Auftraggeber. Diese können durch den Rückgriff auf PMCs ihre militärischen Fähigkeiten den Bedürfnissen und Erfordernissen entsprechend hochfahren, ohne sich auf eine politisch umstrittene und haushaltsmäßig langfristig folgenreiche Vergrößerung der Streitkräfte einlassen zu müssen. Und nach Ende des Einsatzes können sie die für die spezielle Herausforderung angekauften Fähigkeiten problemlos wieder zurückfahren.

Als dritte Gruppe des neuen Söldnertums sind die von mir zusammenfassend so bezeichneten „Kosaken“ zu nennen, Bevölkerungsgruppen somit, die weiterhin dem nomadischen Leben verbunden sind, die strukturelle Sesshaftigkeit als einengend und bedrückend wahrnehmen und für die das gefährliche Leben keinen Schrecken, sondern eine Befriedigung darstellt. Der Krieg ist für sie so etwas wie ein „Sehnsuchtsraum“. Aus ihnen rekrutiert sich etwa die „Gruppe Wagner“, die von Russland in jüngster Zeit eingesetzt wird, und von ihnen wird auch der Krieg im Donbass geführt, von den prorussischen Kosaken auf der einen und den proukrainischen Kosaken auf der anderen Seite.

Wenn ich „Kosaken“ hier in Anführungszeichen setze, dann deswegen, weil dieser Typ von Söldner nicht auf die Völkerschaften der Steppengebiete an Don und Wolga beschränkt ist, sondern auch mentale Halbnomaden im Sinne von Abenteurern anzieht. Sie kämpfen nicht nur für Geld, sondern auch, weil der ungeordnete Krieg am ehesten mit der von ihnen bevorzugten Lebensweise zusammenpasst. Sie leben nicht nur vom Krieg, sondern auch für den Krieg.

Konkurrierende Weltordnungsvorstellungen

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hatte sich, jedenfalls in den westlichen Gesellschaften, eine Weltordnungsvorstellung durchgesetzt, in der Konflikte durch Kooperation überformt und mit der Zeit durch sie ersetzt werden sollten. Es war dies die Imagination einer Welt, die keine Kriege um politische Vorherrschaft mehr kannte, weil die Fragen von politischer Dominanz und der Verteilung von Wohlstand und Reichtum in einer Mischung aus wirtschaftlicher Konkurrenz und Kooperation bei strenger Regelbeachtung entschieden wurden. Diese Ordnung sollte getragen werden von Werten und Normen, erstere als Grundlage des Zusammenlebens, letztere als Leitlinien für die zukünftige Entwicklung. Um dies durchzusetzen und anschließend zu gewährleisten, bedurfte es eines „Hüters“, der die Ordnung gegen Zögerliche und Hinhaltende voranbrachte und sie gegen Zuwiderhandelnde und Widerstand Leistende durchsetzte. Eine solche Ordnung hatte erhebliche Folgen für das Selbstverständnis des Militärs, das mehr und mehr in die Rolle einer internationalen Polizei hineingeriet. Da die UNO für die Aufgaben eines Hüters zu schwach und in sich obendrein zerstritten war und dem UN-Generalsekretär auch keine Stand-by-Forces zur Verfügung standen, fiel die Hüterrolle fast zwangsläufig den Vereinigten Staaten und damit der US-Armee zu. Durchdrungen vom amerikanischen Gründungsmythos des Exzeptionalismus und dem zugehörigen Sendungsbewusstsein übernahmen die USA diese Aufgabe,

sicherlich auch getragen von der Vorstellung, es gehe ja bloß um die globale Ausdehnung jener Rolle, die sie bisher für Westeuropa sowie Teile Ost- und Südasiens gespielt hatten.

Das war ein folgenreicher Irrtum, denn bislang hatten es die USA mit Ländern zu tun gehabt, die auf ihren Schutz angewiesen waren und ihn angesichts der Bedrohung durch feindliche Mächte auch weitgehend bereitwillig annahmten. Sicherheit war unter diesen Umständen ein Clubgut, in dessen Genuss nur kam, wer dem Club, also dem Bündnissystem, angehörte – und wer ihm angehörte, übernahm die Verpflichtung, zur Bereitstellung der Clubgüter beizutragen. Das Ausmaß der Trittbrettfahrerei war somit begrenzt, wozu nicht zuletzt

Die Geltung der neuen wertgestützten und normgetriebenen Weltordnung blieb also räumlich von vornherein eingeschränkt. China und Russland waren nicht nur nicht dabei, sondern traten ihr auch bewusst entgegen.

die Bedrohung durch den Antipoden mit-samt dessen Club, die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten, beitrug. Das wurde mit dem Wechsel in die Rolle eines *Hüters der globalen Ordnung* grundlegend anders: Nicht nur, weil aus Clubgütern nun *common goods* wurden, von deren Genuss niemand ausgeschlossen werden konnte, auch dieje-

nigen nicht, die zu deren Verfügbarkeit nichts oder nur wenig beigetragen hatten, was zur Folge hatte, dass das Ausmaß der Trittbrettfahrerei erheblich anstieg, sondern auch, weil die USA in der Hüterrolle mit dezidierten Gegnern dieser Ordnung und einer Reihe von Räumen der Unordnung konfrontiert waren, die ihnen zunehmend Probleme bereiteten. So bestanden China und Russland etwa auf ihrer uneingeschränkten Souveränität, was hieß, dass sie das Geltendmachen von Werten und Normen der angestrebten neuen Weltordnung als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ ihres Landes ansahen und dieses unter Verweis auf die Grundsätze der alten internationalen Ordnung entschieden zurückwiesen. Die Geltung der neuen wertgestützten und normgetriebenen Weltordnung blieb also räumlich von vornherein eingeschränkt. China und Russland waren nicht nur nicht dabei, sondern traten ihr auch bewusst entgegen.

Das wäre ein vermutlich handhabbares Problem gewesen, denn schließlich handelt es sich bei Weltordnungen stets um ein *Work in progress*, wenn nicht die Fülle der Nichtregierungsorganisationen, die parallel zur Vorstellung einer wertebasierten Weltordnung als Supervisoren dieser Werte auftraten, nicht immer wieder Menschenrechtsverletzungen in Russland und China anprangert, darüber den Wertekonflikt angeheizt und so Frontstellungen erzeugt hätten,

in deren Folge sich die russische wie die chinesische Führung zunehmend bedrängt fühlten. Je mehr dies der Fall war, suchten sie den USA als selbsternanntem Hüter und „dem Westen“ als Unterstützer Probleme bei der Durchsetzung dieser Ordnung zu machen. Dass die Europäer und zumal die Deutschen den Aufgaben der USA als Hüter der globalen Ordnung gleichgültig gegenübergestanden hätten, wie jetzt mitunter behauptet, ist sicherlich unzutreffend, schließlich sind sie ihnen bis nach Somalia und Afghanistan gefolgt, aber sie haben das in der Regel mit einem deutlich anderen Verständnis dessen getan, was im Verlauf des (militärischen) Engagements erreicht werden sollte. Ging es den USA wesentlich um *regime change*, so setzten die Europäer eher auf *nation building*.

Im Rückblick von drei Jahrzehnten kann man sagen, dass die USA an der Rolle des Hüters gescheitert sind und sich inzwischen definitiv aus ihr zurückgezogen haben.

Im Rückblick von drei Jahrzehnten kann man sagen, dass die USA an der Rolle des Hüters gescheitert sind und sich inzwischen definitiv aus ihr zurückgezogen haben. Sie sind gescheitert an einer Hybris, die im Dritten Golfkrieg ihren Höhepunkt hatte, der Invasion des Irak zwecks Sturzes des Regimes von Saddam Hussein; des Weiteren an einem unzureichenden Wissen über Land und Leute sowie über regionale Gepflogenheiten und Sitten, denen sie mit einem sehr einfach strukturierten Machbarkeitsvertrauen gegenübertraten, wie etwa in Afghanistan; und sie sind, drittens, gescheitert an den Grenzen ihrer Fähigkeiten und dem Unwillen eines erheblichen Teils ihrer Bevölkerung, globale Präsenz zu zeigen, um hier und dort die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, während gleichzeitig zu Hause die Infrastruktur immer weiter zerfiel, die Mittelschicht schrumpfte und die Beschäftigungsverhältnisse der Arbeiterschaft schlechter wurden. Die Folge war, dass der strategische Atem der USA kürzer wurde, mit der Folge, dass die diversen Projekte, auf die sie sich eingelassen hatten, zu schnell beendet, um nicht zu sagen abgebrochen werden mussten, so dass zuletzt eine Abfolge misslungener Vorhaben zurückblieb: vom Irak bis Afghanistan, von Syrien bis Libyen. Nirgendwo ist man der Verwirklichung der Wertvorstellungen, um die es in der projektierten Weltordnung wesentlich ging, auch nur einen Schritt nähergekommen – im Gegenteil: zumeist waren die Verhältnisse hinterher schlechter als zuvor. Die USA, kann man sagen, sind nicht zuletzt an und in den neuen Kriegen gescheitert.

Die USA, kann man sagen, sind nicht zuletzt an und in den neuen Kriegen gescheitert.

Der Abschied der USA aus der globalen Hüterrolle nahm seinen Anfang, vorsichtig und noch eher zurückhaltend, unter Obama, als der für den *pacifc pivot* optierte, also angesichts des Umstands, dass sich die USA mit einer gleichzeitigen und gleichgewichtigen Machtprojektion in den atlantischen und den pazifischen Raum überfordert fühlten und mit Blick auf ihre wirtschaftlichen Interessen dem pazifischen Raum den Vorzug gaben. Offensichtlich ging Obama dabei davon aus, dass die Europäer einem Teil der mit der Hüterrolle

verbundenen Aufgaben in Europa und den unmittelbar angrenzenden Räumen übernehmen würden, wozu die aber weder bereit noch in der Lage waren. Unter Trump erfolgte dann der definitive Abschied von der Hüterrolle unter der Parole *America first*, also der Umstellung einer Sorge für das globale Gemeinwohl auf die blanken Eigeninteressen der USA, wobei Trump

Von einer responsibility to protect, die als völkerrechtliche Leitvorstellung der neuen Weltordnung konzipiert war und den legitimatorischen Counterpart zur Souveränitätsvorstellung bildete, ist inzwischen keine Rede mehr.

nicht nur den zu Beginn der 1990er Jahre zusätzlich übernommenen Verpflichtungen eine radikale Absage erteilte, sondern auch die Verpflichtungen aus der Zeit des Ost-West-Konflikts in Frage stellte. Deren Bekräftigung war angesichts eines zunehmend aggressiven Auftretens Russlands und der immer deutlicher artikulierten asiatischen Vormachtansprüche Chinas erneut aktuell geworden. Letzteres hat Biden revidiert, aber den globalen Verpflichtungen der USA bei der Durchsetzung einer Werteordnung hat auch er nach dem Rückzug aus Afghanistan eine explizite Absage erteilt. Von einer *responsibility to protect*, die als völkerrechtliche Leitvorstellung der neuen Weltordnung konzipiert war und den legitimatorischen Counterpart zur Souveränitätsvorstellung bildete, ist inzwischen keine Rede mehr.

Die Ära eines menschenrechtlich legitimierten Interventionismus ist vorbei. Das Projekt einer wertegestützten und normgetriebenen Weltordnung ist gescheitert. – Was heißt das für die eingangs beschriebenen neuen Kriege, die mit Hilfe humanitär motivierter Interventionen ja beendet werden sollten? Und was heißt das für die Frage nach Krieg und Frieden in der Weltordnung überhaupt?

Die neue alte Weltordnung der Einflusszonen, die hybriden Kriege und der Ausscheidungswettbewerb um die Rolle eines weltpolitischen Akteurs

Nun ist das Scheitern eines bestimmten Hüters an seinen Aufgaben nicht eo ipso gleichbedeutend mit dem Scheitern einer auf einen Hüter angewiesenen Weltordnung. Es kann ja auch sein, dass der gescheiterte Hüter durch einen anderen abgelöst wird, der bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben erfolgreicher ist. So war eine Zeitlang davon die Rede, dass dem US-amerikanischen Zeitalter ein chinesisches Zeitalter folgen werde, aber diese und ähnliche Prognosen waren, sieht man genauer hin, wesentlich auf die Rolle Chinas im Welthandel und in der Güterproduktion bezogen. Tatsächlich zeigt China keinerlei Interesse an der vakant gewordenen Hüterrolle und wäre, wenn es sie übernehmen würde, von ihr auch überfordert. Man hat in Peking das schnelle Scheitern der USA an diese Aufgabe sehr genau beobachtet. Die vielberedete Seidenstraßenstrategie der Chinesen (*one belt, one road*)⁴ hat nicht zum Ziel, dass China ein Bereitsteller von *common goods* im globalen Rahmen wird, sondern folgt der strategischen Vorgabe, Clubgüter bereitzustellen, die in diesem Fall der Durchsetzung chinesischer Dominanz in bestimmten Regionen dienen. Es sind eindeutig die chinesischen Interessen, die das Projekt anleiten, und nicht die einer globalen Ordnung. Und auch die während der Präsidentschaft Donald Trumps aufgetauchte Vorstellung, die Europäer sollten, wenigstens interimistisch, die *global leadership* der liberalen Weltordnung übernehmen, war nie mehr als ein Wunsch, der dem Kontakt zur Wirklichkeit nicht gewachsen war.

Eine Weltordnung, die eines Hüters bedarf, aber keinen hat, ist auf längere Sicht eine politisch hochgefährliche Angelegenheit.

Eine Weltordnung, die eines Hüters bedarf, aber keinen hat, ist auf längere Sicht eine politisch hochgefährliche Angelegenheit, weil sie allerhand Provokateure dazu einlädt, gelegentlich auszuprobieren, wie weit man bei Verstößen gegen die Ordnung gehen kann, ohne auf Widerstand zu stoßen, und das kann sich schnell zu einem allgemeinen Rennen zur Demolierung jedweder Ordnung steigern.

Als Beispiel hierfür kann die kurze Lebensdauer der Pariser Friedensordnung von 1919/1920 angesehen werden – gemeint sind die Verträge von Versailles, Saint Germain, Trianon, Sèvres usw. mitsamt den ihnen zugrundeliegenden Prinzipien –, die auf einen Hüter angewiesen war, aber keinen hatte, der diese

Aufgabe zu übernehmen bereit bzw. in der Lage war. Die USA hatten sich aus den Aufgaben einer europäischen, erst recht aus denen einer globalen Ordnungsmacht schnell zurückgezogen, Frankreich und Großbritannien waren mit der Aufrechterhaltung ihrer Kolonialimperien beschäftigt, und der Völkerbund war zu schwach, um die Regelungen der Pariser Friedensverträge durchzusetzen. Die Folge war, dass die Pariser Friedensordnung, kaum dass man sie in Geltung gesetzt hatte, einer ständigen Erosion ausgesetzt war, nicht nur in Europa und Ostasien, sondern auch in Afrika und dem Nahen Osten⁵. Die Pariser Ordnung war als Ordnung ungläubwürdig.

Mit dem Fehlen eines Hüters verfällt auch der Geltungsanspruch der Regeln, Werte und Normen, die für diesen Typ der Weltordnung von elementarer Bedeutung sind. Die Geltungsreichweite der jeweiligen Regeln, Werte und Normen zieht sich auf den Raum eines Einflussgebiets zurück, wo sie zu einem Identität markierenden und gegen andere Akteure und deren Einflussgebiete abgrenzenden Faktor werden, wie dies von Herodot bis Huntington als Merkmal von Kulturen bzw. Zivilisationen herausgestellt worden ist. Von universell geltenden Werten kann indes nur noch als philosophisches Postulat, aber nicht mehr als politische Perspektive gesprochen werden. Das heißt freilich nicht, dass es keine Kooperation zwischen den mächtigen Akteuren an der Spitze von Einflussgebieten geben kann und geben wird, aber die bezieht sich auf gemeinsam geteilte Interesse, die in der Begrenzung des Klimawandels, aber auch der Aufrechterhaltung von Handelsströmen liegen können. Diese Kooperation ist jedoch interessenbasiert und nicht werteorientiert, was freilich nicht ausschließt, dass in der politischen Rhetorik, um zu entsprechenden Abmachungen zu kommen, immer wieder auch gemeinsame Werte und Normen aufgerufen werden. Politisch relevant werden sie aber erst, wenn sie mit den wesentlichen Interessen der großen Akteure zusammenfallen bzw. ein Entgegenkommen in die gewünschte Richtung von einem Entgegenkommen der anderen Seite abhängig gemacht wird, wie zuletzt etwa, als China erklärte, eine ehrgeizigere Klimaschutzpolitik des Landes sei nur möglich, wenn die USA keinen Handelskrieg gegen China führten. Das hat zuletzt auch Folgen für die Praxis politischer und militärischer Interventionen in Räumen außerhalb des jeweiligen Einflussgebiets: Sie werden auch weiterhin stattfinden, jedoch nicht länger an den Interessen der im Interventionsgebiet lebenden Menschen orientiert, sondern an denen der intervenierenden Mächte.

Nimmt man historisch zurückliegende Übergänge von wertbasierten und normgetriebenen „Welt“-ordnungen in die Systeme der großen Mächte als Ana-

logon zu den sich gegenwärtig abzeichnenden Veränderungen der Weltordnung, so spricht vieles für *fünf große Mächte*, die ein System des dynamischen Gleichgewichts bilden werden, bei dem freilich auch einzelne Akteure ausscheiden und durch aufsteigende Mächte ersetzt werden können. Als historische Parallele bietet sich in Europa die Erosion der politischen Ordnung der lateinischen Christenheit zwischen dem 13. und 17. Jahrhundert an, als die Doppelspitze von Papst- und Kaisertum immer weniger in der Lage war, die ihr zuge dachte Rolle als letzte Entscheidungsinstanz bei Konflikten im Inneren und als Wahrer der Ordnung gegen „äußere“ Bedrohungen wahrzunehmen. Die zugehörige Ordnung der Kriegsvermeidung im Innern der lateinischen Christenheit durch schiedsinstanzliche Regelung genauer auszuführen, würde hier zu weit führen; für unsere Fragestellung ist der Zerfall wichtiger, und der beginnt mit dem Ende der staufischen Macht, dem Schisma der päpstlichen Oberhoheit, setzt sich fort in der Reformation, steigert sich zur Idee der Souveränitätskonzeption einzelner Staaten und führt schließlich in den Dreißigjährigen Krieg, der – unter anderem – auch ein Krieg um die Struktur der europäischen Ordnung war.⁶ An seinem Ende verband sich mit der Westfälischen Ordnung nicht nur die Vorstellung einer strukturellen Gleichrangigkeit der großen Mächte, sondern auch eine Gleichrangigkeit von Krieg und Frieden. Nicht von ungefähr heißt Hugo Grotius' 1625 erschienenes, für die Westfälische Ordnung in völkerrechtlicher Hinsicht maßgebliches Werk *De iure belli ac pacis libri tres*, drei Bücher vom Recht des Krieges und des Friedens. Die normative Vorstellung verband sich realpolitisch mit einem System der fünf Vormächte in Europa: zunächst waren dies Spanien, Frankreich, England, Schweden (wegen seiner militärischen Fähigkeiten) und das Wiener Kaiserhaus, wobei Spanien und Schweden zu Beginn des 18. Jahrhunderts ausschieden und durch Russland (seit Peter dem Großen) und Preußen (seit Friedrich dem Großen) ersetzt wurden. Diese Mächte haben zwecks Ausweitung oder Sicherung ihrer Einflussgebiete immer wieder Kriege geführt – aber eben regulierte Kriege, von denen man, im Unterschied zum Dreißigjährigen Krieg, mit Clausewitz sagen konnte, sie seien eine „Fortsetzung der Politik unter Einmischung anderer Mittel“ gewesen.

Die normative Vorstellung verband sich realpolitisch mit einem System der fünf Vormächte in Europa: zunächst waren dies Spanien, Frankreich, England, Schweden (wegen seiner militärischen Fähigkeiten) und das Wiener Kaiserhaus, wobei Spanien und Schweden zu Beginn des 18. Jahrhunderts ausschieden und durch Russland (seit Peter dem Großen) und Preußen (seit Friedrich dem Großen) ersetzt wurden.

Historische Vergleiche und Analogien sind keine Gleichsetzungen. Sie zeigen Ähnlichkeiten, aber auch Unterschiede. Sie sind ein methodisches Instrument, das historisches Wissen, intellektuelle Sensibilität und politische Urteilskraft erfordert. Das unterscheidet sie von den auf großen Datenmengen beruhenden Methoden, deren sich die Naturwissenschaften und häufig auch die Sozialwissenschaften bedienen. In dem Bereich, der hier in Rede steht, dem der Weltordnungen, gibt es jedoch keine großen Datenmengen, weswegen wir mit dem Verfahren des Vergleichs Vorlieb nehmen müssen.

Gehen wir also von der Fünf als Messzahl der großen Akteure aus. Es sind dies in jedem Fall die USA und China, wohl auch Russland, sodann die Europäische Union, wenn deren Mitglieder denn zusammenbleiben und sich auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verständigen, und wohl auch Indien als das bevölkerungsreichste Land der Erde und als südasiatische Vormacht

Gehen wir also von der Fünf als Messzahl der großen Akteure aus. Es sind dies in jedem Fall die USA und China, wohl auch Russland, wenngleich wesentlich ob seiner Nuklearwaffen und seiner geopolitischen

Lage als nordasiatische Landbrücke, und nicht infolge ökonomischer Dynamik und demographischer Stabilität, sodann die Europäische Union, wenn deren Mitglieder denn zusammenbleiben und sich auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verständigen, und wohl auch Indien als das bevölkerungsreichste Land der Erde und als südasiatische Vormacht .

Dahinter versammelt sich eine größere Anzahl von Anwärtern auf die Übernahme eines vakant werdenden Platzes unter den „großen Fünf“, die zugleich aber auch als Koalitionäre für diese Fünf bei der Behauptung ihrer Position in Frage kommen. Jeder der Fünf muss also nicht nur die vier Akteure auf der eigenen Ebene, sondern auch die relevanten Mächte auf der darunterliegenden Ebene in seine strategischen Überlegungen einbeziehen. Das lässt sich spieltheoretisch im Einzelnen ausformulieren.

Was heißt das nun – um zum eigentlichen Thema zurückzukommen – für die neuen Kriege? Eingangs wurde bereits festgehalten, dass die binäre Ordnung des Westfälischen Systems nicht mehr gegeben ist, weswegen an den Rändern der Einflusszonen nicht unbedingt mit stabilen Friedensverhältnissen, aber auch nicht mit offenem Krieg und einer selbstdestruktiver Eskalationsdynamik des Krieges zu rechnen ist. Vielmehr haben wir es hier mit neuen Kriegen des oben beschriebenen Typs oder auch mit einer hybriden Kriegführung, dem zweiten Typ der neuen Kriege, in der Form von Cyberangriffen auf die Kommunikations- und Steuerungssysteme der anderen Seite sowie weiteren

Formen destruktiver Einwirkung zu tun – etwa in der Generierung von Flüchtlingsbewegungen in Richtung des Territoriums eines anderen Akteurs, wenn denn die Aufnahme und Verteilung von Migranten als dessen politisch vulnerabler Punkt ausgemacht worden ist – wie wir es zurzeit von Seiten Weißrusslands beobachten. Umgekehrt ist die Unterstützung von Bürgerbewegungen für autoritäre Regime ein Angriff auf ihre verwundbare Seite bzw. wird von ihnen in diesem Sinne wahrgenommen. Man wird es also so lange mit einer Diffusion von Krieg und Frieden zu tun haben, wie es nicht zu einem *modus vivendi* gekommen ist, bei dem beide Seiten nicht nur die Existenz des anderen, sondern auch seine Existenzform und die ihr zugrundeliegenden Überzeugungen akzeptiert haben – was zurzeit freilich nur schwer vorstellbar ist, weil das auf eine Absage an den westlichen Universalismus der Werte und die Akzeptanz eines politisch-ethischen Relativismus hinauslaufen würde. Das aber wird die Voraussetzung für ein leidliches Funktionieren der neuen alten Weltordnung sein.

Diese Konstellationen machen eine Umstellung des strategischen Denkens von Bedrohungsanalysen und dem Blick auf die genuin militärischen Fähigkeiten eines aktuellen oder potentiellen Gegenspielers

erforderlich, eine Beschäftigung mit der eigenen Vulnerabilität und die Ausbildung einer entsprechenden Resilienz. Da sich unter den Bedingungen der Hybridität nicht sicher antizipieren lässt, mit welcher Form von Herausforderung man es tun haben wird, muss man die Verwundbarkeiten des eigenen body politic begrenzen und für dessen erhöhte Durchhaltefähigkeit Sorge tragen, nicht nur in militärischer, sondern auch in ziviler Hinsicht – etwa im Fall von Pandemien. Nur wer dies schafft, also in der Lage ist, einen eigenen Willen zu formulieren und gegen andere zur Geltung zu bringen, wird sich dauerhaft in den Reihen der fünf großen Akteure halten können.

Diese Konstellationen machen eine Umstellung des strategischen Denkens von Bedrohungsanalysen und dem Blick auf die genuin militärischen Fähigkeiten eines aktuellen oder potentiellen Gegenspielers erforderlich, eine Beschäftigung mit der eigenen Vulnerabilität und die Ausbildung einer entsprechenden Resilienz

Im Sinne der zwei Formen von neuen Kriegen, der hybriden und der asymmetrischen, gibt es aber noch eine zweite Voraussetzung für die Behauptung eines Akteurs in der Gruppe der Fünf, und das ist die Fähigkeit zur Stabilisierung seiner Peripherie, also der Export politischer Stabilität und ökonomischer Prosperität. Das heißt, dass die Fähigkeiten zur Beendigung von neuen Kriegen an den Peripherien der Wohlstandszonen auch nach dem Ende des huma-

nitären Interventionismus aufrechterhalten, verbessert und weiterentwickelt werden müssen.



Welt-Karte mit EU-Mitgliedsstaaten

Konkret: nur wenn die Europäer, und damit die Deutschen an vorderster Stelle, beides schaffen, sich gegen gleichartige Konkurrenten zu behaupten und ihre Peripherie zu stabilisieren, werden sie ein Subjekt bei der Ausgestaltung der neuen Weltordnung sein – und nicht ein Objekt, über das andere entscheiden. Konkret: nur wer in der Lage ist, sich in beiden Typen der neuen Kriege zu behaupten, wird auf längere Sicht ein weltpolitisch relevanter Akteur sein.

Zum Autor: Prof. Dr. phil. Herfried Münkler lehrte als ordentlicher Professor am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Verfasser einer Vielzahl anerkannter Werke zu historischen Themen. Prof. Münkler ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1 Mary Kaldor, *New and Old Wars: Organized Violence in A Global Era*, Stanford 1999.
- 2 Herfried Münkler, *Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, deutsches Trauma*, Berlin 2017.
- 3 Ian Morris, *Krieg. Wozu er gut ist*, Frankfurt/New York 2013.
- 4 Vgl. Peter Frankopan, *Die neuen Seidenstraßen. Gegenwart und Zukunft unserer Welt*, Berlin 2019.
- 5 Dazu Münkler, „Das Scheitern der Pariser Friedensordnung“; in: Claus Kieß (Hg.), *Paris 1919-1920: Frieden durch Recht?*, Baden-Baden 2020, S. 71-92.
- 6 Dazu ausführlich Münkler, *Der Dreißigjährige Krieg*.

Die Bedeutung nuklearer Waffen in einer Welt vieler Krisen und Konflikte

Klaus Olshausen

Einleitende Bemerkungen

Vor dem Hintergrund des Konflikts Russlands mit der Ukraine und den damit verbundenen ultimativen Forderungen Russlands zu ihrer Sicherheitsstruktur veröffentlichen die fünf Mächte mit Veto-Recht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VNSR) zum Jahresbeginn eine gemeinsame Erklärung zur Verhinderung eines Nuklearkrieges und zur Vermeidung eines Rüstungswettlaufs¹.

Diese hat mehrere Zielrichtungen:

- ihr Verhalten untereinander;
- das Beherrschen der Existenz nuklearer Waffen in ihren Staaten und darüber hinaus;
- das Verhindern der Proliferation von Nuklearwaffen und damit verbunden, die „deklarierte“ Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung mit dem „ultimativen Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen und unverminderter Sicherheit für alle“.

Seit Anfang 2020 ist politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln in großem Umfang von der Corona-Pandemie gekennzeichnet, und sie ist noch nicht bezwungen. Die Herausforderungen des Klimaschutzes sind in den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung mit starken Zielvorgaben aufgenommen worden und bilden einen Eckpfeiler der transnationalen Politik für die kommenden Jahre. Es gibt aber Risiken, ja Gefahren, die unabhängig von den Gefahren für das Klima die Welt oder Teile davon jederzeit und schon deutlich vor der beschworenen Klima-Apokalypse dramatisch treffen können. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine seit dem 24. Februar ist ein schreiender Beweis.

Zusätzlich blieben auch die letzten zwei Jahre durch vielfältige Krisen und Konflikte gekennzeichnet. Sie betrafen den Nahen und Mittleren Osten, Nordafrika und die Sahelzone, aber auch die Auseinandersetzungen in und um Hongkong, die Spannungen um die Kaschmir-Region sowie die Unruhen und

sich unterschiedlich entladenden Spannungen in Lateinamerika. Diese Hinweise zeigen, dass auf dem ganzen Globus neue Risiken, ja Gefahren sichtbar und wirksam sind und bleiben.

In der deutschen Gesellschaft gibt es neben verständlicher emotionaler Ablehnung von Nuklearwaffen keine breite und sachlich fundierte Auseinandersetzung mit den schwierigen politischen, strategischen, technologischen und militärischen Aspekten der nuklearen Massenvernichtungswaffen.

Dennoch sind die „Krieg in Sicht“-Krise, die Russland seit Herbst 2021 um und gegen die Ukraine entfacht² und die ultimativen Forderungen Russlands an die USA und die NATO Grund genug, über die gemeinsame Erklärung der fünf Nuklearmächte hinaus der nuklearen Wirklichkeit Aufmerksamkeit zu schenken.

Dazu zählen viele Entwicklungen, die im weiten Bereich atomarer Bewaffnung Bedeutung behalten. Drei Vorstellungen und Absichten kennzeichnen die Debatte, ja Auseinandersetzung auch am Beginn des Jahres 2022:

1. Wie können Atomwaffen zu einer modernen, glaubwürdigen Abschreckung gegnerischen Handelns beitragen³?
2. Wie kann die Wirksamkeit eines fragilen Nichtverbreitungsvertrages (NPT) durch nationales und internationales Handeln gestärkt werden⁴?
3. Welche Auswirkungen hat in dieser Entwicklung ein „Atomwaffenverbotsvertrag“ (AVV) der UN-Generalversammlung, der Atomwaffen als „illegal“ stigmatisiert⁵?

Die öffentliche Aufmerksamkeit bleibt gerade auch in Deutschland eher gering für diese Thematik mit weitreichenden geopolitischen, ja existenziellen Auswirkungen.

In der deutschen Gesellschaft gibt es neben verständlicher emotionaler Ablehnung von Nuklearwaffen keine breite und sachlich fundierte Auseinandersetzung mit den schwierigen politischen, strategischen, technologischen und militärischen Aspekten der nuklearen Massenvernichtungswaffen.

Deutschland hat sich nicht nur zweimal verpflichtet, auf jegliche Entwicklung von Atomwaffen zu verzichten, sondern hat 2011 aus eigenen Stücken den Entschluss gefasst, bis Ende 2022 die Nutzung der „friedlichen Atomener-

gie“ endgültig zu beenden. Da scheint es zunächst einmal wenig überraschend, dass viele Bürger in der Nukleardebatte den AVV für das sinnvolle, ja gebotene Vorgehen halten. So erreicht das umfangreiche atomare Wirkungsgeflecht insbesondere seit den dramatischen Veränderungen der 90er Jahre nur unzureichend und ggf. punktuell – wie bei der Frage von Atomwaffen in Deutschland oder der nuklearen Teilhabe – die öffentliche Meinung. Dabei ist eine klare und ausführliche Analyse und Darstellung der konfliktträchtigen Weltlage unserer Tage erforderlich, um den Anteil an Sicherheitsvorsorge durch nukleare Elemente plausibel zu erläutern.

Risiken und Bedrohungen

Am Beginn der Erörterung steht die umfangreiche Reduktion der nuklearen Sprengköpfe in der UdSSR und den USA, die mit dem INF-Vertrag 1987⁶ eingeleitet wurde. Nach der Wende 1989 wurde mit Abkommen unter der Bush-Administration die Anzahl der Nuklearsprengköpfe bis zum Ende der Clinton-Administration von weit über 40.000 auf etwa 10.000 reduziert und verifiziert. Dies setzte sich mit dem umfassenden Testbann-Vertrag (CTBT, Clinton), dem Vertrag zur Reduzierung strategischer Offensivwaffen SORT, Bush II und „New Start“ unter der ersten Obama- Administration fort. So verfügen Russland und die USA im Januar 2021 über 6.375 bzw. 5.800 Nuklearsprengköpfe, davon 1.625 bzw. 1.800 als „deployed warheads“⁷.

Mit der abschätzigen Einstufung als „surplus disarmament“ wird die Bedeutung dieser Entwicklung unterschätzt. Allerdings wird jede weitere Reduzierung nicht nur von verbesserten Beziehungen Russlands zu Amerika und seinen Verbündeten abhängen, sondern auch von dem Gewicht der nuklearen Doktrin in den strategischen Überlegungen beider Regierungen und der Verbündeten. Jede fehlerhafte Einschätzung kann Stabilität und Sicherheit beeinträchtigen oder sogar gefährden. Dennoch gilt, dass Aufwand und Nutzen auch in der Nuklearpolitik wesentlich, ja entscheidend sind (USA über die Jahre zwei bis vier Prozent der Verteidigungsausgaben, zusätzlich Ausgaben im Energieministerium; in Großbritannien führt dies zur Debatte wegen der Mängel bei konventionellen Streitkräften). Außerdem ist klar, dass, je weniger Nuklearwaffen gerade die USA und Russland besitzen, desto überlegter müssen das erforderliche Potenzial und die Schritte zur Rüstungskontrolle und Abrüstung balanciert werden. Zusätzlich ist abzuwägen, welche Kompensation konventionelle, Cyber- und Weltraum-Fähigkeiten für Stabilität und Sicherheit leisten können.

Neben diesen beiden Mächten gewinnen die nuklearen Potenziale der Chinesischen Volksrepublik besondere Bedeutung. Die spannungsreichen Beziehungen zwischen den Nuklearstaaten Indien und Pakistan lassen deren nukleare Kapazitäten als besonderes Risiko einschätzen. Und die Herausforderungen steigern sich durch die nukleare Realität in Nordkorea, das auch zu Jahresbeginn 2022 Abschüsse ballistischer Raketen fortsetzt, deren Nuklearfähigkeit anzunehmen ist.

Für den weiteren Nahen und Mittleren Osten, insbesondere Israel, aber auch weltweit bleibt es entscheidend, dass der Iran zahlreiche Verstöße gegen viele Bestimmungen des JCPOA⁸ im Rahmen der inzwischen zeitkritischen Verhandlungen in Genf mit den fünf Veto-Mächten des VNSR und Deutschlands nicht nur einstellt, sondern zurücknimmt. Nur so kann der Iran erreichen, dass die USA dem JCPOA wieder beitreten und v.a. sog. „snap back“⁹-Sanktionen aller Unterzeichner des JCPOA nicht ausgelöst werden.

Komplexität des zweiten nuklearen Zeitalters

In den Jahrzehnten der Ost-West-Konfrontation, der quasi bilateralen Blockbildung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt, bestimmten weitgehend die USA und die UdSSR das Geschehen und die Entwicklung nuklearer Potenziale sowie der Konzepte für die atomare Abschreckung, die eine glaubwürdige Androhung eines Einsatzes bei Gefahr für vitale, existenzielle Interessen beinhalteten. Damit standen die Fähigkeiten zu wechselseitiger Vernichtung auf der extremsten Ebene auch für die wirkungsvollste Abhaltung von jedem faktischen auch konventionellen Einsatz gegeneinander.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der begonnenen Bildung neuer Machtkonstellationen, die weitere Atomkräfte einschließen, reicht dieses Konzept nicht mehr. Ob und wie eine multiple nukleare Abschreckungssystematik entwickelt wird, ist ein wenig strukturiertes Themenfeld.

Die faktische Anerkennung Indiens und Pakistans als Nuklearmächte durch die USA entwickelte sich erst nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Beide Staaten haben den NPT nicht unterzeichnet, was die Voraussetzung für die Anerkennung politisch erschwerte.

Die nukleare Kapazität Nordkoreas versucht die internationale Gemeinschaft durch drastische Sanktionen des VNSR zu begrenzen und dazu letztlich auf

der Abrüstung aller Kapazitäten zu bestehen. Dies kann allerdings kaum gelingen, solange die Chinesische Volksrepublik (PRC) ihre bilateralen Beziehungen mit Nordkorea nicht stärker einschränken will.

Diese Komplexität wird auch durch das Verhalten des Iran mit seinen technischen Entwicklungen, die zur Fertigung von Atomwaffen führen können/werden, drastisch verschärft. Nicht umsonst haben die USA und die NATO eine Raketenabwehr beschlossen, die Europa vor dem Einsatz iranischer ballistischer Nuklearwaffen schützen soll und kann.

All das zeigte bis vor wenigen Jahren, dass der Schwerpunkt nuklearer Rivalität aus alten politischen Spannungen und Kontroversen, aber auch durch neue nukleare Ambitionen sich in den asiatischen, indopazifischen Raum verlagert.

Mit der revisionistischen Politik Russlands unter Präsident Putin, die die Absicht einer Reconquista erkennen lässt, treten aber auch die nuklearen Risiken, Bedrohungen und Gefahren für den transatlantischen Raum erneut in den Fokus. Eine äußerst gefährliche Entwicklung für die nukleare Abschreckung kann sich aktuell aus der Tatsache ergeben, dass die größte Nuklearmacht Russland sich sicher genug fühlt, einen Angriffskrieg gegen das zweitgrößte Land in Europa zu führen. Dies ist umso beunruhigender, weil erstens die Ukraine ihre Nuklearwaffen nach 1994 gegen eine Staatsgarantie auch durch Russland abgegeben hatte und zweitens die Selbstabschreckung der westlichen Staaten dazu führte, eine militärische Unterstützung der Ukraine mit eigenen Truppen zu verneinen.

Eine äußerst gefährliche Entwicklung für die nukleare Abschreckung kann sich aktuell aus der Tatsache ergeben, dass die größte Nuklearmacht Russland sich sicher genug fühlt, einen Angriffskrieg gegen das zweitgrößte Land in Europa zu führen.

Ob und welche ambitionierten Staaten sich der Entwicklung eines nuklearen Waffenpotenzials verschreiben, ist schwer abzuschätzen. Dabei können sie nicht nur den technologischen Fortschritt nutzen, sondern auch sogenannte demi-private Proliferationsnetzwerke.

Seit den Terrorangriffen am 11. September 2001 in Amerika gibt es zusätzliche Risiken durch zwei mögliche Szenarien: erstens der Zugang zu nuklearem Material zur Schaffung einer „schmutzigen Bombe“ mit verheerenden regionalen Wirkungen, oder, zweitens, eine fundamentalistische Bewegung kommt an die

Macht in einem Nuklearwaffenstaat. Wenn Hass und Religion zur Auslösung von Massenmord führen können, dann ist Abschreckung von geringem Wert, ja im herkömmlichen Sinn gar nicht mehr möglich. Das bedeutet, dass der Kampf erfolgreich aufgenommen werden muss, bevor es zu einem der vorstehend genannten Szenarien kommen kann.

Entwicklungen zum dritten nuklearen Zeitalter möglich¹⁰

1. Über 75 Jahre ohne Einsatz einer Nuklearwaffe hat bei vielen eine Auffassung unterstützt, nukleare Arsenale seien nicht nur gefährlich, sondern auch unnötig. Umso mehr würde jeder Einsatz auch nur einer Nuklearwaffe in der heutigen krisengeschüttelten Zeit eine grundlegende Veränderung der Weltlage herbeiführen.

Manche Staaten werden schlussfolgern, dass nukleare Abschreckung eher wichtiger ist. Und andere werden ihren Widerstand gegen Nuklearwaffen verstärken. Das kann zu politischen Zerreißproben insbesondere in Ländern führen, die – ohne eigene Nuklearwaffen – einem Bündnis mit Nuklearstaaten angehören.

2. Ein schwerer oder katastrophaler Unfall in der militärischen nuklearen Infrastruktur würde – noch stärker als bei schweren Unfällen in Kernkraftwerken für die zivile Nutzung der Atomenergie – zusätzlich die Wahrnehmung des Nutzens nuklearer Rüstung negativ verstärken. Er würde auch als innenpolitisches Sicherheitsrisiko gebrandmarkt werden können.

3. Das Aufkommen eines neuen regionalen nuklearen Hegemons, z.B. des Iran, könnte andere Staaten veranlassen, ja zwingen, selbst die nukleare Option anzustreben. Damit würden der NPT nachhaltig be-

schädigt und möglicherweise die Anstrengungen für die Nichtweiterverbreitung der vergangenen Dekaden zunichte gemacht. Mit jeder Erhöhung der Zahl von Staaten mit Nuklearwaffen erhöht sich die Unsicherheit und Fragilität im Gefüge der zwischenstaatlichen Krisen und Konflikte,

Mit jeder Erhöhung der Zahl von Staaten mit Nuklearwaffen erhöht sich die Unsicherheit und Fragilität im Gefüge der zwischenstaatlichen Krisen und Konflikte.

die in einer weniger regelbasierten Welt durchaus ansteigen können. Zum einen können Staaten mit Nuklearwaffen, die ihre vitalen Interes-

sen als gefährdet, ja bedroht wahrnehmen, die konkrete Androhung oder gar den Einsatz ihrer Nuklearwaffe vorsehen. Wenn zum anderen die Staaten annehmen, dass sie Nuklearwaffen anderer vor allem mit eigenem Nuklearwaffenbesitz neutralisieren, können Krisen und Konflikte in einer weniger klar regelbasierten internationalen Gesamtlage unterhalb der nuklearen Schwelle durchaus zunehmen und mit Nutzung aller übrigen militärischen und nicht-militärischen Mittel umso intensiver geführt werden.

Herausforderungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV)

Der 1970 in Kraft getretene NVV-Vertrag basiert auf einer beinahe universellen Mitgliedschaft von 191 Staaten und seinen drei Kernelementen: vertraglich bindende Verpflichtung zur Abrüstung; klare Bestimmungen zur Nichtverbreitung mit einem strengen Verifizierungsregime; die Verpflichtung zur ausschließlich friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Die für das Frühjahr 2020 geplante zehnte Überprüfungskonferenz musste wegen des Corona-Virus wiederholt verschoben werden und ist nun für August 2022 vorgesehen. Sie wird auf den Empfehlungen des Vorbereitungsausschusses vom Mai 2019 aufbauen. Dabei wird gerade auch wegen der weiter kritischen Lage um die Verhinderung eines „nuklearen Iran“ die Resolution von 1995 erneut aufgegriffen werden, mit dem Ziel einer nuklearfreien Zone im Mittleren Osten. Für alle drei Kernelemente werden zahlreiche Verpflichtungen und Maßnahmen empfohlen. Der Ansatz für weitere nukleare Abrüstung wird nach der Verlängerung von „New Start“ um fünf Jahre sehr von der erklärten Bereitschaft der USA und Russlands für eine weitere Reduzierung von Sprengköpfen und Trägerwaffen abhängen.

In der Gipfelerklärung der NATO vom Juni 2021 unterstreicht die Allianz die Bedeutung des NPT als Bollwerk gegen die weitere Verbreitung von Nuklearwaffen und als Eckpfeiler der globalen Architektur für Abrüstung und Nichtverbreitung, aber ebenso für die Kooperation bei friedlicher Nutzung der Nuklear-Energie, -Wissenschaft und -Technologie. Der NPT, so die Erklärung, bleibt der einzige glaubwürdige Weg zu nuklearer Abschreckung. Deshalb setzt die Allianz darauf, dass alle im Geist weiterer Fortschritte bei allen drei Kernelementen die zehnte Überprüfungs-Konferenz zu einem Erfolg führen.

Iran – der schwierig(st)e Fall präventiver Nichtverbreitung von Nuklearwaffen

Die Vereinbarung (JCPOA) zwischen dem Iran und den 5 + 1 vom Juli 2015 sollte dem Misstrauen der internationalen Gemeinschaft Rechnung tragen und durch die Beschränkung iranischer Maßnahmen, insbesondere in der Urananreicherung, eine rasche Entwicklung einer Atomwaffe verhindern. Auf Seiten der USA, aber auch weiterer westlicher Staaten gab es von Anfang an kritische Stimmen zum JCPOA. Das bezog sich auf inhaltliche Schwächen des Vertrags (v.a. Verifikation), auf die begrenzte Geltungsdauer von zehn Jahren und nicht zuletzt auf das Ausklammern der fortgesetzten Entwicklung ballistischer Raketen im Iran. Das Aufkündigen des JCPOA durch Präsident Trump und dessen Erlassen harter Sanktionen nahm der Iran ca. ein Jahr danach als Begründung dafür, selbst eine Reihe von Begrenzungen zu überschreiten und internationale Kontrollen einzuschränken.

Wenn alle sechs Vertragspartner des JCPOA mit dem Iran erklärtermaßen daran festhalten, dass sie einen Iran mit Nuklearwaffen nicht akzeptieren wollen, dann dürfte die Anrufung des Schlichtungsverfahrens¹¹ durch die E3 nicht nur ein symbolischer Akt bleiben – wie viele vermuten –, sondern sollte genutzt werden, um Iran zur Einhaltung der Bestimmungen des JCPOA zu veranlassen.

Mit der Wahl Bidens zum U.S.-Präsidenten und der Erklärung seiner Administration, unter bestimmten Voraussetzungen dem JCPOA wieder beizutreten und Sanktionen gegen den Iran zu lockern, begannen neue, langwierige Verhandlungen. Nach der Wahl von Ebrahim Raissi zum iranischen Präsidenten im Juni 2021 blieben die Verhandlungen über Monate ausgesetzt. Absicht der Biden-Administration war, nicht nur dem JCPOA wieder beizutreten, sondern diese Phase zu nutzen, um nun – vier Jahre vor Auslaufen der Vereinbarung – konzentriert an einem neuen, weiter gefassten Abkommen zu arbeiten. Damit sollte nicht nur ein ‚nuklearer Iran‘ verhindert, sondern die Besorgnisse der internationalen Gemeinschaft über die Raketenentwicklung aufgenommen werden. Vor allem galt es aber, auch das aggressive Handeln des Iran in der Region aufzugreifen. Denn die letzten fünf Jahre haben gezeigt, dass die Erwartung, der Iran werde nach dem JCPOA seine Politik in der Region mäßigen und innenpolitisch moderatere Kräfte stärken, sich nicht erfüllt hat. Er hat das hegemoniale Ausgreifen in der Region drastisch erhöht und im Innern die Repression gegen oppositionelle Kräfte fortgesetzt.

Diese Tatsache ist bei Wiederaufnahme der Verhandlungen im Herbst 2021 aber erneut zurückgestellt worden. Denn der Iran hat signalisiert, dass er über die Einhaltung des JCPOA nur unter der Voraussetzung sprechen will, dass alle Sanktionen der USA und anderer zurückgenommen werden.

Die Verstöße des Iran während der letzten Jahre bringen ihn zunehmend voran, innerhalb von (nur) Monaten nuklearfähiges Material zur Waffenproduktion gewinnen und so die Nuklearwaffenproduktion starten zu können. Damit ist die Biden-Administration auf das Minimalziel zurückgeworfen worden, wenigstens die formale Einhaltung des JCPOA zu erreichen. Und nur wenn die iranischen Verletzungen der Vereinbarung ernstgenommen werden und der Iran erkennen muss, dass dies schnell zu einer Behandlung im VNSR führen kann mit schwerwiegenden Sanktionsfolgen („snap back“), besteht vielleicht eine Chance, diese begrenzten Ziele durchzusetzen.

Der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) seit Januar 2021 in Kraft

Der Weg zum Atomwaffenverbotsvertrag (*Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons*, [TPNW]) war eine direkte Folge der vielerseits als Misserfolg gewerteten Überprüfungskonferenz des NPT 2015. Nur zwei Jahre später nahm die UN-Generalversammlung den Vertrag mit 122 Stimmen an. Im Januar 2020 hatten 80 Staaten den Vertrag unterzeichnet und 34 ihn ratifiziert. Am 22. Januar 2021, 90 Tage nach der 50. Ratifizierung, trat der Vertrag in Kraft. Der AVV verbietet allen Vertragsstaaten Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Kernwaffen, außerdem die Drohung damit. Zwei der sieben Verbotsartikel richten sich auch gegen nuklearwaffenfreie Staaten, die Nuklearwaffen Dritter auf ihrem Territorium lagern lassen und die bei Konzepten und Planung nuklearer Abschreckung beteiligt sind.

Die NATO-Staaten sprechen sich in ihrer Gipfelerklärung 2021 erneut explizit gegen den AVV aus: Er ist unvereinbar mit der nuklearen Abschreckungspolitik der Allianz; er steht im Widerspruch zur bestehenden Architektur der Nichtverbreitung und Abrüstung da er eine entscheidende Waffenkategorie verbietet; er riskiert, den NPT zu unterminieren; er berücksichtigt in keiner Weise die derzeitigen Gegebenheiten des Sicherheitsumfelds und er zeigt schließlich keinen Weg, der in der realen Machtpolitik der Staaten die politischen Sicherheitselemente, die die nukleare Abschreckung für viele – auch nichtnukleare Staaten – bisher gewährleistet hat, ersetzen kann.

Dagegen zeichnet sich ab, dass nach Inkrafttreten des Vertrags Atomwaffen als illegal verteufelt werden können. Die Debatte um die Zukunft nuklearer Waffen wird dadurch weiter polarisiert. Das wird die Politik in demokratischen Gesellschaften weitaus intensiver treffen als in autokratischen oder diktatorischen Staaten mit Nuklearwaffen. In offenen Gesellschaften wie Deutschland können die Protagonisten massiver tätig werden und öffentlichen Druck schaffen. ICAN¹² und weitere NGOs werden das in zahlreichen Debatten, aber ebenso mit örtlichen (Büchel/Eifel) und überregionalen Protesten nutzen. Auch die parlamentarische Auseinandersetzung hat bereits kurz nach Inkrafttreten des AVV begonnen. Mit dem Antrag der Fraktion Die Linke vom 26. Januar 2021, dem Vertrag beizutreten, die nukleare Teilhabe zu beenden und die Atomwaffen von deutschem Boden abzuziehen, mit der „aktuellen Stunde“ am 29. Januar und der Behandlung des Antrags im Plenum des Bundestages am 12. Februar ist klar, dass unterschiedliche, ja gegensätzliche Vorstellungen über plausible Wege für Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, künftige Abrüstung und zugleich glaubwürdige nukleare Abschreckung heftig diskutiert werden. Die Parteien der neuen Bundesregierung haben in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen, dass sie „als Beobachter (nicht als Mitglied) bei der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrages die Intention des Vertrages konstruktiv begleiten“ werden (S.145). Damit wäre Deutschland das zweite NATO-Mitglied, das diesen Schritt unternimmt. Dass die Regierung davon im Rahmen der Abstimmung mit den Alliierten noch Abstand nimmt, ist eher unwahrscheinlich.

Im Gegenwind des Vorwurfs der Illegalität dieser Waffen wird in freiheitlichen Gesellschaften viel Überzeugungskraft mit klaren Argumenten gefordert sein, um für glaubwürdige nukleare Abschreckung mit ihren Vorteilen für die Sicherheit bei gleichzeitiger Anerkennung moralischer Fragen Zustimmung zu gewinnen.

Nukleare Entwicklungen in China – auch für Europas Sicherheit von Bedeutung

Eine Atlantik- und Europa-fokussierte Betrachtung der nuklearen Herausforderungen darf die Bedeutung der nuklearen Konzepte und der Schaffung nuklearer Kapazitäten, insbesondere weitreichender Raketen, in China nicht aus dem Blick verlieren; dies auch nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines territorialen Ausgreifens im südchinesischen Meer und der anhaltenden Modernisierung der Streitkräfte.

Wenn die NATO in ihrer Londoner Erklärung auf Herausforderungen Chinas verweist, dann gehört neben der Systemrivalität und der zunehmend nationalistisch ausgerichteten Politik auch eine Analyse der nuklearen Komponente dazu. Es ist richtig, wenn die europäischen Verbündeten für diese Thematik gemeinsam mit Amerika überlegen, wie neben der Abschreckungspolitik, die wesentlich auf Amerikas Schultern ruht, eine sinnvolle Einbindung Chinas vorangebracht werden kann.

China verfolgt eine gezielte Modernisierung bei strategischen Nuklearwaffen und erhöht seit Jahren die substrategischen Waffen mit ballistischen Raketen und Marschflugkörpern, die offensichtlich zum Teil dual-fähig sind.¹³ Obwohl China das erklärte Ziel die Minimalabschreckung mit Zweitschlagkapazität beibehält, zeigen die Aktivitäten im substrategischen Bereich

doch das Streben nach einer erhöhten Flexibilität bei einer denkbaren Auseinandersetzung mit den USA. Die substrategischen Waffen ermöglichen eine nukleare Reaktion, ohne sofort mit Interkontinentalraketen den amerikanischen Kontinent ins Visier zu nehmen. Hier eröffnet sich nach dem Ende des INF-Vertrags zwischen den USA und Russland nicht nur ein Feld des Aufbaus von „Gegenkapazitäten“, sondern auch die Öffnung für bilaterale oder trilaterale Rüstungskontrollgespräche .



China verfolgt gezielt die Modernisierung seiner Nuklearwaffen und Trägersysteme

Aspekte der Nuklearen Doktrin Russlands

Ein revisionistisches und offensives Russland, das seit dem 24. Februar 2022 einen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt und das seit vielen Jahren seine Streitkräfte umfassend modernisiert, hat auch seine nuklearen Konzepte und Waffensysteme auf die veränderte geopolitische Lage ausgerichtet. Natürlich gehören dazu die strategischen Potentiale, die bereit stehen, um im Fall einer Gefahr für das Überleben des Staates eingesetzt werden zu können. Diese haben im russischen Konzept auch die Aufgabe, die nach Moskaus Wahrnehmung aggressiven Pläne der NATO abzuschrecken. Das Nuklearpotential taktischer, substrategischer und strategischer Reichweiten und land-, luft- und seegestützter Systeme in Verbindung mit seinen modernen konventionellen Waffen bildet eine Grundlage für Russlands Fähigkeit und Bereitschaft, in der Nachbarschaft zu intervenieren und mit Einschüchterung, Destabilisierung

und Erpressung seinen Einfluss auszudehnen. In einem Beitrag über Russlands Nuklearstrategie folgert Stephan Blank, dass „russische Atomwaffen Teil der asymmetrischen Strategie Putins“⁴⁴ sind.

Über die Verbesserung militärischer Fähigkeiten hinaus bilden sie den Hintergrund für die Angriffe auf die Ukraine, wie schon auf die Krim und den Donbass. Sie stützen auch Interventionen in Syrien. Und sie sind ein Mittel, eine

weitere NATO-Erweiterung im Nahbereich Russlands abzuwenden und die regionale Hegemonie in Eurasien abzusichern.

Das Nuklearpotential taktischer, sub-strategischer und strategischer Reichweiten und land-, luft- und seegestützter Systeme in Verbindung mit seinen modernen konventionellen Waffen bildet eine Grundlage für Russlands Fähigkeit und Bereitschaft, in der Nachbarschaft zu intervenieren und mit Einschüchterung, Destabilisierung und Erpressung seinen Einfluss auszudehnen.

Für ein aggressiv handelndes Russland werden sie bei begrenzten Konflikten zu einem wirksamen Instrument der Eskalationskontrolle und Konfliktregelung. Das beweist der Befehl Putins am dritten Tag des Krieges gegen die Ukraine, die Einsatzbereitschaft der Kräfte der „strategischen Abschreckung“ zu erhöhen. Schon

beim militärischen Aufmarsch russischer Streitkräfte im Norden, Osten und Südosten der Ukraine und im Schwarzen Meer mit zahlreichen und umfangreichen Übungen seit dem Herbst 2021 war auffällig, dass Putin in der dritten Februarwoche auch eine umfangreiche Übung nuklearer Truppenteile mit ballistischen Raketen und Marschflugkörpern besucht hat .

Die Darstellung und Bewertung russischer Nuklearfähigkeiten durch NATO-Generalsekretär Stoltenberg 2020 und in der Gipfelerklärung 2021 unterstreicht die Diversifizierung des Arsenal mit einer Sparte von Kurz- und Mittelstreckenraketen, die dazu dienen, die NATO zu zwingen. Und sie hebt die Neustrukturierung von ca. 80 Prozent der strategischen Nuklearkräfte sowie die Ausweitung der Fähigkeiten mit neuen und destabilisierenden Waffensystemen hervor. Die Nuklearstrategie, die nukleare Rhetorik in Verbindung mit umfangreicher Modernisierung, Diversifizierung und Ausweitung gerade auch bei den nicht-strategischen Waffen erhöht das Potential Russlands zu strategischer Einschüchterung. Die NATO wird all dies gemeinsam erörtern und eigene Maßnahmen voranbringen müssen.

Amerikas „Nuclear posture Review“ (NPR)

Seit 1991 hat jeder Präsident für seine Administration eine NPR erstellt ¹⁵ Jede Administration nutzt die NPR für zwei Grundfragen: Welche Rolle haben Nuklearwaffen in der Sicherheit der USA? Wie wird die internationale Gesamtlage beurteilt und welche Bedrohungen bestehen für die Vereinigten Staaten? Daraus entwickelt sie ihre Absichten. Erst danach beginnt die Umsetzung in einem vielfältigen formalen politischen Prozess mit Entscheidungen durch den Kongress.

Clintons NPR war geprägt von den großen Veränderungen nach 1989 und verfolgte das Abbauen der großen Bestände im Gleichklang mit der Russischen Föderation.

Bushs NPR berücksichtigte die Folgen der Terrorangriffe von 9/11 und die Gefahr der Proliferation am Beispiel Indien und Pakistan sowie den Programmen in Nordkorea und im Iran. Obamas NPR basierte auf der Überzeugung und Absicht, die Rolle nuklearer Waffen deutlich zu reduzieren im Geiste seiner Prag-Rede von 2009, die nuklearen Waffen letztlich abzuschaffen. Es sind die Entwicklungen in Russland, aber auch in China, die wesentlich Darstellung, Analyse und Folgerungen der amerikanischen NPR der Trump-Administration vom Januar 2018 geprägt haben. Viele Kritiker sahen darin den Neustart eines nuklearen Rüstungswettlaufs, eine Abwendung von Rüstungskontrolle und Abrüstung und eine klare Absage an das Verbot von Atomwaffen durch die VN Generalversammlung durch den AVV.

Dagegen werden Länder, deren Sicherheit im äußersten Fall an die glaubwürdige nukleare Abschreckung eines verbündeten Staates gebunden ist, die Sicherheitsvorteile betonen, ohne die moralischen Dilemmata zu übersehen.

Zwar dienen alle Nuklearwaffen in diesem Sinn einer politischen Funktion. Aber sie dürfen nach ihrer Einordnung in mögliche Konfliktszenarien auch nicht von vorneherein als nicht einsetzbar (unusable) gelten.

Für Deutschland, wie für alle nichtnuklearen NATO-Staaten, ist eine Reihe von Aussagen der NPR 2018 der Trump-Administration für ihre Sicherheit im Bündnis von Bedeutung:

- Die USA verzichten nicht auf die Drohung mit einem „Ersteinsatz“ (first use). Das richtet sich in der heutigen Lage v.a. gegen Bedrohung oder Einsatz chemischer oder biologischer Waffen. Aber auch Angriffe auf wichtige Komponenten nuklearer Infrastruktur können diesen auslösen. Ob damit künftig auch existenzielle Cyber-Angriffe abgeschreckt werden können, ist noch ein Fragezeichen.
- Gerade in der heutigen Bedrohungslage mit mehreren Nuklearwaffen-Staaten bedarf es auch einer Bandbreite an operativ-nuklearer Flexibilität. Nukleare Minimalabschreckung mit begrenzten Atomwaffen strategischer Reichweite löst in einer konkreten Lage eher Selbstabschreckung der eigenen Bevölkerung aus, als einen Gegner zum Verzicht oder Abbruch seines Angriffs zu veranlassen.
- Eine verbesserte Flexibilität verlangt zielgenaue Nuklearwaffen unterschiedlicher Sprengkraft und Trägersysteme. Das ändert nichts an der besonderen Kategorie dieser Waffen. Das Paradoxon der nuklearen Abschreckung eines Gegners verlangt, dass sie eingesetzt werden können, um nicht eingesetzt werden zu müssen.
- Das Bekenntnis zu den Zielen des Atomwaffen-Sperrvertrages, zu einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen und zu Rüstungskontrollanstrengungen wird unterstrichen. Letzteres allerdings unter dem Vorbehalt einer erkennbaren Aussicht auf Erfolg.

Die NPR der Biden-Administration wird im Frühjahr 2022 erwartet. Es wird sich zeigen, ob und wie drei seiner im Wahlkampf genannten Hauptpunkte den Ansatz bestimmen: deutliche Reduzierung der Bedeutung von Nuklearwaffen, die Festlegung einer „sole purpose“ und/oder „no first use“- Begrenzung und die Führungsrolle bei der Rüstungskontrolle und der Abrüstung. In jedem Fall wird die „negative Sicherheitszusage“ bleiben, dass die USA keine Nuklearwaffen in einem Konflikt mit einem Nicht-Nuklearstaat einsetzen werden, der Vertragspartei des NPR ist und dessen Verpflichtungen erfüllt (NPR 2018). Da Präsident Biden andererseits die erneute Festigung der Allianzen Amerikas vorantreiben will und dies gerade in der Russland-Ukraine-Krise und Krieg praktisch durchführt, und da die Gipfelerklärung 2021 unterstreicht, dass die NATO eine nukleare Allianz bleibt, deren essentieller Zweck bleibt, jeden Gegner von einem Angriff auf die NATO insgesamt oder Mitgliedstaaten abzuhalten und wenn erforderlich erfolgreich zu verteidigen, muss es ihm

gelingen, diese auseinanderstrebenden Vorstellungen in einer wirkungsvollen Weise zu verbinden.

Die Nordatlantische Allianz und eine glaubwürdige moderne Abschreckung

Es ist erstaunlich, dass selbst in der aktuellen Krise Russlands rund um die Ukraine und den ultimativen Forderungen Russlands zur europäischen Sicherheitsstruktur prominente deutsche Persönlichkeiten mehr Eigenständigkeit der Europäer gegenüber Amerika fordern. Sie gehen offensichtlich davon aus, dass EU und NATO-Europäer genug politisches und militärisches Gewicht besitzen, um mit diesem Russland eine europäische Sicherheitsstruktur auszuhandeln, bei der auch die Staaten zwischen Deutschland und Russland dieselbe Eigenständigkeit gegenüber Russland bewahren können, wie sie diese für Deutschland als selbstverständlich annehmen. Bei dieser Argumentation wird übersehen, dass Russland versucht, die USA als „europäische Macht“ aus dem Kontinent hinausdrücken will und danach mit seiner militärischen Überlegenheit gegenüber dem oft uneinigen Europa der EU und der NATO eine „divide et impera“-Politik verfolgen wird, um ein Eurasien nach seinen Vorstellungen von Lissabon bis Wladiwostok – auch durch Einschüchterung und Erpressung – voranzubringen. Wenn „Europa“ vorge-macht wird, den „Kreuzstütz“ zwischen Amerika auf der einen und Russland und China auf der anderen bestehen zu können, wird es gegenüber diesen beiden Diktaturen zu schwach sein und die Unterstützung Amerikas wird bei Zuspitzung der Einschüchterung nicht mehr in ähnlicher Art und Weise wie über die vergangenen 75 Jahre verfügbar sein¹⁶.

Grundlegender Zweck der nuklearen Fähigkeiten der NATO ist es, den Frieden zu bewahren, Erpressung zu verhindern und Aggression abzuschrecken.

Umso wichtiger ist, dass die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag feststellt: „Das transatlantische Bündnis ist zentraler Pfeiler und die NATO unverzichtbarer Teil unserer Sicherheit.“ Und in der aktuellen Krise achtet sie darauf, den Schulterschluss der Europäer untereinander und mit Amerika zu stärken. Nach dem Angriff Russlands gegen die Ukraine gilt es, nicht nur den Schutz aller NATO- Staaten zu gewährleisten, sondern auch die Ukraine in ihrer Selbstverteidigung vor Ort mit Waffen und Material weiter zu unterstützen und gegen Russland mit den schärfsten Sanktionen vorzugehen, um Putins Russland zur Einstellung des Angriffskrieges zu bringen.

Beim Gipfeltreffen im Juni 2021 – einige Wochen nach dem ersten massiven russischen Truppenaufmarsch an den Grenzen der Ukraine – bekräftigte die NATO, Abschreckung als das Kernelement der kollektiven Verteidigung weiter zu stärken und so die unteilbare Sicherheit der gesamten Allianz zu gewährleisten. Grundlegender Zweck der nuklearen Fähigkeiten der NATO ist es, den Frieden zu bewahren, Erpressung zu verhindern und Aggression abzuschrecken. Zusammen mit den konventionellen und neuen technologisch möglichen Fähigkeiten bilden sie das erforderliche Kompositum und erfüllen so die eine von drei Voraussetzungen für glaubwürdige moderne Abschreckung. Die zweite Voraussetzung verlangt den politischen Willen und die Entschlossenheit eines Bündnisses von 30 Staaten, diese Fähigkeiten flexibel und wirksam zu schaffen und zur Aktion für die eigene Sicherheit einzusetzen. Die dritte umfasst das diffizile Element der Kommunikation, gebündelt und auch spezifisch, und zwar nach innen und nach außen mit dem Gegner, als Rückversicherung für die eigene Bevölkerung und die der Verbündeten und zur Abhaltung des Gegners von Handeln, das ihm hohe Kosten aufbürdet.

In seiner vorläufigen Richtlinie zur nationalen Sicherheit vom März letzten Jahres fordert Biden, zunächst die Führungsrolle in der Rüstungskontrolle zurück zu gewinnen und die Rolle von Nuklearwaffen zu reduzieren. Im selben Satz will er zugleich die sichere [safe and secure] und effektive strategische [nukleare, d. Verf.] Abschreckung gewährleisten. Und er geht noch darüber hinaus und bestätigt, dass die Verpflichtung der erweiterten Abschreckung gegenüber den Verbündeten „stark und glaubwürdig“ bleibt¹⁷. Um diese Verpflichtung glaubwürdig zu erhalten, wird es erforderlich sein, ausreichend Flexibilität in der Allianz aufzubauen, um den strategischen nuklearen Einsatz nicht für regionale Konflikte aufrufen zu müssen. Das würde die Befürchtung des Entkoppelns oder Abkoppelns wachsen lassen. Um dies zu verhindern, sind die Gleichgewichte bei den substrategischen, ja taktischen Nuklearwaffen von großer Bedeutung.

Deshalb ist hier auf die Entwicklung in der NATO einzugehen, die die russische Herausforderung durch ihre nukleare Mittelstreckenwaffen sowie einer Rhetorik nuklearer Drohungen und Einsätze verlangt.

Herausforderung durch nukleare Mittelstreckenraketen Russlands

Jahrelange Verstöße Russlands gegen die Bestimmungen des INF-Vertrags führten im Sommer 2019 zum Ende des Vertrags. Russland setzt die Ent-

wicklung der Raketen, die Ausstattung von Verbänden mit der SSC-8 und deren Stationierung fort und leugnet weiter jede vorherige Überschreitung der Reichweiten des INF-Vertrags.

Und mit dem angebotenen Moratoriumsvorschlag vom Herbst 2019 für Stationierung von Mittelstreckenraketen dieser Kategorie, der in westlichen Kreisen, z.B. bei Präsident Macron, auf Interesse stieß, wollte Russland seinen Vorteil für seine nukleare Doktrin begrenzter Einsätze von Atomwaffen aufrechterhalten, ja ausbauen. Und Putin verbindet das aktuell wieder mit Vorwürfen an Europa, seinen Vasallenstatus zu den USA aufzugeben, als ob Westeuropa es dann „vorziehen“ würde, auf die ultimativen Forderungen Putins vom Dezember 2021 und im Februar 2022 einzugehen.

Mit Blick auf die Haltung(en) der westlichen Staaten und der Allianz zunächst zu dieser russischen Vertragsverletzung in den zurückliegenden Jahren und dann seit 2019 zu der neuen, vertragslosen Lage, fällt auf, dass es eher darauf ankommt, mit einer „gemeinsamen Sprache“ die sehr unterschiedlichen Vorstellungen der Mitgliedstaaten einzufangen als eine schlüssige Position zu entwickeln, wie die nukleare (Abschreckungs)-Lücke – schon mit der Stationierung der Iskander Raketen in Kaliningrad – gegenüber Russland glaubwürdig geschlossen werden kann.

Aus der schon seit Februar 2019 mehrfach wiederholten Festlegung, dass keine Absicht besteht, landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, ist ablesbar, dass den innenpolitischen Gegebenheiten in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten Tribut gezollt wird. Über die Auswirkung dieser Festlegung für das nukleare Element der Abschreckung der NATO findet man in den Erläuterungen wenig, lediglich den Hinweis, dass man nicht „spiegelbildlich antworten“ werde.

Dabei muss man sich darüber im Klaren sein, dass rein defensive und ausschließlich konventionelle Maßnahmen nicht ausreichen, um Russland von der Nutzung seines nuklearen Mittelstreckenpotentials zu Einschüchterung, Erpressung oder Bedrohung, ja im Extremfall vom Einsatz selbst abzuhalten. Im dpa-Interview am 13. Januar 2020 äußerte NATO-Generalsekretär Stol-



Russland setzt die Ausstattung und Stationierung von Verbänden u.a. mit dem Marschflugkörper SSC-8 (im Bild) fort

tenberg: “Wenn es um die SSC-8 geht, werden wir an Luftverteidigungs- und Flugkörperabwehrsystemen arbeiten, an konventionellen Waffen, an erhöhter Alarmbereitschaft und einer Verlängerung der Vorwarnzeiten.“

Lage und Herausforderungen sind derzeit wie folgt zu beurteilen:

- Die derzeitigen Luftverteidigungs- und Flugkörperabwehrsysteme und vorgesehene Planungen moderner Systeme können nach Art und Anzahl das Eindringen von russischen ballistischen Raketen und Marschflugkörpern nicht vollständig verhindern. Das schafft ein „reassurance-gap“ für alle, die in der Reichweite solcher nuklear bestückten Waffensysteme liegen. Wie dies durch weitere konventionelle Waffen, durch erhöhte Alarmbereitschaft aufgefangen soll, haben die Verteidigungsminister noch nicht dargelegt.
- Es ist auch unklar, welche Abschreckungswirkung verlängerte Vorwarnzeiten gegen diese Bedrohung haben können. Selbst wenn damit eine früh- oder rechtzeitige Verstärkung in der gefährdeten Region gemeint ist, so ist doch offensichtlich, dass allein mit derzeit möglichen Verstärkungen „vor Ort“ einer Einschüchterung, Erpressung oder gar offensiven Androhung mit SSC-8-Systemen nur bedingt glaubwürdig begegnet werden kann.
- Damit ist zu klären, ob die NATO bereit ist, jedem Angriff eines Gegners nicht nur dort entgegenzutreten, wo er sich selbst Vorteile/Gewinne verspricht. So kann und soll das Kalkül des Gegners, „ungefährdet“ schnelle Erfolge zu erzielen, im Sinn der Abhaltung von spezifisch offensivem Handlungen beeinflusst werden.
- Zur Zeit ist völlig unklar, ob und v.a. wie die NATO die nukleare Lücke durch das Verhalten Russlands in einer Weise schließen wird, die auch künftig eine “erweiterte Abschreckung” durch das Potential der USA für Europa gewährleisten kann. Es ist fraglich, ob die nukleare Option der “dual capable aircraft” (DCA) mit atomaren Bomben im möglichst breiten Zusammenwirken zahlreicher europäischen Länder und der USA ein ausreichend glaubwürdiges Element bleiben wird und kann.
- Die europäischen Bündnispartner dürfen die USA als die ultimative nukleare Garantiemacht nicht in eine Situation bringen, bei der einer nuklearen Erpressung gegen regionale Mitgliedstaaten nur mit einer nuklearen Opti-

on auf der Ebene strategischer Waffensysteme geantwortet werden könnte und müsste.

- Und für die Forderung und Absicht der Allianz zu verstärkter Rüstungskontrolle und Abrüstung muss die Tatsache im Blick bleiben, dass ein Staat, der einen eklatanten Vorteil in nuklearen Waffen- und Einsatzkategorien besitzt, diesen nicht allein durch gutes Zureden vermindern oder gar aufgeben wird. Solange Russland leugnet, Marschflugkörper der INF-Kategorie zu besitzen, und die USA mit ihren NATO-Verbündeten dem erkannten Verstoß nichts "Spiegelbildliches" entgegensetzen wollen, sind Überlegungen zu Rüstungskontrollbemühungen in diesem Bereich ohne Basis.

Nach den Gipfeltreffen der Allianz im Dezember 2019 in London und im Juni 2021 in Brüssel ist der Weg – geschweige denn konkrete Maßnahmen – noch nicht erkennbar, wie im komplizierten nuklearen Gefüge einerseits eine tragfähige, auch nukleare Antwort für wirksame und glaubwürdige Abschreckung sowie andererseits ein realistischer Ansatz für beiderseits vorteilhafte Rüstungskontroll- und Abrüstungsgespräche im Feld von Mittelstreckenwaffen und darüber hinaus entstehen kann.

Aspekte der „erweiterten Abschreckung“, eine Sicherheitsgarantie für Europa

Dieses als „erweiterte Abschreckung“ bekannte Konzept, in dem die Vereinigten Staaten mit ihrem Nuklearpotenzial auch für vitalen Schutz anderer Staaten einzustehen bereit sind, ist unverzichtbarer Teil der Strategie der Nordatlantischen Allianz. Die klaren Festlegungen im Strategischen Konzept 2010 und der Umsetzung in der „Deterrence and Defence Posture Review“ (DDPR) von 2012 wurden nach der russischen Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges in der Ostukraine bei allen Gipfeln danach (2014, Wales, 2016, Warschau, 2018, Brüssel, 2019, London und 2021, Brüssel) deutlich bekräftigt. Solange es nukleare Waffen gibt, wird die NATO eine nukleare Allianz bleiben. Ihr Hauptzweck ist, jeden Gegner von einem Angriff auf die NATO insgesamt oder Mitgliedstaaten abzuhalten. Eine grundlegende Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit dieser Abschreckung ist nicht nur der Wille der USA, ihr nukleares Potenzial für diese Schutzfunktion

Solange es nukleare Waffen gibt, wird die NATO eine nukleare Allianz bleiben.

verfügbar zu machen. Es sind die geeigneten nuklearen Fähigkeiten zu entwickeln, zu modernisieren und jederzeit sicher und einsatzbereit zu halten.

An Amerika stellt dies hohe Anforderungen. Und das wird besonders deutlich, wenn es mit den nuklearen Potenzialen von Frankreich und Großbritannien in Beziehung gesetzt wird. Deren Nuklearpotenzial dient in beiden Ländern ausschließlich, mindestens vorrangig dem Schutz der nationalen vitalen Interessen, und das heißt zugespitzt, wenn das Überleben in Gefahr ist. Um die Last der „erweiterten Abschreckung“ für die USA – auch innenpolitisch – zu begründen und an ihr festzuhalten, ist es wichtig, dass die nicht-nuklearen Mitgliedstaaten beim Mix von nicht-nuklearen und nuklearen Fähigkeiten die Stärke ihrer konventionellen Kräfte und die Bereitstellung innovativer technologischer Fähigkeiten so überzeugend ausgestalten, dass beides einen entscheidenden Beitrag zur kollektiven Verteidigung und damit zu einer glaubwürdigen Abschreckung leistet.

Gelingt das nicht, bringen die europäischen Bündnispartner das Bündnis und die USA als die ultimative nukleare Garantiemacht in eine Situation, bei der einer konventionell-nuklearen Erpressung oder einem Angriff gegen regionale Mitgliedstaaten nur oder zu früh mit einer nuklearen Option auf der Ebene strategischer Waffensysteme gedroht oder gar geantwortet werden müßte. Es ist auch unter diesem Gesichtspunkt zu sehen, dass angesichts der Risiken und Gefahren für Frieden und Sicherheit die NATO-Mitgliedstaaten nach ausführlicher Analyse des Ist-Zustandes 2014 beschlossen haben, dass jedes Land bis 2024 mindestens zwei Prozent seines BIP für die Vorbereitung der kollektiven Verteidigung und der Sicherheit aller Bündnismitglieder einsetzen wird.

Andererseits wissen alle, dass die Nuklearpolitik und die Komposition der nuklearen Waffen und Strukturen der USA für ihre Sicherheit im Bündnis von elementarer Bedeutung sind. Unterhalb der bleibenden letzten Entscheidungsautorität des amerikanischen Präsidenten zum Einsatz von nuklearen Waffen hat die Allianz erkannt und entschieden, dass Lasten, Risiken und Verantwortung in der Nuklearpolitik der Allianz breiter von den Mitgliedstaaten wahrgenommen werden.

Die Nukleare Planungsgruppe, in der heute alle Mitglieder teilnehmen (können), bildet den organisatorischen Rahmen, um gemeinsam die Entwicklung der Nuklearpolitik zu erörtern und dann im NATO-Rat zu vereinbaren. Es geht um die politisch-militärische Rolle der nuklearen Komponente für eine

moderne, glaubwürdige Abschreckung. Dieses Gremium allein ist aber nicht ausreichend, um die einerseits bereit gestellte und andererseits angestrebte nukleare Komponente als Rückversicherung wie auch als Abschreckung glaubwürdig zu halten. Nach dem Scheitern der MLF/ANF¹⁸ Mitte der 60er Jahre – auch um aus US-Sicht die Zustimmung der UdSSR für den Nichtverbreitungsvertrag nicht zu gefährden – ging es um Mitwirkung statt Mitbesitz. Daraus formte sich das Konzept der nuklearen Teilhabe, die von den Mitgliedstaaten in unterschiedlicher Weise angenommen worden ist und wurde.

Deutschland hatte in den Jahren bis 1990 eine Reihe von Waffensystemen in der Bundeswehr, die für eine nukleare Aufgabe vorgesehen waren, sowohl im Heer als auch in der Luftwaffe. Dieser Umfang wurde nach 1990 drastisch reduziert, und es blieben (lediglich) die Flugzeuge Phantom und Tornado als Trägersysteme für nuklear bestückbare Bomben. Die Gipfelerklärung 2021 bekräftigt den Imperativ, die breitest mögliche Mitwirkung in den nuklearen Vorkehrungen für die Lastenteilung der MS zu sichern, um Einigkeit und Entschlossenheit zu unterstreichen. Die vier MS, die zur Zeit noch die “nukleare Teilhabe” mit eigenen nuklearfähigen Waffensystemen unterstützen¹⁹, zeigt, dass diese “breiteste” Mitwirkung bei inzwischen 30 Mitgliedstaaten nicht überzeugend gelingt. Und es wird noch weniger beeindruckend, wenn man feststellt, dass in zwei der vier MS politische Tendenzen vorhanden sind, diese Art der Mitwirkung zu verringern, ja aufzugeben²⁰. Diese begrenzte praktische Unterstützung der nuklearen Abschreckung wird besonders bedenklich im Zusammenhang mit den russischen Mittelstreckenraketen, zumal eine konkrete Option zur Schließung der nuklearen Lücke in diesem Bereich offen ist und landgestützte Systeme von der Allianz nicht vorgesehen werden.

Die Gipfelerklärung sucht dies dadurch zu überbrücken, dass sie eine größere Kohärenz zwischen nuklearen und konventionellen Elementen sicherstellen will. Es bleibt aber doch fraglich, wie eine solche Kohärenz von einem “löchrigen” nuklearen Element im substrategischen Bereich und einem begrenzten konventionellen Element insbesondere im Osten der NATO eine überzeugende Rückversicherung der Verbündeten und eine wirksame Abschreckung des Gegners Russland sicherstellen kann.

Die aktuelle Situation, in der Russland einen massiven Aufmarsch aller konventionellen Kräfte seit Wochen in Belarus und seit Monaten entlang der Grenze zur Ukraine sowie im Schwarzen Meer als Drohkulisse und als Vorstufe für einen tatsächlichen Angriff nutzt, wird dadurch besonders brisant,

dass Russland dies am 19. Februar 2022 mit einer umfassenden Übung und dem Abschuss einer Anzahl nuklearfähiger Waffen unter direkter Leitung von Präsident Putin verbindet. Seit dem 24. Februar 2022 greift Russland die gesamte Ukraine mit überwältigenden Kräften an und hat die Alarmstufe der strategischen Abwehrkräfte erhöht. Das fordert von USA, NATO und EU schon jetzt eine klare Antwort, noch bevor das Bündnis mit “NATO 2030” und einem aktuellen strategischen Konzept diese verschärft aggressive antiwestliche Politik Russlands und dessen militärisches und hybrides Handeln im eigenen Konzept abbilden und notwendige Konsequenzen für die eigenen Potenziale unter erheblichem Zeitdruck ziehen kann.

Herausforderungen und Anforderungen – auch für Deutschland

Zwei Feststellungen sind als Grundlage für Sicherheit und Stabilität in und für Europa von wegweisender Bedeutung:

- “erweiterte Abschreckung” kann Erpressung, ja Konflikt verhindern,
- “erweiterte Abschreckung” ist ein wichtiges Element für die Zukunft des NPT.

Es bedarf deshalb einer klaren und ausführlichen Analyse und Darstellung der konfliktträchtigen Weltlage, auch im Winter 2022, um den Anteil der Sicherheitsvorsorge durch nukleare Elemente, auch für Deutschland, zu erläutern.

Für die europäischen Staaten in der NATO, der EU, ja indirekt für Partnerschafts- und Assoziationspartner der NATO bzw. der EU ist ein Teil bisher erfolgreicher Sicherheitsvorsorge, ja der Verhinderung von konventionellen Kriegen und des Widerstands gegen Einschüchterung und Erpressung – auch mittels nuklearer Bedrohung – dem Umstand geschuldet, dass Amerika nicht nur durch Präsenz konventioneller Kräfte sich zur Sicherheit Europas bekennt, sondern jeden Gegner dieser Bündnis- und EU-Staaten auch mit seinen nuklearen Waffensystemen von offensivem, ja aggressivem Auftreten abhält.

In einer amerika-skeptischen, ja oft anti-amerikanischen Stimmung eines Teil der Bevölkerung nicht nur in Deutschland wird dieser Sachverhalt verneint oder abgelehnt. Das erhöht die eigene Unsicherheit gegenüber Staaten oder Gruppierungen, die über nukleare Waffen verfügen, während 27 von 30 Bündnisstaaten der NATO im NPT verzichtet haben.

Amerika kann für diese Leistung, die es auch im eigenen Interesse erbringt, von den nichtnuklearen Partnern erwarten, dass sie einen Teil des Risikos, der Verantwortung und der Last mittragen. Die Gipfelerklärung 2021 hält das auch so fest. Zu diesem "Mittragen" gehört erstens das offensive Vertreten des NATO Konzepts einer Abschreckung, die auf dem Mix nuklearer, konventioneller und innovativer Waffen und Systeme beruht. Zweitens muss jedes Land gemäß seiner Leistungsfähigkeit seine konventionellen und alle sonstigen nicht-nuklearen Mittel in einem Umfang bereitstellen, die im Konzert aller einem Gegner keine leichten und raschen Erfolge oder "fait accomplis" ermöglicht. Drittens kommt es darauf an, dass (möglichst) alle in der NPG der NATO zielorientiert und verantwortungsvoll mitwirken und so die politische Last mit Amerika teilen. Viertens sollten – anders als zur Zeit – möglichst viele Länder und vor allem die größeren, mit Waffenplattformen für moderne sub-strategische Nuklearwaffen das Risiko der Gesamtstrategie teilen. Und dazu gehört fünftens, dass Länder bereit sind, nukleare Waffen dieser Kategorie auf ihrem Territorium aufzunehmen.

Und es ist klar, dass sich von einer solchen breit getragenen Basis aus viel realistischer Initiativen für beiderseitige Rüstungskontrolle und Abrüstung im nuklearen wie konventionellen Bereich mit Aussicht auf Erfolg voranbringen lassen, ohne die politische Stabilität zu gefährden.

Dieser Zusammenhang erfordert auch von Deutschland in allen fünf Aktionsfeldern konkrete Mitwirkung. Im ersten Feld wird interessant sein, wie die jetzige Bundesregierung ihre Absicht als Beobachter bei den AVV Sitzungen teilzunehmen mit dem Eintreten für die „erweiterte Abschreckung“ und der gemeinsam im Bündnis gebilligten Ablehnung des AVV verbindet. Im zweiten Feld hat Bundeskanzler Scholz in seiner Regierungserklärung am 27. Februar klargestellt, dass in den kommenden Jahren über zwei Prozent des BIP für Verteidigung bereitgestellt werden sollen. Damit liest sich die Formel des Koalitionsvertrags von drei Prozent für Sicherheit insgesamt nun klar als zwei plus ein Prozent. Nun gilt es sicherzustellen, dass die notwendigen, erheblichen Mehraufwendungen für die Bundeswehr in sachgerechtere Prioritäten für Personal, Ausstattung und flexible Strukturen umgesetzt werden, um die schon länger zugesagten Beiträge für die kollektive Landes- und Bündnisverteidigung im vereinbarten Zeitrahmen zu erfüllen. Im vierten Feld verlangt es konstruktive Vorschläge für moderne, wirksame und leistbare nukleare Kapazitäten mit notwendigen Unterstützungsanteilen für die absehbare Zukunft.

In den Feldern vier und fünf gilt es nicht nur, einen „kalten“ Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe durch weitere Verzögerung des Beschlusses für das Nachfolgesystem des derzeit in dieser Rolle eingesetzten Kampfflugzeugs Tornado zu vermeiden. Es weckte Aufmerksamkeit, dass Bundeskanzler Scholz in seiner Rede am 27. Februar



Die F 35 (im Bild F 35 A im Flug) ist als Nachfolger des derzeit bei der Bundeswehr für die nukleare Rolle noch im Dienst befindlichen Kampfflugzeugs Tornado vorgesehen

das Kampfflugzeug F35 der USA als möglichen Nachfolger nannte. Das unterstreicht, dass die Bundesregierung aktiv an dieser nuklearen Teilhabe festhalten will. Zusätzlich sollte die Regierung bei weiteren MS für die nukleare Teilhabe in Abstimmung mit Vorstellungen der USA werben. In jedem Fall sollte Deutschland weiter die Lagerung von amerikanischen Atomwaffen auf seinem Territorium erlauben, solange es keinen gemeinsamen NATO-Beschluss für eine Veränderung der Stationierung solcher Waffen in Europa gibt. Und bei einer künftigen Entscheidung der USA und der NATO für die Vornestationierung moderner nuklearer Waffen sollte Deutschland dies – mit anderen Mitgliedstaaten – erlau-

ben, um die erweiterte Abschreckung auch in Zukunft wirksam zu erhalten.

Für alle Punkte wird jede Bundesregierung kontroverse Diskussionen im Lande führen und bestehen müssen. Gelingt dies nicht, wird die bündnisgemeinschaftliche Abschreckung vor allem gegen nuklearfähige Gegner geschwächt und werden Hebel für Ansätze wirksamer beiderseitiger Rüstungskontrolle und Abrüstung aufgegeben.

Das hat negative Folgen für den Zusammenhalt im Nordatlantischen Bündnis. Und es vermindert die Widerstandsfähigkeit gegenüber einem Russland, das seine revisionistischen Ziele mit brutaler Gewalt, zurzeit mit einem brutal geführten Krieg gegen die Ukraine, durchzusetzen bereit ist. Beides beschädigt das außen- und sicherheitspolitische Interesse Deutschlands als dem größten europäischen Mitgliedstaat in der Nordatlantischen Allianz und der Europäischen Union.

Mit den politischen Aussagen des Bundeskanzlers am 27. Februar als erste Antworten auf die „Zeitenwende“ unterstreicht die Bundesregierung, dass sie diese Entwicklung verhindern will und gemeinsam mit unseren Verbündeten verhindern wird.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft. Von 2006 bis 2013 war er Präsident der Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/01/03/p5-statement-on-preventing-nuclear-war-and-avoiding-arms-races/
- 2 Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland einen massiven Krieg gegen die gesamte Ukraine, der auch für die nuklearen Gegebenheiten Folgen haben wird.
- 3 Dazu für USA Ryan W. Kort et al, Twenty-First Century Nuclear Deterrence, Operationalizing the 2018 Nuclear Posture Review, ndupress.ndu.edu/Portals/68/Documents/jfq/jfq-94/jfq-94_80-85_Kort-et-al.pdf?ver=2019-07-25-162025
- 4 Preparatory Committee for the 2020 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, siehe: <https://papersmart.unmeetings.org/media2/21492287/nptconf2020pciicrp4rev1-recommendations-to-the-2020-review-conference-002-.pdf>
- 5 Rühle Hans, Rühle Michael, Konturen eines dritten nuklearen Zeitalters, KAS, Analysen & Argumente Ausgabe 276, Sept. 2017
- 6 INF: intermediate nuclear forces; der Vertrag schaffte eine ganze Waffenkategorie der UdSSR und der USA ab.
- 7 SIPRI Yearbook 2021
- 8 Joint Comprehensive Plan of Action von Juli 2015, s.u.
- 9 „zurückschnappen“, das wieder in Kraft setzen der Sanktionen ohne weitere VNSR Entscheidung, dazu: the sanctions immediately come back into force, www.crisisgroup.org/global/behind-snapback-debate-un
- 10 Dazu auch: Rühle, Hans et al, Konturen eines dritten nuklearen Zeitalters, Analysen & Argumente, Ausgabe 276, Sept. 2017, 8 S.
- 11 AA, Artikel, The Joint Comprehensive Plan of Action on the Iranian nuclear programme 14.09.2021 - www.auswaertiges-amt.de/en/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/naehermittlererosten/iranisches-nuklearprogramm/218192
- 12 ICAN = Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ist ein internationales Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Abschaffung aller Atomwaffen durch einen bindenden völkerrechtlichen Vertrag – eine Atomwaffenkonvention – einsetzt. Gründung: 23. April 2007, Melbourne, Australien
- 13 Detailliert CSIS: How is China Modernizing its Nuclear Forces?, <https://china-power.csis.org/china-nuclear-weapons/>
- 14 Stephan Blank, Russlands Nuklearstrategie nach dem INF Vertrag, in Europäische Sicherheit & Technik, 8-2019, S.24-27
- 15 Es waren vier NPR: 1993 Clinton, 2002 Bush II, 2010 Obama, 2018 Trump

- 16 zu „Kreuzstütz“ siehe Olshausen, Klaus, Europa im Kreuzstütz – seine Befähigung zur Weltpolitik? Jahrbuch 2020 der Clausewitz-Gesellschaft e.V., 2021, S. 88 - 113
- 17 Bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2022 benutzte Vizepräsidentin Harris das Wort „sakrosankt“ für diese Verpflichtung.
- 18 MLF: multinational Force, eine gemischt bemannte seegestützte Atomstreitkraft. ANF: atlantic nuclear force, eine landgestützte Atomstreitkraft aus bereits bestehenden Nukleareinheiten, dazu: <http://www.sehpunkte.de/2006/05/7250.html>
- 19 Belgien, Deutschland, Italien, Niederlande
- 20 Der brutale Krieg Russlands gegen die Ukraine und die ausgreifenden Ziele Russlands können hier zu einer Neubewertung führen; siehe dazu auch die Regierungserklärung von Bundeskanzler Scholz am 27. Februar 2022 im Deutschen Bundestag

Sicherheit im Indopazifik und Deutschlands Interessen

Oliver Corff

Einleitung

Das sicherheitspolitische Umfeld mehrerer Anrainerstaaten des Westpazifiks, insbesondere Japans, Südkoreas, der Philippinen, Australiens, aber auch Vietnams, ist durch eine komplexe Lage verschiedenartiger Bedrohungsperzeptionen und Spannungen geprägt, die sich überlagern und in unterschiedlicher Ausformung und Dimension unterschiedlichen Akteuren zuschreibbar sind. Ungeachtet aller Friktionen, die in der größeren Region zu beobachten sind, ist ein in den letzten Jahrzehnten fulminant gewachsenes bilaterales Handelsvolumen nahezu aller Staaten der Region mit China zu verzeichnen, das China zum jeweiligen größten einzelnen Handelspartner macht. Problematisch ist hierbei allerdings, dass diese bilateralen Handelsbeziehungen nicht zu einem perzipierten Zuwachs an kollektiver Sicherheit beitragen, sondern im Gegenteil regelmäßig als unilaterale Werkzeuge der Instrumentalisierung von Interdependenzen wahrgenommen werden, um in konkreten Fragen ein bestimmtes Verhalten zu erzwingen. Ausgewählte Beispiele dafür folgen im Text.

Problematisch ist hierbei allerdings, dass diese bilateralen Handelsbeziehungen nicht zu einem perzipierten Zuwachs an kollektiver Sicherheit beitragen, sondern im Gegenteil regelmäßig als unilaterale Werkzeuge der Instrumentalisierung von Interdependenzen wahrgenommen werden, um in konkreten Fragen ein bestimmtes Verhalten zu erzwingen.

„Trittbrettfahrer“ oder Revisionisten?

Inwieweit Staaten als systemische Antagonisten der bestehenden Sicherheitsarchitektur oder aber „nur“ als militärische Bedrohung wahrgenommen werden, ist fallweise höchst unterschiedlich. Die größte rein militärische Bedrohung geht hierbei von Nordkorea aus, das sich in Folge seines ersten Kernwaffentests am 9. Oktober 2006 im April 2012 durch Verfassungsänderung zur Nuklearmacht erklärte. Nordkorea verfügt vermutlich über eine niedrige zweistellige Zahl¹ von Kernwaffen; parallel zur Entwicklung des Kernwaffenprogramms betreibt Nordkorea entgegen aller UN-Sanktionen außerdem eine Reihe von Entwicklungsprogrammen für Raketen unterschiedlicher Reichweite bis hin zu großen Intercontinental Ballistic Missiles (ICBM). Die aktuell letzten Tests

nordkoreanischer Flugkörper fanden am 27. Februar² und am 5. März 2022³ statt. Diese Raketen fielen zwar außerhalb der Ausschließlichen Wirtschaftszone Japans in den Pazifik, allerdings sind zwei Faktoren besorgniserregend.

Allerdings kann man Nordkorea gut als „Trittbrettfahrer“ der revisionistischen Anstrengungen Chinas und Russlands charakterisieren, denn alle drei Staaten teilen sich ein Feindbild – die USA

Es handelt sich bereits um den achten und neunten Raketentest Nordkoreas im Jahr 2022. Nordkoreanische Raketenversuche verletzten in der Vergangenheit bereits mehrfach die territoriale Integrität Japans, so z.B. 1998 (Taepodong-1), 2009 (Unha-2) und 2017 (Hwasong-12). Trotz dieser substantiellen Bedrohungen mit konkretem Schadenspotential für Bevölkerung und Territorium Japans sind die Projektionsfähigkeiten sowie die politischen Ambitionen Nordkoreas im Vergleich zu den großen Nachbarn China und Russland als begrenzt einzustufen. Allerdings kann man Nordkorea gut als „Trittbrettfahrer“ der revisionistischen Anstrengungen Chinas und Russlands charakterisieren, denn alle drei Staaten teilen sich ein Feindbild – die USA – und Nordkorea würde von jeder Schwächung des Verteidigungspakts zwischen Südkorea und den USA unmittelbar profitieren, ohne selbst eine solche Schwächung herbeiführen zu können.

Völlig anders stellt sich die Situation im Falle Chinas dar. China fordert seit Jahren mit zunehmender Vehemenz die Anerkennung seiner einseitigen Ansprüche über den größten Teil des Südchinesischen Meers und fokussiert den

Aus chinesischer Perspektive als kleiner oder schwächer angesehene Nationen werden eher mit physischer Gewalt bedrängt als größere Nationen, insbesondere wenn sie eine Sicherheitspartnerschaft mit den USA haben.

Aufwuchs seiner militärischen Fähigkeiten am sichtbarsten ebendort. Dabei setzt China neben baulichen Maßnahmen (Aufschüttung und Ausbau von Atollen zu Flugfeldern) auch paramilitärische („Küstenwache“, in „Milizen“ organisierte Fischereiboote) bzw. nichtmilitärische Mittel (z.B. Handelsboykotte) zur

Durchsetzung seiner Interessen ein, wobei eine klare Abstufung der Wahl der Mittel zu verzeichnen ist, die sich erkennbar an der Größe des betroffenen Landes orientiert. Aus chinesischer Perspektive als kleiner oder schwächer angesehene Nationen werden eher mit physischer Gewalt bedrängt als größere Nationen, insbesondere wenn sie eine Sicherheitspartnerschaft mit den USA haben.

Ausgewählte Beispiele von Friktionen mit China

Südkorea

Gegen die 2016 geplante Stationierung des Raketenabwehrsystems Theater High Altitude Area Defense (THAAD) in Südkorea erhob China mehrfach Proteste und erklärte seine eigenen Sicherheitsinteressen für gefährdet. Konkrete Maßnahmen ergriff China allerdings „nur“ gegen die chinesischen Geschäftsinteressen des südkoreanischen Mischkonzerns Lotte, dessen Kaufhäuser in China nahezu ein Jahr boykottiert wurden. Lotte war zur Zielscheibe geworden, weil es für die Stationierung von THAAD einen ehemaligen Golfplatz im Eigentum des Konzerns zur Verfügung gestellt hatte. Der im Mai 2017 neu gewählte Präsident Südkoreas, Moon Jae-in, setzte sich für einen intensivierten Dialog mit Nordkorea und gegen einen Vollausbau von THAAD ein, woraufhin sich die Beziehungen mit China wieder normalisierten.

Japan

Als ehemalige Kriegsgegner zweier Japanisch-Chinesischer Kriege (August 1894 – April 1895 und 7. 7. 1937 – 9. 9. 1945) nahmen China und Japan unter dem Einfluss von Präsident Richard Nixons Besuch in China 1972 diplomatische Beziehungen auf, die in den 1980er Jahren zu einer Art „Tauwetter“ mit anfänglich großem Interesse Chinas an Japan führten. Dieses Tauwetter ist seit Jahren einem beiderseitigen Misstrauen und fortgesetzten Streitigkeiten gewichen. Die VR China und Taiwan erheben Ansprüche auf die nur ca. 170 km nordöstlich von Taiwan, aber rund 400 km südwestlich von Okinawa gelegenen, chinesisch als Diaoyu und japanisch als Senkaku bezeichneten Inseln; der Streit verschärfte sich, als die japanische Regierung 2012 die Inseln kaufte, die vorher in Privatbesitz waren. China prangert international auf allen Bühnen den Umgang Japans mit Kriegsverbrechern (Stichwort: Yasukuni-Schrein⁴) und die Darstellung des Nanjing-Massakers in japanischen Schulbüchern an. Darüber hinaus haben beide Staaten ein hohes Interesse an der Ausbeutung der nachgewiesenen Erdgasressourcen, die sich im Ostchinesischen Meer beiderseits der neutralen Linie zwischen China und Japan befinden, wobei China allerdings erhebliche Seegebiete bis zum Okinawa-Graben beansprucht, der nach chinesischer Interpretation den Rand des chinesischen Kontinentalschelfs markiere.⁵ Gleichzeitig ist Japan als führende Industrienation auf China als Lieferant Seltener Erden angewiesen, was von China wiederholt zum Anlass genommen wurde, mit Lieferstopps Seltener Erden auf Japans rechtli-

che Maßnahmen gegen chinesische Staatsangehörige oder Territorialstreitigkeiten Einfluss auszuüben.⁶

Chinas Aktivitäten im Südchinesischen Meer, insbesondere die Landgewinnung und die systematischen Militarisierungen der so geschaffenen Strukturen, sowie die Bewegungen seiner militärischen Einheiten zur See und in der Luft werden seit Jahren vom japanischen Verteidigungsministerium fortlaufend dokumentiert und veröffentlicht. Das jährlich erscheinende Verteidigungsweißbuch Japans widmet seit vielen Jahren China eine umfangreiche Darstellung, die im aktuellen Weißbuch von 2021 mittlerweile nahezu 40 Seiten⁷ umfasst.

Philippinen

Der Territorialstreit zwischen China und den Philippinen um das Scarborough-Riff, der sich bereits im Jahr 2012 zugespitzt hatte, führte dazu, dass die Philippinen am 22. Januar 2013 den Ständigen Schiedshof in Den Haag anriefen, um die Territorialansprüche zwischen beiden Nationen unter Berufung auf das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS) zu klären. China erklärte am 19. Februar 2013, dass es einen Schiedsspruch nicht anerkennen würde. Nach Urteil des Schiedshofes gebe es keine rechtliche Grundlage für die von China beanspruchte „Neun-Strich-Linie“, womit die Position der Philippinen bestätigt wurde. Diese für die Philippinen eigentlich außerordentlich günstige Situation wurde von Präsident Rodrigo Duterte (gewählt am 30. Juni 2016) zugunsten eines bilateralen Dialogs mit China aufgegeben, allerdings ohne dauerhafte Ergebnisse. Spätestens 2019 setzten chinesische Fischereischiffe ihre Beutezüge in philippinischen Hoheitsgewässern fort.

Vietnam

Auch zwischen Vietnam und China bestehen Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen Meer, insbesondere die Spratly Islands. So kam es schon 1988 zu einem Seegefecht bei Johnson South Reef, bei dem auf vietnamesischer Seite 64 Gefallene zu beklagen waren. Regelmäßig rammen chinesische Einheiten vietnamesische Fischerboote; die Spannungen halten an, eine Lösung ist nicht in Sicht. Über die Fischerei hinaus spielen auch Rohstoffe eine Rolle; so kam es im Jahr 2014 zum Streit um die chinesische Bohrinnele Haiyang Shiyou 981. Am Dauerkonflikt dieser beiden Länder zeigt sich, dass es hier einzig und allein um die reine Durchsetzung von Macht geht; eventuelle Berührungspunkte

in den Ähnlichkeiten der politischen Systeme spielen keinerlei Rolle in der Konfliktbeilegung.

Australien

Die Beziehungen zwischen China und Australien sind einerseits von einem starken bilateralen Handel (Eisenerz, zahlreiche Landwirtschaftsprodukte) geprägt, andererseits von teils äußerst undiplomatischen Versuchen chinesischer Einflussnahme auf australische Politik. Vor einem Hintergrund langjähriger Streitigkeiten mit dem Bergbaukonzern Rio Tinto um Lieferbedingungen und Preise von Eisenerz, der versuchten Einflussnahme auf Politik und Wissenschaft verschärfte sich im November 2020 der Ton chinesischer Diplomaten noch einmal. Unmittelbarer Anlass war die Forderung der australischen Regierung nach einer unabhängigen Untersuchung des Ursprungs des Covid-19 Virus, worauf China Boykotte bzw. Strafzölle für Getreide, Rindfleisch, Wein, Kohle und Kupfer verhängte. Darüber hinaus brachte die chinesische Botschaft in Canberra unter Australiens Medien eine Liste mit 14 „Beschwerden“ („14 Grievances“) in Umlauf, verbunden mit der Ankündigung, die Sanktionen erst zurückzunehmen, wenn Chinas Forderungen erfüllt seien, unterstrichen durch die Ansage: „Wer sich China zum Feind macht, der hat China als Feind“.⁸ Australien gelang es allerdings rasch, die wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China zu reduzieren, so dass dieser chinesische Nötigungsversuch Australiens als gescheitert gewertet wird.⁹

Die Positionen Chinas in den hier skizzierten Konflikten mit zahlreichen Staaten lassen sich auf zwei zentrale Aspekte reduzieren, die einmal mit Chinas Staatszielen („Wiedervereinigung“ mit Taiwan, gegebenenfalls mit Waffengewalt), andererseits mit traditionellen Selbstwahrnehmungen als Hegemonialmacht erklärt werden können.

Das Vorgehen Chinas

Die Positionen Chinas in den hier skizzierten Konflikten mit zahlreichen Staaten lassen sich auf zwei zentrale Aspekte reduzieren, die einmal mit Chinas Staatszielen („Wiedervereinigung“ mit Taiwan, gegebenenfalls mit Waffengewalt), andererseits mit traditionellen Selbstwahrnehmungen als Hegemonialmacht erklärt werden können. Um Chinas Hegemonialmacht im Pazifik uneingeschränkt entfalten zu können, müssen die USA aus dem Westpazifik langfristig verdrängt werden, da sie nicht nur Bündnispartner mehrerer Nationen, sondern auch unausgesprochene Beistandsmacht Taiwans sind.¹⁰ Im

Streit um das Südchinesische Meer wird deutlich, dass China anderen nicht die gleichen Rechte zugesteht, die es für sich selbst in Anspruch nimmt.

Im Umgang mit anderen Nationen setzt China auf ein breites Repertoire von Druckmitteln. So wird bei politisch interpretierbaren Streitpunkten mit den „verletzten Gefühlen des chinesischen Volkes“ gedroht; in Angelegenheiten, die ihrer Natur nach multilateral sind (z.B. die Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen Meer), lehnt China multilaterale Verhandlungen ab und verlangt bilaterale Verhandlungen; Wirtschaftsboykotte werden ohne formale Ankündigungen oder direkte Bezugnahme zum Streitpunkt ausgesprochen – siehe THAAD; darüber hinaus sind Chinas Boykottmaßnahmen mehrfach Gegenstand von Streitschlichtungsverfahren der WTO; es werden chinesische Staatsbürger politisch „aktiviert“, was sowohl chinesische Studenten (z.B. in Australien) als auch eingesessene chinesische Händler in zahlreichen Staaten Ost- und Südasiens betrifft; gegen Schwächere wird physische Gewalt angewendet, so gegen Fischerboote der Philippen und Vietnams, und die chinesische Justiz wird gegen unbeteiligte Bürger von Drittstaaten instrumentalisiert, wie es mit den beiden kanadischen Staatsbürgern Michael Spavor and Michael Kovrig geschah, die unter fadenscheinigen Vorwürfen im

Der Territorialstreit und Streitigkeiten um den angemessenen Umgang mit der Vergangenheit haben sich bisher immer wieder als Stolpersteine für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit erwiesen.

Dezember 2018 in China festgenommen

wurden, weil Kanada kurz zuvor am 1. Dezember 2018 Meng Wanzhou, die Finanzchefin des chinesischen Telekommunikationsunternehmens Huawei und gleichzeitig Tochter des Unternehmensgründers Ren Zhengfei, aufgrund eines Ersuchens der USA verhaftet hatte. Die beiden Kanadier wurden am 24. September 2021 freigelassen, unmittelbar nachdem Meng Wanzhou die Ausreise aus Kanada erlaubt wurde.¹¹

Zwischenstaatliche Probleme ohne Bezug zu China

Neben den beschriebenen Friktionen mit China ist weiterhin problematisch, dass auch zwischen Staaten, die gleichermaßen durch Nordkorea oder China herausgefordert werden, ungeklärte Territorialstreitigkeiten und fortdauernde Auseinandersetzungen zu historischen Konflikten (Stichworte hier: Kriegsverbrechen im II. Weltkrieg, „Trostrfrauen“) geführt werden, die eine vertrauensvolle Zusammenarbeit dieser Staaten im Bereich der Sicherheits- und Militärpolitik wie auch des Nachrichtenwesens nachhaltig behindern. Dies gilt

insbesondere für Japan und Südkorea, die ihre Streitigkeiten um die Liancourt-Felsen (japanischer Name: Takeshima, koreanischer Name: Dokdo) bis heute nicht beigelegt haben. Japans Position in dieser Frage wird von Südkoreas Sicherheitspolitik mit großem Argwohn betrachtet;¹² der Territorialstreit und Streitigkeiten um den angemessenen Umgang mit der Vergangenheit haben sich bisher immer wieder als Stolpersteine für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit erwiesen. Gleichermaßen werden in Japan Zweifel an der sicherheitspolitischen Standfestigkeit Südkoreas gegenüber Chinas wirtschaftlichem Druck geäußert.¹³

„Hub and Spoke“ – die USA und ihre Sicherheitspartnerschaften im Pazifik

In Ostasien gibt es kein Äquivalent zur NATO. Stattdessen gibt es seit dem Ende des II. Weltkrieges eine Reihe bilateraler Sicherheitspartnerschaften zwischen den USA und mehreren Staaten des Westpazifiks, so u.a. Südkorea, Japan und den Philippinen. Die entsprechenden Bündnisverträge weisen in Struktur und Wortlaut weitgehende Parallelen zum Bündnisvertrag der NATO auf; so enthalten sie zu Artikel 5 des NATO-Vertrags analoge Beistandsklauseln.

In Ostasien gibt es kein Äquivalent zur NATO.

Mehr als ein radiales Modell bilateraler Sicherheitsbeziehungen mit den USA als Herzstück ist aus verschiedenen Gründen in der Vergangenheit nie entstanden. Dafür gibt es mehrere Gründe. Einerseits bestehen zwischen mehreren Bündnispartnern der USA teilweise diplomatische Friktionen mit tiefgehenden Wurzeln, wie sich dies an Japan und Südkorea beobachten lässt, andererseits versuchen einzelne Länder gelegentlich, ihre Beziehungen zu den USA „lageabhängig“ neu zu definieren, wie am Beispiel der Philippinen im Jahr 2016 ersichtlich wird, die unter dem damals neugewählten Präsidenten Duterte eine Loslösung von den USA verkündeten und ihre Probleme mit China im bilateralen Dialog lösen wollten, wobei sie hiermit de facto chinesischen Forderungen nachgaben. Trotz hoher Sichtbarkeit von Dutertes Avancen in Richtung China blieben belastbare Erfolge aus, so dass die Philippinen jetzt wieder einen stärkeren Schulterschluss mit den USA suchen.

Weitere sicherheitspolitische Zusammenschlüsse

Angesichts einer hohen Übereinstimmung der verschiedenen Bedrohungsperzeptionen mit Bezug auf Nordkorea und China kommt es dennoch immer wieder zu neuen sicherheitspolitischen Zusammenschlüssen verschiedener Staaten, die allerdings nicht immer von Anfang an durchgängig so tragfähig sind, dass ihre Verstetigung eine Selbstverständlichkeit ist. Als Beispiele seien hier QUAD, GSOMIA, ADMM-Plus und AUKUS genannt.

QUAD

Der „Quadrilateral Security Dialogue“ (kurz: Quad oder QUAD) wurde vom ehemaligen japanischen Premierminister Shinzo Abe bereits 2007 skizziert, aber erst seit 2013 nachhaltiger verfolgt. Es handelt sich dabei um einen Zusammenschluss Japans, Australiens, Indiens und der USA unter dem Leitgedanken eines „Freien und Offenen Indopazifik“, hervorgegangen aus der Übung MALABAR mit den USA, Japan und Indien als ständigen Teilnehmern. In den Jahren 2008 bis 2014 nahmen weder Japan noch Australien, das im Rahmen des QUAD-Formats dazustieß, an dieser Übung teil, weil man sich Hoffnungen auf bessere Beziehungen zu China machte. Spätestens 2017 wurde der Dialog aller vier Staaten förmlich wieder aufgenommen, weil man die Notwendigkeit erkannte, ein Gegengewicht zu Chinas militärischen und diplomatischen Aktivitäten im Südchinesischen Meer zu bilden. Im März 2021 wurde ein neues Format entwickelt: Quad Plus, mit den neuen Teilnehmern Neuseeland, Südkorea und Vietnam.

GSOMIA

Das Geheimschutzabkommen zwischen Japan und Südkorea, „General Security of Military Information Agreement“ (GSOMIA) wurde trotz heftiger Kritik in Südkorea im November 2016 geschlossen. Es hat hauptsächlich den Austausch von militärischen Nachrichten zu Nordkorea zum Ziel, beispielsweise Bahndaten ballistischer Raketen, die bisher mit Zeitverlust nur indirekt über die USA kommuniziert werden konnten. Bereits mehrfach war allerdings die turnusmäßige Verlängerung gefährdet und wurde teilweise erst in letzter Minute zugesagt, so am 23. November 2019.

ADMM-Plus

Am 12. Oktober 2010 wurde in Vietnam das „Erweiterte Treffen der Verteidigungsminister von ASEAN“ (ASEAN Defence Ministers’ Meeting Plus – kurz ADMM-Plus) ins Leben gerufen, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit in Sicherheit und Verteidigung für Frieden, Stabilität und Entwicklung der Region voranzutreiben. Neben den zehn Mitgliedsstaaten von ASEAN (Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam) gehören nunmehr acht sogenannte Dialogpartner diesem Format an, die allein aufgrund ihrer Größe, ihrer militärischen wie ökonomischen Macht, aber auch ihrer politischen Unterschiede prinzipiell einen neuen Dialog erlauben. Es sind dies Australien, China, Indien, Japan, Neuseeland, die Republik Korea, Russland und die USA.¹⁴ Grundsätzlich ist das Format diplomatisch als ausgesprochen erfolgreich zu bewerten, da es in relativ kurzer Zeit gelungen ist, höchst unterschiedliche Gesprächspartner an einen Tisch zu bringen.¹⁵

AUKUS

Die bestehenden Bemühungen um kollektive Sicherheit reichen offensichtlich nicht aus, um eine angemessene Antwort für länderspezifische Sicherheitsbedürfnisse geben zu können. So entstehen weiterhin neue Zusammenschlüsse, ungeachtet der Überlagerung der Mitgliedschaften in bestehenden Formaten und Organisationen. Das jüngste Beispiel in dieser Hinsicht ist das trilaterale Militärbündnis AUKUS, das im September 2021 zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den USA geschlossen wurde (Australia, United Kingdom and United States). Gegenstand des Abkommens ist die Bereitstellung nuklear angetriebener U-Boote für Australien, darüber hinaus wurde eine Zusammenarbeit in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie und im Cyberraum vereinbart.¹⁶ Aus den genannten Schwerpunkten ergibt sich, dass die Bedrohungsperspektive insbesondere von der Modernisierung und Aufrüstung der Marine der chinesischen Volksbefreiungsarmee ausgeht; die benötigten Stehzeiten im Einsatzraum lassen sich für australische U-Boote mit Dieselantrieben französischer Bauart, die bisher im Gespräch waren, nur schlecht realisieren. Aus den Mitgliedsstaaten und den genannten Technologiefeldern lassen sich auch eine nahtlose Einbettung in den bestehenden nachrichtendienstlichen Zusammenschluss „Five Eyes“ ablesen und ein auf China gerichteter Fokus interpretieren.

„Leitlinien zum Indo-Pazifik“ und Fahrt der BAYERN

Die „Leitlinien zum Indo-Pazifik“¹⁷ der Bundesregierung, die im Jahr 2020 veröffentlicht wurden, unterstreichen die Bedeutung der Region Indo-Pazifik als Schlüsselregion für die Gestaltung des 21. Jahrhunderts, und würdigen die Tatsache, dass in der gesamten Region eine komplexe Überlagerung strategischer Interessen mit großen Anteilen der globalen Wertschöpfung festzustellen ist. Die große Abhängigkeit Deutschlands von freien Seewegen in der Region steht nicht wirklich im Fokus der Öffentlichkeit, weshalb betont werden muss: „Eine exportabhängige Nation wie Deutschland sollte dem Schutz von

Seewegen und Häfen besonders verpflichtet sein“.¹⁸ Deutschland betrachtet die Region insbesondere unter den Aspekten einer regelbasierten Ordnung und des Multilateralismus und setzt sich diplomatisch für Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region ein.

Die „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ der Bundesregierung, die im Jahr 2020 veröffentlicht wurden, unterstreichen die Bedeutung der Region Indo-Pazifik als Schlüsselregion für die Gestaltung des 21. Jahrhunderts, und würdigen die Tatsache, dass in der gesamten Region eine komplexe Überlagerung strategischer Interessen mit großen Anteilen der globalen Wertschöpfung festzustellen ist.

Die Ausbildungsfahrt der Fregatte BAYERN von August 2021 bis Februar 2022 war ein erstes Zeichen des sicherheitspolitischen Engagements in der Region

Indopazifik. „Die Mission des Schiffes war im Kern: Flagge zeigen“.¹⁹ Der Anspruch auf einen freien und offenen Indopazifik (Free and Open Indo-Pacific – kurz FOIP, ist eine Initiative sowohl der USA als auch Japans) wird mit jedem Staat, der Präsenz zeigt, glaubwürdiger. Es geht nicht um die Frage, ob Deutschland unmittelbare militärische Machtmittel im Pazifik zum Einsatz bringen kann, oder überspitzt formuliert, um die hypothetische Frage, ob Deutschland nicht einen Flugzeugträger bauen sollte, es geht einfach darum, multinational präsent zu sein. Der Stab der Japanischen Maritimen Selbstverteidigungsstreitkräfte hat im Kontext der JMSDF Field Training Exercise 2021 ein Foto veröffentlicht, was diese Aussage auf den Punkt bringt: „Mehr als 30 Einheiten, fünf Nationen (Japan, USA, Australien, Kanada und Deutschland) absolvierten eine multinationale Übung, mit erstmaliger Teilnahme Deutschlands!“²⁰



Pressehinweis des japanischen Verteidigungsministeriums zur erstmaligen Teilnahme Deutschlands an einer multinationalen Übung Japans

In der deutschen Tagespresse findet die Außenwirkung der Fahrt der BAYERN nur geringe Beachtung. Immerhin wurde berichtet, dass China im September 2021 der BAYERN einen Hafenbesuch versagte.²¹ Völlig anders war die Reaktion in Japan, wo der erste Besuch eines deutschen Marineschiffes seit ca. 20 Jahren für militärische und diplomatische Verhältnisse nahezu überschwänglich gefeiert wurde. Nach dem Einlaufen der BAYERN im Hafen von Tokyo wurde auf dem Kai eine Empfangszeremonie mit anschließender Pressekonferenz abgehalten. Auf deutscher Seite nahmen der deutsche Botschafter von Goetze, Generalinspekteur Eberhard Zorn sowie der ehemalige Marinechef VAdm Schönbach daran teil, auf japanischer Seite nahmen Verteidigungsminister Kishi, der Leiter des Liaison Office des japanischen Verteidigungsministeriums T. Gokita, der Generalstabschef der JSDF, General K. Yamazaki sowie der Stabschef der Marine, Admiral H. Yamamura daran teil.²² Das Ereignis wurde außerdem im japanischen Fernsehen übertragen.²³



Besuch des Generalinspektors der Bundeswehr beim großen Empfang für die Fregatte BAYERN im Hafen von Tokyo

Schlussworte

Es ist zu hoffen, dass in Deutschland die Erwartungen an die Kontinuität vertiefter Beziehungen, die mit diesem Besuch geknüpft wurden, erkannt und vor allem gepflegt und nicht wieder der Tagespolitik geopfert werden. Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 war ein sicherheitspolitischer Weckruf, wie aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 deutlich wird.²⁴ Russlands Aggression hat offensichtlich in Deutschland zur Erkenntnis geführt, dass es keine Bestandsgarantie für Frieden und Sicherheit gibt, sondern die Prinzipien

Russlands Aggression hat offensichtlich in Deutschland zur Erkenntnis geführt, dass es keine Bestandsgarantie für Frieden und Sicherheit gibt, sondern die Prinzipien unserer internationalen Ordnung, nämlich Souveränitätsprinzip, Territorialprinzip und Legalitätsprinzip, auch auf der Grundlage des Gewaltverbots der Charta der Vereinten Nationen, immer wieder neu verteidigt werden müssen.

unserer internationalen Ordnung, nämlich Souveränitätsprinzip, Territorialprinzip und Legalitätsprinzip, auch auf der Grundlage des Gewaltverbots der Charta der Vereinten Nationen, immer wieder neu verteidigt werden müssen.

Ebenso hat der Überfall Russlands auf die Ukraine gezeigt, dass Sicherheit, ganz im Sinne des vernetzten Ansatzes, längst nicht mehr nur militärische Sicherheit bedeutet, sondern Energie, Wirtschaft, Kommunikationsnetze etc. gleichwertige Pfeiler einer

nationalen Sicherheitsstrategie bilden sollten. Der Indopazifik führt ja die engste Verflechtung dieser unterschiedlichen Themenfelder auch außerhalb Europas vor Augen. Es wäre daher sehr zu begrüßen, wenn in Deutschland endlich ein Prozess einer Verstetigung einer nationalen Sicherheitsstrategie einsetzen würde, der sich nicht in ad hoc-Publikationen eines Verteidigungsweißbuches erschöpft, wie zuletzt 2016 geschehen, sondern den politischen und institutionellen Rahmen schafft, der eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit den Kernfragen unserer Sicherheit ermöglicht. Ein gutes Beispiel hierfür ist in der Tat Japan. In Japan existiert ein verstetigter Mechanismus einer aus der nationalen Sicherheitsstrategie entwickelten mehrstufigen, lang- und mittelfristigen Verteidigungsplanung, die ihr strukturelles Analogon am ehesten in Deutschlands Haushaltsplanung findet (Stichwort: Mittelfristige Finanzplanung); die japanischen Planungsdokumente sind genauso öffentlich zugänglich wie die Haushaltsgesetze in Deutschland. Die für die nationale und internationale Öffentlichkeit sichtbarste Ausformung dieses kontinuierlichen Prozesses ist ein überaus umfangreiches (aktuell ca. 520 Seiten!) Verteidigungsweißbuch,

das jährlich überarbeitet wird und im sicherheitspolitischen Teil eine umfassende Analyse der regionalen wie globalen Sicherheitsrisiken präsentiert.

Ein wichtiger multilateraler Aspekt einer verstetigten Sicherheitsstrategie, die auch die zivilen maritimen Interessen Deutschlands angemessen berücksichtigt, wäre in der Tat eine für die Anrainernationen planbare Teilnahme deutscher Einheiten an weiteren zukünftigen multinationalen Übungen im Pazifik. Der reine Präsenz ist hierbei ein zentraler Faktor, denn je mehr Nationen für das Anliegen einer werte- und regelbasierten Ordnung im Sinne der Leitlinien für den Indopazifik bzw. des Free and Open Indo-Pacific eintreten, um so glaubwürdiger wird die Behauptung dieses Anspruchs gegenüber revisionistischen Mächten.

Schließlich noch ein letztes Wort zum skizzierten 100-Milliarden-Euro-Sonderfonds für die Bundeswehr. Diese Mittel werden ihr ganzes Potential nicht entfalten können, wenn es keine langfristige Perspektive für die Verwendung dieser Mittel gibt. Eine verstetigte nationale Sicherheitsstrategie ist aus dieser Perspektive auch ein elementares Anliegen des Bundeshaushalts.

Zum Autor: Dr. Oliver Corff ist Sinologe und seit vielen Jahren im Bereich der Wirtschafts- und Politikberatung sowie als Dolmetscher auf hochrangiger Ebene tätig. Er ist langjähriges Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e. V. Im November 2015 wurde er mit dem Clausewitz-Preis der Stadt Burg ausgezeichnet.

Anmerkungen:

- 1 Siehe hierzu Federation of American Scientists. „Status of World Nuclear Forces“. <https://fas.org/issues/nuclear-weapons/status-world-nuclear-forces/> (zuletzt aufgerufen am 01. März 2022).
- 2 Pressekonferenz des japanischen Verteidigungsministeriums am 27. Februar 2022. https://www.mod.go.jp/j/press/kisha/2022/0227a_r.html (in japanisch Sprache, zuletzt aufgerufen am 1. März 2022).
- 3 Sokuhō: Kishi bōeishō „dandō misairu ha yaku 300 kiro hishō“ – Kita chōsen misairu kanren:q [Eilbericht – Verteidigungsminister Kishi zur Frage nordkoreanischer Raketen: ‚Die Rakete ist etwa 300 km geflogen‘] <https://www.fnn.jp/articles/-/325542> (zuletzt aufgerufen am 06. März 2022).
- 4 Der Yasukuni-Schrein ist ein Shintō-Schrein im Herzen Tokyos, in dem der gefallenen Militärangehörigen seit der Meiji-Restauration von 1868 gedacht wird. Das Gedenken schließt die Kriegsverbrecher ein, die in den Tokyoter Prozessen

- verurteilt wurden. Besuche des Yasukuni-Schreins durch hochrangige japanische Politiker führen insbesondere in China regelmäßig zu politischen Protesten.
- 5 Ji, Guoxing. (1995). „Maritime Jurisdiction in the Three China Seas,“ p. 10. UC Berkeley: UC Institute on Global Conflict and Cooperation. <http://escholarship.org/uc/item/7rq2b069> (zuletzt aufgerufen am 06. März 2022).
 - 6 Institute for Energy Research (February 23, 2021): China and the Rare Earth Supply Chain. Policy Brief. <https://www.instituteforenergyresearch.org/renewable/china-and-the-rare-earth-supply-chain-policy-brief/> (zuletzt aufgerufen am 06. März 2022).
 - 7 Defense of Japan 2021 https://www.mod.go.jp/en/publ/w_paper/wp2021/DOJ2021_EN_Full.pdf (zuletzt aufgerufen am 06. März 2022). Hier die Abschnitte China (pp. 57 – 87) sowie „Relations between the United States and China, etc.“ (pp. 88 – 95).
 - 8 Jonathan Kearsley, Eryk Bagshaw and Anthony Galloway (18. November 2021): „If you make China the enemy, China will be the enemy: Beijing’s fresh threat to Australia“ <https://www.smh.com.au/world/asia/if-you-make-china-the-enemy-china-will-be-the-enemy-beijing-s-fresh-threat-to-australia-20201118-p56fqs.html> (zuletzt aufgerufen am 07. März 2022).
 - 9 Jeffrey Wilson (November 9, 2021): „Australia Shows the World What Decoupling From China Looks Like“ <https://foreignpolicy.com/2021/11/09/australia-china-decoupling-trade-sanctions-coronavirus-geopolitics/> (zuletzt aufgerufen am 08. März 2022).
 - 10 Die USA unterhalten als Folge des Ein-China-Prinzips keine diplomatischen Beziehungen mit Taiwan, pflegen aber zahlreiche inoffizielle mit Taiwan. Insbesondere unterstützen sie Taiwan mit dem Verkauf von Rüstungsgütern. Die grundsätzlichen Beziehungen sind in den Sechs Zusicherungen geregelt. Im Oktober 2021 äußerten hochrangige Vertreter der Biden-Regierung ihre Bedenken angesichts „fortgesetzten militärischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Drucks“ der VR China auf Taiwan; erstmals sprach Präsident Biden über direkte militärische Unterstützung für Taiwan: „Yes, we have a commitment“. Zu den Implikationen dieses faux pas siehe Dennis V. Hickey (25. Oktober 2021): „Biden, Taiwan, and Strategic Ambiguity“. The Diplomat <https://thediplomat.com/2021/10/biden-taiwan-and-strategic-ambiguity/> (zuletzt aufgerufen am 08. März 2022). Zum historischen Hintergrund siehe Congressional Research Service (updated November 19, 2021): „Taiwan: Political and Security Issues“ <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF10275> (zuletzt aufgerufen am 08. März 2022).
 - 11 Wikipedia: „Detention of Michael Spavor and Michael Kovrig“ https://en.wikipedia.org/wiki/Detention_of_Michael_Spavor_and_Michael_Kovrig (zuletzt aufgerufen am 08. März 2022).

- 12 Das letzte in englischer Übersetzung vorliegende „2018 Defense White Paper“ der Republik Korea führt auf S. 188 aus: „However, some Japanese political leaders’ perception of history and claims of dominion over Dokdo Island have become obstacles to the forward-looking development of the relationship between the two countries. The ROK will continue to cooperate with Japan for peace and stability on the Korean Peninsula and Northeast Asia while firmly and strictly responding to Japan’s distortion of history and unjust claims on Dokdo Island.“ https://mnd.go.kr/user/mndEN/upload/pblicitn/PBLICTNE-BOOK_201908070153390840.pdf (zuletzt aufgerufen am 06. März 2022).
- 13 Zum Beispiel Tsutomu Nishioka (04. 03. 2021): „South Korean Defense Paper’s Pro-China, Anti-Japan Stance“ JINF Nr. 768, <https://en.jinf.jp/weekly/archives/8118> (zuletzt aufgerufen am 08. März 2022).
- 14 ASEAN (06 February 2017): „About the ASEAN Defence Ministers’ Meeting Plus (ADMM-Plus)“ <https://admm.asean.org/index.php/about-admm/about-admm-plus.html> (zuletzt aufgerufen am 08. März).
- 15 CSIS (November 1, 2018): ADMM-Plus: The Promise and Pitfalls of an ASEAN-led Security Forum <https://www.csis.org/analysis/admm-plus-promise-and-pitfalls-asean-led-security-forum> (zuletzt aufgerufen am 08. März).
- 16 Zeit: „USA, Australien und Großbritannien schließen Sicherheitspakt“ (16. September 2021) <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-09/usa-australien-sicherheitspakt-u-boot-atom-nuklear-indopazifik> (zuletzt aufgerufen am 08. März).
- 17 Auswärtiges Amt (Hg): „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ (August 2020) <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf> (zuletzt aufgerufen am 08. März).
- 18 Rede Manfred Haders, Senior Partner, Roland Berger, auf der Maritime Convention 2015, Berlin, 12. November 2015: „Abhängigkeit von Seewegen“ <https://dmkn.de/wp-content/uploads/2015/11/2015-Maritime-Convention-Vortrag-Harder.pdf> (zuletzt aufgerufen am 08. März).
- 19 Bundeswehr: „Indo-Pacific Deployment 2021“ <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/marine/aktuelles/indo-pacific-deployment-2021> (zuletzt aufgerufen am 08. März).
- 20 JMSDF Field Training Exercise in 2021 <https://www.mod.go.jp/en/article/2021/12/118e08bebd5f6707fb9f43ebdab4ee8df7a61851.html> (zuletzt aufgerufen am 08. März).
- 21 Friederike Böge (17. 09. 2021): „China begründet Absage an Fregatte Bayern mit mangelndem Vertrauen“ <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/china-begrueudet-absage-an-fregatte-bayern-mit-mangelndem-vertrauen-17541862.html> (zuletzt aufgerufen am 08. März).

- 22 JMSDF: „Doitsu kaigun sōkan raihō“ [Besuch des Inspektors der Deutschen Marine] (Reiwa 3, i.e. 5. November 2021) <https://www.mod.go.jp/msdf/operation/cooperate/discussion/src/2021/24.html> (zuletzt aufgerufen am 08. März).
- 23 NHK (05. Novemebr 2021): „Doitsu kaigun kantei ‚yaku 20 nen buri‘ no kikō Chūgoku nentō ni bōei kyōryoku“ [Erster Hafenbesuch eines Schiffes der Deutschen Marine seit rund 20 Jahren. Verteidigungskooperation mit Blick auf Chinas Ambitionen] <https://www3.nhk.or.jp/news/html/20211105/k10013336421000.html> (zuletzt aufgerufen am 08. März).
- 24 Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz: „Entschlossen für Frieden und Sicherheit“. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/reg-erklaerung-bundeskanzler-2008234> (zuletzt aufgerufen am 02. März 2022).

Kapitel II

Bundeswehr und Gesellschaft

„Wofür wir kämpfen“

Gedanken zu Moral und Motivation unserer Soldaten im Einsatzspektrum

Hans-Werner Fritz

„Wofür wir kämpfen!“ Unter dieser Überschrift möchte ich Ihnen heute einige Gedanken vortragen, die sich mit der Frage befassen, was auf die Moral und Motivation unserer Soldaten vor allem in den Einsätzen einwirken kann. Auch wenn unser Alltag gerade in dieser Zeit durch die Corona-Pandemie geprägt ist, dürfen wir nicht vergessen, dass unverändert eine beachtliche Zahl von jungen Männern und Frauen der Bundeswehr in den Einsätzen stehen, sich gerade darauf vorbereiten oder eben erst zurückgekommen sind.

Mein Vortrag erhebt keinen Anspruch auf ein vollständiges Bild, sondern soll lediglich ein paar Denkanstöße geben.

Ich stütze mich dabei im Wesentlichen auf meine Erfahrungen als Führer von Truppe über viele Jahre sowohl im Grundbetrieb – früher hätten wir gesagt „im Frieden“ – vor allem aber in den Einsätzen.

Lassen Sie mich mit einem persönlichen Erlebnis beginnen. Ich habe im Jahr 2019 mit meiner Frau eine Studienreise nach Nahost gemacht, die uns unter anderem nach Israel geführt hat. Wir hatten bei unserem Besuch die Gelegenheit, mit jungen israelischen Soldaten zu sprechen. Sie waren alle um die Zwanzig und versahen ihren Dienst bei einem Kibbuz ganz im Norden Israels an der Grenze zum Libanon. Dieser Kibbuz ragte wie ein Keil in libanesisches Gebiet, das den Kibbuz von drei Seiten umschloss. Auf die Frage, warum die Soldaten gerade hier eingesetzt wären und worin ihr Auftrag bestünde, deuteten sie auf einige Geländeabschnitte in Sichtweite, die bereits auf libanesischem Gebiet lagen, und sagten uns, dass von da aus mehrfach Raketen auf den Kibbuz abgefeuert worden seien. Zudem sei der Kibbuz einige Zeit vorher nachts von Terroristen angegriffen und dabei sei ein Kind von den Angreifern erschossen worden. Damit brauchte die Frage, wofür diese jungen israelischen Soldaten im Zweifelsfall zu kämpfen hätten, nicht weiter vertieft werden. Die

Gefahren und Risiken für ihr Land in dieser Gegend und für die Menschen, die dort leben, waren handgreiflich!

Wie sieht es nun bei uns aus? Wofür dienen und kämpfen deutsche Soldaten? Sie könnten mir nun mit einigem Recht entgegenhalten, dass genau dies die Eidesformel im Grundsatz beinhaltet, die jeder Zeit- und Berufssoldat zu schwören hat. Der Paragraph 9 des „Gesetzes über die Rechtsstellung der Soldaten“ – besser bekannt als „Soldatengesetz“ - legt dazu die Ihnen allen bekannte Formel fest

„Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe.“

Aus der Eidesformel leiten sich dann folgerichtig im Rahmen des Soldatengesetzes auch die soldatischen Grundpflichten ab.

Der Gottesbezug kann, muss aber nicht gesprochen werden. Aus der Eidesformel leiten sich dann folgerichtig im Rahmen des Soldatengesetzes auch die soldatischen Grundpflichten ab. Ich komme darauf später noch einmal zu sprechen.

§ 9 Eid und feierliches Gelöbnis

(1) Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit haben folgenden Dienstzeit zu leisten:

„Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe.“

Der Eid kann auch ohne die Worte „so wahr mir Gott helfe“ geleistet werden.

Soweit also zum Gesetzestext. Wie sieht nun dessen Umsetzung, die Gesetzeswirklichkeit aus? Was trägt unsere Soldaten in der Realität der Einsätze? Was füllt die Eidesformel mit Leben? Was schützt und verteidigt ein deutscher Soldat im Einsatz?

Betrachtet man die derzeitige Sicherheitslage unseres Landes, muss man wohl nicht befürchten, dass das Territorium der Bundesrepublik Deutschland derzeit akut bedroht ist. Ich betone: **akut!** Das Gleiche gilt für das Vertragsgebiet der NATO und der EU. Allerdings kann auch nicht wegdiskutiert werden, dass es klare Risiken für unser aller Sicherheit gibt. Ich verweise in diesem

Zusammenhang z.B. auf die aktuellen Ereignisse in Nah- Mittelost und ihre möglichen Folgen daraus für Europa und für Deutschland. Spätestens seit der Ukraine-Krise wissen wir auch, dass wir in Europa selbst nicht ausschließlich von Partnern und Freunden umgeben sind und Jahre vorher hat „9/11“ uns die hässliche Fratze des Terrorismus in seiner schlimmsten Ausprägung gezeigt. Für beide Grundszenare, nämlich Verteidigung gegen einen nach den Regeln der hybriden Kriegsführung kämpfenden Gegner sowie gegen unkonventionelle, terroristische Angriffe tragen unser Land und die Bündnisse Vorsorge. So z.B. durch die von der Bundeswehr bereitgestellten, schnell abrufbaren Kräftepakete, wie sie z.B. in Litauen gemeinsam mit unseren Partnern üben.



Feierliches Gelöbnis im Bendler Block

Auf den ersten Blick scheint es hier eine Menge Parallelen zu den uns Älteren noch wohl vertrauten Szenaren des Kalten Krieges zu geben. Aber auch nur auf den ersten Blick! Eine mögliche kriegerische Auseinandersetzung mit Russland an der Ostgrenze der NATO sehe heute garantiert anders aus als die von uns angenommenen Szenare vor 1989!

Ich komme noch einmal auf die Begegnung mit den israelischen Soldaten zurück. Im Gegensatz zu ihnen ist für die Soldaten der Bundeswehr in einem Szenar „Schutz des NATO-Gebietes im Osten“ die Wahrnehmung der Bedrohung wohl weniger konkret. Ich verkenne nicht, dass sich für unsere Soldaten durch Übungen wie im Baltikum zumindest die Chance ergibt, „Bilder“ zu entwickeln, wie ein Gefecht aussehen könnte. Nicht anders als in den Übungen für uns vor 1989/90.

Spätestens in Afghanistan mit Schwerpunkt in den Jahren 2009 bis 2011 sind wir „am scharfen Ende unseres Berufes“ angekommen.

Ich weiß, dass die Soldaten der Bundeswehr sorgfältig in ihre Aufträge eingewiesen werden und dass sie sich an ihren Soldateneid gebunden fühlen. Ich frage mich allerdings, ob das die treibenden Kräfte sind, die die Soldaten befähigen, ihre Aufträge auch unter härtesten Bedingungen auszuführen.

Derzeit sind ca. 3.000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in 10 Einsätzen auf 3 Kontinenten gebunden. Betrachtet man die damit verbundenen Aufträge, so reichen diese von Ausbildung über Stabilisierung bis hin zu Terrorismusbekämpfung. Für die Soldaten wird in diesen Einsätzen auch das Ausmaß

von Bedrohung und Gefahr sehr konkret und greifbar. Die Zahl der deutschen Soldaten, die im Einsatz ihr Leben verloren haben- es waren bisher 113 - spricht eine deutliche Sprache. Spätestens in Afghanistan mit Schwerpunkt in den Jahren 2009 bis 2011 sind wir „am scharfen Ende unseres Berufes“ angekommen.

Und ich bin sicher, dass die Diskussion, ob dieser Einsatz und die damit verbundenen Opfer und Anstrengungen es am Ende wert waren, noch an Intensität gewinnen wird.

Ich benutze den Ausdruck vom „scharfen Ende“ unseres Berufes gern. Ich habe ihn erstmals von britischen Kameraden gehört. Er beschreibt eigentlich sehr plastisch, was gemeint ist: Das „scharfe Ende“ kann gegen uns gerichtet sein. Wir können es aber auch gegen den Gegner richten. Mit anderen Worten: Wir müssen unser Leben und unsere Gesundheit zur Erfüllung unseres Auftrages aufs Spiel setzen. Wir müssen aber auch bereit sein, anderen Menschen Leben und Gesundheit zu nehmen, wenn es unvermeidbar ist. Das Soldatenhandwerk – und ich benutze diesen Ausdruck bewusst – ist buchstäblich ein blutiges, das häufig genug mit Schweiß, großen Entbehrungen, Angst und oft buchstäblich im Dreck verrichtet werden muss. Das ist die Realität. Eine andere Beschreibung wäre Schönfärberei und der Ernsthaftigkeit des soldatischen Dienstes nicht angemessen.



OP North in Afghanistan

Aber zurück zur Ausgangsfrage: Was lässt die Soldaten dies alles aushalten und wofür kämpfen sie am Ende? Ich will versuchen, Ihnen anhand eines selbsterlebten Beispiels zumindest eine Teilantwort zu geben. Ich habe während meines Einsatzes in Afghanistan einen jungen deutschen Fallschirmjäger im Feldlazarett in Masar-e-Sharif besucht. Er war im Bereich des Oberkörpers verwundet worden. Es war zum Zeitpunkt meines Besuchs nicht klar, ob wir ihn nach Deutschland repatriieren mussten oder ob er im Einsatzgebiet verbleiben konnte.

Er entstammte einer russland-deutschen Familie und hieß Sergej. Gleich zu Anfang unseres Gesprächs ließ er keinen Zweifel daran, dass er nicht repatriiert werden, sondern zurück zu seinen Kameraden wollte. Er unterstrich dies mit den Worten „Ich will zu meinem Zugführer!“

Als ich ihm dann sagte, dass ich ihm dies aufgrund seiner Verwundung nicht garantieren könne, sondern dass in diesem Fall das letzte Wort bei den Ärzten läge, brach er in Tränen aus und wiederholte immer wieder, dass er seine Kameraden nicht enttäuschen wolle und kein Verräter sei. Ich habe versucht, ihm diese Sorgen zu nehmen, ob mir das tatsächlich gelungen ist, weiß ich nicht.



Spähtrupp im Einsatz

Am Ende mussten wir ihn nach Deutschland zurückverlegen, natürlich konnte er sich vorher bei seinen Kameraden verabschieden.

Was zeigt uns dieses Fallbeispiel? Zum einen, dass diejenigen, die den jeweiligen Auftrag ganz vorn, sozusagen im „Schützengraben“, erfüllen müssen, ganz wesentlich durch Kameradschaft getragen werden. Man kämpft am Ende auch für die anderen, die man auf keinen Fall enttäuschen

will. Ich konnte mich im „Fall Sergej“ davon überzeugen, dass sein Zug ausgezeichnet geführt wurde und die Moral hoch war. Zum anderen wird deutlich, dass man auf keinen Fall von seinen Kameraden getrennt werden oder wenn dies unvermeidbar ist, schnellstmöglich zu ihnen zurück möchte.

Ein Blick in die Kriegsgeschichte zeigt deutlich, dass dies kein Phänomen unserer Zeit ist, sondern Kameradschaft bis zuletzt bereits der Leim war, der die Soldaten unsere Väter- und Großvätergeneration und darüber hinaus gerade in schlimmsten Zeiten zusammengehalten hat.

*Man kämpft am Ende auch für die anderen,
die man auf keinen Fall enttäuschen will.*

Für mich war es fast unglaublich zu lesen, dass z.B. Soldaten, die in der Schlacht um

Stalingrad verwundet worden waren und die sicher wussten, welches Grauen auf sie wartete, zum Teil nach ihrer Genesung trotzdem darauf bestanden, wieder in den Kessel zu ihren Kameraden eingeflogen zu werden, solange dies noch ging.

Es ist eine besondere Tragik, dass häufig die Einheiten, zu denen sie zurückwollten, nicht mehr existierten, weil sie in den Kämpfen aufgegeben worden waren und die zurückkehrenden Soldaten anderen Einheiten zugeordnet werden mussten.

Ich möchte als erste Zwischenbilanz feststellen, dass Moral und Motivation von Soldaten durch selbstlose Kameradschaft dort besonders hoch ist, wo das Gefecht in seiner ganzen Härte erlebt wird. Es ist anzunehmen, dass Faktoren wie Eid und Auftrags Erfüllung sicher im Hintergrund weiter positiv wirken, aber ich persönlich bezweifle, dass sie die ausschlaggebende Antriebsfeder für das individuelle Handeln von Soldaten unmittelbar an der Front sind. Es ist von daher ganz gewiss kein Zufall, dass die Pflicht zur Kameradschaft im Paragraphen 12 des Soldatengesetzes fest verankert ist.

Die Schwester der Kameradschaft ist die Tapferkeit.

Unabhängig von ihrer Bedeutung im Gefecht, ist gelebte Kameradschaft auch im Grundbetrieb bei der Ausbildung und dem täglichen Dienst in den Einheiten unverzichtbar. Betrachtet man beispielsweise die Frage nach der Religionszugehörigkeit unserer Soldaten, ist festzustellen, dass heute eine nicht geringe Anzahl von Soldatinnen und Soldaten entweder keiner Glaubensrichtung angehören oder christlichen, muslimischen bzw. jüdischen Glaubens sind. Es ist augenscheinlich, dass die Achtung vor dem Anderen als ein wesentliches Element der Kameradschaft auch und gerade in diesem Punkt unverzichtbar ist.

Die Schwester der Kameradschaft ist die Tapferkeit. Sie bezeichnet nicht nur eine vom Soldaten zu fordernde soldatische Grundpflicht, sondern in ihrer besten Ausprägung eine hohe Tugend, so wie es die Eidesformel auch verlangt. Der Tapfere muss willens und in der Lage sein, Leiden zu ertragen und Opfer zu bringen. Am Ende das höchste Opfer, dass ein Mensch zu bringen in der Lage ist, nämlich sein eigenes Leben.

Ich bin mehr als froh, dass sich unser Land im Jahr 2008 dazu entschlossen hat, solche Soldaten mit dem Ehrenkreuz für Tapferkeit auszuzeichnen, deren Taten durch ein außergewöhnliches Maß an Tapferkeit bestimmt waren, das deutlich über dem liegt, was man einem Soldaten grundsätzlich abverlangen kann.



Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit

Zu Recht ist das Ehrenkreuz für Tapferkeit die höchste Auszeichnung unserer Bundeswehr und wird von den Soldaten wohl auch so gesehen. Anmerken möchte ich noch, dass in allen mir bekannten Fällen, in denen Soldaten mit dem Ehrenkreuz für Tapferkeit ausgezeichnet wurden, diese Ehrung hoch verdient war. Nach meiner Beobachtung kam die Entscheidung zu außergewöhnlich tapferem Handeln eher spontan aus dem Herzen und war weniger ein reiner Verstandesentschluss.

Neben Kameradschaft und Tapferkeit gibt es natürlich eine ganze Reihe weiterer wichtiger Faktoren, die auf die Moral und die Motivation von Soldaten einwirken. Zu nennen wären hier beispielsweise gute Ausbildung, gute Ausrüstung und vor allem gute Führung. Alle diese Faktoren bilden die Grundlagen zur Ausübung unseres Dienstes. Ihre bestmögliche Ausformung durch den Dienstherrn sollte eigentlich selbstverständlich sein, weil unverzichtbar. Da-

gegen ist die individuelle Umsetzung der wertgebundenen Pflichten durch jeden einzelnen Soldaten die Basis dafür, dass aus einer Anzahl von Individuen gute und selbstlos handelnde Kameraden werden.

Betrachtet man die Motivation von Soldaten im Einsatz und im Krieg, stößt man auf ein weiteres, Generationen von Soldaten übergreifendes Phänomen: Die Frage nämlich, was den Soldaten neben der grundlegenden Sorge um seine eigene Existenz umtreibt. Es ist sehr regelmäßig die Sorge um die Familie und das Zuhause.

Betrachtet man die Motivation von Soldaten im Einsatz und im Krieg, stößt man auf ein weiteres, Generationen von Soldaten übergreifendes Phänomen: Die Frage nämlich, was den Soldaten neben der

grundlegenden Sorge um seine eigene Existenz umtreibt. Es ist sehr regelmäßig die Sorge um die Familie und das Zuhause.

Ich habe in Vorbereitung dieses Vortrages u.a. einen Sammelband in der Hand gehabt, der Berichte von katholischen Geistlichen enthält, die im 2. Weltkrieg als sogenannte Kriegspfarrer, Sanitäter oder auch als Gräberoffiziere eingesetzt waren. Fast alle Geistlichen stellen fest, dass neben der Sorge um das eigene Schicksal eben die Sorge um die Angehörigen im Vordergrund stand. Ich verkenne natürlich nicht, dass diese Sorgen der Soldaten von damals andere Gründe hatten als entsprechende Sorgen unserer Soldaten, die heute im Einsatz sind. So ging es im Krieg spätestens mit Beginn der Flächenbombardements deutscher Städte auch um das Überleben der Familien daheim.

Diese Sorgen muss heute – Gott sei Dank – kein deutscher Soldat mehr haben. Spricht man heute über Sorgen um die Familie, geht es häufig um die Beständigkeit von Beziehungen und Freundschaften, ob sich die Angehörigen und Freunde zuhause zu viele Sorgen um diejenigen im Einsatz machen und was einen nach Rückkehr in die Heimat erwartet. Auch wenn diese Sorgen um die Familie und um Freunde im Vergleich zu den Sorgen der Soldaten im 2. Weltkrieg eher gering erscheinen, darf man ihre Wirkung auf die Soldaten auch heute nicht unterschätzen. Die Nutzung der modernen Kommunikationsmittel ist deshalb ein mehr als probates Mittel, hier Abhilfe zu schaffen, auch wenn diese Möglichkeiten nicht immer gleich zu Beginn eines Einsatzes verfügbar sind.

Insofern greifen auch die Wehrbeauftragten die Frage nach der Kommunikation mit Zuhause regelmäßig vor allem dann auf und üben Kritik, wenn diesem Punkt von den Verantwortlichen nicht die nötige Beachtung geschenkt wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einen Punkt ansprechen, der eng verknüpft ist mit der Frage „Was treffe ich nach Rückkehr aus dem Einsatz zuhause an?“ Es geht um eine naheliegende Folgefrage, nämlich „Wie wird mein Einsatz in der Heimat aufgenommen? Wissen die zuhause eigentlich, warum ich im Einsatz bin?“

Nach meiner Erfahrung kann das die engere Familie in der Regel einigermaßen einschätzen. Aber auch hier kann es bereits kritisch werden. Ganz anders sieht das in der Regel aus, wenn man die Bevölkerung als Ganzes betrachtet und die Berichterstattung über Einsätze in den Medien als Spiegel nimmt. Nach meiner Einschätzung wissen vermutlich mehr Bürgerinnen und Bürger nicht annähernd wie ein Einsatz der Bundeswehr und das dazugehörige Bundestagsmandat zustande kommen als man glauben möchte. Insofern ist das von unserem ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler geprägte Wort vom „freundlichen Desinteresse“ verständlich und vielleicht sogar fast noch eine Untertreibung. Ich habe selbst die Erfahrung gemacht, dass auch fortgeschrittene Studentinnen und Studenten der Politikwissenschaft, vor denen ich einmal vorgetragen habe, keine Vorstellung davon hatten, wie ein Bundeswehrmandat zumindest in den wesentlichen Schritten zustande kommt. Das hat mich umso mehr überrascht, als diese jungen Frauen und Männer insgesamt einen an der Bundeswehr interessierten Eindruck machten und zu meinem Vortrag, der mit dem Thema „Mandat“ im Kern eigentlich nichts zu tun hatte, vernünftige und begründete Fragen stellten. Wenn also dieses Erlebnis Rückschlüsse auf den

allgemeinen Kenntnisstand in der Bevölkerung zulässt, was die Einsätze der Bundeswehr betrifft, könnte man schon sehr nachdenklich werden.

Im Zuge der Corona-Pandemie wurde öfter die Frage laut, was denn ein „systemrelevanter“ Beruf sei. Es wurden dabei vorrangig – und richtigerweise – Berufe aus dem Spektrum der medizinischen Versorgung sowie aus dem Pflege- und Rettungsdienst genannt. Es wurden aber auch Berufsgruppen so bezeichnet, die vor der Pandemie wohl kaum „systemrelevant“ genannt worden wären. Ich will denjenigen, die diese Berufe ausüben, nicht ihre Bedeutung für unsere Gesellschaft absprechen, dies liegt mir fern. Bezeichnend finde ich allerdings, dass die Bundeswehr – zumindest nach meiner Wahrnehmung – nicht in der Rubrik „systemrelevant“ auftaucht, obwohl auf den über die Me-

dien z.B. von den Impfzentren übermittelten Bildern regelmäßig Uniformen der Bundeswehr zu sehen sind.

Unsere Soldaten spüren dieses „freundliche Desinteresse“ deutlich und beziehen es auf die Erfüllung ihrer Aufgaben im Ganzen. Aus dem „freundlichen Desinteresse“ wird dann ein Faktor, der sehr negativ auf die Moral und die Motivation unserer Soldaten einwirkt und aus der eingangs gestellten Frage „Wofür kämpfen wir?“ die Frage machen kann „Warum kämpfen wir eigentlich überhaupt?“

Eines bleibt für mich festzuhalten: Unsere Soldaten spüren dieses „freundliche Desinteresse“ deutlich und beziehen es auf die Erfüllung ihrer Aufgaben im Ganzen. Aus dem „freundlichen Desinteresse“ wird dann ein Faktor, der sehr negativ auf die Moral und die Motivation unserer Soldaten einwirkt und aus der eingangs gestell-

ten Frage „Wofür kämpfen wir?“ die Frage machen kann „Warum kämpfen wir eigentlich überhaupt?“ Vor allem, wenn es bei einem Einsatz Tote und Verwundete gegeben hat, wird diese Frage hoch dringlich und verlangt nach Antworten. Selbstverständlich sind wir als militärische Führer und Vorgesetzte bei der Antwort gefragt. Aber wir können nicht diejenigen sein, die sie ausschließlich beantworten, weil wir eben nicht die primären Auftraggeber sind. Der Auftrag zum Einsatz kommt vom Parlament und muss mit Blick auf seine Sinnhaftigkeit und vor allem mit Blick auf seine Risiken auch vom Parlament, sprich von der Politik, beantwortet werden.

Eine manchmal kurze Debatte bei der Mandatierung oder bei Mandatsverlängerungen ist dabei nicht ausreichend.

Es ehrt unsere führenden Politiker, wenn sie bei Trauerfeiern für Gefallene in Deutschland präsent sind, aber auch das allein reicht nicht aus. Es muss

bei der Politik der klare Wille erkennbar sein, auch öffentlich zu der Verantwortung gegenüber den Soldaten zu stehen, die sie mit der Mandatserteilung übernimmt. Natürlich bin ich mir darüber im Klaren, dass bisher kein Einsatz der Bundeswehr im Parlament unumstritten war. Erfreulich ist aber, dass bei den Abstimmungen über Mandate bzw. deren Verlängerung neben den Ja-Stimmen der Regierungskoalition bisher auch regelmäßig Ja-Stimmen von Oppositionsparteien hinzukommen sind.

Das Thema „Einsatz“ wird selbstverständlich auch durch die Medien aufgegriffen. Diese sind in ihrer Berichterstattung - wie wir alle wissen – frei. Ich kann mich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, dass die Bereitschaft zumindest in einigen Medien ausgewogen zu berichten eher wenig ausgeprägt ist. Die seit längerem laufende Debatte über den derzeitigen Zustand der Bundeswehr ist ein gutes Beispiel dafür. Sie ist zweifelsohne berechtigt, ist aber zuweilen an Häme nicht mehr zu überbieten.

Warum ist mir – und ich denke wohl uns allen – die Forderung nach spürbarer öffentlicher Unterstützung der Bundeswehr bei Einsätzen so wichtig?

Warum ist mir – und ich denke wohl uns allen – die Forderung nach spürbarer öffentlicher Unterstützung der Bundeswehr bei Einsätzen so wichtig? Ich habe bereits auf die Auswirkungen auf die Moral und Motivation unserer Soldaten hingewiesen. Aber es kommt noch etwas hinzu, was häufig genug schlichtweg übersehen wird – und hier bemühe ich noch einmal das Soldatengesetz: Das Soldatengesetz bindet die Soldaten im Paragraphen 11 eindeutig an die Gehorsamspflicht.

Die Soldaten haben damit eben keine Möglichkeit, frei zu entscheiden, ob sie einen Auftrag annehmen oder nicht.

Sie müssen – und das Soldatengesetz kennt nur ganz wenige Ausnahmen, wo nicht gehorcht zu werden braucht oder nicht gehorcht werden darf. Diese Einschränkungen der Gehorsamspflicht sind nicht zuletzt aus den Erfahrungen der NS-Zeit erwachsen und sind berechtigt. Die Pflicht zum Gehorsam macht im Übrigen keinen Unterschied zwischen den Dienstgraden. Sie gilt vom Gefreiten bis hin zum 4-Sterne-General.

Es muss der Öffentlichkeit auch bewusst sein, dass die Außen- und Sicherheitspolitik für unser Land nicht im Bundesverteidigungsministerium „gemacht“ wird, sondern zunächst eine Verantwortung des Auswärtigen Amtes,

aber letztlich eine des gesamten Kabinetts ist, an dessen Spitze der Regierungschef oder die die Regierungschefin steht.

Es darf auch nicht vergessen werden, dass eine ganz wesentliche Stellgröße für den Rahmen, in dem sich die Bundeswehr zu bewegen hat, die finanzielle Ausstattung ist. Und diese wird letztlich durch das Parlament festgelegt. Die unverändert andauernde Debatte um das Erreichen des „2 %-Zieles“ als Beitrag für die NATO, die eher an Härte zugenommen hat, ist ein beredtes Beispiel für die Folgen von langjährigen Unterlassungen.

Ein Letztes in diesem Zusammenhang: Es ist schon erstaunlich, dass gerade von manchen derjenigen, die nach 1990 lautstark die sogenannte „Friedensdividende“ eingefordert haben, in der irrigen Annahme, Deutschland sei auf

Lassen Sie mich abschließend einen letzten Aspekt aufgreifen, der tief in den Bereich soldatischer Ethik hineinreicht: Wir Soldaten sind nicht nur verpflichtet, unser Leben und unsere Gesundheit in der Erfüllung unseres Auftrages einzusetzen, sondern es kann unausweichlich sein, dabei Gegner willentlich und vorsätzlich zu töten.

immer und ewig nur von Verbündeten und Freunden umgeben, heute ebenso lautstark Klage darüber geführt wird, dass die Bundeswehr über die Jahre in einem Umfang nach Personal und Material reduziert wurde, der heute gelegentlich Zweifel aufkommen lässt, ob sie dem gesamten Spektrum möglicher Aggressionen würde standhalten können.

Lassen Sie mich abschließend einen letzten Aspekt aufgreifen, der tief in den Bereich soldatischer Ethik hineinreicht: Wir Soldaten sind nicht nur verpflichtet, unser Leben und unsere Gesundheit in der Erfüllung unseres Auftrages einzusetzen, sondern es kann unausweichlich sein, dabei Gegner willentlich und vorsätzlich zu töten.

Dieses ethisch- moralische Dilemma ist den Soldaten durchaus bewusst und viele tragen nicht leicht daran. Das Bild vom „schießwütigen Rambo“, das von

Dieses ethisch- moralische Dilemma ist den Soldaten durchaus bewusst und viele tragen nicht leicht daran.

Kreisen gern propagiert wird, die der Bundeswehr grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, ist genauso falsch und ehrabschneidend, wie das in den 80-er Jahren u.a. von Vertretern der Friedensbewegung aufgegriffene Tucholsky-Zitat „Soldaten

sind Mörder“ von 1931. Die sich seinerzeit daran anschließende Diskussion endete mit der bekannten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu-

gunsten der Meinungsfreiheit. Viele von uns, so auch ich als damals junger Kompaniechef, wandten sich deshalb an den Bundespräsidenten, weil das Urteil für uns nicht nachvollziehbar war. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wurde meines Wissens allerdings nie revidiert.

Wie schwer die Tatsache, getötet zu haben, auf dem Gewissen unserer jungen Soldaten lasten kann, zeigt nochmals ein Beispiel, wie ich es in Afghanistan erlebt habe. Es war wiederum ein Besuch im Feldlazarett. Der von mir Besuchte war ein junger deutscher Scharfschütze, der eine Splitterverletzung am Bein hatte. Sein Bein konnte gerettet werden, und er wurde auf die Rückverlegung in die Heimat vorbereitet. Dieser junge Soldat sagte in unserem Gespräch sinngemäß zu mir: „Ich habe diesmal Glück gehabt, ich lebe noch, mein Bein bleibt dran und ich komme nach Hause. Aber wenn ich einmal alt bin und sterben muss, dann werden Menschen um mein Bett stehen, die sehe nur ich.“ Ganz ohne Zweifel meinte er die, die durch seine Hand den Tod gefunden hatten.



Wald der Erinnerung

Ich habe den Eindruck, dass die Tatsache, dass Soldaten zur Erfüllung ihres Auftrages töten müssen, in unserer Gesellschaft unverändert ein Tabu ist, über das man am liebsten gar nicht oder bestenfalls „hinter vorgehaltener Hand“ spricht. Dass sich die Soldaten in dieser existentiellen Frage allein gelassen fühlen, darf wohl niemanden verwundern. Umso mehr ist vor diesem Hintergrund der Militärseelsorge, aber auch den anderen Beteiligten des sogenannten „Psycho-Sozialen-Netzes“ zu danken, die den Soldaten in ihrer Gewissensnot und daraus resultierenden Problemen beistehen.

Ich fasse zusammen:

1. Auf die Moral und Motivation unserer Soldaten wirkt neben „internen“ eine ganze Reihe von „externen“ Stellgrößen ein. „Freundliches Desinteresse“ der Bevölkerung gegenüber dem, was Soldaten im Namen und im Auftrag unseres Volkes in den Einsätzen tun müssen, ist ein „Motivationskiller“ erster Güte.
2. Es ist eine Pflicht in erster Linie der Politik, in die Öffentlichkeit zu kommunizieren, warum Soldaten in Einsätze geschickt werden. Es

kann nicht die Aufgabe der Soldaten sein, für die Öffentlichkeit zu begründen, warum sie im Einsatz sind.

3. Geübte Kameradschaft ist nicht nur eine soldatische Grundpflicht, sondern wohl einer der entscheidenden Faktoren zum Bestehen im Gefecht. Sie bestimmt ganz wesentlich den Zusammenhalt in der kleinen Gruppe.
4. In der Vorbereitung auf den Kampf muss den Soldaten so klar und eindringlich wie möglich vor Augen geführt werden, wofür sie eigentlich kämpfen.
5. Soldaten, die öffentlichen Rückhalt erfahren, die gut ausgebildet, ausgerüstet und geführt sind, sind zu Leistungen fähig, die höchsten Respekt verdienen. Zu Recht werden die besonders ausgezeichnet, die in außergewöhnlicher Weise Tapferkeit im Gefecht gezeigt haben.
6. Die Öffentlichkeit muss ein Grundverständnis entwickeln, dass zum Schutz der essenziellen Interessen unseres Landes als äußerstes, aber nicht als letztes Mittel der Politik auch Militär eingesetzt werden kann. Die den Soldaten dabei erteilten Aufträge können beinhalten, dass Soldaten zu ihrer Erfüllung auch gezwungen sein können, Menschen zu töten. Ein ethisch-moralisches Dilemma, in dem man sie nicht allein lassen sollte.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Hans-Werner Fritz war in seiner letzten Verwendung bis 2015 Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr. Der Beitrag geht auf einen Vortrag zurück, den GenLt a.D. Fritz beim Regionalkreis Nord der Clausewitz-Gesellschaft e.V. gehalten hat. General Fritz war u.a. auch Vizepräsident der Gesellschaft.

Der Beitrag der Streitkräftebasis und des Nationalen Territorialen Befehlshabers zur gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge

Martin Schelleis

Sei es durch den Einsatz von Soldatinnen und Soldaten in Alten- und Pflegeheimen, in Gesundheitsämtern, Test- und Impfzentren oder bei der Hochwasserkatastrophe in NRW und in Rheinland-Pfalz – die öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr in den zurückliegenden Monaten war geprägt von Amtshilfeeinsätzen. Insbesondere im Jahr 2021 könnte der Eindruck entstanden sein, als sei die Bundeswehr im Schwerpunkt mit Aufträgen betraut gewesen, die auf den ersten Blick wenig militärisch anmuten. Doch auch wenn die Bundeswehr in der Gesellschaft viel sichtbarer war, dadurch an Ansehen gewonnen und bei der Bewältigung der Pandemie vielerorts den Unterschied gemacht hat, umfasst das Fähigkeitsportfolio der Bundeswehr im Inland weit mehr als die Hilfeleistung in pandemischen Lagen oder Naturkatastrophen.

Gleichwohl kann der Heimatschutz im Frieden bzw. die Nationale Territoriale Verteidigung im Spannungs- oder Verteidigungsfall nur als ressortübergreifende und gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden. Dabei ist eine enge Vernetzung militärischer mit zivilen Akteuren auf allen Ebenen die unerlässliche Grundlage für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Der Inspekteur der Streitkräftebasis ist in Personalunion als Nationaler Territorialer Befehlshaber verantwortlich für die zivil-militärische Zusammenarbeit und führt die Einsätze der Bundeswehr auf deutschem Boden. Dazu zählt auch der Betrieb der „Drehschreibe Deutschland“, v.a. die Unterstützung/Sicherung von Ankunft, Aufenthalt und Transit eigener und alliierter Truppenverbände im/durch das Bundesgebiet als Schlüsselfähigkeit für das Bündnis. Neben den Fähigkeiten der Streitkräftebasis zur Territorialen Führung, Logistik, Feldjäger, ABC-Abwehr und CIMIC werden ihm dafür bedarfsorientiert weitere Kräfte aus allen militärischen Organisationsbereichen unterstellt.



Generalleutnant Martin Schelleis

Ein weiteres Jahr der Amtshilfe – „Wir helfen, solange wir gebraucht werden“

Auch wenn die Bundesregierung bereits im Weißbuch 2016 Infektionskrankheiten als hohes Sicherheitsrisiko aufführte, traf der Ausbruch der Covid-19-Pandemie Anfang 2020 die Bundesrepublik Deutschland weitestgehend unvorbereitet. Es fehlte an einer zentralen Steuerung erforderlicher Maßnahmen, zugleich erwies sich das gesamtstaatliche Lagebild als lückenhaft. Das führte zu Mängeln bei der Priorisierung knapper Ressourcen und verfügbarer Unterstützungsleistungen.

Zur subsidiären Unterstützungsleistung stellte die Bundeswehr eigens ein Einsatzhilfekontingent auf, ein Novum! Das erwies sich vor dem Hintergrund der nötigen Flexibilität als absolut zielführend. Denn so konnte sichergestellt werden,

dass bei dem volatilen Infektionsgeschehen und den daraus resultierenden, plötzlich auftretenden und ganz unterschiedlichen Bedarfen jederzeit flächendeckend Hilfe geleistet werden konnte.



Die Soldatinnen und Soldaten im Corona-Einsatz arbeiten sich schnell in eine ihnen zunächst meist fremde Umgebung ein.

Das Einsatzhilfekontingent Corona umfasste zunächst 15.000, später zeitweise sogar 25.000 Soldatinnen und Soldaten. Der Beschluss des Bundeskabinetts zum kompletten Verzicht auf die Erstattung der amtshilfegebundenen Ausgaben für die Hilfeleistung der Bundeswehr hatte einen regelrechten Nachfrageschub zur Folge.

Die eingesetzten Soldatinnen und Soldaten fanden sich schnell in einer ihnen zumeist fremden Umgebung wieder. Sie halfen dort aus, wo zivile Einrichtungen an personelle Kapazitätsgrenzen stießen und trugen damit häufig dazu bei, dass diese ihren Betrieb überhaupt aufrechterhalten konnten. Dass in der Bundeswehr motivierte und hilfsbereite Menschen dienen, die diesem Amtshilfeinsatz nicht nur ihre helfenden Hände zur Verfügung stellen, sondern ihm auch ein freundliches Gesicht geben, hat sich schnell herumgesprochen. Selbst Stadtbezirke und Landkreise, deren politische Verantwortungsträger den Streitkräften und ihrem Engagement in der Amtshilfe zunächst kritisch gegenüberstanden, nahmen und nehmen die Hilfe der Bundeswehr dankbar in Anspruch. In nahezu allen 411 kreisfreien Städten, Landkreisen und den entsprechenden Bezirken Berlins waren Soldatinnen und Soldaten im Einsatz.

Das Tätigkeitsspektrum umfasste mit wechselnden Intensitäten und Schwerpunkten den Dienst in der Kontaktnachverfolgung in den Gesundheitsämtern, die Schnelltestung von Bürgerinnen und Bürgern und die querschnittliche Unterstützung in Alten- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern. Mit dem Beginn der Impfkampagne der Bundesregierung unterstützte die Bundeswehr zudem bei der Logistik, mit mobilen Impfteams oder durch die Mithilfe in Impfzentren bzw. mit dem Betrieb eigener Impfzentren durch den Sanitätsdienst.

Das in der Bundeswehr motivierte und hilfsbereite Menschen dienen, die diesem Amtshilfeinsatz nicht nur ihre helfenden Hände zur Verfügung stellen, sondern ihm auch ein freundliches Gesicht geben, hat sich schnell herumgesprochen.

Von den insgesamt über 11.000 Ersuchen auf Amtshilfe im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie wurden mehr als 90 Prozent positiv beschieden. Die höchste Tagesbindung haben wir im Februar 2021 gesehen, als sich 20.000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr gleichzeitig im Corona-Hilfeinsatz befanden. Mittlerweile war bald jede(r) zweite Bundeswehrangehörige in irgendeiner Weise an diesem Einsatz beteiligt. Man kann also getrost vom größten Einsatz der Bundeswehr in ihrer 66-jährigen Geschichte sprechen!

Preis der Amtshilfe und Synergieeffekte

Nachdem zu Beginn der Pandemie die Rolle der Bundeswehr noch unklar war, steht mittlerweile fest: Die Bundeswehr hat sich als Institution bewährt, konnte schnell, flexibel und durchhaltefähig, entlastend, konstruktiv und beherzt in jedem Einsatzgebiet zur Entlastung beitragen und damit in der Fläche erfolgreich agieren. Sie hat den Unterschied gemacht und unserem Land in großer Not wirksam geholfen! Natürlich zählt der Betrieb eines Impfzentrums oder die Durchführung von Tests vor Altenheimen nicht zum originären soldatischen Handwerk. Was sich aber ausgezahlt hat, ist der Wille eines jeden Soldaten und einer jeden Soldatin, sich auf zuvor unbekannte Szenarien einzustellen und für die Gesellschaft zu wirken. Aus persönlichen Gesprächen weiß ich um den Wert jedes individuellen Beitrags in den über 10.000 erfolgreich durchgeführten Einsätzen im Rahmen des Einsatzhilfekontingents Corona. Der Einsatz in der grundgesetzlich garantierten Amtshilfe ist eine Erfolgsgeschichte.

Aus persönlichen Gesprächen weiß ich um den Wert jedes individuellen Beitrags in den über 10.000 erfolgreich durchgeführten Einsätzen im Rahmen des Einsatzhilfekontingents Corona. Der Einsatz in der grundgesetzlich garantierten Amtshilfe ist eine Erfolgsgeschichte.

Aber: Der fachfremde Einsatz der Bundeswehr in der Bewältigung der Pandemie hat auch seinen Preis. Das dürfen wir auch vor dem Hintergrund steigender Beliebtheitswerte für die Bundeswehr innerhalb der deutschen Bevölkerung nicht vergessen, zu dem jeder und jede Corona-Kontingent-Angehörige eindrucksvoll beigetragen hat. Denn wer als Soldat oder Soldatin in einer nicht-militärischen Umgebung Dienst leistet, steht – wenn auch zeitlich befristet – nicht für die originären Aufträge der Bundeswehr zur Verfügung, kann folglich nicht zu Auslandseinsätzen, einsatzgleichen Verpflichtungen oder zur dafür notwendigen vorbereitenden Ausbildung und erforderliche Übungen herangezogen werden.

Zudem ist auch die Bundeswehr wie jede Institution durch Covid-19 beeinträchtigt. Gleichmaßen müssen in den Streitkräften Abstands- und Hygieneregeln eingehalten und Arbeitsbedingungen dementsprechend angepasst werden. Das wirkt sich zwangsläufig darauf aus, wie und in welchem Umfang der Dienstbetrieb und die Ausbildung ausgestaltet werden können.

Unterstützt die Bundeswehr im Wege der grundgesetzlich garantierten Amtshilfe den zivilen Pfeiler, hat sie einerseits einen wesentlichen Anteil an der Bewältigung der Krise. Andererseits profitiert sie mittel- bis langfristig nicht nur von den Erfahrungen der Zusammenarbeit auf der zivil-militärischen Ebene, sondern auch von einem vor dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen hoffentlich künftig gestärkten zivilen Bereich auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene. Dies stärkt die Gesamtverteidigung, weil sich die Bundeswehr dann bei ihrem originären Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung besser auf die zivile Säule abstützen kann.

Der Nationaler Territorialer Befehlshaber und der anspruchsvollste Fall

Zweifelsohne bedeutet der Einsatz der Bundeswehr in Zeiten der Pandemie und auch im Rahmen der Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zugleich auch einen Beitrag zur Territorialen Verteidigung. Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass das Jahr 2021 in seiner Gesamtheit betrachtet ein Jahr gewesen ist, in dem die Bundeswehr im Zustand des Friedens agierte. Bislang eingegangene Einsatzverpflichtungen des internationalen Krisenmanagements, darunter auch der mittlerweile abgeschlossene Afghanistaneinsatz, spiegeln noch die vorherige Schwerpunktsetzung in der Ausrichtung der Streitkräfte wider. Die verstärkte Präsenz der Bundeswehr in Litauen ist bereits Ausdruck einer stärkeren Hinwendung zur Landes- und Bündnisverteidigung.

Dazu leistet der Nationale Territoriale Befehlshaber einen wesentlichen Beitrag, der sich unter anderem in der Sicherstellung des Betriebes der strategischen ‚Drehzscheibe‘ Deutschland zeigt. Diese Schlüsselfähigkeit muss die Bundesrepublik aufgrund ihrer geographischen Lage im Herzen Europas gewährleisten, um glaubwürdig zur Abschreckung des Bündnisses beitragen zu können. Gemeinsam mit den polizeilichen und zivilen Akteuren gilt es z.B., die Bedingungen für sichere Anlandung, den Aufmarsch und Transit alliierter Truppen zu gewährleisten. Der Nationale Territoriale Befehlshaber verantwortet den *Host Nation Support*. Darüber hinaus zeichnet er verantwortlich für den Schutz verteidigungswichtiger Infrastruktur, von Einrichtungen der Bundeswehr und von Hauptquartieren der NATO sowie des rückwärtigen Raumes in Deutschland. Die Herausforderung liegt dabei in der Gleichzeitigkeit der operationellen Anforderungen. Im Verteidigungs- oder Spannungsfall mündet der Heimatschutz in die Nationale Territoriale Verteidigung. In dieser Phase wird sich die Bundeswehr überwiegend auf sich selbst konzentrieren müssen, weswegen sie sich auf starke zivile Strukturen verlassen muss. Dies in allen Intensitätsspektren von Frieden bis Krieg



Zentrale Anlauf- und Sammelstelle auf dem Nürburgring im Rahmen der Bundeswehrunterstützung bei der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021

Erkenntnisse aus dem Jahr 2021 für Bundeswehr und Gesellschaft

Welche allgemeinen Lehren und Schlussfolgerungen lassen sich aus Sicht des Nationalen Territorialen Befehlshabers für die Einsätze der Bundeswehr in Deutschland ableiten? Wo gibt es in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt Handlungsbedarf in Bezug auf Katastrophenvorsorge und Krisenmanagement? Wie können wir als Bundeswehr gemeinsam mit anderen staatlichen Akteuren aus den gewonnenen Erfahrungen einen Modus Operandi entwickeln, der uns auf künftige Krisen besser vorbereitet?

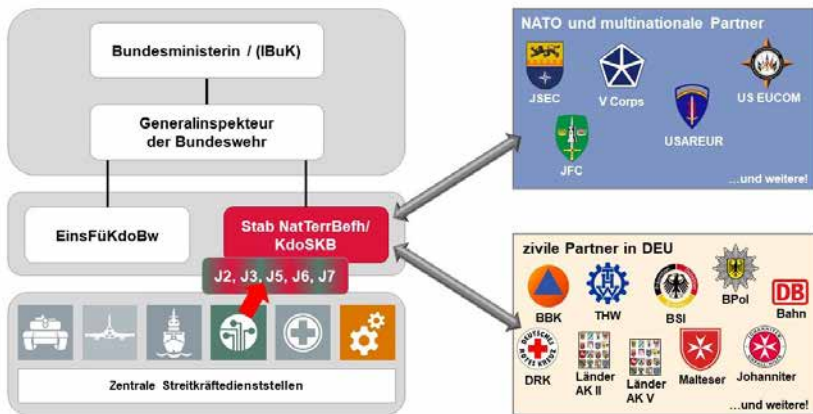
Blicken wir auf den Beginn der Pandemie, so erkennen wir, dass das Instrumentarium des Bevölkerungsschutzes für eine schnelle Reaktion zwar in Teilen vorhanden war, aber erst nach und nach und teilweise unkoordiniert zum Einsatz kam. Insbesondere bei persönlichen Schutzausstattungen zeigte sich rasch der Mangel an strategischen Reserven. Der fehlende Zugriff auf sichere

Lieferketten oder nationale Produktionskapazitäten, um die Defizite zu schließen, erwiesen sich zunächst als große Herausforderung. Auch für die Bundeswehr selbst galt es zu improvisieren, um ihre Einsatzfähigkeit aufrechtzuerhalten.

Angehörige der Streitkräfte trugen gesellschaftlich zu einem Reputationsgewinn der Bundeswehr insgesamt bei und entkrampften das Verhältnis zu militärkritischen Gesellschaftsschichten.

Trotz dieser Belastungen hat sich die Bundeswehr in ihrer zusätzlichen Rolle in der Amtshilfe zurechtgefunden, die Truppe sich als krisentauglich erwiesen. Sie überzeugte in Anpassung, Flexibilität und Lernfähigkeit. Sie organisierte sich selbst

in neuen Tätigkeitsfeldern und trug wiederum durch positives Auftreten und hohe Motivation in neu zusammengewürfelten zivil-militärischen Teams zu einer Verbesserung organisatorischer Abläufe bei. Als Individuen trugen Angehörige der Streitkräfte gesellschaftlich zu einem Reputationsgewinn der Bundeswehr insgesamt bei und entkrampften das Verhältnis zu militärkritischen Gesellschaftsschichten.



Vernetzung des Nationalen Territorialen Befehlshabers militärisch und zivil

Nachbesserungsbedarf gibt es jedoch in der territorialen Führungsstruktur. Die lange andauernde „Fremdbindung“ der Truppe führte zu Ausbildungs- und Übungsdefiziten, die letztlich zu Lasten der Einsatzfähigkeit im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung gehen. Vielerorts haben sich zivile Einrichtungen auch ein Stück weit an den Einsatz der Bundeswehr gewöhnt. Das ist zwar schätzenswert, dennoch sollte es bei der Amtshilfe ausschließlich dar-

um gehen, in Zeiten stark belasteter ziviler Kapazitäten Kräfte und Mittel der Bundeswehr ergänzend zur Verfügung zu stellen. Dies mit dem Ziel, dass Gesundheitsämter, Krankenhäuser oder andere Einrichtungen schnellstmöglich wieder aus eigenen Kapazitäten heraus unabhängig agieren können.

Aus gesamtstaatlicher Sicht wurde das eklatante Fehlen an eingespielten Führungs- und Stabsstrukturen deutlich. Selbige müssen dem Informationsaustausch mit dem Ziel eines gemeinsamen Lagebildes dienen und Prozesse der Planung, Steuerung und Kontrolle erleichtern oder sie gar erst ermöglichen. Diese identifizierten Schwachstellen sind gemeinsam bzw. abgestimmt zu beheben. Kritisches Material sollte vorgehalten und in Krisensituation koordiniert und zielgerichtet bereitgestellt werden können.

Ein positives Signal sind die Bestrebungen, das in Bonn ansässige Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe weiterzuentwickeln. Dazu zählt auch ein im Aufwuchs befindliches ‚Gemeinsames Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz‘. Das dort gelebte 3-K-Prinzip „In der Krise Köpfe kennen“ folgt dem Netzwerkgedanken und bietet auch der Bundeswehr als Schlüssellakteur die Möglichkeit, sich einzubringen. Neben der zivil-militärischen Zusammenarbeit auf allen Ebenen unseres föderalen Staates sollte auch die internationale Zusammenarbeit in solchen Lagen intensiviert werden. Auch auf zwischenstaatlicher Ebene bieten sich wertvolle Potentiale zum wechselseitigen Verständnis, Erfahrungsgewinn und zur Kooperation, die bislang leider nicht in Gänze ausgeschöpft worden sind.

Inbesondere die Entwicklungen an der NATO-Ostflanke zwingen uns zu einer Priorisierung und Verfestigung der Landes- und Bündnisverteidigung.

Auch wenn subsidiäre Hilfe keine Strukturen begründet, gilt es dennoch, von den gemachten Erfahrungen zu profitieren, Heimatschutz personell zu hinterlegen, die aktive Truppe mit Hilfe von Reservisten zu entlasten und die Territoriale Führungsfähigkeit auf allen Ebenen zu verbessern.

Perspektiven für die Zukunft

Die Erwartungen an die Bundeswehr und ihren Beitrag zum Heimatschutz und zur Nationalen Territorialen Verteidigung werden nicht nur angesichts pandemischer Lagen und Naturkatastrophen wachsen. Insbesondere die Entwicklungen an der NATO-Ostflanke zwingen uns zu einer Priorisierung und

Verfestigung der Landes- und Bündnisverteidigung. Die Funktionsfähigkeit der „Drehscheibe Deutschland“ als unser militärischer und auch ziviler Beitrag für das Bündnis ist dafür ebenso unerlässlich wie die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr insgesamt. Deutschland stellt zudem von 2022 bis 2024 die Nato

Ein positives Signal ist hierbei der im letzten Jahr etablierte Freiwilligendienst Heimatschutz, dessen Angehörige sich dem Schutz ihrer Heimat verschreiben.

Response Force. Die aktive Truppe muss sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können, und es bedarf gut ausgebildeter Kräfte in der Fläche, die sich vorrangig um den Heimatschutz kümmern. Ein positives Signal ist hierbei der im letzten Jahr etablierte Freiwilligendienst Heimatschutz,

dessen Angehörige sich dem Schutz ihrer Heimat verschreiben. Mit der Aufstellung von zunächst zwei Heimatschutzregimentern in Bayern und Nordrhein-Westfalen schaffen wir einen Oberbau für die Heimatschutzkompanien, die im gesamten Bundesgebiet weiter aufwachsen. Neben den strukturellen Fragen, die es weiterhin zu beantworten gilt, sollte uns zuversichtlich stimmen, dass diese Mentalität, sich auch in Uniform für die Werte des Grundgesetzes und die Menschen in Deutschland einzusetzen, weiterhin Konjunktur hat.

Zum Autor: Generalleutnant Martin Schelleis, Bundeswehr, ist Inspekteur der Streitkräftebasis / Nationaler Territorialer Befehlshaber

Kapitel III

Beiträge der Sektion Schweiz

Clausewitz: Philosophische Prägung und Denkmethodik

Mauro Mantovani

Die Forschungsdebatte über Carl von Clausewitz' hinterlassenes Werk dreht sich seit über einem Jahrhundert um die Fragen, wie weit seine Kriegstheorie von philosophischen Konzepten seiner Zeit beeinflusst gewesen sei und welche

Wir besitzen keine vollständige Kenntnis über Clausewitz' Lektüre philosophischer Texte, geschweige denn über die sozialen Kontakte, die sein Werk inspirierten. Gut belegt ist jedoch, dass Clausewitz erstmals mit Philosophie in Berührung kam, als er von 1801 bis 1804 die Preußische Kriegsakademie in Berlin besuchte. Dort unterrichtete Johann Gottfried Carl Christian Kiesewetter, selbst ein Anhänger der Lehren Immanuel Kants, die Kadetten in Philosophie.

Bedeutung insbesondere den Denkmethoden der Dialektik und der Zweck-Ziel-Mittel-Relation zukomme. Dieser Beitrag versucht, die diesbezüglichen Originalpassagen und die Bewertungen der Fachwelt zusammenzufassen.

Die Tatsache, dass Clausewitz in seinem Opus magnum *Vom Kriege* keinen einzigen Philosophen namentlich nennt, mag die Neugier auf „verborgene Quellen“ angetrieben haben. Clausewitz betrachtete sich selbst kaum als Philosophen, auch wenn gewisse Formulierungen (z.B. *vom Kriege*

VI, 6; VI, 30) als Ausdruck entsprechender Ambitionen interpretiert wurden.¹ Allerdings benutzte der preußische Kriegstheoretiker die Begriffe Philosophie/philosophisch – durchaus dem Sprachgebrauch seiner Zeit entsprechend – synonym mit Theorie/theoretisch, Wissenschaft/wissenschaftlich oder Logik/logisch.² Und Clausewitz äußerte sich an vielen Stellen seines Werkes explizit skeptisch gegenüber dem Nutzen „philosophischer“ Reflexionen (vgl. unten).



Carl von Clausewitz

Wir besitzen keine vollständige Kenntnis über Clausewitz' Lektüre philosophischer Texte, geschweige denn über die sozialen Kontakte, die sein Werk inspirierten. Gut belegt ist jedoch, dass Clausewitz erstmals mit Philosophie in Berührung kam, als er von 1801 bis 1804 die Preußische Kriegsakademie

demie in Berlin besuchte. Dort unterrichtete Johann Gottfried Carl Christian Kiesewetter, selbst ein Anhänger der Lehren Immanuel Kants, die Kadetten in Philosophie. Clausewitz dürfte somit über die Abhandlungen Kiesewetters indirekte Kenntnis von Kants Unterscheidung von reinem und empirischem Begriff, aber von der allgemeinen Logik und von der dialektischen Betrachtung von Satz und Gegen-Satz erhalten haben.³ Zwar teilte Clausewitz Kants Auffassung vom Krieg als einem zu überwindenden Phänomen nicht, aber er stimmte mit dem von der Aufklärung allgemein vertretenen und in Kants Logik zentralen Grundsatz der rationalen Analyse vollkommen überein.⁴ Namentlich strebte Clausewitz danach, sein Denken von „Logik“ und „Vernunft“ leiten zu lassen, wie Dutzende Bemerkungen in seinem Werk belegen. Inwieweit es Clausewitz tatsächlich gelang, logisches Denken im Stil Kants auf sein Werk anzuwenden, bleibt eine strittige Frage, auch weil *Vom Kriege* bekanntlich unvollendet und mit Ungereimtheiten behaftet geblieben ist. Vermutet wurde, dass Clausewitz bestimmte Begriffe wie „Wechselwirkung“ von Kant entlehnt oder dass er mit seinem berühmten Modell der Dreifaltigkeit des Krieges auf Kants „Kategorientafel“ angespielt habe.⁵ Der Befund zum Einfluss Kants auf Clausewitz bleibt somit etwas ambivalent.



Immanuel Kant

Daneben steht die Behauptung, Clausewitz habe Georg Wilhelm Friedrich Hegels dialektische Methode angewandt.⁶ Dass Clausewitz Originaltexte von Hegel gelesen hätte, ist aber ebenso wenig anzunehmen wie im Falle Kants. Allerdings findet sich in seinem Werk tatsächlich eine große Anzahl gegensätzlicher Begriffe, die als Belege herangezogen wurden, dass Clausewitz versucht habe, dialektisch zu argumentieren: Krieg vs. Politik, absoluter vs. „wirklicher“ Krieg, eskalierende vs. deeskalierende Faktoren („Wechselwirkungen“ bzw. „Modifikationen“), Angriff vs. Verteidigung, Kunst vs. Wissenschaft, Dogmatismus vs. Pädagogik, Theorie vs. Realität, Absicht vs. Ausführung, materielle vs. moralische Faktoren oder das Allgemeine vs. das Besondere.⁷ Clausewitz bediente sich also zweifellos einer Form des dialektischen Denkens, welches mit Gegensatzpaaren operierte und versuchte,

Clausewitz bediente sich also zweifellos einer Form des dialektischen Denkens, welches mit Gegensatzpaaren operierte und versuchte, deren Natur und dynamische Interaktion zu bestimmen. Er war offensichtlich von der dialektischen Methode beeinflusst, die allerdings unter deutschen Aufklärern – zu denen auch etwa Friedrich Schleiermacher gehörte, den Clausewitz persönlich kannte – weit verbreitet war.

deren Natur und dynamische Interaktion zu bestimmen.⁸ Er war offensichtlich von der dialektischen Methode beeinflusst, die allerdings unter deutschen Aufklärern – zu denen auch etwa Friedrich Schleiermacher gehörte, den Clausewitz persönlich kannte⁹ – weit verbreitet war. Aber Clausewitz wandte die Methode nicht mit derselben Konsequenz wie Hegel an.¹⁰ Eine einzige Stelle lässt den hegelschen Dreischritt von der These über die Antithese zur Synthese erkennen:

„Nachdem wir uns bis jetzt bei dem Zwiespalt, in dem die Natur des Krieges mit anderen Interessen des einzelnen Menschen und des gesellschaftlichen Verbandes steht, bald nach der einen, bald nach der anderen Seite haben umsehen müssen, um keines dieser entgegengesetzten Elemente zu vernachlässigen, ein Zwiespalt, der in dem Menschen selbst gegründet ist, und den der philosophische Verstand also nicht lösen kann, wollen wir nun diejenige Einheit suchen, zu welcher sich im praktischen Leben diese widersprechenden Elemente verbinden, indem sie sich teilweise gegenseitig neutralisieren. Wir würden diese Einheit gleich von vornherein aufgestellt haben, wenn es nicht notwendig gewesen wäre, eben jene Widersprüche recht deutlich hervorzubeben und die verschiedenen Elemente auch getrennt zu betrachten. Diese Einheit nun ist der Begriff, dass der Krieg nur ein Teil des politischen Verkehrs sei, also durchaus nichts Selbständiges.“
(vom Kriege VIII, 8, 6B)

Die Frage nach dem Einfluss großer Philosophen oder Staatstheoretiker auf den preussischen Kriegstheoretiker kann natürlich fast beliebig fortgeführt werden: So wurde etwa die Ähnlichkeit der Gedanken Clausewitz' und Platons in Bezug auf die kriegerischen Tugenden festgestellt oder eine „interessante Gemeinsamkeit“ zwischen Thomas Hobbes und Clausewitz darin gesehen, dass beide den Krieg als Mittel der Politik und nicht als politisches Wesen selbst betrachteten.

Aber auch aus dieser Passage wird man nicht mehr als eine „Konvergenz“ des methodischen Denkens zwischen den beiden „fathers of the ‚dialectic war theory‘“ ableiten können.¹¹

Es wurden weitere philosophische Einflüsse auf Clausewitz vermutet, darunter etwa seitens des Idealisten Johann Gottlieb Fichte. Ausgangspunkt ist ein Verweis in Clausewitz' Briefen von 1808, der zeigt,

dass dieser Fichtes Ansichten über das menschliche Schicksal und über die Religion teilte.¹² Auch den Staatsphilosophen Montesquieu erwähnt Clausewitz, was die These unterstützte, dessen Werke hätten diesem als ein allgemeines Vorbild gedient und er habe die Gemeinschaft der europäischen Staaten ähnlich gesehen wie Montesquieu – oder auch etwa Voltaire.¹³

Die Frage nach dem Einfluss großer Philosophen oder Staatstheoretiker auf den preußischen Kriegstheoretiker kann natürlich fast beliebig fortgeführt werden: So wurde etwa die Ähnlichkeit der Gedanken Clausewitz' und Platons in Bezug auf die kriegerischen Tugenden festgestellt oder eine „interessante Gemeinsamkeit“ zwischen Thomas Hobbes und Clausewitz darin gesehen, dass beide den Krieg als Mittel der Politik und nicht als politisches Wesen selbst betrachteten.¹⁴ Und so gibt es reichlich Raum auch für zukünftige Forschung, um argumentative Parallelen zwischen Clausewitz und anderen Denkern auszumachen.

Insgesamt sind bei Clausewitz also nur Anleihen bei Methoden zeitgenössischer Philosophie fassbar, die dem Zweck „geistiger Disziplinierung“¹⁵ dienen. Wie gezeigt, entlehnte Clausewitz aus der Philosophie im Wesentlichen eine modifizierte Form der dialektischen Methode der Aufklärer und machte einige Anspielungen auf Kant'sche Begriffe, die jedoch alle dem Unterricht Kiesewetters entnommen sein dürften. Sie belegen letztlich einfach Clausewitz' breites Interesse am geistigen Leben seiner Zeit. Im Grunde aber war Clausewitz überzeugt, dass der Heerführer – der zentrale Adressat seines Werkes – sich von der Philosophie fernhalten und stattdessen auf die historischen Erkenntnisse verlassen sollte:



Gerhard von Scharnhorst

„Mit psychologischen und philosophischen Klügeleien soll keine Theorie sich befassen und kein Feldherr sich versuchen.“ Und: „Historische Beispiele machen alles klar und haben nebenher in Erfahrungswissenschaften die beste Beweiskraft. Mehr als irgendwo ist dies in der Kriegskunst der Fall.“ (vom Kriege II, 2, 6)

Dabei ließ sich Clausewitz vornehmlich von historischen Generälen sowie Feldzügen und Militärpublizisten seiner Zeit inspirieren, allen voran von Napoleon und seiner neuartigen Kriegführung und von Scharnhorst, seinem hochgeschätzten Lehrer und Rektor an der Kriegsakademie.¹⁶

In seinen politischen Überzeugungen stand Clausewitz, der schon in jungen Jahren die Schriften des Staatsphilosophen Niccolò Machiavelli gelesen hatte, der Tradition des europäischen realpolitischen Denkens nahe. Bei seinem tiefgründigen Bemühen, das Wesen und die Wandelbarkeit des Phänomens Krieg zu erfassen, bediente er sich aber eben auch philosophischer Methoden. Ver-

steht man Philosophie als die Suche nach Antworten auf grundlegende (Sinn-) Fragen über die Welt, den Menschen und sein Handeln, so wird man somit die – seit Ende des 19. Jahrhunderts verbreitete – Bezeichnung von Clausewitz als dem „Philosophen des Krieges“ oder „Philosophen im Waffenrock“ für durchaus angemessen halten, auch wenn er sich nicht für die völkerrechtliche Einhegung von Kriegen oder die Frage nach deren Sinn aus einer geschichtsphilosophischen Perspektive interessierte.¹⁷

Eine zweite zentrale Denkmethode in Clausewitz' Werken ist bekanntlich die Zweck-Ziel-Mittel-Relation. Diese ist nicht nur origineller als seine dialektische Argumentationsweise, sondern auch von größerer Wirkungsmacht. Die Verbindung von Zwecken, Zielen und Mitteln ist schon in seiner „Strategie

Eine zweite zentrale Denkmethode in Clausewitz' Werken ist bekanntlich die Zweck-Ziel-Mittel-Relation. Diese ist nicht nur origineller als seine dialektische Argumentationsweise, sondern auch von größerer Wirkungsmacht.

von 1804“ fassbar und wird ganz am Anfang des Werkes *Vom Kriege* entwickelt, wo Clausewitz über das Wesen des Krieges reflektiert, den er mit einem erweiterten Zweikampf vergleicht:

„Jeder [Ringende] sucht den anderen durch physische Gewalt zur Erfüllung seines Willens zu zwingen; sein nächster Zweck ist, den Gegner niederzuwerfen und dadurch zu jedem ferneren Widerstand unfähig zu machen. Der Krieg ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.“

Dieser Gedanke wird fortgesponnen:

„Gewalt, d.b. die physische Gewalt [...], ist also das Mittel, dem Feinde unseren Willen aufzudringen, der Zweck. Um diesen Zweck sicher zu erreichen, müssen wir den Feind wehrlos machen, und dies ist dem Begriff nach das eigentliche Ziel der kriegerischen Handlung. Es vertritt den Zweck und verdrängt ihn gewissermaßen als etwas nicht zum Kriege selbst Gehöriges.“ (vom Kriege I, 1, 2)

Anders formuliert: Mit dem „Mittel“ der Gewaltanwendung bzw. der kriegerischen Handlung soll der Feind wehrlos gemacht werden („Ziel“) und damit der ultimative, außerhalb des Krieges bzw. der Kriegskunst liegende politische „Zweck“ verfolgt werden, nämlich: jenem Feind den eigenen Willen aufzuzwingen bzw. ihn unfähig zu machen, sich diesem Willen weiterhin zu widersetzen. Der Zustand der Ohnmacht beim Gegner ist also gewissermaßen die verallgemeinerte Vorbedingung, um den Zweck eines Krieges zu erreichen.

Dieser Zweck ist mit einem Friedensschluss zu besiegeln, über dessen konkrete Gestalt sich Clausewitz jedoch nicht festlegen mag:

„Dieser Zweck des Krieges ist natürlich oft ein sehr entfernter und in den seltensten Fällen ein ganz nabeliegender. Eine Reihe von anderen Zwecken ordnen sich ihm als Mittel unter. Diese Zwecke, die zugleich Mittel für höhere Zwecke sind, können in der Anwendung mancherlei sein, selbst der letzte Zweck, das Ziel des ganzen Krieges, ist fast in jedem Kriege ein anderes.“ (vom Kriege III, 3, 8)

Diese Sätze zeugen übrigens auch von einem sprachlichen Problem, das gerade Übersetzern wie etwa Howard und Paret Kopfzerbrechen bereiten sollte: Clausewitz verwendet die beiden Begriffe Ziel und Zweck über weite Strecken seines Schaffens im Wesentlichen synonym. In der frühen Fassung seines Werkes *Vom Kriege* hatte Clausewitz noch zwischen dem „Zweck des Krieges“ und dem „Zweck im Kriege“ unterschieden. Erst bei der Überarbeitung des Werkes begann er, den Begriff „Zweck im Kriege“ durch den Begriff „Ziel“ zu ersetzen, ohne dieses Vorhaben konsequent zu Ende zu führen.¹⁸

Konkretere Aussagen macht Clausewitz über die Mittel (bzw. Wege oder auch Ziele im Krieg). Hierfür komme eine breite Palette von Dingen und Handlungen in Frage:

„Wir sehen also, dass es im Kriege der Wege zum Ziele viele gibt, dass nicht jeder Fall an die Niederwerfung des Gegners gebunden ist, dass Vernichtung der feindlichen Streitkraft, Eroberung feindlicher Provinzen, bloße Besetzung derselben, bloße Invasion derselben, Unternehmungen, die unmittelbar auf politische Beziehungen gerichtet sind, endlich ein passives Abwarten der feindlichen Stöße — alles Mittel sind, die, jedes für sich, zur Überwindung des feindlichen Willens gebraucht werden können ...“;

um diesen Gedanken dann mit den Worten abzuschließen:

„... die Zahl der möglichen Wege zum Ziel [wächst] bis ins Unendliche.“ (vom Kriege I, 2)

Die Vielfalt der angebotenen Mittel wird an anderen Stellen in *Vom Kriege* noch mehr erweitert und reicht von physischen Entitäten wie den eigenen Streitkräften (II, 2; IV, 4) und deren „Schaffung und Ausbildung“ (I, 2) oder Überlegenheit (VII, 7), kognitiven Zuständen wie Intelligenz (I, 1) und Hand-

lungen wie physische Gewalt (s.o.) bis hin zu operativen Verhaltensweisen wie (Kriegs-)Führung (I, 1; III, 7), (Haupt-)Kampf (I, 2; IV, 11; VI, 26), Gefecht (I, 2; II, 2; VII, 6; VIII, 1), Ausschalten/Zerstören des Gegners und von dessen bewaffneten/kämpfenden Kräften (I, 2; IV, 3 und 4; IV, 12; VII, 3A; VII, 6, 6), von Volkskrieg (VI, 8), konzentrischem oder seitlichem Angriff (VI, 28; VIII, 11), Verteidigung (im Gebirge) (VI, 15), Rückzug (VIII, 9) bis hin zu Geld (VIII, 8), bloßer Drohung (VIII, 6A) oder bloßer bewaffneter Beobachtung (I, 1, 11)!

Zentral für unser Verständnis ist nun, dass sich im Clausewitz'schen Denken ein Mittel (Weg oder Ziel im Krieg) in ein Mittel für ein ferneres Ziel, ja sogar für einen (politischen) Zweck transformieren kann:

„Man kann also die Wirkungen einer Ursache so lange verfolgen, als Erscheinungen noch des Beobachtens wert sind, und ebenso kann man ein Mittel nicht bloß für den nächsten Zweck prüfen, sondern auch diesen Zweck selbst als Mittel für den höheren, und so an der Kette der einander untergeordneten Zwecke hinaufsteigen, bis man auf einen trifft, der keiner Prüfung bedarf, weil seine Notwendigkeit nicht zweifelhaft ist. In vielen Fällen, besonders, wenn von großen entscheidenden Maßregeln die Rede ist, wird die Betrachtung bis zu dem letzten Zweck, bis zu dem, welcher unmittelbar den Frieden bereiten soll, hinaufreichen müssen.“ (vom Kriege II, 2, 5)

Insgesamt besteht trotz aller sprachlichen Schwierigkeiten in der Clausewitz-Forschung ein breiter Konsens darin, dass die Zweck-Ziel-Mittel-Relation durch eine Reihe von Merkmalen gekennzeichnet ist: Erstens ist das Konzept instrumentell zu begreifen: Die Mittel sollen den militärischen Zielen dienen, und diese wiederum den politischen Zwecken. Zweitens ist das Konzept als *hierarchisch* zu verstehen: Politische Zwecke haben Vorrang vor militärischen Zielen. Eine politische Gemeinschaft (sei es ein Staat oder ein nichtstaatlicher Akteur) bestimmt den (End-)Zweck des Krieges sowie die zur Erreichung erforderlichen Mittel und übt auf die (Zwischen-)Ziele der militärischen Führung, die den Krieg führt, in verschiedener Weise Einfluss aus. Drittens spiegelt das Konzept *sequentielles Denken* wider: Die politische Führung legt den (End-)Zweck des Krieges fest, bedient sich dabei des militärischen Instruments und erlaubt dessen Führung, auf ihrer Stufe (Zwischen-)Ziele zur Unterstützung des (End-)Zwecks zu definieren. Viertens ist das Konzept *dynamischer Natur* und dies in einem doppelten Sinne: Einerseits wird das, was im Rahmen des Krieges das Ziel ist, im Rahmen der Politik zum Mittel. Andererseits bestimmt

das politische Ziel nicht nur die militärischen Ziele, sondern hat sich auch nach diesen und nach den verfügbaren und eingesetzten Mittel zu bemessen:

*„[D]er politische Zweck ist [...] kein despotischer Gesetzgeber, er muss sich der Natur des Mittels fügen und wird dadurch oft ganz verändert, aber immer ist er das, was zuerst in Erwägung gezogen werden muss. Die Politik also wird den ganzen kriegerischen Akt durchziehen und einen fortwährenden Einfluss auf ihn ausüben, soweit es die Natur der in ihm explodierenden Kräfte zulässt.“
(vom Kriege I, 1, 23)*

Fünftens ist das Konzept inhärent pragmatisch und zwar insofern, als seine Komponenten als rational zu verstehen sind: Die politischen Zwecke sind „wertrational“ (im Sinne von Max Weber), d.h. es soll die jeweils beste Option gewählt werden; die militärischen Ziele wiederum sind „verfahrensrational“, d.h. die gegebenen Mittel sollen optimal eingesetzt werden; und die Mittel schließlich sind „zweckrational“, d.h. sie sind geeignet und ausreichend, um die angestrebten Ziele zu erreichen.¹⁹

Kurzum, Clausewitz entwickelte eine „Vorstellung vom Kriege als eines durch die Hierarchie von Mitteln und Zwecken strukturierten Ganzen“, wobei ein und dasselbe Phänomen je nach Handlungsebene – Politik, Krieg, Strategie und Taktik – entweder Zweck bzw. Ziel oder Mittel sein kann.²⁰ Die Zweck-Ziel-Mittel-Relation ist somit einerseits das zweite Merkmal des Clausewitz'schen Denkens, mithin seiner Leserführung²¹; zum anderen ist Clausewitz damit wahrhaft schöpferisch, indem er diese Relation in das militärische Denken einführt. Und die Kreation dieser geistigen Triade ist wegweisend, indem sie zur Grundlage des modernen Verständnisses von Strategie als der Verknüpfung von Zielen (ends), Wegen (ways) und Mitteln (means) geworden ist.

Kurzum, Clausewitz entwickelte eine „Vorstellung vom Kriege als eines durch die Hierarchie von Mitteln und Zwecken strukturierten Ganzen“, wobei ein und dasselbe Phänomen je nach Handlungsebene – Politik, Krieg, Strategie und Taktik – entweder Zweck bzw. Ziel oder Mittel sein kann.

Zum Autor: Dr. Mauro Mantovani ist seit 2009 Dozent Strategische Studien an der Militärakademie der ETH Zürich und Mitglied der Clausewitz-Sektion Schweiz. Ein Hauptthema seiner Forschung und Lehre liegt in der Geschichte strategischer Theorie.

Anmerkungen

- 1 Vgl. z.B. Stumpf, Reinhard (Hg.), *Kriegstheorie und Kriegsgeschichte*. Carl von Clausewitz, Helmuth von Moltke, Frankfurt am Main (Deutscher Klassiker Verlag) 1993, S. 707, 845f.
- 2 Aron, Raymond, *Clausewitz*. Den Krieg denken, Frankfurt a. M. (Propyläen), 1980, S. 155, 330; Kondylis, Panajotis, *Theorie des Krieges*. Clausewitz – Marx – Engels – Lenin, Stuttgart (Klett-Cotta) 1988, S. 100; Müller, Christian Th., *Clausewitz verstehen*. Wirken, Werk und Wirkung, Leiden (Brill, Ferdinand Schöningh), 2021, S. 43; Stumpf, S. 743, 857.
- 3 Müller, S. 43.
- 4 Aron, Clausewitz. Den Krieg denken, S. 658ff., Aron, Raymond, „Clausewitz – Strategie und Patriot“, in: *Historische Zeitschrift*, Band 234 (1982), S. 295-316; Gat, Azar, *A History of Military Thought: From the Enlightenment to the Cold War*, Oxford (OUP), 2001, S. 177f.; Paret, Peter, *Carl von Clausewitz and the State: The Man, His Theories, and His Times*, New Jersey (Princeton UP) 1985, S. 200ff.; Stumpf, S. 702ff.
- 5 Aron, Clausewitz. Den Krieg denken, S. 327ff.
- 6 Vgl. Gat, S. 233; Cormier, Youri, „Hegel and Clausewitz: Convergence on Method, Divergence on Ethics“, *The International History Review*, 2014, Vol. 36, No. 3, S. 419-442; Müller, S. 43ff.
- 7 Vgl. Aron, Clausewitz. Den Krieg denken, S. 321f.; Gat, S. 234-238; Hartmann, Uwe, *Carl von Clausewitz and the Making of Modern Strategy*, Potsdam (Miles) 2002, S. 11; Waldman, Thomas, „Clausewitz and the Study of War“, *Defence Studies*, Vol. 12, No. 3 (2012), S. 345-374, besonders S. 355-368.
- 8 Howard, Michael and Peter Paret (ed. and transl.), *Carl von Clausewitz, On War*, Princeton (UP), 1976, S. 15f.; Strachan, Hew, *Clausewitz's On War: A Biography*, New York (Atlantic Monthly Press), 2007, S. 19; Waldman, S. 355.
- 9 Gat, S. 193f.; Stumpf, S. 705.
- 10 Howard/Paret, S. 15f.; Strachan, S. 69; Waldman, S. 355.
- 11 Cormier, S. 423.
- 12 Stumpf, S. 683; Strachan, S. 70f.
- 13 Aron, Clausewitz. Den Krieg denken, S. 157f., 323; Gat, S. 196, Howard/Paret, S. 15-19; Stumpf, S. 707.
- 14 Kleemeier, Ulrike, *Grundfragen einer philosophischen Theorie des Krieges*. Platon – Hobbes – Clausewitz, in: *Politische Ideen* 16, Berlin (de Gruyter) 2002, S. 312-316.
- 15 Kondylis, S. 100.
- 16 Gat, S. 168f.; Stumpf, S. 700f.; Waldman, S. 352.
- 17 Müller, S. 43-45. Zu den „Schwächen von Clausewitz' Konzepten“ vgl. auch

Heuser, Beatrice, Clausewitz lesen! – eine Einführung, München (Oldenbourg) 2005, S. 232-239.

- 18 Herberg-Rothe, Andreas, „Clausewitz’s Concept of Strategy – Balancing Purpose, Aims and Means“, *Journal of Strategic Studies* 2014, Vol. 37, Issue 6-7, S. 905f.; Strachan, S. 77.
- 19 Herberg-Rothe, Andreas, *Clausewitz’s Puzzle: The Political Theory of War*, Oxford (OUP), 2007, S. 129ff.; ders., „Clausewitz’s Concept of Strategy“, S. 913-915.
- 20 Aron, Clausewitz. *Den Krieg denken*, S. 150, bzw. Müller, S. 109ff.
- 21 Müller, S. 108ff.

Carl von Clausewitz, Harry G. Summers und das amerikanische Scheitern in Vietnam

Marcel Berni

Zehn Jahre nachdem die nordvietnamesischen Truppen der Nationalen Volksarmee und des Vietcong Saigon (zurück)erobert hatten, setzte der damalige Oberst Colin Powell seine akademische Kaderlaufbahn im Rahmen des US War College in Carlisle, Pennsylvania, fort. Ein Jahr später brachten die beiden renommierten Militärhistoriker Michael Howard und Peter Paret eine kommentierte englische Übersetzung des Buches *Vom Kriege* heraus.¹ Der britische Strategieexperte Hew Strachan hat seither überzeugend dargelegt, dass die von Howard und Paret herausgegebene Fassung Clausewitz in der angloamerikanischen Welt popularisiert hat.² Für viele

Der britische Strategieexperte Hew Strachan hat seither überzeugend dargelegt, dass die von Howard und Paret herausgegebene Fassung Clausewitz in der angloamerikanischen Welt popularisiert hat. Für viele deutsche Muttersprachler war die englische Übersetzung sogar einfacher zu lesen als das deutsche Originalwerk.

deutsche Muttersprachler war die englische Übersetzung sogar einfacher zu lesen als das deutsche Originalwerk.

So fand das Clausewitz'sche Opus Magnum seinen Weg nach Carlisle und zum Vietnamveteranen Powell. Dieser war von den 144 Jahre alten Gedanken derart begeistert, dass er *On War* mit einem «Lichtstrahl aus der Vergangenheit» ver-

glich, «der auch militärische Probleme der Gegenwart erhellte»³ Noch immer traumatisiert von der amerikanischen Niederlage im Dschungel Südostasiens, fand Powell bei Clausewitz Sinndeutungen und Erklärungen. Die Streitkräfte sind, erstens, nur ein Teil einer wunderlichen Dreifaltigkeit, bestehend aus Volk, Regierung und Generalität/Armeeführung. Zweitens unterscheidet sich der Krieg auf dem Papier nach Clausewitz aufgrund von Friktionen und ermäßigenden Prinzipien erheblich vom wirklichen, tatsächlich ausgefochtenen Krieg. Drittens gilt es für Clausewitz nicht nur den sogenannten Kulminationspunkt des Angriffes im Auge zu behalten, sondern auch den gegnerischen «Schwerpunkt» zu bestimmen, auf den die konzentrierte Gewaltanwendung wirken solle. Diese militärstrategischen Grundsätze seien von den Vereinigten Staaten und ihren Alliierten in Vietnam entweder zu wenig oder gar nicht befolgt worden. In den Worten Powells, ab 1983 militärischer Assistent des Verteidigungsministers Caspar Weinberger: «Wie Clausewitz schrieb, «Niemand beginnt einen Krieg – oder viel mehr niemand sollte vernünftigerweise einen

Krieg beginnen –, ohne sich zunächst darüber klar zu werden, was wer mit diesem Krieg erreichen will und wie er ihn führen will»⁴ Diese schwerwiegende Unterlassung war in der Optik von Powell „Fehler Nummer eins in Vietnam. Was zu Clausewitz‘ Regel Nummer zwei führt: Die politische Führung muss ein Kriegsziel vorgeben, während die Armee es zu erreichen versucht.»⁵

Clausewitz als Erklärung für den verlorenen Krieg in Vietnam

Powell fand später in seinen Einschätzungen Gesellschaft bei zwei weiteren hochkarätigen Vietnamveteranen: General Bruce Palmer, Jr. und Colonel Harry G. Summers.⁶ Die Kritik an der amerikanischen Strategie steht im Mittelpunkt der ausführlichen Werke beider. Ebenso wie viele andere Kommentatoren des langen Krieges um Vietnams Zukunft fragen auch Summers und Palmer, was in Vietnam aus amerikanischer Perspektive eigentlich falsch gelaufen sei. Im Unterschied zum Gros der damaligen Militärpublizisten schieben Palmer und Summers die Schuld nicht einfach auf den Kongress, die amerikanische Bevölkerung, die Medien oder die Linke. Auch weisen sie einen «Dolchstoß» der Politik in den Rücken der kämpfenden Truppen anlässlich der Pariser Friedensverhandlungen zurück. Vielmehr sehen Summers und Palmer die Verantwortung für das amerikanische Scheitern zu gleichen Teilen bei der zivilen und der militärischen Führung.

Summers' Auffassungen, erstmals 1984 unter dem bezeichnenden Titel *On Strategy* publiziert, haben seither viel Aufmerksamkeit erhalten. Seine Erfahrungen im Feld verliehen seinen Argumenten Autorität. Als Infanterist im Koreakrieg und Bataillons- und Kompanieoffizier in Vietnam,

glaubte Summers zu wissen, wovon er sprach. Einen zusätzlichen Hauch an Ansehen erhoffte er sich durch die Anwendung der Prinzipien der Kriegsführung von Carl von Clausewitz auf die militärische und zivile Strategie der Vereinigten Staaten in Vietnam. Mal für Mal zeigt Summers, dass die Amerikaner vor allem die von ihm idealisierten Prinzipien der klaren Zielformulierung, der konzentrierten Offensive, der überwältigenden Masse, der Ökonomie der Kräfte, des geeinten Kommandos sowie der entscheidenden Überraschung

Im Unterschied zum Gros der damaligen Militärpublizisten schieben Palmer und Summers die Schuld nicht einfach auf den Kongress, die amerikanische Bevölkerung, die Medien oder die Linke. Auch weisen sie einen «Dolchstoß» der Politik in den Rücken der kämpfenden Truppen anlässlich der Pariser Friedensverhandlungen zurück. Vielmehr sehen Summers und Palmer die Verantwortung für das amerikanische Scheitern zu gleichen Teilen bei der zivilen und der militärischen Führung.

nicht berücksichtigten. Zeitgleich habe der Feind fast durchgehend an diesen Grundsätzen festgehalten⁷.

Summers argumentiert, die amerikanische Militärstrategie habe in Vietnam Schiffbruch erlitten, weil die Militärs wie auch die Zivilisten das Wesen des Krieges nicht verstanden, die innenpolitische Unterstützung der Amerikaner nicht berücksichtigten und die Notwendigkeit einer Legitimierung des Krieges durch den Kongress nicht erkannt hätten. Obwohl die amerikanischen Bodenstreitkräfte von einem taktischen Erfolg zum nächsten eilten, erteilte sie eine strategische Niederlage. Daraus fordert Summers, dass die Strategie für

Als die Vereinigten Staaten 1965 die Entscheidung trafen, den lodernenden Bürgerkrieg in Südostasien zu amerikanisieren, hatte sich Lyndon B. Johnson nach Summers drastisch verkalkuliert: Der Präsident versäumte es nämlich, eine Kriegserklärung zu beantragen. Nur durch eine solche Deklaration hätte die konzentrierte nationale Aufmerksamkeit auf die Bekämpfung des Feindes gelenkt werden können.

künftige Konflikte «mit einer Missionsanalyse der Aufgabe beginnen muss, die uns das amerikanische Volk durch seine gewählten Vertreter im Kongress übertragen hat.»⁸

Für Summers war die gesamte amerikanische Planung fehlgeleitet. Die Streitkräfte, so Summers, hätten aus dem Koreakrieg die falschen Lehren gezogen.⁹ Damals erzwang die chinesische Intervention eine grundlegende Änderung der Operationsführung; die Amerikaner konnten

aufgrund einer UN-Resolution den Krieg nicht mehr in das Heimatland des Feindes tragen. In Korea hatte sich die militärstrategische Führung folglich angepasst und politische und militärische Ziele miteinander in Einklang gebracht, indem sie ab 1952 einen Krieg gegen die Chinesen führte, der zu einer Wiederherstellung des Status quo führte. Die vermeintliche Lehre, nämlich einen Landkrieg mit China um jeden Preis zu verhindern, war für Summers grundsätzlich verfehlt. Dazu kam die Angst vor der nuklearen Zerstörung, die militärstrategische Optionen einschränkte und den Verlust der «Eskalationsdominanz» bedeutete: «Anstatt zu sehen, dass es möglich war, einen begrenzten Krieg in Asien zu führen und zu gewinnen [...], haben wir uns erneut [...] von unseren Ängsten leiten lassen und den Gedanken [...] akzeptiert, dass wir nie wieder in einen Landkrieg in Asien verwickelt werden sollten.»¹⁰

Als die Vereinigten Staaten 1965 die Entscheidung trafen, den lodernenden Bürgerkrieg in Südostasien zu amerikanisieren, hatte sich Lyndon B. Johnson nach Summers drastisch verkalkuliert: Der Präsident versäumte es nämlich,

eine Kriegserklärung zu beantragen. Nur durch eine solche Deklaration hätte die konzentrierte nationale Aufmerksamkeit auf die Bekämpfung des Feindes gelenkt werden können. Damit wären die Kriegsanstrengungen zu einer gemeinsamen Verantwortung von Regierung und Volk geworden: «Alle früheren Kriege Amerikas wurden mit der Hitze der Leidenschaft geführt. Vietnam wurde kaltblütig und bürokratisch geführt, und das war für das amerikanische Volk unerträglich.»¹¹

Was wäre gewesen, wenn?

Johnsons Entscheidung, den «blinden Naturtrieb» des Volkes nicht mittels Kriegserklärung zu entfachen, untergrub nach Summers die amerikanische Kriegslegitimation von der ersten Stunde an.¹² Dieser grundlegende Tadel wirft allerdings eine Reihe hypothetischer Fragen auf. Würden denn wirklich alle früheren Konflikte Amerikas mit brennender Leidenschaft ausgetragen? Der Koreakrieg, den Summers als Modell für Vietnam heranzieht, wurde ebenfalls ohne Kriegserklärung und ohne anhaltende «blinde Leidenschaft» des amerikanischen Volkes geführt.¹³

Schon dieser erste heiße Krieg im Kalten Krieg demonstrierte die Bedeutung der Heimatfront für begrenzte Konflikte weit entfernt vom eigenen Staatsgebiet. Zudem darf daran gezweifelt werden, dass eine formale Kriegserklärung durch den amerikanischen Kongress einen wesentlichen Einfluss auf die Unterstützung der Bevölkerung gehabt hätte. Die Kriegsverdrossenheit der amerikanischen Bevölkerung entwickelte sich fortwährend. Die Öffentlichkeit hätte die Schrecken des Krieges auch bei einer Kriegserklärung im Fernsehen gesehen, und diese Bilder wären genauso überzeugend gewesen.¹⁴ Zudem wäre eine Kriegserklärung mit der UN-Charta von 1945 unvereinbar gewesen.

Zuzustimmen ist Summers allerdings in der Feststellung, dass die Amerikaner ihre überlegenen, hochtechnisierten Waffen gegen den nur schwer fassbaren Feind nicht genügend effektiv einsetzen konnten. Summers weist darauf hin, dass die Militärdoktrin von Search and Destroy, Body Count, Kill Ratio und Free Fire Zones verheerend war.

Zuzustimmen ist Summers allerdings in der Feststellung, dass die Amerikaner ihre überlegenen, hochtechnisierten Waffen gegen den nur schwer fassbaren Feind nicht genügend effektiv einsetzen konnten. Summers weist darauf hin, dass die Militärdoktrin von Search and Destroy, Body Count, Kill Ratio und Free Fire Zones verheerend war.¹⁵ Obwohl taktisch häufig erfolgreich, zahlte man einen «fatalen strategischen Preis»¹⁶ Ein Großteil der innenpolitischen

Opposition richtete sich schon bald gegen die Brutalität dieses Abnutzungskrieges. Das Militär, so Summers, habe aber ganz grundsätzlich den Kardinalfehler begangen, den Feind zu unterschätzen. In Vietnam gab es keine napoleonischen Entscheidungsschlachten, stattdessen fanden sich die GIs in einem asymmetrischen Krieg ohne Fronten mit irregulären Kombattanten wieder. Der Feind konnte überall sein, war häufig aber nirgends. In den Worten des ersten Commander des US Military Assistance Command Vietnam, Paul Harkins: «[Der irreguläre Krieg] war für uns alle etwas Neues. Es war eine völlig andere Art von Militäroperation, an der wir noch nie teilgenommen hatten [...] Es gab keine Frontlinie, der Feind war nirgends; der Feind war überall. Er war in deiner Küche, in deinem Hinterzimmer.»¹⁷ Wie sich später herausstellen sollte, waren zwei Gärtner von Harkins tatsächlich Vietcong.¹⁸ Der Gegner konnte also durchaus überall sein.

Der Nachfolger von Harkins, William W. Westmoreland, wird von Summers und seiner idealisierten Clausewitz-Vorlage besonders kritisiert. Summers sieht die Ziele der USA als konfus und den Führungsstil Westmorelands als zu wenig effektiv. Johnsons zögerlicher und missionsbezogener Einsatz von Air Power, zusammen mit den zahlreichen Bombenstopps zur Förderung von Verhandlungen, verleiteten die Luftwaffe nach Summers dazu, die Clausewitz'schen Prinzipien auszusetzen. Die Luft- und Seestreitkräfte der USA hätten die nördlichen Häfen früher blockieren und eine große amphibische Abschreckungspräsenz im Golf von Tonkin aufrechterhalten müssen. Als die Nixon-Regierung schließlich aggressiv gegen die nordvietnamesischen Nachschublinien vorging, war es nach Summers zu spät. Eine schlechte Kommandostruktur war zwar für Summers nicht die Ursache für die Niederlage, untergrub aber immer wieder Operationen – obwohl Westmoreland und sein Nachfolger Creighton W. Abrams nicht über das Kommando der amerikanischen Luftwaffe verfügte. Im Gegensatz dazu seien die Nordvietnamesen viel eher dem Gebot der Einheit des Kommandos gefolgt. Summers ist der Meinung, dass die Vereinigten Staaten eine Luftstrategie hätten verfolgen sollen, die den Krieg auf Versorgungs- und Bevölkerungszentren in Nordvietnam ausweitete. Damit hätte man auch die Aufstandsbekämpfung im Süden effektiver gestalten können und die nordvietnamesische Infiltration verhindert.



Schulter an Schulter: Dean Rusk, William W. Westmoreland und Lyndon B. Johnson an einer Pressekonferenz außerhalb des Weißen Hauses, 07.04.1968

Eindrücke aus dem Kaminfeuergespräch

Obige Ausführungen wurden von einem Kaminfeuergespräch in der Residenz der Deutschen Botschaft in Bern begleitet. Bei diesem Kolloquium wurde die Clausewitz'sche Theorie weiter am Fallbeispiel Vietnam illustriert. Dabei wurden für die Teilnehmer die strategischen Fehler beider Seiten während des zehnjährigen Konfliktes augenfällig. Doch die Gefahr liegt dabei darin, in ein retrospektives «Man-hätte-alles-anders-machen-müssen» zu verfallen. Der Autor plädierte zum Auftakt der Diskussion und mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen in Afghanistan dafür, dass die Lehren aus Vietnam neutraler als bei Summers ausfallen sollten. Vietnam lehrt wohl, dass ob der oftmals hehren Ziele besonders zu Beginn einer Militäroperation deren Risiken und Kosten unterschätzt werden. Macht und Einfluss des Westens sind endlich.

Daraufhin fokussierten sich die Gesprächsteilnehmer mittels zweier Leitfragen auf die Rolle der wunderlichen Dreifaltigkeit und die Bedeutung des Zentrums der Kraftentfaltung in Vietnam. Schnell wurde klar, dass die Clausewitz'sche Trias für jede Kriegspartei einzeln durchdekliniert werden muss. War bei den Amerikanern wohl der Rückhalt der Bevölkerung die Schwäche dieses Dreizacks, so waren bei den Südvietnamesen alle Pfeiler ausgehöhlt und unausgeglichen. Nordvietnam wiederum profitierte als kommunistischer Einparteiensstaat von der zunehmenden Überlappung von Regierung und Streitkräften und von den drakonischen Disziplinierungsmöglichkeiten einer Diktatur. Daraufhin wurde die grundsätzliche Frage aufgeworfen, ob Demokratien im Vergleich zu totalitären Regimen mit gleichgeschalteten Medien unter einem chronischen Strategiedefizit zu leiden hätten. Ein Teilnehmer plädierte dafür, die drei Sphären Regierung, Volk und Feldherr/Heer nicht isoliert, sondern wie kreisende Elemente als dynamische und konstant interagierende Einheiten zu interpretieren. Diesbezüglich hat der Potsdamer Historiker Christian Th. Müller bei Summers kürzlich eine «Fehlperzeption» entdeckt, indem er die wunderliche Dreifaltigkeit «nicht in drei variabel wirkenden und gleichsam immateriellen Tendenzen, sondern in den drei Akteuren Volk, Militär und Regierung zu erkennen» glaubt.¹⁹

Die Diskussion zeigte auch, dass die soziale Dimension des Krieges bei langen Aufstandsbekämpfungskampagnen auf Seiten der externen Ordnungsmacht oftmals vernachlässigt wird. Wie schon der erwähnte Militärhistoriker Michael Howard 1979 angemerkt hat, hat die Geringschätzung der häufig komplexen sozialen Verhältnisse in der Strategieentwicklung langfristig einen fatalen

Preis.²⁰ «Die Unzulänglichkeit der soziopolitischen Analyse der Gesellschaften, mit denen wir es zu tun hatten, war die Ursache dafür, dass die westlichen Mächte nicht fähig waren, den revolutionären und aufständischen Bewegungen, welche die Nachkriegszeit von China in den 1940er Jahren bis hin zu Vietnam in den 1960er Jahren charakterisierten, effektiver zu begegnen.»²¹

Eine kontroverse Frage drehte sich um das Centrum Gravitatis, das in *Vom Kriege* durchaus deutungssoffen eingeführt wird.²² Von den einen Diskussions-
teilnehmern wurden verschiedene Schwerpunkte identifiziert, während von

Die Diskussion zeigte auch, dass die soziale Dimension des Krieges bei langen Aufstandsbekämpfungskampagnen auf Seiten der externen Ordnungsmacht oftmals vernachlässigt wird. Wie schon der erwähnte Militärgeschichtler Michael Howard 1979 angemerkt hat, hat die Geringschätzung der häufig komplexen sozialen Verhältnisse in der Strategieentwicklung langfristig einen fatalen Preis.

den anderen auf die Unmöglichkeit der Bestimmung eines einzigen Zentrums wiesen wurde. Stattdessen hätten Gesellschaften, Streitkräfte und auch Regierungen verschiedene Stärken und Schwächen, die während eines langen Krieges fluid und in Abhängigkeit zueinander analysiert werden sollten. Egal, ob von operativen oder strategischen Zentren der Kraftentfaltung gesprochen wird, handle es sich dabei doch immer um eine gefährliche Simplifikation. Eindrücklich

wurden die grundsätzlichen Grenzen des Konzepts illustriert, insbesondere weil dessen Bestimmung in langen Kriegen häufig subjektiv gefärbt bzw. hochgradig diskutabel ist.

Das Gespräch im Geiste Clausewitz' wurde mit einigen Schlussfolgerungen beschlossen: Das Werk von Summers sei trotz des Clausewitz'schen Anstrichs in Wirklichkeit eher mit einem jominianisch-geometrischen Ansatz vergleichbar. Dabei leide es allerdings an einer eklatanten Vereinfachung der nordvietnamesischen Strategie. Die Gegenseite, bei Summers allzu häufig abwesend, hatte nämlich ebenfalls eine kohärente Strategie gehabt, die lange im Dunkeln lag.²³ Es lässt sich berechtigt fragen, ob die Amerikaner in Vietnam reüssiert hätten, wenn nur alle zivilen und militärischen Entscheidungsträger vom Schlage Powells, Palmers und Summers' *Vom Kriege* gelesen hätten. Eine integrale vietnamesische Übersetzung des Werks von Clausewitz ist nämlich bis heute ausstehend.

Zum Autor: Dr. Marcel Berni ist Historiker und arbeitet an der Dozentur Strategische Studien der Militärakademie an der ETH Zürich. Sein Buch *Aus-*

ser Gefecht: Leben, Leiden und Sterben »kommunistischer« Gefangener in Vietnams amerikanischem Krieg, Hamburg 2020 gewann den André Corvisier Preis für die beste militärhistorische Dissertation. Der abgedruckte Aufsatz entspricht einer ausformulierten Version des Impulsreferats anlässlich des Kaminfeuergesprächs, das die Sektion Schweiz im Oktober 2021 in Bern veranstaltet hat.

Anmerkungen

- 1 Michael Howard/Peter Paret (Hg.), Carl von Clausewitz: On War, Princeton 1976.
- 2 Hew Strachan, Carl von Clausewitz: Vom Kriege, München 2008 [London 2007], S. 7-8, 78.
- 3 Colin Powell, zit. n. *ibid.*, S. 7.
- 4 Colin Powell, zit. n. *ibid.*, S. 8.
- 5 Colin Powell, zit. n. *ibid.*
- 6 Bruce Palmer Jr., *The 25-Year War: America's Military Role in Vietnam*, Lexington 1984; Harry G. Summers Jr., *On Strategy: A Critical Analysis of the Vietnam War*, New York 1995 [Carlisle 1982].
- 7 Siehe hierzu die ausführliche Besprechung zu Summers' und Palmers Bücher von Gary R. Hess, *The Military Perspective on Strategy in Vietnam: Harry G. Summers's »On Strategy« and Bruce Palmers »The 25-Year War«*, in: *Diplomatic History*, 10, 1 (1986), S. 91-106, der in dieser Darstellung weitgehend gefolgt wird.
- 8 Summers, *On Strategy*, S. 183.
- 9 *Ibid.*, S. 56-62.
- 10 *Ibid.*, S. 59.
- 11 *Ibid.*, S. 37.
- 12 Siehe Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, Bonn 1991 [Berlin 1832], Erstes Kapitel: Was ist der Krieg?; Sechszwanzigstes Kapitel: Volksbewaffnung.
- 13 *Ibid.*, Drittes Kapitel: Der kriegerische Genius.
- 14 Diese Kritik basiert auf Hess, *The Military Perspective on Strategy in Vietnam*, S. 98-100.
- 15 Summers, *On Strategy*, S. 37-38, 173-177.
- 16 *Ibid.*, S. 174.
- 17 Paul D. Harkins, zit. n. Gregory A. Daddis, *The Problem of Metrics: Assessing Progress and Effectiveness in the Vietnam War*, in: *War in History*, 19, 1 (2012), S. 73-98, hier S. 81.
- 18 *Ibid.*
- 19 Christian Th. Müller, *Clausewitz verstehen: Wirken, Werk und Wirkung*, Paderborn 2021, S. 231. Müller war nicht der erste Autor, der diesen Einwand übte. Siehe zum Beispiel auch Tom Waldman, *War, Clausewitz, and the Trinity*,

PhD Dissertation, University of Warwick 2009, <https://core.ac.uk/download/pdf/40048786.pdf>, S. 346-349. Etwas älter und weniger gründlich auch Edward J. Villacres/Christopher Bassford, Reclaiming the Clausewitzian Trinity, in: *The US Army War College Quarterly: Parameters*, 25, 1 (1995), <https://press.army-warcollege.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1730&context=parameters>. Ich danke Michel Wyss für diesen Hinweis.

- 20 Siehe Michael Howard, *The Forgotten Dimensions of Strategy*, in: *Foreign Affairs*, 57, 5 (1979), S. 975-986.
- 21 *Ibid.*, S. 981.
- 22 Siehe hierzu den entsprechenden Beitrag von Mauro Mantovani in dieser Ausgabe.
- 23 Siehe hierzu Mauro Mantovani/Marcel Berni, *Visualizing Strategy: A Conceptual Framework for the Analysis and Teaching of the Conduct of War*, in: *Defence Studies*, 20, 4 (2020), S. 373-389.

Über das Leben und den Charakter von Ernest Grosselin

Roland Beck

Ernest Grosselin (1869-1955) absolvierte neben seiner Ausbildung zum Milizoffizier ein Studium der Naturwissenschaften an der Universität Genf und ein zweites Studium der Mathematik an der ETH Zürich. Mit 27 Jahren wurde er Berufsoffizier der Artillerie. In der Festung St. Maurice diente er sich bis zum Artilleriechef und Kommandanten der Festung hoch.

Ganz im Geiste von Clausewitz bildete er sich unablässig weiter, analysierte das Kriegsgeschehen, insbesondere der beiden Weltkriege, und publizierte seine Erkenntnisse. 1923 wurde er Kommandant der 1. Division. 1931 haben ihn seine militärischen und liberal gesinnten Freunde in den Staatsrat von Genf gewählt. Als Staatsmann war er ein Kämpfer für Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz.

Ganz im Geiste von Clausewitz bildete er sich unablässig weiter, analysierte das Kriegsgeschehen, insbesondere der beiden Weltkriege, und publizierte seine Erkenntnisse. 1923 wurde er Kommandant der 1. Division. 1931 haben ihn seine militärischen und liberal gesinnten Freunde in den Staatsrat von Genf gewählt. Als Staatsmann war er ein Kämpfer für Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz.

Im Staatsarchiv Genf ist ein mageres Dossier über Ernest Grosselin vorhanden, allerdings ohne Fotos. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Bundesarchiv in Bern. Hier ist immerhin der Dienstetat vorhanden, der wichtige Auskunft über seine militärischen Qualifikationen gibt.

Ein Lichtblick ergibt sich in der Bibliothek am Guisanplatz, der ehemaligen Militärbibliothek in Bern. Hier ist ein einziges Bild von Divisionär Ernest Grosselin vorhanden und seine sämtlichen Beiträge in der Revue militaire suisse in digitalisierter Fassung. Ein großartiger Fortschritt im Bibliothekswesen!

Eine umfassende Monographie über Ernest Grosselin besteht nicht. Einzig der Nachruf von Generalstabschef Louis de Montmollin (1893-1974) in der Revue militaire suisse, sowie das Porträt der Genfer Offiziersgesellschaft in Les écrivains militaires genevois.

Herkunft und Werdegang

Über seine Herkunft wissen wir wenig. Bekannt ist, dass er in Carouge (GE) mit sechs Geschwistern aufgewachsen ist, in einem Stadtteil, der hauptsächlich von Uhrenmachern bewohnt war. Sein Vater war Uhrengehäusemontierer und Bürgermeister von Carouge. Bekannt ist auch, dass er zwei Töchter hatte und mit diesen gerne und oft Bergtouren unternahm. Als aktives Mitglied des Genfer Alpenclubs war er ein leidenschaftlicher Alpinist und ausgezeichnete Skifahrer.

Nach dem Studienabschluss an der Universität Genf und an der ETH Zürich unterrichtete er eine Zeit lang als Mathematik-Dozent an der ETH Zürich. Doch als junger Artillerieoffizier, eingeteilt in der Festung St. Maurice, wurde er vom damaligen Kommandanten motiviert, Berufsoffizier der Artillerie zu werden und sich ganz der Armee und der Sicherheit seines Landes zu widmen.

Nach dem Studienabschluss an der Universität Genf und an der ETH Zürich unterrichtete er eine Zeit lang als Mathematik-Dozent an der ETH Zürich. Doch als junger Artillerieoffizier, eingeteilt in der Festung St. Maurice, wurde er vom damaligen Kommandanten motiviert, Berufsoffizier der Artillerie zu werden und sich ganz der Armee und der Sicherheit seines Landes zu widmen.

In der Folge übte er über 27 Jahre den Beruf des Offiziers in der Festung St. Maurice aus. Er wurde ein anerkannter Spezialist und Experte für Fragen der Artillerie und besonders der Festungsartillerie. In späteren Jahren befasste er sich vermehrt mit der Weiterentwicklung der Armee und referierte in militärischen Gesellschaften immer wieder über die mangelnde Verteidigungsbereitschaft der Armee. Noch kurz vor seinem Tode wollte er mit 86 Jahren einen Artikel über die Kriegsbereit-

schaft der Schweiz publizieren, doch dazu kam es leider nicht mehr, wie der damalige Chefredaktor der Revue militaire suisse mit großem Bedauern mitteilte.

1923 wurde er zum Kommandanten der 1. Division ernannt und beschäftigte sich fortan hauptsächlich mit operativ-strategischen Fragen. Im Bundesarchiv geben klassifizierte Operationspläne über den Aufmarsch der Armee bei einer Bedrohung aus Süden und aus Westen einen Eindruck, mit welcher Akribie und Gründlichkeit in seinem Divisionsstab gearbeitet wurde.

Führungspersönlichkeit und operativ-strategischer Denker

In seinen militärischen Qualifikationen wird in jüngeren Jahren immer wieder sein leidenschaftliches Interesse an den artillerietechnischen Fragen betont und seine außerordentliche Bereitschaft, der Armee und dem Land zu dienen. Als Führungspersönlichkeit muss er vor allem durch seine große Fachkompetenz, durch seine Lehrbegabung und durch sein umgängliches Wesen gewirkt haben. So sprechen die Qualifikationen darüber, dass er bei der Truppe sehr beliebt war und durch seine militärische Fachkompetenz als Offizier und Artillerist großes Ansehen genoss. In späteren Berichten wird zudem erwähnt, dass er ein begnadeter Referent war und mit seinem Temperament die Zuhörer in seinen Bann zog.

Sein operativ-strategisches Denken entwickelte er erst in späteren Jahren als Divisionskommandant. Er referierte wiederholt in militärischen Gesellschaften und publizierte in der *Revue militaire suisse*. Grosses Aufsehen erregte sein Referat über die Bedeutung der strategischen Alpenübergänge und die Abrüstung der Armee kurz vor seinem Rücktritt als Divisionskommandant im Jahre 1931.

Ab 1939 war er militärischer Berichterstatler im *Journal de Genève* und ab 1943 im *Journal illustré*. Er informierte und kommentierte das gesamte Weltkriegsgeschehen und zog daraus Lehren für die Verteidigungsbereitschaft der Schweiz. Dabei betonte er unablässig die strategische Bedeutung der Alpenpässe und belegte dies auch mit historischen Beispielen hauptsächlich aus den Napoleonischen Kriegen. Diese Überzeugung von der strategischen Bedeutung der Alpenpässe gab ihm auch die Motivation, die Festung St. Maurice immer weiter auszubauen und auf den neuesten artillerietechnischen Stand zu bringen.

Die Gedanken über die geostrategische Bedeutung der Alpenpässe sind auch heute noch von großem Interesse. Doch leider wurden seit Ende des Kalten Krieges die meisten Festungswerke aus finanziellen Gründen stillgelegt oder liquidiert.

*Sein operativ-strategisches Denken entwickelte er erst in späteren Jahren als Divisionskommandant. Er referierte wiederholt in militärischen Gesellschaften und publizierte in der *Revue militaire suisse*. Grosses Aufsehen erregte sein Referat über die Bedeutung der strategischen Alpenübergänge und die Abrüstung der Armee kurz vor seinem Rücktritt als Divisionskommandant im Jahre 1931.*

Politiker und Staatsmann

1931 ließ er sich nach einem Meinungsstreit mit dem Kommandanten des 1. Armeekorps, Korpskommandant Charles Sarasin (1870-1933), mit 62 Jahren in den Ruhestand versetzen. Seine militärischen Freunde, seine Kameraden des Genfer Alpenclubs sowie seine freiheitlich gesinnten Parteifreunde witterten die Gelegenheit, ihn für eine politische Laufbahn zu gewinnen. Noch im gleichen Jahr wurde er in den Genfer Staatsrat gewählt. Die Wahl war ein großer Erfolg und erlaubte ihm, sich mit noch größerer Autorität in der Öffentlichkeit für die Sicherheit des Landes und die Aufrüstung der Armee einzusetzen.

Seine militärischen Freunde, seine Kameraden des Genfer Alpenclubs sowie seine freiheitlich gesinnten Parteifreunde witterten die Gelegenheit, ihn für eine politische Laufbahn zu gewinnen. Noch im gleichen Jahr wurde er in den Genfer Staatsrat gewählt. Die Wahl war ein großer Erfolg und erlaubte ihm, sich mit noch größerer Autorität in der Öffentlichkeit für die Sicherheit des Landes und die Aufrüstung der Armee einzusetzen.

seinen Vorträgen geißelte er nun mit noch schärferen Worten die Vernachlässigung der Landesverteidigung in Friedenszeiten, das mangelnde Interesse der Politiker, insbesondere der Parlamentarier, an Fragen der militärischen Bedrohung sowie ihr mangelndes Verständnis für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Armee.

Ernest Grosselin trug schon während seinen Semestern an der Universität Lausanne die karminrote Mütze der freiheit-

lich und patriotisch gesinnten Studentenverbindung Helvetia und verfocht deren Anliegen für eine freie und unabhängige Schweiz. Ihr Hauptanliegen war die Volkssouveränität, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts alles andere als unbestritten war. Gewisse Kantone führten die Volkssouveränität mit Volkswahlen, Volksinitiativen und Volksreferenden sogar erst nach 1874 auf Druck des Bundes ein. Die gemäßigt freisinnig-liberalen Kräfte befürchteten, dass die katholisch-konservativen Bevölkerungskreise und die immer noch mächtigen Patrizierfamilien die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution rückgängig machen würden.

Ernest Grosselin war politisch ein aufgeklärter und fortschrittlich gesinnter Bürger und setzte sich vorbehaltlos für die Volkssouveränität und die umfassenden Volksrechte ein. Für heutige Schweizer eine Selbstverständlichkeit.

Fazit

Seine wissenschaftliche und universitäre Bildung hat ihn zu einer hervorragenden artilleristischen Laufbahn befähigt. Sein natürliches Führungstalent, seine Lehrbegabung und sein korrekter Umgang mit Soldaten brachten ihm den Erfolg und die Beliebtheit als Kommandant der Festung St. Maurice sowie später als Divisionskommandant ein.

Als wichtigste Lehre aus seinen unzähligen Vorträgen und Beiträgen ist die Verpflichtung zur permanenten Weiterentwicklung und Aufrüstung der Armee in Friedenszeiten. Im März 1798 führte die ungenügende Verteidigungsbereitschaft der Schweiz zu einer jahrelangen Besetzung des Landes durch die französischen Revolutionstruppen. Mit allen Konsequenzen: Plünderung des Landes, Raub der Goldreserven und Zwangsrekrutierungen für die napoleonische Armee. Zu guter Letzt musste die Schweiz noch als Kriegsschauplatz des großen Koalitionskrieges herhalten.

Auch im Ersten und Zweiten Weltkrieg war unsere Armee jeweils erst in den letzten Kriegsjahren einigermaßen verteidigungsbereit. Im Zweiten Weltkrieg musste sich unsere Armee wegen ungenügender Kriegsbereitschaft sogar in den Alpenraum zurückziehen und das Mittelland praktisch ungeschützt einem potentiellen Aggressor preisgeben.

Als wichtigste Lehre aus seinen unzähligen Vorträgen und Beiträgen ist die Verpflichtung zur permanenten Weiterentwicklung und Aufrüstung der Armee in Friedenszeiten.

Als Staatsmann und früher bereits als Student an den Universitäten Genf und Lausanne setzte sich Ernest Grosselin für die Volkssouveränität und die umfassenden Volksrechte ein. Dabei lag seine radikal-demokratische Gesinnung ganz im Zeitgeist und bildete beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Wahl in den Genfer Staatsrat. Er konnte in der Folge mit noch größerer Autorität seine sicherheitspolitischen und militärischen Anliegen in der Öffentlichkeit vertreten.

Ein Land wie die Schweiz, mit allgemeiner Wehrpflicht, Milizarmee und einem überdurchschnittlich hohen Bildungsniveau der Bevölkerung, kann sich Offiziere vom Format und Charakter eines Ernest Grosselin in Zukunft nur wünschen!

Zum Autor: Dr. Roland Beck ist Oberst im Generalstab der Schweizer Streitkräfte und Militärhistoriker.

Kapitel IV

Historische Themen

Aus der Werkstatt deutsch-deutscher Militärgeschichte

Ein Zeitzeugenbericht zum Wandel der Operationsplanung des Militärbezirks V – 5. Armee der Nationalen Volksarmee im Rahmen der Warschauer Vertragsorganisation

Friedrich K. Jeschonnek
Siegfried Lautsch

Vorbemerkungen

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) hat begonnen, verschiedene Themenstellungen der deutsch-deutschen Militärgeschichte in der Zeit des Kalten Krieges in Form von Gegenüberstellungen zu veröffentlichen.¹ Hierzu gehört ein Teilprojekt, bei dem Militärhistoriker die Einsatzplanungen für den Kriegsfall in Bundeswehr (Bw) wie Nationaler Volksarmee (NVA) abgestützt auf Zeitzeugen erforschen. Eine damit zusammenhängende Teilstudie zur Organisations- und Operationsgeschichte der NATO-Heeresgruppe Nord (NORTHAG) wurde im Clausewitz-Jahrbuch 2020 abgedruckt.² Aufgrund des Interesses an der Thematik wird in dieser Ausgabe eine Darstellung der operativen Planung in der NVA auf Armee-Ebene aus der Feder eines damals zuständigen Stabsoffiziers, Siegfried Lautsch,³ veröffentlicht.

Im Beitrag wird exemplarisch am Militärbezirk V der NVA und seiner zur 5. Armee aufwachsenden Vereinigung der Frage nachgegangen, welche Aufgaben im Konfliktfalle zu erfüllen waren und wie der Einsatz vorgesehen war. Dabei wird der internationale wie nationale sicherheitspolitische bzw. militärische Rahmen und die Grundlagen vorangestellt, mit welchen Kräften und Mitteln sich diese Planung vollzog bzw. periodisch veränderte. Zunächst wird dazu in Form eines Erklärstückes des Zeitzeugen die Planung in der 5. Armee auf operativer Ebene in die Warschauer Vertragsorganisation (WVO) eingeordnet und beschrieben. Dies erfolgt mit Blick auf den Zeitraum der 1980er-Jahre, da in dieser Zeit die Landstreitkräfte der NVA eine Aufwertung erfahren hatten, in dem sie zwei Armeen für die 1. (sowjetische) Front der 1.

Strategischen Staffel der WVO mobilzumachen und in diese einzugliedern hatten.⁴

Zur Einordnung der operationsgeschichtlichen Bedeutung dieses Erklärstückes wurde dazu ergänzend von unserem Mitglied Friedrich Jeschonnek ein Interview mit dem Autor geführt, das den Beitrag abrundet. Ergänzt werden die Aussagen durch zeitgenössische Illustrationen, wie sie seinerzeit gebräuchlich waren.

Politische Grundlagen

Bestimmt wurde die Sicherheitspolitik in der WVO durch die Sowjetunion, in der sich aufgrund historischer Erfahrungen ein ausgeprägtes globales Sicherheitsinteresse entwickelt hatte. Dieses umfasste im Kern den Erhalt ihres riesigen Staatsgebietes gegen innere und äußere Bedrohungen. Einbezogen war, weltweit Konstellationen revolutionär-sozialistischer Strömungen in anderen Staaten zu nutzen und zu fördern. Diese hier vereinfacht dargestellten nationalen Ambitionen bestimmten lange Zeit bis in die 1980er-Jahre die sowjetische Positionierung in der Ost-West-Konfrontation. Dabei spielten nukleare wie konventionelle Streitkräfte als Instrument der Absicherung der eigenen außenpolitischen und globalen Interessen eine zentrale Rolle. Die Streitkräfteentwicklung war deshalb auf qualitative und quantitative Überlegenheit in allen Bereichen ausgerichtet.

Diese hier vereinfacht dargestellten nationalen Ambitionen bestimmten lange Zeit bis in die 1980er-Jahre die sowjetische Positionierung in der Ost-West-Konfrontation. Dabei spielten nukleare wie konventionelle Streitkräfte als Instrument der Absicherung der eigenen außenpolitischen und globalen Interessen eine zentrale Rolle.

Die Streitkräfteentwicklung bis in die 1980er-Jahre war von der Zielsetzung bestimmt, gegenüber westlichen Fähigkeiten in allen Streitkräfte-Kategorien zumindest gleichwertig oder - wenn möglich - überlegen zu sein. Diese Fähigkeiten dienten einer Außenpolitik, die sowohl auf friedliche Koexistenz mit dem Westen als auf Abschreckung gegen angenommene westliche Aggressionen abzielte. Das militärische Potential konnte auf allen Ebenen sowohl zur Verteidigung als auch zum Angriff eingesetzt werden.

Bis in die 1980er-Jahre standen die Überlegungen und Planungen zunächst für eine strategische Verteidigung mit einem darauffolgenden strategischen

Angriff aller Kräfte und Staffeln im Falle eines militärischen Konflikts im Vordergrund. Sie bestimmten sowjetische Streitkräfteentwicklungen, Bündniskooperation, Rüstung, Bereitschaftsstände, Einsatzplanungen und Ausbildung. Rational der strategischen Angriffsplanung war, einen möglichen Angreifer auf seinem Gebiet zu zerschlagen und zugleich das sowjetische Staatsgebiet vor Kampfhandlungen zu bewahren. Bestimmt war diese Militärstrategie durch Erfahrungen aus dem russischen Bürgerkrieg 1918 bis 1922 und den deutschen Angriff 1941 verbunden mit der Zerstörung weiter Teile Osteuropas bis 1945.

Daraus zog die sowjetische Führung die Lehre, dass die UdSSR künftig jeden potenziellen Gegner überlegen zu sein hatte, um bereits in der Anfangsphase eines Krieges die strategische Offensive an sich zu ziehen und den Krieg

Diese Denkweise wurde von den verbündeten Regierungen in der WVO akzeptiert. Sie ist noch heute in den aktuellen Militärdoktrinen des Russischen Föderation zu erkennen.

schnellstmöglich auf das gegnerische Territorium zu tragen.⁵ Als eine Schlussfolgerung daraus nutzte die UdSSR die Neuordnung Europas nach dem Krieg, um ihr Territorium durch einen „Cordon sanitaire“ höriger Staaten ab 1955 vereint in der WVO vor neuen Invasionen zu schützen

und Konstellationen wie vor und im Zweiten Weltkrieg nie wieder zuzulassen⁶. Diese Denkweise wurde von den verbündeten Regierungen in der WVO akzeptiert. Sie ist noch heute in den aktuellen Militärdoktrinen des Russischen Föderation zu erkennen.

Aus diesem Verständnis heraus wurde der Aufbau bewaffneter Organe in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von der Sowjetunion unterstützt, gefördert und kontrolliert. Die besondere Bedeutung der DDR ergab sich aus ihrer Westgrenze und der zu West-Berlin, die zugleich ein Teil der Konfrontationslinie zwischen Ost und West war und an der sich die jeweiligen Streitkräfte von NATO- und WVO-Staaten gegenüberstanden. Hier wäre im Krieg der zentraleuropäische Kriegsschauplatz bzw. Westliche Kriegsschauplatz (WKSP) mit seinen fatalen Wirkungen gewesen.

Im Rahmen ihrer staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung wurden der NVA schrittweise größere Verantwortlichkeiten für den Konfliktfall übertragen. Aus der anfänglichen Rolle der Sicherstellung durch ein breites Spektrum an Unterstützungsleistungen erwuchs der NVA in den 1980er-Jahren eine beachtliche Mitwirkung in der operativ-strategischen Land-

und Luftkriegführung im Rahmen der aus den sowjetischen Truppen in der DDR gebildeten 1. Front. Land-, Luft- und Seestreitkräfte der NVA wurden befähigt, eigenverantwortlich auf operativer Ebene zu handeln.⁷

Dies war lange Zeit nicht selbstverständlich, sondern ein Beweis der in Übungen bzw. Überprüfungen nachgewiesenen Kampfkraft und Einsatzbereitschaft. Dabei zeigte sie Zuverlässigkeit und bemerkenswerte Bündnistreue. Ausbildung und Erziehung orientierten sich nahezu vollständig an sowjetischen Vorstellungen bzw. Vorgaben. Das galt im Besonderen für die Planung von Operationen der NVA für den Verteidigungsfall.

Mit der Veränderung der Außen- und Innenpolitik in der Sowjetunion durch Gorbatschow änderte sich das Verständnis von der Rolle der Streitkräfte in der internationalen Politik. Dieses hatte seine Auswirkungen bis in die DDR⁸ und damit u.a. bis in die operativen Planungen in der NVA, deren Grundlagen und Wandel am Beispiel der 5. Armee nachstehend erläutert werden.

Rahmenbedingungen: Kräfte auf dem Westlichen Kriegsschauplatz

In der WVO stellte die Sowjetunion im Frieden und im Krieg die überwiegende Mehrheit an Kräften und Mitteln. Dies begründeten ihren führenden Platz und ihre zentrale Rolle auf der Basis von WVO-Statuten für den Kriegsfall, die Ende der 1970er-Jahre vereinbart worden waren. Diese Statuten gaben die Kommandostrukturen und Verantwortlichkeiten für den Kriegsfall auf dem europäischen Kriegsschauplatz vor.⁹ Die UdSSR verfügte sowohl über Truppen für die Vereinigten Streitkräfte (VSK der WVO) als auch über nationale Kräfte, die nicht in Bündnisstrukturen eingegliedert waren.

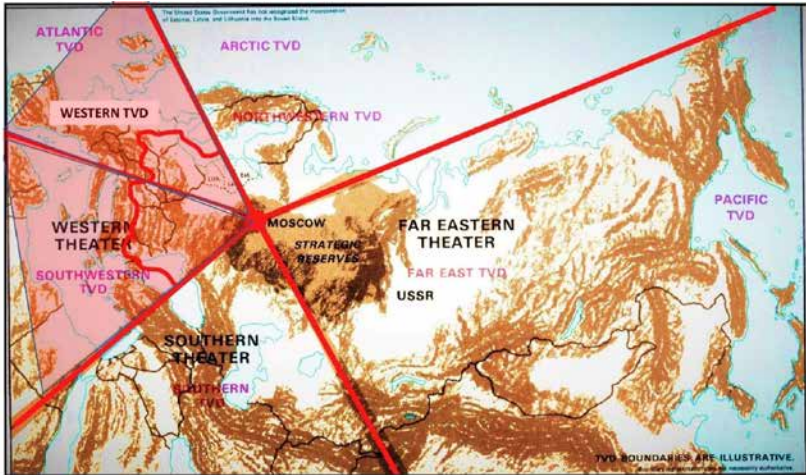


Abb. 1: Sowjetische Aufteilung der globalen Kriegsschauplätze, rot herausgehoben der Westliche Kriegsschauplatz (WKSP)

Die Führung der Truppen wurde in der Nachkriegszeit aufgrund der Entwicklung von Land-, Luft- und Seestreitkräften einerseits und strategischer Waffengattungen andererseits zentralisiert für den Sowjetischen Generalstab schwieriger, um sowohl nationale als auch Koalitionsstreitkräfte zu führen. Erschwert wurde die Führung dadurch, dass auf der Basis eines globalen Bedrohungsverständnisses geplant und gehandelt werden musste, was eine Aufteilung des Globus in verschiedene Kriegsschauplätze erforderlich machte. Der Hauptkriegsschauplatz, als Westlicher Kriegsschauplatz (WKSP) bezeichnet, umfasste die Staatsgebiete von den sieben Koalitionsstreitkräften der WVO.



Abb. 2: Raum des Westlichen Kriegsschauplatzes als der Wichtigste im sowjetischen Verständnis

Die gesamtstrategische Führung der WVO einerseits und die sowjetische Kontrolle über die unterschiedlichen Nuklearwaffensysteme der Land-, Luft- und Seestreitkräfte andererseits, erforderte eine Vervollkommnung des seit den 1960er-Jahren entwickelten Führungssystems. So wurde nach Studien,

Übungsauswertungen und Diskussionen in der WVO für den Westlichen bzw. Südwestlichen Kriegsschauplatz (SWKP)¹⁰ entschieden, Führungsstrukturen bereits im Frieden zu aktivieren, die bislang im Konfliktfall aufgewachsen wären. Die Reform der Kommandostruktur sollte ab 1983 eine verbesserte Einsatzplanung und -führung und eine Mitsprache der anderen WVO-Staaten gewährleisten. Daher war es folgerichtig, auch mit Blick auf die NATO-Kommandostruktur zumindest einen Teil der Koordination und Führung der Streitkräfte auf dem WKSP bzw. SWKP neu zu strukturieren. Zur Führung von Gruppierungen in der Westlichen Richtung wurde ein Oberkommando des WKSP am 5. September 1984 mit dem Stab in Legnica (Polen) geschaffen. Ab 1. Juli 1991 verlegte es nach Smolensk (UdSSR).¹¹

Das neue Oberkommando des WKSP vereinigte die mobilzumachenden Truppen in der DDR, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Weißrussland, in der Ukraine und im Baltikum. Aus den Friedensstrukturen wurden folgende Fronten gebildet, die von der „Westrichtung“ geführt wurden:

- die 1. Front, Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), seit 1989 Westgruppe der Truppen (WGT) und Teilen der NVA in Wünsdorf bei Zossen,
- die 2. Front, Zentralgruppe der Truppen (ZGT) mit Teilen der Tschechoslowakischen Volksarmee in Milovice,
- die 3. Front, Nordgruppe der Truppen (NGT) mit Teilen der Polnischen Volksarmee in Legnica (Liegnitz),
- die 4. Front, Militärbezirk Weißrussland in Czernowitz,
- die 5. Front, Karpaten Militärbezirk in der Ukraine in Kiew und
- die Reservefront, auch als 6. Front bezeichnet, mit dem Baltischen Militärbezirk in Riga.

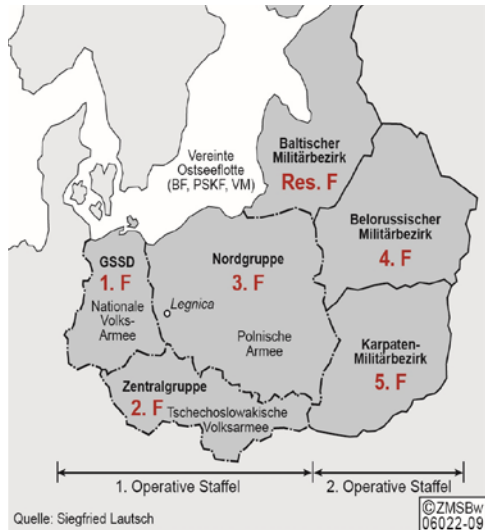


Abb. 3: Räumliche Zuordnung der Militärbezirke bzw. GSSD, aus denen im Kriegsfall die Fronten des WKSP gebildet worden wären

Die GSSD bildete im Verteidigungszustand das Oberkommando der 1. Front auf dem Territorium der DDR. Die 1. Front bestand aus insgesamt fünf sowjetischen Armeen der Landstreitkräfte mit neunzehn Divisionen, einer Artilleriedivision mit vier Brigaden und einer Luftarmee mit fünf Fliegerdivisionen. Verstärkt wurde diese Front um 1980 in 1. Staffel durch zwei aus den Militärbezirken III und V der NVA gebildeten Armeen.¹²

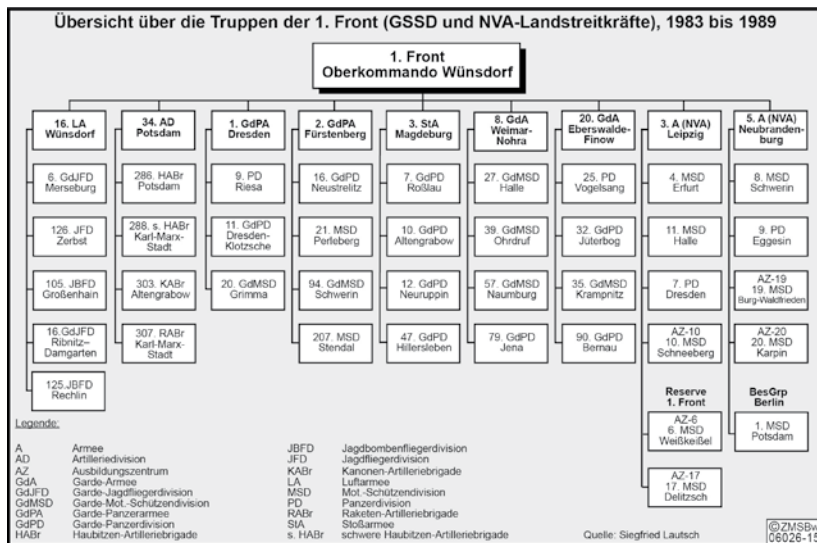


Abb. 4: Kommandobereich der Truppen der 1. Front (GSSD und NVA-Landstreitkräfte), 1983 bis 1989

Die sowjetischen Truppen der 1. Front besaßen eine hohe Kampfkraft, die sich durch Beweglichkeit, Feuerkraft und durch das enge Zusammenwirken mit integrierten Luftsturmtruppen auszeichneten. Die stärkste Massierung der Kräfte konzentrierte sich im Raum der 2. Garde-Panzerarmee und 3. Stoßarmee auf der Linie Wittenberge, Stendal bis Magdeburg und wurde durch die gegenüberstehenden NATO-Verbände wie der NORTHAG als Bedrohung wahrgenommen. Die NVA-Armeen der Front waren für die nördliche und südliche Flanke in der 1. Staffel der 1. Front vorgesehen, um die Schlagkraft und Durchsetzungsfähigkeit zu erhöhen. Ähnlich wie die NATO waren die Vereinten Streitkräfte (VSK) der WVO befähigt, Gefechte verbundener Waffen zu führen.¹³

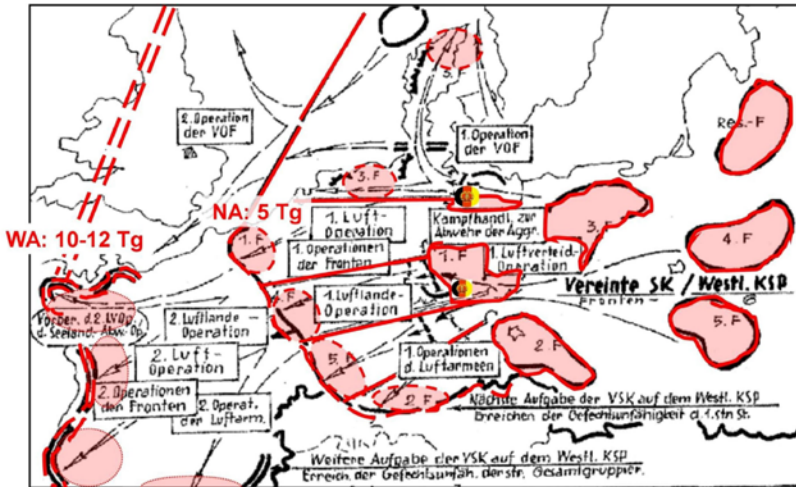


Abb. 5: Räumliche und zeitliche Vorstellungen der Organisation und Durchführung der Frontoperationen im Angriff auf dem Westlichen Kriegsschauplatz, Hans-Werner Deim, MfNV, Hauptstab 1980er-Jahre

Einsatzstruktur NVA und Militärbezirk V

Die NVA verfügte über Kräfte und Mittel zur Mitwirkung an der Abwehr von NATO-Angriffen und an Gegenoffensiven gemäß strategisch-operativer Planungen sowie deren logistische Sicherstellung. Ein nationales Führungssystem mit dem Nationalen Verteidigungsrat (NVR) an der Spitze und kontinuierliche Vorbereitungen auf den Verteidigungsfall erlaubten eine rechtzeitig gesamtstaatliche Umstellung auf den Konfliktfall. Die NVA war befähigt, unterschiedliche Formen und Umfänge von Kampfhandlungen der Teilstreitkräfte auf der Basis strategisch-operativer Vorgaben durchzuführen.

Die Landstreitkräfte der NVA bestanden im Friedenszustand aus dem Kommando Landstreitkräfte mit zwei Militärbezirken und einigen zentralen Truppenteilen. Davon waren die beiden Militärbezirke III (Leipzig) und V (Neubrandenburg) militäradministrative territoriale Vereinigungen von Verbänden, Truppenteilen, Einheiten und militärischen Einrichtungen verschiedener Waffengattungen und Dienste. Im Rahmen des Übergangs vom Friedens- in den Kriegszustand hatten beide Militärbezirke zwei Armeen mit insgesamt 11 Divisionen und je eine territoriale Organisation von Wehrbezirkskommandos

mit Unterstützungstruppen zu entfalten. Darüber hinaus waren zwei Besondere Gruppierungen¹⁴ aufzustellen und zu führen. Die territoriale Organisation war weiterhin dem nationalen Kommando des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV) unterstellt. Die Verbände der Luftstreitkräfte bzw. Luftverteidigung und Flotte waren in die WVO-Luftverteidigung bzw. waren in die Vereinte Ostseeflotte (VOF) integriert worden.

Diese Kräfteaufteilung war das Ergebnis einer etwa zwei Jahrzehnte dauernden Vervollkommnung, die während des operativ-strategischen Manövers „Waffenbrüderschaft-80“¹⁵ nachgewiesen wurde. Unter Leitung des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR, Armeegeneral Heinz Hoffmann, bewies die NVA die Befähigung, Truppen aus sieben Nationen mit etwa 40.000 Soldaten zu führen und damit zugleich aufzuzeigen, dass beide Armeen Aufgaben auf operativer Ebene erfüllen können. Strukturen, Modernisierungsgrad, Ausbildungsstand und Führungsvermögen hatten einen Stand erreicht, der den sowjetischen und polnischen Streitkräften ebenbürtig war.¹⁶

Der Militärbezirk V bestand um 1980 aus der in der Grafik dargestellten fünf Verbände (Divisionen) und Truppenteile. Davon waren zwei Divisionen mobilmachungsabhängig.

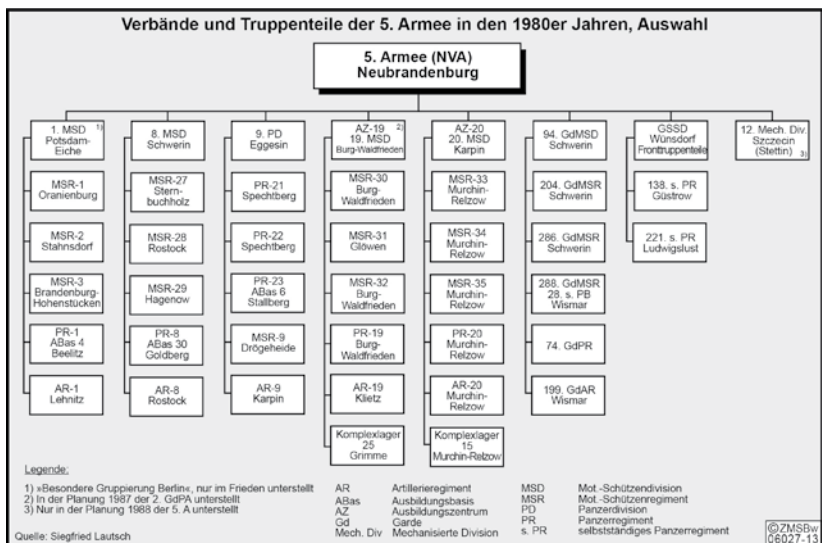


Abb. 6: Verbände und Truppenteile der 5. Armee in den 1980er-Jahren (Auswahl)

Bei Herstellung der Stufe der Vollen Gefechtsbereitschaft oder auf besondere Weisung hatte sich das Führungsorgan des Militärbezirks V in einen Armee-stab¹⁷ und ein Kommando des Territorialen Militärbezirkes zu teilen. Für die Operative Planung und Einsatz der Armee war ausschließlich der Auftrag des Oberbefehlshabers der 1. Front (im Frieden GSSD) verbindlich. Die Verwaltung Operativ des MfNV übernahm koordinierende Aufgaben im Interesse der Landesverteidigung. Die Koordination zwischen dem Verteidigungsministerium und dem Oberkommando 1. Front sollte im Kriege eine „Operative Gruppe“¹⁸ des MfNV als Verbindungsorgan übernehmen.

In dem 1980er-Jahren wurden die Operativen Planungen der Armeen dreimal überarbeitet: 1983, 1985 und 1988. Die 1983er-Planung der 5. Armee der NVA hatte eine Zwei-Phasen-Operation zum Inhalt, zunächst defensiv, nachfolgend offensiv. Die 1985er-Planung war defensiv und die von 1988 gegenüber der vorherigen ebenfalls defensiv, jedoch mit einem schmalen Sicherungstreifen und reduzierten Kräften. Während die Planungen bis 1985 auf einen sehr engen Kreis an Planern beschränkt waren, erfolgten sie 1988 in einer erweiterten, neuen Form unter Beteiligung von Kommandeuren der nachgeordneten taktischen Ebene.

Bedrohung durch die NATO

Bestimmend für die operativen Planungen war das von den Aufklärungsdiensten in der WVO erarbeitete Bedrohungsbild von der NATO, das in der NVA vom militärischen Informationsdienst¹⁹ übernommen wurde. Darüber hinaus ergänzten unter sowjetischer Leitung verschiedenste militärische und zivile Aufklärungsdienste mit ihren Erkenntnissen. Im Ergebnis gab der sowjetische Generalstab das zugrunde zu legende Gegner-Verhalten für die WVO insgesamt vor. Wesentlich war, dass grundsätzlich von einem Angriff der NATO in Europa auf das Territorium eines WVO-Staates ausgegangen wurde. Begründet wurde dies durch Studien und Eventualfallpläne der USA und Großbritanniens aus den 1950er-Jahren, im Kriegsfall Angriffe nach Osteuropa voranzutragen.

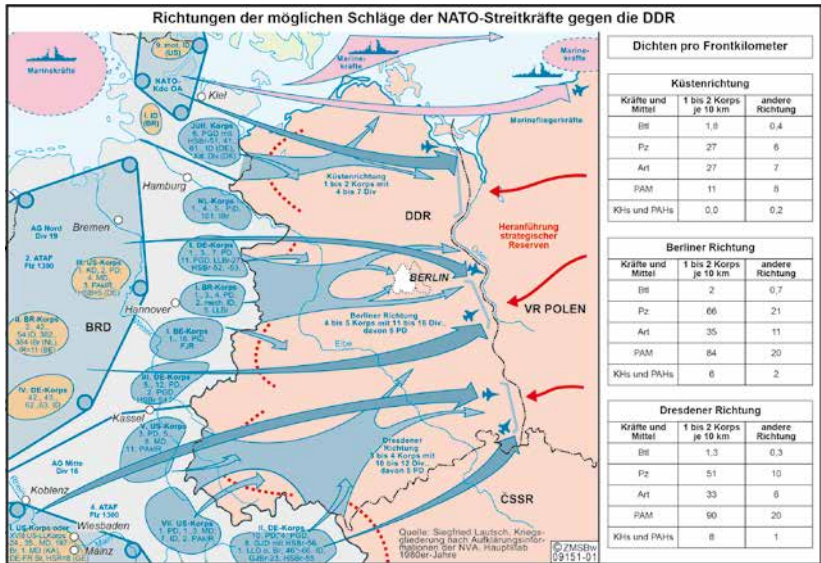


Abb. 7: Vorstellung der WVO in den 1980er-Jahren über einen Angriff der NATO mit Richtungen der möglichen Schläge in Zentraleuropa bei deren angenommenen Überlegenheit - nach offiziellen Vorlagen des Hauptstabes der NVA. Zu beachten ist, dass einige Strukturen der NATO überbewertet, generischen Übungsunterlagen entnommen und fortgeschrieben waren.

Seit Einführung der jährlichen NATO-Reforger-Übungen wurden eingeschätzt, dass Truppen aus dem Übungsgeschehen heraus kurzfristig einen Angriff in den WVO-Bereich hineinbringen könnten. Hinsichtlich Struktur, Kampfkraft, Ausbildungs- und Übungstätigkeit in den Heeresgruppen und Korps waren Offensivhandlungen der NATO für die Planer in der WVO denkbar.²⁰ Nach Einschätzung der WVO hingens die Kampfkraft der Streitkräfte von den Kampfmöglichkeiten, besonders von den Fähigkeiten der Kommandeure, Stäbe und Truppen ab, die zur Lösung von Kampfhandlungen erforderlich sind.²¹

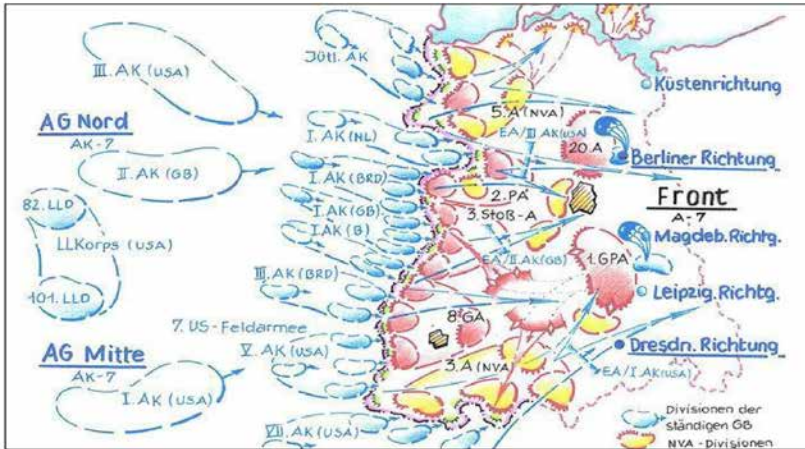


Abb. 8: Bedrohungsanalyse, Operativer Aufbau der 1. Front, Hauptstab 1980er-Jahre

Gemäß Berechnungen des Hauptstabes der NVA in den 1980er-Jahren waren die beiden NATO-Heeresgruppen in der Zentralregion, in der WVO als Armeegruppen bezeichnet, in der Lage, in den drei angenommenen Hauptrichtungen, der Küsten-, Berliner und Dresdner Richtung, ein bis zwei Korps auf einer Breite von je 10 km einzusetzen. Die Dichten pro Frontkilometer konnten zwei Bataillone, ferner 27 bis 66 Panzer, 27 bis 35 Mittel der Artillerie und bis zu 90 Panzerabwehrmittel beispielsweise in der Dresdener Richtung umfassen, was die Einschätzung als Offensivfähigkeit begründete.²²

Doktrinärer operativ-strategischer Planungsrahmen des WKSP

Der erwartete NATO-Angriff war frühzeitig in seinen Vorbereitungen aufzuklären bzw. zu verifizieren, um darauf in Vollständiger Gefechtsbereitschaft reagieren zu können. Bis in die 1980er-Jahre war hinsichtlich der Westlichen Richtung beabsichtigt, die angreifenden NATO-Kräfte grenznah durch Begegnungsgefechte zum Stehen zu bringen und zur Offensive überzugehen. Die damit verbundene Angriffsoperation auf dem WKSP sollte durch den zügigen Vorstoß der Armeen bzw. weiteren operativ-strategischen Staffeln mit Unterstützung durch Luftstreitkräfte und Raketentruppen erfolgen.

Die Kräfte der NATO sollten durch erste Schläge auf vorrangige Objekte aufgehalten, ihre Positionen im Gegenangriff durchbrochen und ihre Versor-

gungslinien durchschnitten werden. Es galt, das System gegnerischer Sperranlagen und Verteidigungsstellungen zügig zu überwinden und den Gegner durch den staffelweisen Einsatz der angreifenden Truppen möglichst schnell zu zerschlagen, um unverzüglich das operative Ziel, den Rhein, in 5 bis 7 Tagen zu erreichen. Mit dem geplanten hohen Angriffstempo auf dem WKSP von durchschnittlich 50 km am Tag war beabsichtigt, einen möglichen gegnerischen Nukleareinsatz vor allem durch die enge Verzahnung der Truppenkörper in Kampfhandlungen, zu unterlaufen.

Die operativen Verbände der GSSD, die den Kern der 1. Front bildeten, waren wie folgt eingeplant: In der 1. Staffel, die 2. Garde-Panzerarmee (Fürstenberg), die 3. Stoß-Armee (Magdeburg) und die 8. Garde-Armee (Weimar-Nohra). Zur 2. Staffel zählten die 1. Garde-Panzerarmee (Dresden) und die 20. Garde-Armee (Eberswalde-Finow). Die Kampfhandlungen der 1. Front sollten durch die 16. Luftarmee (Wünsdorf) und weiterer 2 Fliegerdivisionen der NVA aus Trollenhagen und Cottbus im Rahmen der Front-, Armee-, Luftverteidigungs- und anderer Operationen unterstützt werden.

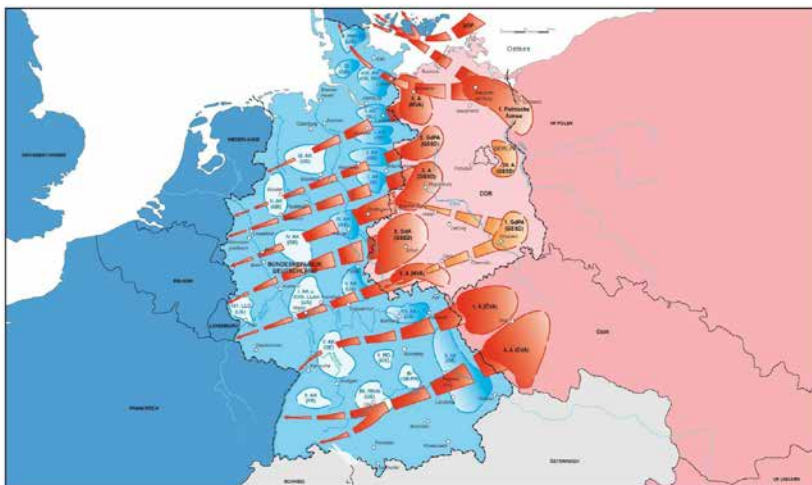


Abb. 9: Siegfried Lautsch, Strategische Angriffsoperation auf dem Westlichen Kriegsschauplatz, Annahme der Planung des Oberbefehlshabers der 1. Front, Armeegeneral Michail M. Saizew, 1983

Ab 1980 wuchs der Kampfbestand der 1. Front durch die beiden NVA-Armeen, die 5. Armee und die 3. Armee, auf, um an den jeweiligen Flanken im

Norden und Süden der Front eingesetzt zu werden. Insgesamt hatte dadurch die 1. Front einen Bestand von 5 Armeen nebeneinander in der 1. Staffel und zwei Armeen in der 2. Staffel mit insgesamt 30 Divisionen, einschließlich Rakentruppen, Artillerie und der verstärkten sowjetischen Luftarmee. Das bedeutet, dass der Angriff mit einer sehr starken 1. Staffel geführt werden sollte, um damit eine schnelle Entscheidung über den Aggressor herbeizuführen.²³

Dieses operativ-strategische Konzept bot gemäß Clausewitz die Möglichkeit, Verbände bezüglich Raum und Zeit nach eigenen Vorstellungen zu bewegen, dem Gegner das eigene Handeln aufzuzwingen, ihm die Handlungsfreiheit zu nehmen und nach Ort wie Zeit die erforderliche Kräftekonzentration zu bestimmen.

Bei Nichtbeendigung der Kampfhandlungen auf deutschem Territorium bestand die Option, in darauffolgenden Kampfhandlungen weitere Räume in Westeuropa zu besetzen, um die Anlandung kanadischer, US-amerikanischer und britische Reserven zu verhindern und um generell die Verstärkung der NATO-Truppen zu unterbinden. Dieses operativ-strategische Konzept bot gemäß Clausewitz die Möglichkeit, Verbände bezüglich Raum und Zeit nach eigenen Vorstellungen zu bewegen, dem Gegner das eigene Handeln aufzuzwingen, ihm die Handlungsfreiheit zu nehmen und nach Ort wie Zeit die erforderliche Kräftekonzentration zu bestimmen.²⁴

Diese Jahrzehnte lang bestehende operativ-strategische Doktrin²⁵ bestimmte die Planungen auf dem WKSP. Mit eingeleiteter Modernisierung der NATO mit Präzisionswaffen und neuen Nuklearwaffen, Nutzung des Weltraumes, Optimierung der „Air-Land-Battle-Konzeption“ und erkennbarer Fokussierung im Westen auf die Operative Ebene führten in der Sowjetunion zur Analyse der Erfolgsaussichten ihrer Planungen im Falle eines NATO-Angriffs. Die bisherige Anfangsverteidigung war wegen des Schwerpunktes auf einen Angriff in der Regel als zeitweilig Aufgabe in Kommandostabsübungen, als Begegnungsgefechte oder Begegnungsschlacht organisiert worden. Das erschien nun ineffektiv bzw. riskant. Im Ergebnis wurde nun der Verteidigung als Anfangsphase eines Krieges mehr Beachtung geschenkt.

Daraufhin entstand zunächst 1983 eine Planung mit zwei Optionen, bei denen die 1. Strategische Staffel auf dem WKSP je nach Lage sowohl länger verteidigen als auch angreifen konnte. Erneute operativ-strategische Betrachtungen führten 1985 zu einer veränderten Priorisierung von Angriff und Verteidigung: Die 1. operativ-strategische Strategische Staffel²⁶ hatte zunächst grund-

sätzlich zu verteidigen. Mit der Verkündung der WVO Doktrin 1987 wurde der Wandel von einer offensiv ausgerichteten auf eine hinlängliche Verteidigung Abschreckung postuliert und 1988 erneut überarbeitet. Dieser Wandel entsprach zugleich der neuen Außen- und Sicherheitspolitik der UdSSR unter

Dieser Wandel entsprach zugleich der neuen Außen- und Sicherheitspolitik der UdSSR unter Gorbatschow. Im militärischen Bereich war Überzeugungsarbeit hinsichtlich der Abkehr von einer grundsätzlich offensiv ausgelegten Abschreckungspolitik erforderlich.

Gorbatschow. Im militärischen Bereich war Überzeugungsarbeit hinsichtlich der Abkehr von einer grundsätzlich offensiv ausgelegten Abschreckungspolitik erforderlich.

Diese grundlegenden militär-technischen Veränderungen in der sowjetischen Militärdoktrin und der WVO bestimmten die

Planungen der NVA-Armee. Da die 1. Front ihre Planungen auf die Verteidigung konzentrierte, veränderte sich entsprechend die Auftragslage an die Armeen der NVA an den Flanken. Unverändert über die Zeit stellte der Einsatz der 5. Armee an der nördlichen Flanke den Schulterchluss der Landstreitkräfte zu den Operationen der Vereinten Ostseeflotten (VOF)²⁷ der DDR, Polens und der UdSSR dar.

Die Planungen des Militärbezirks V für die 5. Armee fußten auf Direktiven²⁸ der jeweiligen Oberbefehlshaber der 1. Front. Das waren seinerzeit die Armeegenerale: 1983 Michail W. Saizew, 1985 Pjotr G. Luschew und 1988 Boris W. Snetkow.²⁹ Ausgehend von den doktrinären Grundlagen für Armeecooperationen, wie sie von der Militärwissenschaft der Sowjetunion für die WVO vorgegeben wurden, werden im Folgenden zunächst die Grundlagen von Armeecooperationen und dann mit Blick auf die 5. Armee die sich schrittweise verändernde Operationsplanung auf dem WKSP dargestellt.



1983
 Armeegeneral
 Michail M. Saizew
 26.11.1980-06.07.1985

1985
 Armeegeneral
 Pjotr G. Luschew
 07.07.1985-11.07.1986

1988
 Armeegeneral
 Boris W. Snetkow
 26.11.1987-13.12.1990

Abb. 10: Oberbefehlshaber der 1. Front, unter deren Kommando die Operative Planungen 1983, 1985 und 1988 erarbeitet wurden: v.l.n.r. Armeegenerale Michael M. Saizew, Pjotr G. Luschew und Boris W. Snetkow

Grundlagen von Armeoperationen

Die Armeen der NVA waren befähigt, alle Arten von Armeoperationen gemäß sowjetischen Vorschriften durchzuführen. Die Grundlagen lassen sich wie folgt skizzieren:

Das Ziel und Wesen der Angriffsoperation bestand grundsätzlich darin, den potentiellen Aggressor, Großverbände der NATO-Mitgliedsstaaten, abzuwehren, zu zerschlagen und die operative-strategischen Ziele zu erreichen. Die gegnerischen Gruppierungen sollten in ihrer gesamten operativen Tiefe gleichzeitig mit Feuer der Land- und Luftstreitkräfte niedergehalten werden. Zudem hatten eigene starke Stoßgruppierungen zügig die taktische und operative Zone in ausgewählten Richtungen mit Mot.-Schützen- und Panzertruppen zu durchstoßen. Im Zusammenwirken mit den Nachbarn und Luftlande- bzw. Luftsturmtruppen, eingesetzt im Rücken der gegnerischen Truppen, sowie mit Unterstützung der Luftstreitkräfte hatten die Armeen beispielsweise in bis zu 7 Tagen das Ostufer des Rheins zu erreichen. Kräfte der frontal angreifenden Staffeln wurden durch Schläge von Luftlande- und Luftsturmtruppen sowie von Flugzeugen und Kampfhubschraubern aus der Luft unterstützt.³⁰

Eine *Armeeangriffsoperation*³¹ konnte im Rahmen einer übergeordneten Frontangriffs- oder Frontverteidigungsoperation erfolgen. In einigen Richtungen konnte sie im Rahmen strategischer Kampfhandlungen als Gegenoffensive oder auch als selbständige Operation durchgeführt werden.

Eine Armeeangriffsoperation konnte dazu dienen, um:

- den Luftangriff des Gegners zu vereiteln,
- seine Truppenführung- und Waffenleitung zu desorganisieren,
- seine Truppen beim Vormarsch, bei der Vorführung und Entwicklung des Angriffs durch die Bekämpfung gegnerischer Vorrangziele zu hindern,
- die besetzten Abschnitte, Stellungen und Räume zu halten,
- das Vordringen des Gegners auf das eigene Territorium zu unterbinden,
- gegnerische Luftlandungen und operierende Spezialeinsatzkräfte im eigenen rückwärtigen Raum zu eliminieren,
- irreguläre Formationen zu bekämpfen und eine „geordnete“ Lage in den wichtigsten Richtungen herzustellen.³²

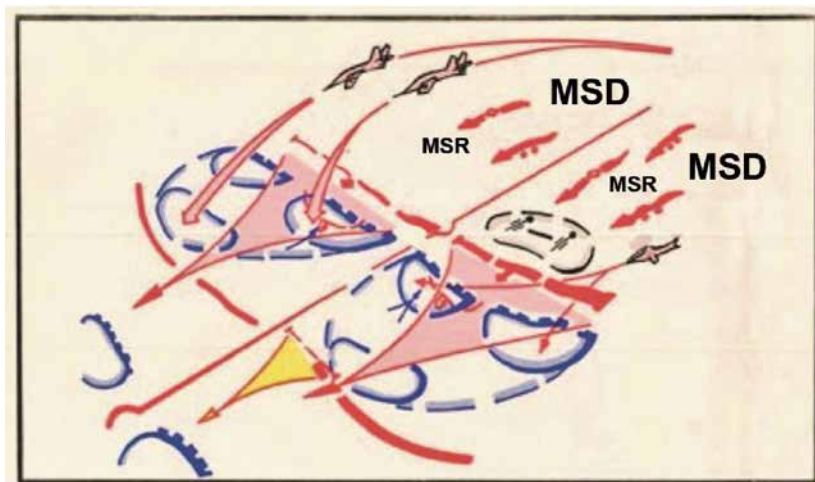


Abb. 11: Kampfhandlungen der Divisionen einer Armee bei der Überwindung eines Zwischenverteidigungsabschnitts, Prinzipschema

Die Armeeangriffsoperation konnte zeitgleich offensive und defensive taktische Kampfhandlungen im Zusammenwirken mit Kräften der 1. und 2. Staffel,

mobilen Reserven (Manövergruppen/Streifzugsabteilungen), Kampfhandlungen der Truppengattungen sowie Einheiten der Raketentruppen und Artillerie, der Armeefliegerkräfte (Heeresflieger), der Luftabwehr, der Armeereserven, der operativ unterstellten Truppengattungen (NATO Opcon) und Einheiten anderer Teilstreitkräfte sowie Handlungen von Spezialtruppen umfassen. Darüber hinaus konnten taktische und operative Luftlandungen Bestandteil der Operation sein. In Küstenbereichen handelten ihre Truppen zur Luft- und Seelandabwehr sowie gegen taktische Luftlandungen.

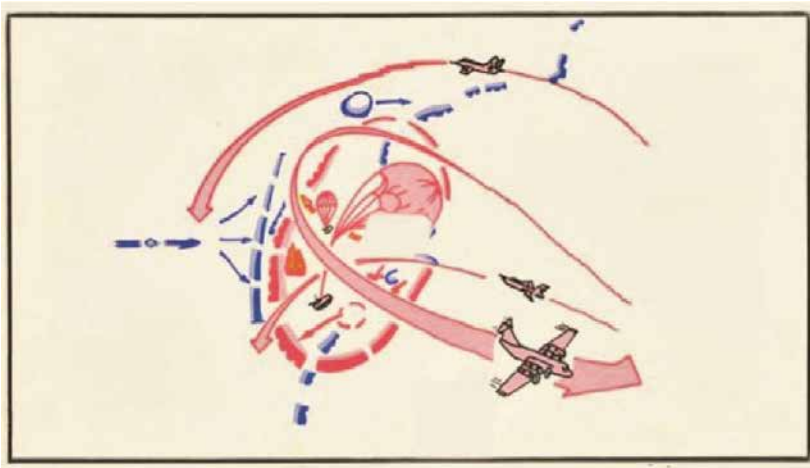


Abb. 12: Einsatz operativer Luftlandungen in der Tiefe der gegnerischen Verteidigung, Prinzipschema

Um dabei einen möglichst koordinierten Einsatz nach Ziel, Zeit und Raum durch die Verbände und Truppenteile zu gewährleisten, wurde die Aufgabe einer Armee sowohl für den 1. Kampftag als auch darüber hinaus in eine *Nächste* und *Weitere Aufgabe* unterteilt. Die Aufgabe für den 1. Angriffstag bestand darin, die gegnerischen Divisionen aufzuspalten, dabei die dazugehörigen Brigaden zu zerschlagen und den Abschnitt einzunehmen, der eine zügige Entwicklung des Angriffs ermöglicht. Die *Weitere Aufgabe* der Armee konnte die Zerschlagung gegnerischer Reserven sowie die Einnahme von Objekten, Räumen und Abschnitten beinhalten, um das Angriffsziel der Armee schnellstmöglich zu erreichen. Im Laufe der Kampfhandlungen konnte der Inhalt der Aufgaben der Armee präzisiert werden.

Die Angriffsplanung wurde durch Normen und Kennziffern bestimmt, die sich auf Übungsergebnisse, Untersuchungen und Studien stützten. Sie determinierten u.a. die Tiefe, bzw. Breite des Angriffsstreifens sowie die Dauer und das durchschnittliche tägliche Angriffstempo der Kampfverbände. Derartige Vorgaben hatten Einfluss auf das Zusammenwirken von Truppenkörpern der Armee nach Zielen, Aufgaben, Räumen und Zeiten. Sie bestimmten eine mögliche zeitweilige Verteidigung in bestimmten Richtungen. Ferner bildeten sie die Grundlage für die Koordinierung von Gefechten, Schlägen und Manövern gemeinsam mit den Nachbarn sowie von Truppengattungen und Teilstreitkräften, die zur Unterstützung einer Armee handelten.

Von der Armeeführung wurde Initiative und Schöpferium gefordert, die sich auf folgende Erfordernisse erstreckte:

- kontinuierliche Aufklärung,
- Bekämpfung des Gegners mit Feuer,
- ununterbrochenes Zusammenwirken aller Kräfte und Mittel,
- wendige und kühne Manöver, vor allem schnelle Bewegungen mit den Truppen,
- effektiver Schutz der eigenen Truppen vor gegnerischer Feuereinwirkung sowie
- Aufrechterhaltung der Kampfkraft, Entschlossenheit und Motivation des Personals, bis zur vollständigen Zerschlagung des Gegners.³³

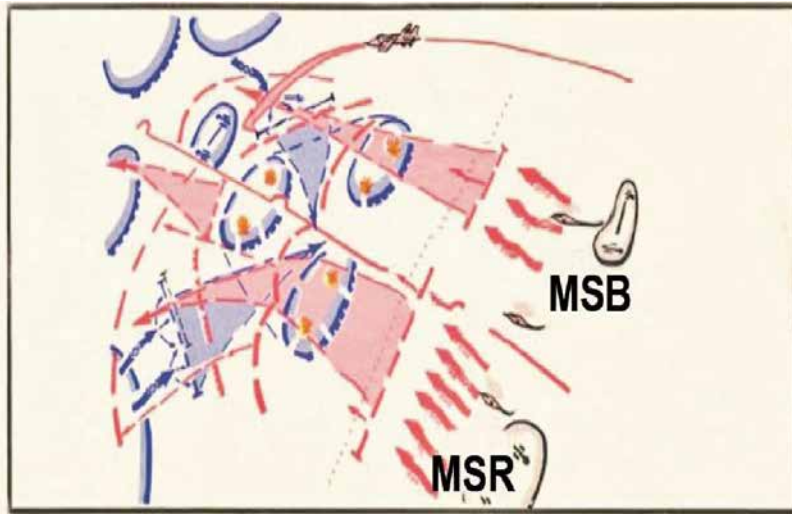


Abb. 13: Angriff in die Tiefe mit dem Ziel der Vereinigung von Kampf- und Luflandtruppen, Prinzipschema

Gleichzeitig gab es neue Methoden zur Bekämpfung des Gegners im taktischen und operativen Maßstab wie der Einsatz von Operativen Manövergruppen (OMG).³⁴ Diese bestanden aus verstärkten Divisionen mit folgenden Aufgaben: Kern- und chemische Waffen des Gegners vernichten, Flugplätze, Versorgungsbasen und andere wichtige Objekte einnehmen, das Manöver gegnerischer Reserven verhindern und ihnen eine Niederlage zufügen, zu den Rückzugswegen der Hauptgruppierungen des Gegners vorstoßen und Schläge in deren Flanken und Rücken führen, die Truppenführung und die Arbeit der logistischen Truppen des Gegners stören sowie wichtige Räume und Abschnitte im Hinterland des Gegners einnehmen.³⁵

Der Land-Luft-Charakter eines Armeeangriffs wurde durch Unterstützung von Front- und Armeefliegerkräften auf der gesamten Breite, meist Front bzw. Armee-übergreifend wirksam. Damit konnten günstige Voraussetzungen zur Zerschlagung des Gegners geschaffen werden, beispielsweise durch die tiefe Umfassung des Gegners aus der Luft sowie kombinierte Boden- und Luftschläge mit dem Ziel der Einführung einer Operativen Manövergruppe (OMG).

Eine *Armeeverteidigungsoperation*³⁶ hatte demgegenüber bis in die 1980er-Jahre eine dem Angriff untergeordnete, aber dennoch wichtige Bedeutung. Eine Armee musste sich in einer Spannungsperiode frühzeitig vor Kriegsbeginn auf die Verteidigung vorbereiten oder im Verlauf von Kampfhandlungen sich auf diese umstellen können. Die Truppen hatten den feindlichen Angriff abzuwehren, das Grenzgebiet, wichtige Verwaltungs- und Wirtschaftszentren zu decken bzw. zu halten.

Eine wesentliche Bedeutung der Verteidigung lag darin, durch Halten von Räumen die Voraussetzungen für die Einführung anderer angreifender strategisch-operativer oder operativer Staffeln zu schaffen. Hierzu erfolgten von der verteidigenden Armee überwiegend defensive Handlungen. Teile der Armee in der Verteidigung konnten synchronisiert taktisch-operative Gegenangriffe oder operative bzw. taktische Täuschhandlungen durchführen. Eigene operative und taktische Luftlandungen dienten dazu, um kurzfristig Lücken in der Verteidigung zu schließen oder durchgebrochene Gegner aufzufangen. Im Küstenbereich konnten Kampfhandlungen zur Seelandabwehr im Zusammenwirken mit den Seestreitkräften durchgeführt werden. In rückwärtigen Räumen wurden gegnerische Luftlandkräfte bekämpft.

Der *Operative Aufbau* umfasste unter anderem die Staffelformung verbunden mit Systemen von Stellungen, Verteidigungsabschnitten, -Räumen, Panzerabwehr, Pioniersperren, Küstenverteidigung bzw. Seelandabwehr, Luftverteidigung sowie die Bekämpfung von Luftlandtruppen, Spezialeinheiten und irregulären Formationen des Gegners. Hierzu wurde ein Verteidigungsstreifen zugewiesen. Operativer Aufbau, Breite und Tiefe wurden unter Berücksichtigung der Normen, Organisationsstruktur, Lagebedingungen bzw. des Geländes bestimmt. Der Verteidigungsstreifen war in der Regel in der Richtung des erwarteten gegnerischen Hauptschlages schmaler als in einer Nebenrichtung.

Armeeverteidigungsanlagen und Verteidigungsabschnitte umfassten ein tiefgestaffeltes Verteidigungssystem, das den Durchbruch der gegnerischen Truppen durch die taktische Verteidigungszone und das Vordringen in die Tiefe verhindern sowie zugleich den Einsatz von eigenen Gegenangriffskräften ermöglichen sollte. Sie umfassten in der Regel zwei bis drei Stellungen in einer Tiefe von 15-20 km und wurden von Kräften der 1. und 2. Staffel, von Armeereserven als auch von einem Teil der Reserven der Front (2. Staffel der Front) bzw. von sich zurückziehenden Truppen besetzt und gehalten. Je nach der gewählten Verteidigungsmethode waren im Verteidigungsstreifen einer Armee

Systeme von zwei Verteidigungsabschnitten geschaffen worden.

Der 1. Armeeverteidigungsabschnitt schloss eine vorgeschobene Stellung (erste Verteidigungslinien), einen Sicherungs- bzw. Deckungsabschnitt, einen 1. und 2. Armeeverteidigungsstreifen, Riegelstellungen, Sperrabschnitte sowie einzelne Verteidigungsknoten ein. Der 2. Armeeverteidigungsabschnitt war die letzte Verteidigungslinie in einer Verteidigungsoperation einer Armee. Er sollte soweit vom 1. Verteidigungsabschnitt entfernt sein, dass zwischen den Abschnitten, Marschstraßen, Räumen für den Rückzug der Truppen, zum Manöver von Kräften und Mitteln sowie die rechtzeitige Besetzung des 2. Armeeverteidigungsabschnitts sichergestellt werden konnten.³⁷

Ein wichtiger Teil der Verteidigungsoperation unter den Bedingungen des Einsatzes von konventionellen Waffen war die Teilnahme an massiven und konzentrierten Feuerschlägen, - unter Bedingungen eines Nukleareinsatzes - die Teilnahme am Kernwaffenschlag der Front.

Ein wichtiger Teil der Verteidigungsoperation unter den Bedingungen des Einsatzes von konventionellen Waffen war die Teilnahme an massiven und konzentrierten Feuerschlägen, - unter Bedingungen eines Nukleareinsatzes - die Teilnahme am Kernwaffenschlag der Front. Dies erfolgte durch Schläge der Raketen- und Artillerietruppen, der zugeteilten oder unterstützenden Fliegerkräfte und der Truppen der Luftabwehr.

Das System der komplexen Feuerbekämpfung in der Armeeverteidigung umfasste:

- Feuerschläge der Raketenruppen und Artillerie im Zusammenwirken mit den Armee- und Frontfliegerkräften auf den Zugängen zur Verteidigung, vor dem vorderen Rand und in der Tiefe der Verteidigung,
- die Schaffung von Zonen mit aufeinanderfolgendem, dichtem mehrschichtigem Feuer unterschiedlicher Art, an den Flanken und in Zwischenräumen zwischen den Truppenteilen (Einheiten) sowie entstandenen Brechen,
- die Vernichtung taktischer Kernwaffen,
- die Abwehr massierter Angriffe von Panzern und Infanterie,
- die Massierung von konzentriertem Feuer, auf die vorrückenden Truppen in den am stärksten bedrohten Richtungen, auf Lücken zwischen den Verteidigungsabschnitten und -räumen,
- die Durchführung von Manövern mit Feuermitteln in beliebige Richtungen (Räume).

Das Feuersystem stützte sich auf das enge Zusammenwirken zwischen den konventionellen Waffensystemen der Armee und wurde durch Schläge der Fliegerkräfte und einem System von pioniertechnischen Verteidigungsanlagen ergänzt.

Im Verlauf eines Krieges konnte eine bislang angreifende Armee zur Verteidigung übergehen, um überlegene Kräfte des Gegners abzuwehren oder im Falle eines erfolglosen Gegenschlages - wenn die für die Offensive benötigten Kräfte nicht ausreichen - die eingenommenen Abschnitte halten oder den Angriff in einer anderen Richtung führen.

Sowohl bei Armeeangriffs- wie Armeeverteidigungsoperationen waren die NVA-Armeen befähigt, nach entsprechender politischer Freigabe am 1. Kernwaffenschlag der Front teilzunehmen. Diese Mitwirkung war eine ausdrückliche Forderung aus der politischen Ebene der Sowjetunion.

Die Einnahme und Vorbereitung der Verteidigung durch die Armee erfolgte auf Vorgaben der Frontführung und unter Berücksichtigung der konkreten Lage.

Nach Einnahme von gegnerischer Verteidigungsanlagen im Verlauf des Krieges hatten die Truppen die genommenen Abschnitte oder die Verteidigung an neu

zugewiesenen Abschnitten zu befestigen. In diesem Fall wären Umgruppierungen in der Operativen Aufstellung vorgenommen und eine defensive Gruppierung mit entsprechender Struktur gebildet worden.

Sowohl bei Armeeangriffs- wie Armeeverteidigungsoperationen waren die NVA-Armeen befähigt, nach entsprechender politischer Freigabe am 1. Kernwaffenschlag der Front teilzunehmen.³⁸ Diese Mitwirkung war eine ausdrückliche Forderung aus der politischen Ebene der Sowjetunion³⁹.

Operationsplanung 1983

Bis 1983 dominierten die Aufträge der Front für die dem 5. Armeekorps unterstellten Divisionen im Zusammenwirken mit Angriffshandlungen der 2. Staffel der Front. Dies änderte sich 1983 erstmals mit einer „Zwei-Phasen-Operation“, dabei wurden Verteidigungs- und Angriffsoperation detailliert ausgeplant. Für die Operationsplanung 1983 standen der 5. Armee erstmals für den geänderten Auftrag die 8., 19. und 20. Mot.-Schützendivision, die 94. Garde-Mot.-Schützendivision und zwei selbständige sowjetische Panzerregimenter zur Verfügung. Damit war der Bestand um eine sowjetische Division und zwei Panzerregimenter verstärkt worden. Linker Nachbar war unverän-

nung mit Feuer und aufeinanderfolgenden Schlägen zunächst Teile von Niedersachsen einzunehmen und dann das Ostufer des Rheins zu erreichen.

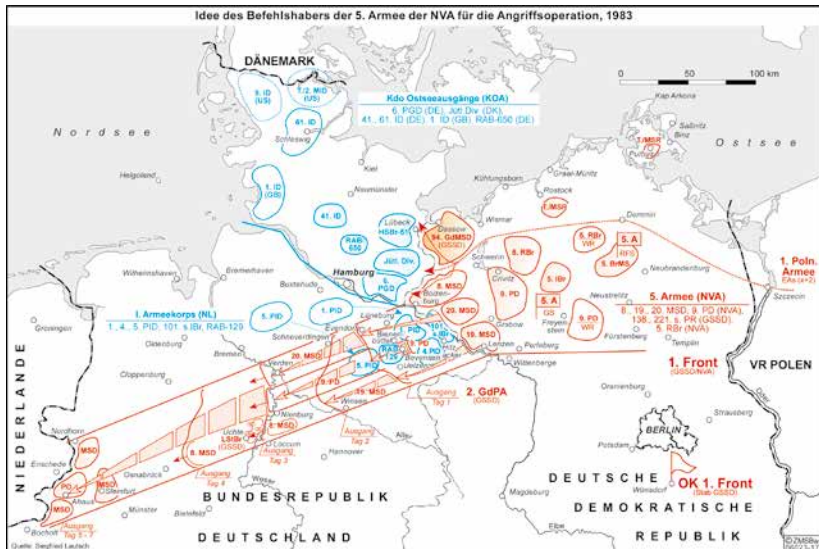


Abb. 15: Ziele der Armeeangriffsoperation der 5. Armee waren vor allem die Abwehr des feindlichen Luftangriffs der 2. Alliierten Taktischen Luftflotte (2. ATAF), die Niederschlagung des NL-Korps, das Halten eingenommener Räume und Abschnitte sowie die Schaffung von Bedingungen für nachfolgende Operationen. Eines der Ziele der zeitweiligen Verteidigungsoperation bestand darin, Zeit zu erhalten, um das Vorrücken, die Heranführung und Entfaltung der Hauptkräfte für den Angriff zu gewinnen.

Nach Erhalt des Auftrages durch den Oberbefehlshaber der 1. Front bzw. nach Klarmachen der Aufgabe und Beurteilung der Lage fasste der Befehlshaber des Militärbezirks V, Generalleutnant Manfred Gehmert,⁴¹ den Entschluss, in der 2. Phase mit der 19. und 20. Mot.-Schützendivision sowie mit den sowjetischen selbstständigen Panzerregimentern 138 und 221 (letzteres mit rund 250 Panzer) nördlich der sowjetischen 2. Garde-Panzerarmee gegen die niederländischen Kräfte anzugreifen. Nach massiertem Feuer der Artillerie und Schlägen der Fliegerkräfte, unter Einsatz von Vorausabteilungen und taktischen Luftlandungen war dazu die Elbe im Abschnitt Boizenburg-Hitzacker auf breiter Front zu forcieren, die Sicherungskräfte des I. NL-Korps westlich der Elbe in ihrem Sicherungstreifen zu zerschlagen und ein weiträumiger Brückenkopf in einer Tiefe von 10 bis 15 km am Westufer der Elbe zu bilden.

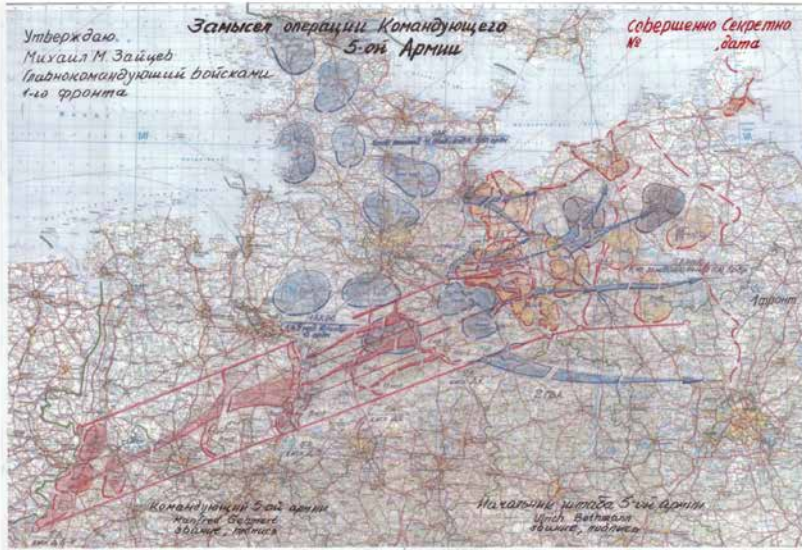


Abb. 16: Dem Original nachempfunden: Idee des Befehlshabers der 5. Armee 1983 von Generalleutnant Manfred Gehmert, mit den Unterschriften des Befehlshabers und des Chefs des Stabes Ulrich Bethmann sowie dem Bestätigungsvermerk des Oberbefehlshabers der 1. Front, Armeegeneral Michail W. Saizew

Im Angriffstreifen der 5. Armee wurde an niederländischen Truppen die 1., 4., 5., Mech.-Infanteriedivisionen, nach NVA-Terminus: Panzer-Infanteriedivision, in der Tiefe die selbständige 101. Infanteriebrigade und das Raketenartilleriebataillon 129 angenommen. Unter Berücksichtigung der sowjetischen Grundsätze für den Angriff und der Absicht der übergeordneten Front-Führung, mit fünf Armeen zugleich anzugreifen, war für die 5. Armee in ihrer Hauptschlagrichtung eine entscheidende Überlegenheit an Kräften und Mitteln zu schaffen. Das bedeutete Überlegenheit bei der Artillerie von mindestens 6:1, Panzern 4:1 und Schützenpanzern 3:1. *Dieses angestrebte Kräfteverhältnis konnte jedoch nicht erreicht werden.*⁴² Angesichts des unzureichenden Kräfteverhältnisses entschloss sich der Befehlshaber der 5. Armee, mit der 19. und 20. Mot.-Schützendivision als 1. Staffel der Armee anzugreifen, um in der Hauptschlagrichtung bei damit gewonnener örtlicher Überlegenheit auf der Trennungslinie (Naht) die Verteidigung der beiden niederländischen Divisionen zu durchbrechen. Ziel war es, den Hauptschlag gegen die vermeintlich schwächste Stelle in der Gefechtsordnung des I. NL-Korps zwischen deren

1. und 4. Panzer-Infanteriedivision beiderseits Bad Bevensen zu führen. Es kam darauf an, die sich entwickelnde Lage verzugslos zu nutzen, um mit einer frühzeitigen Einführung der 9. Panzerdivision⁴³ die Verteidigung des Korps endgültig zu durchbrechen, den Gegner aufzuspalten und im Zusammenwirken mit der rechts und links handelnden 20. und 19. Mot.-Schützendivision auf ganzer Breite in die Tiefe vorzustößen.

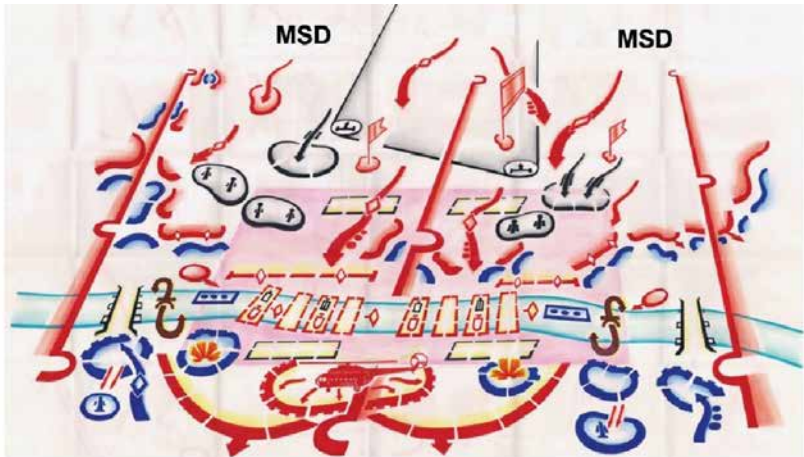


Abb. 17: Systematik des Forcierens der Elbe im Abschnitt Boizenburg-Hitzacker, Prinzipschema, 1980

Am *ersten Tag* der 2. Phase Angriff war vorgesehen, die gegnerischen Divisionen des I. NL-Korps zu durchbrechen und den Abschnitt EVENDORF-UELZEN einzunehmen. Dabei hatten das Feuer der Artillerie und die Schläge der Fliegerkräfte die Hauptkräfte der Niederländischen Truppen niederzuhalten.⁴⁴ Die 9. Panzerdivision der NVA, die in einen *4 km breiten Durchbruchabschnitt* westlich BIENENBÜTTEL, in der Mitte zwischen den beiden Mot.-Schützendivisionen westlich BAD BEVENSEN eingeführt werden sollte, hatte die gegnerische Gruppierung aufzuspalten, zügig in die Tiefe vorzustößen, den Durchbruch bis zu den Flanken hin zu erweitern und den Gegner nach Teilen zu zerschlagen.

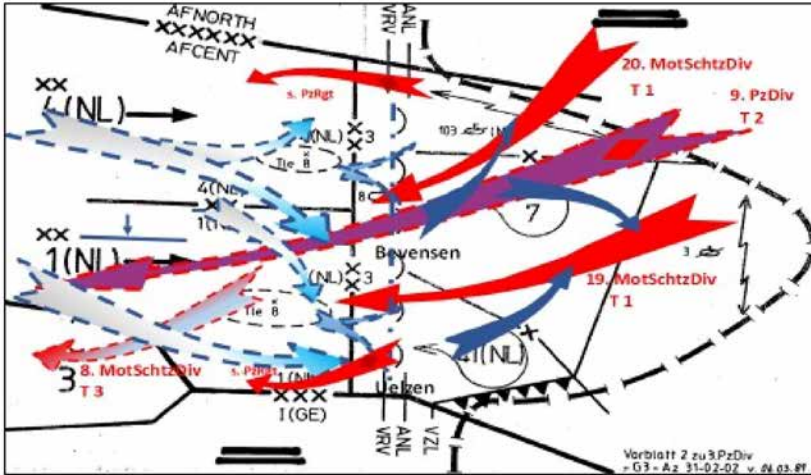


Abb. 18: Geplanter Gefechtsverlauf I. NL-Korps, GDP 1989, in Gegenüberstellung zur Operativen Planung, des Angriffs 5. Armee, Prinzipschema 1983

Hierzu wäre nach militärischen Einsatzgrundsätzen eine Operative Manövergruppe (OMG) zweckmäßig gewesen. Da für die Bildung einer OMG in der 5. Armee die Kräfte fehlten, war beabsichtigt, die 9. Panzerdivision frühzeitig einzusetzen. Dies sollte gemäß Entschluss von Generalleutnant Manfred Gehmert unter Ausnutzung des Überraschungsmomentes schon am 2. Operationstag erfolgen. Die zur Erfüllung der *Nächsten Aufgabe* der Armee erst am 3. Operationstag erforderliche Einführung der 9. Panzerdivision wurde damit um einen Tag vorgezogen. Dies erschien geboten, weil die vorhandenen Übergangsstellen über die Elbe im Forcierungsabschritt BOIZENBURG-LENZEN günstig lagen und Teile der Übersetzmittel am Wasserhindernis der Vorausverbände der 19. und 20. Mot.-Schützendivision genutzt werden konnten, um die 9. Panzerdivision rechtzeitig heran- und einzuführen, den Angriff zu verstärken und zielstrebig zu entwickeln.

Am Ende des 2. Tages sah die Planung vor, mit nun drei Divisionen in der 1. Staffel den Abschnitt SCHNEVERDINGEN-WINSEN an der ALLER einzunehmen. Danach war der Angriff zügig fortzusetzen und durch den Einsatz von Luftlande- und Luftsturmtruppen der 1. Front westlich der ALLER und WESER die Voraussetzungen für die Einführung der Reserve der Armee, der 8. Mot.-Schützendivision, am 3. Tag im Abschnitt NIENBURG-REHBURG-LOCCUM bzw. MARKTLOHE-UCHTE zu schaffen.

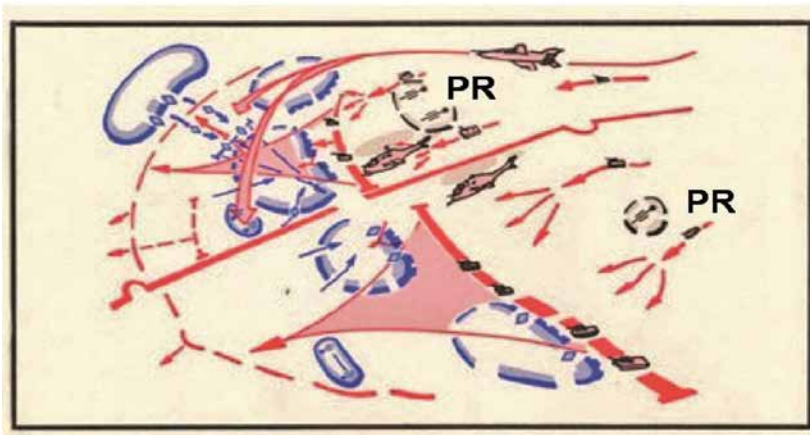


Abb. 20: Durchbruch des NL-Korps, Durchführung der Kampfhandlung, Prinzipschema

Die 8. Mot.-Schützendivision der NVA hatte zuvor im Zusammenwirken mit der sowjetischen 94. Garde-Mot.-Schützendivision in der 1. Phase der Verteidigungsoperation zunächst den Auftrag, in der Jütländischen Operationsrichtung einen Deckungsabschnitt an der westlichen Staatsgrenze zu beziehen und das Vorführen der 1. Polnischen Armee nach X+2 Tagen in die Jütländische Operationsrichtung zu sichern.

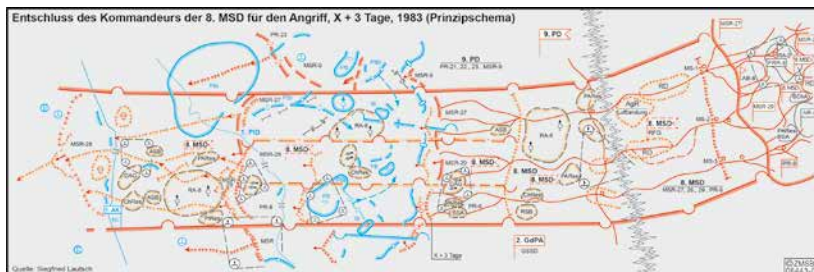


Abb. 21: Siegfried Lautsch, Idee des Entschlusses des Kommandeurs der 8. MSD für den Angriff, nach X + 3 Tagen, 1983, Prinzipschema

Mit Einführung polnischer Verbände gegen LANDJUT war beabsichtigt, koordiniert mit Kampfhandlungen der Vereinten Ostseeflotte im Raum der Kimbrischen Halbinsel die 8. Mot.-Schützendivision aus der Verteidigung zwischen HAMBURG und LÜNEBURG herauszulösen und in den Angriffsstrei-

fen der 5. Armee heran- und vorzuführen, um so den Angriff als Reserve zu verstärken und die Überlegenheit in der Hauptrichtung zu erhöhen. Bei nicht zeitgerechter Einführung der 8. Mot.-Schützendivision in den Angriffsstreifen der Armee hätte sich dies negativ auf die Operationsführung ausgewirkt. Es wären in einer Breite von bis zu 55 km über die gesamte Tiefe der Operation nur drei Divisionen und zwei selbstständige Panzerregimenter verfügbar gewesen. Für den Befehlshaber wäre es dann darauf angekommen, rechtzeitig eine neue Reserve aus der bestehenden Angriffsgruppierung zu bilden, um in einer kritischen Lage über zusätzliche Kräfte aus der Tiefe zu verfügen.

Die *Erfüllung der Tagesaufgaben* war mit Überschreiten der westlichen Staatsgrenze der DDR in einer Tiefe von 50 bis 60 km, der *Nächsten Aufgabe* am 3. Tag in einer Tiefe von 120 bis 175 km und der *Weiteren Aufgabe* in weiteren 2 bis 4 Tagen in einer Gesamttiefe der Operation von 270 bis 370 km geplant gewesen. Das Ende der Angriffsoperation der 5. Armee, die mit Zentrum in Richtung AHAUS geführt werden sollte, bestand im Erreichen der deutsch-niederländischen Staatsgrenze innerhalb von 5 bis 7 Tagen und die *Einnahme des Raumes NORDHORN - nördlich BOCHOLT-STEINFURT*.

Aus den Planungen wird deutlich, welche Bedeutung Normen bzw. Kennziffern hatten. Sie beruhten auf militärwissenschaftlichen Untersuchungen, Kampferfahrungen, Erkenntnissen und der Systematisierung der Ausbildungspraxis. In der 2. Phase wurden nachfolgende Kennziffern praktisch umgesetzt:

- *Breite der Angriffsoperation* 50 bis 90 km, die 5. Armee hatte einen tatsächlichen Angriffsstreifen in einer Breite von 55 km,
- *Nächste Aufgabe*, Kennziffer 80 bis 100 km, hier war die Entfernung von DÖMITZ bis NIENBURG auf etwa 180 km prognostiziert,
- *Weitere Aufgabe*, Kennziffer 150 km, bei einer Gesamttiefe der Operation von 250 bis 370 km, real ist die Entfernung von NIENBURG bis AHAUS nochmal etwa 190 km.
- Die *Gesamtoperation hatte somit eine Tiefe von 350 bis 370 km*. Bei einer geplanten Angriffsgeschwindigkeit von 50 km am Tag, konnte das Ziel der Operation rein rechnerisch in 7 Tagen erreicht werden.

Operativ-taktische Normen für den Angriff										
	Breite des Angriffsstreifens*) km	Durchbruchabschnitte Anzahl	Entfaltungsabschnitte (Entfernung von der Sturmangangsstellung)		Tiefe der Aufgaben bei Einsatz von Kernwaffen**) (Entfernung von der Sturmangangsstellung)		Zeitbedarf in Tagen	Allgemeine Reserve (2.Staffel) In Abstand von 1. Staffel km	Rückwärtige Dienste	
			In BSt/KoI km	In Kp/KoI km	Nächste Aufgabe km	Frontärme: Tiefe d. Operation Division: Tagesaufgabe FlugBl: Folgende Aufgabe km			1. Staffel	2. Staffel
Front mit 2 Armeen in 1. Staffel mit 3 Armeen in 1. Staffel	bis 200 bis 250	-	-	-	250 – 300	800 – 1200	10 – 12	200	200 – 400	
Armee der 1. Staffel	50 – 90	-	-	-	80 – 100	250 – 300***)	3	80 – 120	50 – 200	
Division der 1. Staffel	bis 15	2	-	-	25 – 50	80 – 100	1	15 – 20	15 – 20 hinter 1. Staffel der Div	30 – 50 hinter allg. Res (2. Staff.)
Regiment der 1. Staffel	bis 7	1	8 – 12	-	ca. 12	25 – 50	-	8 – 12	3 – 5 hinter 1. Stff. der Regt	15 – 20 hinter 1. Stff. der Div
Battalion der 1. Staffel	bis 3	-	-	4 – 6	ca. 5	ca. 12	-	1	Unmittelbar hinter allgem. Res. (2. Staff.)	

*) Die in Nebenrichtungen eingesetzten Kräfte haben breitere Angriffsstreifen. Hieraus ergeben sich im allgemeinen Differenzen zwischen der Summe der Breiten einer Befehlsebene und der Breite der nächsthöheren Ebene
**) Ohne Einsatz von Kernwaffen meist geringere Tiefen der Aufgaben
***) Bei massivem Kernwaffeneinsatz können größere Tiefen befohlen werden

Quelle: Siegfried Lautsch

© ZMSBw
06618-06

Abb. 22: Siegfried Lautsch, Allgemeine Kennziffern einer Angriffsoperation

Die Volksmarine der DDR, im Kriegszustand die 3. Flotte der NVA, als rechter Nachbar der 5. Armee, hatte im Zusammenwirken mit der Polnischen Seekriegsflotte und der Sowjetischen Baltische Flotte in der 1. und 2. Phase entsprechende Kampfhandlungen im Ostseeraum zu führen. Unter anderem war eine Operation unter Einsatz von Landungstruppen zur Öffnung der Ostseeaufgänge und Einnahme JÜTLANDS durchzuführen, auf die nicht weiter eingegangen wird.⁴⁵

Die sowjetische 2. Garde-Panzerarmee, als linker Nachbar der 5. Armee eingesetzt, hatte in beiden Phasen vergleichbare Aufgaben wie die 5. Armee. Deshalb waren beide Armeen auf Zusammenarbeit angewiesen.

Mit der Blockierung norddeutscher Häfen wären der Nach- und Abschub der aus Übersee vorzuführenden NATO-Kräfte unterbrochen und damit günstige Voraussetzungen für die südlich der 5. Armee angreifenden Hauptkräfte der 1. Front geschaffen worden.

Operationsplanung 1985 und 1988

Beruhete die Planung 1983 auf zwei Phasen mit der 2. Periode als kühner Angriff aus einer Anfangsverteidigung, so wurde 1985 nur noch die 1. Phase der Verteidigung er- bzw. überarbeitet. Die jeweiligen Befehlshaber der 5 Armee, Generalleutnant Manfred Gehmert (1985) und sein Nachfolger Generalleutnant Horst E. Sylla (1988) gestalteten die bisherige Verteidigungsplanung unter sich verändernden operativ-strategischen Rahmenbedingungen. Dabei war bestimmend, dass die übergeordnete sowjetische Führung der 1. Front einen Verteidigungsauftrag hatte, in welcher die 5. Armee einzuordnen war. 1985 verfügte die 5. Armee dazu über die 8., 19. und 20. Mot.-Schützendivision, die sowjetische 94. Garde-Mot.-Schützendivision, die 9. Panzerdivision sowie zwei sowjetische selbständig Panzerregimenter. Es wurden vier Divisionen, im Norden die 8. Mot.-Schützendivision, in der Mitte die 94. Garde.-Mot.-Schützendivision und südlich davon die 20. und 19. Mot.-Schützendivision räumlich unverändert eingesetzt. In der Tiefe standen zur beweglichen Verteidigung die 9. Panzerdivision bereit. Die grenznahe Dislozierung der Kräfte erfolgte vornehmlich auf politischem Einfluss des Nationalen Verteidigungsrates (NVR) und des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV) der DDR, obwohl die sowjetischen Grundsätze eine Verteidigung mit einem tieferen Sicherungstreifen und vorderen Rand des Verteidigungstreifens der Divisionen der 1. Staffel im Abstand von der Staatsgrenze von 20 bis 40 km forderten.



Abb. 23: Übergabe des Militärbezirks V im November 1986. Stellvertreter des Ministers und Chef der Landstreitkräfte, Generaloberst Horste Stechbarth (Mitte), Generalleutnant Manfred Gehmert (rechts), Generalmajor Horst Sylla (links)

Im Jahre 1988 erfolgte die letzte Planung in der Geschichte der WVO auf Basis der neuen Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags von 1987. Sie war Ergebnis der militär-politischen Entwicklung in Europa.

Es war bei etwa gleicher Breite des Verteidigungstreifens ein geringerer Kampfbestand für die 5. Armee zu berücksichtigen, da die 19. Mot.-Schützendivision an den linken Nachbarn, die 2. Garde-Panzerarmee, zu übergeben war. Grund für die neuen Planungen 1985 und 1988 war, dass ab Mitte 1985 die sowjetischen Streitkräfte auf dem Territorium der DDR begonnen hatten, ihre Kräfte auszudünnen und in die Heimat zu überführen.

Das geschah teilweise bereits vor Gorbatschow, wurde jedoch unter seiner Regierung in großem Maße beschleunigt. In beträchtlichem Umfang reduzierte das östliche Bündnis ab 1988 seine Angriffsfähigkeit und verfolgte damit das strategische Ziel, im Falle eines militärischen Konflikts mit einer Verteidigungsoperation den „Status quo ante“ an der Westgrenze herzustellen. In beiden Planungen dominierte eine bewegliche Verteidigung mit Gegenschlägen und Gegenangriffen bis zur Westgrenze der DDR.⁴⁶

Fazit

In rund einem Jahrzehnt hatte die Führung der 5. Armee sehr unterschiedliche operative Aufgabenstellungen in einem sich verändernden strategischen Umfeld zu planen. Charakteristisch für den Militärbezirk V war immer, dass am Anfang eine Verteidigungsaufgabe stand. In den Planungen bis Ende 1983 folgte nach der 1. Phase ein Auftrag im Rahmen eines Gegenangriffs der 1. Front nach Westen. 1983 bestand die Vorgabe, am 1. Angriffstag die Elbe südostwärts HAMBURG zu forcieren und neben der 2. Garde-Panzerarmee mit hohem Angriffstempo bis an die niederländische Grenze vorzustoßen. Der schnelle Wechsel von der Gefechtsart Verteidigung in Angriff mit Forcieren breiter Wasserhindernisse (Gewässerübergänge) waren operative Herausforderungen, die einst streng geheim gehalten wurde, allerdings in veränderten Szenarien und in der Ausbildung von den Truppenteilen periodisch trainiert wurde. Ab 1983 erfolgte der Einsatz der 5. Armee grundsätzlich in der 1. Staffel der 1. Front.

Zeitraum	Aufgaben 5. Armee im Wandel		
1962 - 1978	5. Armeekorps mit 2 Divisionen	Verteidigung der Ostseeküste bis Elbe, 2. Staffel der 1. Front	Verteidigung Zwei Div. zur Einführung d. Poln. Front, Abstellung von Divisionen
1978 - 1982	5. Armee (V. Armeekorps)	Verteidigung, dann Angriff in 2. Staffel der 1. Front, erstmalig geschlossener Einsatz der Armee bzw. Armeekorps	Verteidigung zur Einführung d. Poln. Front
1983 - 1985	5. Armee	Verteidigung, dann Angriff in 1. Staffel der 1. Front, zwei Optionen Angriff / Verteidigung	2 Divisionen unterstützen die Einführung der 1. Poln. Armee der Poln. Front

1985 – 1988	5. Armee	Verteidigung in 1. Staffel der 1. Front, Angriffe durch die 2. Strategische Staffel des WKSP	Ggf. Unterstützung der 1. Poln. Armee zur Einführung in die Jütländische Operationsrichtung
1988 – 1990	5. Armee	Verteidigung minus einer Div. in 1. Staffel der 1. Front Angriffsoptionen der 2. Strategischen Staffel des WKSP	Ggf. Unterstützung der 3. Pol. Front zugeordnet der 2. Strategischen Staffel auf dem WKSP ⁴⁷

Überblick über den Wandel der Rolle der 5. Armee auf der Basis der Forschungen von Friedrich Jeschonnek⁴⁸. Die Übersicht macht deutlich, dass die 5. Armee immer zunächst Verteidigungsaufgaben hatte, dabei noch 1983 im Angriff der 1. Staffel der 1. Front

Die Zweigleisigkeit der 1983 geplanten Verteidigungs- und zugleich Angriffsoperation der 1. Front war nach einer in der Sowjetunion vollzogenen Abkehr vorrangiger Offensivplanungen erarbeitet worden, um gegen vermeintliche Bedrohungen durch die NATO strategisch optimal vorbereitet zu sein, in einer Spannungsperiode effektiv zu agieren und gleichsam auf jede Art von Kampfhandlungen durch den Gegner reagieren zu können.

1985 und 1988 wurden die wachsenden Fähigkeiten der NATO so hoch eingeschätzt, dass einerseits deren Angriff nach sowjetischen Studien nur durch eine bewegliche und abnutzungsorientierte Verteidigung wirksam begegnet werden konnte, andererseits die Führung, vor allem von Offensivhandlungen mit konventionellen und Kernwaffen, als sehr begrenzt eingeschätzt.

Es war für die Führung der 5. Armee auf dieser Vorgabe viel zielführender, ab 1985 eine ausschließliche Verteidigungsoperation zu konzipieren. Dass allerdings auch die Planung einer Verteidigungsoperation eine abgestimmte Herausforderung für die Führungsorgane und Truppen war, die Sorgfalt und operatives Augenmaß erforderte, zeigte sich 1988, als weite Teile des Stabes des Militärbezirkes, Kommandeure der Divisionen und Armeetruppen mit ihren Befähigungen eingebunden wurden.

Die militärischen Führer und Stäbe in der WVO und der Generalstab in Moskau hatten immer wieder untersucht, wie, mit welchen Mitteln und Methoden, sie den wahrscheinlichen Gegner abwehren könnten und – wenn er angreifen sollte – ihn in einem begrenzten Krieg möglichst effizient zu zerschlagen.

Die Jahrzehnte alten Wahrnehmungen vom Gespenst des NATO-Angriffs zogen räumlich, zeitlich und strukturmäßig überdimensionierte Operative Planungen und damit verbundene Rüstungsprojekte mit enormen Ausgaben nach sich, die letztlich zunehmend die zivile Wirtschaftsleistung, den erwarteten Wohlstand in ganz Osteuropa schwächten und die Zivilgesellschaft spalteten.

Die Jahrzehnte alten Wahrnehmungen vom Gespenst des NATO-Angriffs zogen räumlich, zeitlich und strukturmäßig überdimensionierte Operative Planungen und damit verbundene Rüstungsprojekte mit enormen Ausgaben nach sich, die letztlich zunehmend die zivile Wirtschaftsleistung, den erwarteten Wohlstand in ganz Osteuropa schwächten und die Zivilgesellschaft spalteten. Die führenden Militärs in den Generalstäben der Vereinten Streitkräfte der WVO, gleichfalls im Hauptstab der NVA, erkannten diese Diskrepanz und vollzogen einen Bruch in ihrem bisherigen militärischen Denken

Die führenden Militärs in den Generalstäben der Vereinten Streitkräfte der WVO, gleichfalls im Hauptstab der NVA, erkannten diese Diskrepanz und vollzogen einen Bruch in ihrem bisherigen militärischen Denken.

Konnte die operative Planung von 1983 noch von einer strategischen Verteidigung ausgehen, die offensive Kampfhandlungen zur Einnahme westdeutschen Territoriums einschloss, so setzte der sowjetische Generalstab im Gleichklang mit den militärischen Führungen der WVO ab Mitte 1985, also schon vor Gorbatschow und dann politisch untermauert, ein defensives

Konzept bis zur Auflösung des Ostblocks schrittweise durch. So ließen sich durch die Verteidigung mögliche Unsicherheiten kalkulieren und bei der Gefahrenabwehr Zeit gewinnen.

Da von der NATO, wie auch von der WVO weder Kampfhandlungen, noch ein Krieg beabsichtigt waren, gab es in den 1980er-Jahren auf dem Westlichen Kriegsschauplatz keine wirkliche Kriegsgefahr mehr. Der Weg für Abrüstung war frei und konnte eingeleitet werden.

Ergänzend zum o.a. Erklärstück beantwortete der Zeitzeuge Siegfried Lautsch Fragen, die den Bericht vertiefen:

Wie war Ihre persönliche Rolle und wie waren die Arbeitsbedingungen bei der Operationsplanung?

Wie Sie meinem Werdegang entnehmen können, war ich als Leiter der Operativen Abteilung im Stab des Militärbezirkes V originär in die Einsatzplanung einbezogen. Wie schon angedeutet, war die Planung von Kräften für den Verteidigungszustand im Gegensatz zur Übungsplanung wohl das am strengsten behütete Geheimnis in der WVO und damit auch in der NVA ein besonderes Staatsgeheimnis. Auf Ebene des Militärbezirks waren nur der Befehlshaber, der Chef des Stabes und der Leiter der Operativen Abteilung zugelassen. Das waren zwei Generale und ein Stabsoffizier, der vor allem das „Handwerkliche“ zu erledigen hatte.

Das im Frieden vorgesetzte Kommando Landstreitkräfte war an den Planungen der NVA-Armeen nicht beteiligt, da es die besondere „Berliner Gruppierung“ zu planen hatte. Im MfNV gab es einige wenige Offiziere in der Verwaltung Operativ, die ebenfalls ermächtigt waren, die vor allem die nationale Planung zu erledigen und das Zusammenwirken mit der Verwaltung Operativ der 1. Front sicherzustellen hatten und die Operativen Pläne der 5. und 3. Armee mitprüften. Die Planungen fanden sowohl im MfNV als auch im Gebäude 40 in Wünsdorf, genannt Haus „Spandau“, unter sowjetischer Kontrolle statt. Der Name Spandau war eine Anspielung auf das Kriegsverbrechergefängnis in West-Berlin. Es durften keine Unterlagen mitgeführt werden. Abstimmungen mit den Nachbarn, z.B. mit der 2. Gard-Panzerarmee gab es nur mittelbar über spezielle sowjetische Stabsoffiziere, welche Fragen weiterreichten und Antworten übermittelten .

Die Planungen fanden sowohl im MfNV als auch im Gebäude 40 in Wünsdorf, genannt Haus „Spandau“, unter sowjetischer Kontrolle statt. Es durften keine Unterlagen mitgeführt werden. Abstimmungen mit den Nachbarn, z.B. mit der 2. Gard-Panzerarmee, gab es nur mittelbar über spezielle sowjetische Stabsoffiziere, welche Fragen weiterreichten und Antworten übermittelten.

Die Dokumente der Operativen Ebene, d.h. die Planungen für den Einsatz der 5. Armee wurden von uns in Russisch erarbeitet. Die der taktischen Ebenen, also für die Divisionen und ausgewählte Armeetruppenteile wurden in Deutsch gefertigt, blatt- bzw. kartenweise nummeriert, nach der Arbeit an die

Verantwortlichen in den jeweiligen Sonderregistraturen für Staatsgeheimnisse übergeben und verwahrt. Für die Einstufung der Staatsgeheimnisse galten folgende Geheimhaltungsgrade: Geheime Kommandosache (GKdos) für die Armeepanungen, Geheime Verschlussache (GVS) für die nachgeordnete Ebene.

Es gab konkrete Vorgaben für die Inhalte und Formate der Planungen. Hierzu gehörten unter anderem handgezeichnete Karten und handgeschriebene Befehle und Gefechtsanordnungen. Nach Schlusslesung durch Ermächtigte im MfNV und Billigung durch den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates, Erich Honecker, und des Verteidigungsministers, Armeegeneral Heinz Hoffmann, ab 1985 Armeegeneral Heinz Kessler, wurden die Operativen Dokumente in Wünsdorf und Moskau hochrangig gegengezeichnet und in vier Ausfertigungen aufbewahrt: Eine Dokumentation der Operativen Ebene für den Generalstab in Moskau, eine in Wünsdorf, eine in Strausberg und eine in Neubrandenburg.

Im Kommando des Militärbezirks wurden auf dieser Basis streng geheime Pläne der Armee und Aufträge für die Divisionen und Armeetruppenteile erstellt und versiegelt aufbewahrt. Es gehörte zu den ersten Maßnahmen bei der Herstellung der Vollen Gefechtsbereitschaft oder auf besondere Weisung, die Planungen lagebedingt zu prüfen und für den Stab, die Divisionen, die Territoriale Organisation bzw. Armeetruppen aufzubereiten und diese einzuweisen. So ganz unvorbereitet war der nachgeordnete Bereich und Stab allerdings nicht, da zahlreiche Ausbildungen und Übungen mit veränderten Truppenbezeichnungen und Legenden⁴⁹ das vermittelten, was sie im Kriege zur Durchführung ihrer Aufträge benötigten.

Ungeachtet der „überzogenen Geheimniskrämerei“ war die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Generalen und Offizieren kameradschaftlich, insbesondere für diejenigen, die der russischen Sprach mächtig waren. Die deutschen Planer hatten deshalb einen freundschaftlichen Kontakt, weil sie für ihre Aufgabe an den sowjetischen Militärakademien und/oder an der Akademie des Generalstabes „Woroschilow“ meist überdurchschnittlich ausgebildet worden waren und nach mehrjähriger Ausbildung gut russisch sprachen.

Noch vor Auflösung der NVA wurden die Operativen Planungen für den Verteidigungsfall im April 1990 sowjetischen Offizieren übergeben und vermutlich nach Moskau überführt. Dort liegen sie noch heute. Die übergeordneten Pläne des WKSP und der 1. Front hat kein Deutscher je gesehen. Daher gibt es bezogen auf die Gruppierungen der NVA in überlieferten Dokumenten

nur hier und da Anhalte der konkreten Einsatzplanung. Für die allgemeine Information wurden operative Aussagen so komprimiert bzw. verallgemeinert, dass Außenstehende nicht auf Raum, Zeit und Kräfte sowie Strukturen und das Zusammenwirken der Truppen schließen konnten.

Welche Rolle spielten militärwissenschaftliche Grundlagen in der Planung?

Die von mir dargestellten Grundsätze für die Armeeangriffs- und Verteidigungsoperation wurden militärwissenschaftlich in Moskau erarbeitet und in geheimen Führungsvorschriften abgedruckt. Sie mussten von Staboffizieren und Generalen in der WVO beherrscht werden. Die NVA entwickelte daraus eigene Vorschriften und deutschsprachige Lernunterlagen an der Militärakademie Friedrich Engels in Dresden. Diese sind im Bundesarchiv und in der Zentralbibliothek der Bundeswehr für die Nachwelt erhalten. Was fehlt, sind konkrete Planungen nach Raum, Zeit und Kräften. Diese Dokumente liegen in Moskau, einige wenige Zeitzeugenaussagen ergänzen sich zu einem glaubwürdigen operativen Bild.

Betrachtet man den Wandel vom Angriff zur Verteidigung ab 1985, so spiegeln sich hier die zeitlosen Ratschläge von Clausewitz im sechsten und siebten Buch „Vom Kriege“ hinsichtlich der Wahl von Angriff oder Verteidigung wider.

Ich selbst habe es mir während meiner Arbeit im Militärgeschichtlichen Forschungsamt, heute ZMSBw, zur Aufgabe gestellt, zusammen mit anderen Historikern wie Rüdiger Wenzke, Oliver Bange, Torsten Dietrich, Klaus Storkmann, Thorsten Loch u.a. das Geheimnis der operativen Planungen für die Zeit, in der ich damit befasst war, sachlich und fachlich aufzuarbeiten und mein Wissen und meine Erfahrungen als Zeitzeuge zur Verfügung zu stellen.

Gab es in der Einsatzplanung der WVO Bezüge zu Clausewitz?

Was Clausewitz betrifft, so hatte dieser in militärischen Fachkreisen der Sowjetunion und der WVO, vor allem an der Woroschilow-Akademie, stets einen angemessenen hohen Stellenwert. Dies ist u.a. durch die Clausewitz-Biographie von General Alexander Swetschin aus den 1920er-Jahren verbrieft. Dabei erkannte Swetschin aus Briefen und Werken von Clausewitz die Ratschläge zur Strategieentwicklung. Betrachtet man den Wandel vom Angriff zur Verteidigung ab 1985, so spiegeln sich hier die zeitlosen Ratschläge von Clausewitz im sechsten und siebten Buch „Vom Kriege“ hinsichtlich der Wahl von Angriff oder Verteidigung wider.

Nach Clausewitz soll nur derjenige angreifen, der objektiv überlegen ist. Verteidigen sollte derjenige, der nicht ausreichende Kräfte hat und damit die beachtlichen Vorzüge der Defensive nutzen kann. Swetschin war kurzzeitig Generalstabschef der Roten Armee und danach Kommandeur und Professor der Militärakademie des Generalstabs. Er wurde während des „Großen Terrors“ als Konterrevolutionär erschossen.

Er vertrat in den 1930er-Jahren unter Bezug auf Carl von Clausewitz und Hans G. Delbrück die Auffassung, dass die Verteidigung grundsätzlich dem Angriff vorzuziehen sei. Dabei ist zu beachten, dass andere militärwissenschaftlich gebildete und einflussreiche Militärs von Lew Trotzki über Michail N. Tuchatschewski bis Nikolai W. Ogarkow nachhaltig und vehement für den Angriff und Schaffung bzw. Erhalt strategischer Überlegenheit eintraten. Sie prägten das sowjetische Denken bis zum Ende der WVO, was auch für die Führungskader in den 1980er-Jahren schwer zu überwinden war.

Zu den Autoren:

Friedrich K. Jeschonnek: Oberst a.D., 22. Verwendungslehrgang GenSt (H), über 40 Jahre Berufssoldat in Kommandeur- und Stabsverwendungen im In- und Ausland, Einsatzerfahrungen, seit 1987 Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft, Redakteur Hardthöhenkurier.

Siegfried Lautsch: Oberst a.D. der NVA, OTL a.D. der Bw, Absolvent der Frunse-Akademie, Diplommilitärwissenschaftler, Kommandeur- und Stabsverwendungen in beiden deutschen Armeen, zahlreiche Veröffentlichungen über Planungen auf Operativer Ebene in West und Ost.

Anmerkungen

¹ Zur Forschung deutsch-deutscher Militärgeschichte, vgl. Ziegler, Leonie, „Gibt es eine deutsch-deutsche Militärgeschichte als neuere Zeitgeschichte?“, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift, 76/1 (2017) S. 181-189. Erste Arbeiten der Reihe des ZMSBw sind: Christoph, Nübel, (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Militärgeschichte 1945-1990, Bundesrepublik und DDR im Ost-West-Konflikt, Berlin 2019; Thorsten, Loch, Deutsche Generale 1945-1990, Berlin 2021, Jörg, Echternkamp, (Hrsg.), Militär und Gesellschaft in Ost- und Westdeutschland 1970-1990, Berlin 2021 sowie in Erarbeitung: Klaus, Storkmann, Strukturvergleiche Bundeswehr und NVA (Arbeitstitel).

² Vgl. Jeschonnek, Friedrich, Die Planung von Operationen in der Northern Army

Group (NORTHAG) im Wandel, Clausewitz Jahrbuch 2020, 16. Jahrgang, Hamburg 2021, S. 58-86.

- ³ Ausführlicher Werdegang von Siegfried Lautsch, in: Siegfried, Lautsch, Kriegsschauplatz Deutschland. Erfahrungen und Erkenntnisse eines NVA-Offiziers, Potsdam 2013, S. 212.
- ⁴ Vgl. Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Nationale Verteidigung, Direktive 1/85 des Ministers für Nationale Verteidigung über die Führung der Nationalen Volksarmee und Grenztruppen der DDR im Kriege vom 13.05.1985, abgedruckt in: Wenzke, Rüdiger, Die Streitkräfte der DDR und Polens in der Operationsplanung des Warschauer Paktes, Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte 12, Potsdam 2010, S. 131-176.
- ⁵ Diedrich, Torsten, Zur Rolle der Nationalen Volksarmee der DDR in der operativen Planung des Warschauer Paktes unter Berücksichtigung der 1960er Jahre, in: Ebenda, S. 15.
- ⁶ Vgl. Tarassenko, Juri, in: Siegfried Lautsch, Kriegsschauplatz Deutschland, Erfahrungen und Erkenntnisse eines NVA-Offiziers, Potsdam 2013, S. VII.
- ⁷ Vgl. Brühl, Reinhold, Im Gefolge Moskaus? Sowjetischer Einfluss und Eigenständigkeiten in der Militärpolitik der SED, in: Walter Jablonski und Wolfgang Wünsch (Hrsg.), Im Gleichschritt? Zur Geschichte der NVA, Berlin 2001, S. 11-66.
- ⁸ Vgl. Ebd., S. 62-63.
- ⁹ BA-MA, Grundsätze über die Vereinten Streitkraft der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags (für den Krieg) Az 32854, 18.03.1980, S. 85-120.
- ¹⁰ Das Kommando des SWKP war eine regionale Führungsebene für die WVO-Gruppierungen aus Ungarn, Bulgarien, ggf. auch Rumänien, und der UdSSR, die in Südosteuropa zum Einsatz kommen konnten. Auf diese wie auch auf den Nordeuropäischen Kriegsschauplatz (Richtung Norwegen) wird hier nicht eingegangen.
- ¹¹ Vgl. Postnikow, S.I., In fernen Garnisonen, Moskau 2004. (Постников, С.И., В далеких гарнизонах, М. 2004).
- ¹² Vgl. Deim, Hans-Werner, Hans-Georg Kampe, Joachim Kampe, Wolfgang Schubert, Die militärische Sicherheit der DDR im Kalten Krieg, Berlin 2008, S. 53; Hans-Georg Löffler, Soldat im Kalten Krieg, Erinnerungen 1955-1990, Bissendorf 2002, S. 181 f.; Fritz Minow, Die NVA und Volksmarine in den Vereinten Streitkräfte, Friedland 2011, S. 313-316.
- ¹³ Vgl. Hoffmann, Hans-Albert, Siegfried Stooß, Die sowjetischen Truppen in Deutschland – Ihr Hauptquartier in Wünsdorf, Berlin 2008, siehe auch Silke Satjukow, Besatzer – „Die Russen“ in Deutschland 1945–1994 Göttingen 2008.
- ¹⁴ Besondere Gruppierungen waren die sowjetisch-deutschen Kräfte zur Einnahme oder Einschließung West-Berlins und zur Unterstützung der Baltischen Flotte

- bei der Einnahme dänischer Inseln, vgl. Direktive Nr. 01 vom März 1985, a.a.O., Anmerkung 4.
- ¹⁵ Waffenbrüderschaft-80 war die Bezeichnung eines Großmanövers der Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrags, das anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Militärbündnisses vom 4. bis 12. September 1980 auf dem Territorium der DDR stattfand. Es war das umfangreichste Manöver in der Geschichte des Warschauer Vertrags und stand unter der Leitung des Verteidigungsministers der DDR Heinz Hoffmann. Beteiligt waren ca. 40.000 Mann der Streitkräfte der UdSSR, Polen, CSSR, DDR, Rumänien, Ungarn und Bulgarien.
- ¹⁶ Sylla, Horst, Horst Ulrich und Günter Starke, Zuverlässig geschützt. Zwischen Ostsee, Harz und Oder. Zur Geschichte des Militärbezirkes V (Neubrandenburg). Eine Darstellung von Zeitzeugen, o.O. 2006, S. 261.
- ¹⁷ Dabei waren dem Militärbezirk V in der Rolle als operative Vereinigung erst im Laufe seiner Entwicklung um 1980 selbstständige Aufgaben auf Operativer Ebene zugewiesen worden. Bis dahin hatte der Militärbezirk V die Struktur eines Armeekorps im Bestand von drei Divisionen, einschließlich der Korpsstruppenteile einzunehmen, wobei die Divisionen teils für den Bestand im Korps, teils im Bestand der 2. Sowjetischen Garde-Panzerarmee vorgesehen waren, vgl. BStU, Sekretariat des Ministers (SdM) 35, Bl. 368. Zitiert bei Rüdiger Wenzke, Ulbrichts Soldaten, die Nationale Volksarmee 1956 bis 1971, S. 657-661. Um 1980 wurde dann die 5. Feldarmee aus dem Bestand der Hauptkräfte des Militärbezirkes V geplant, der um zwei Mobilmachungsdivisionen (19. und 20. Mot.-Schützendivision) erweitert worden war. Vgl. Löffler, a.a.O. (Anmerkung 12), S. 113 f. und 181.
- ¹⁸ Zur Organisation des unmittelbaren Zusammenwirkens zwischen den Teilstreitkräften und den Gefechtsständen der Führungsebene Armee und Front wurden sogenannte operative Gruppen gebildet. Zu ihnen gehörten Offiziere verschiedener Waffengattungen und Dienste sowie Gefechtsfahrzeuge mit Nachrichtenmitteln und Versorgungsfahrzeuge. Leiter war der Hauptinspekteur der NVA.
- ¹⁹ Vgl. Wolf, Wolfgang, Zum Informationsdienst der militärischen Aufklärung der NVA, in: Bodo Wegemann, (Hrsg.), Die Militäraufklärung der NVA – ehemalige Aufklärer berichten. Im Zentrum und im Einsatz, Berlin 2007, S. 379-406.
- ²⁰ Generalmajor Georg Löffler, ehemals Chef des Stabes des Militärbezirkes V, nannte das in seinen Erinnerungen ein „Wort Case“- Denken: Löffler, Georg, a.a.O. (Anmerkung 12), S. 118 und 274
- ²¹ Militärlexikon, Berlin (Ost) 1973, S. 168. Dieses Prinzip wurde auch auf die NATO-Einschätzung angewandt.
- ²² Vgl. Sektion Landstreitkräfte der Militärakademie Friedrich Engels, Bestand und Gruppierung der NATO-Streitkräfte in den Handlungsstreifen der Armeegruppe NORD und des Kommandos Ostseeausgänge, Vorlesung, Geheime Verschluss-

sache, Dresden 1979, Fundstelle: Zentralbibliothek der Bundeswehr, Strausberg, Kennziffer: IAK 02 44 0043

- ²³ Die Gruppierung der 7 Armeen wurden vom Westen anders beurteilt. Wie die Bedrohungsanlagen der damaligen General Defense Plans (GDP) zeigen, wurde die 1. Front als Westfront mit drei Armeen in der 1. Staffel erwartet, eine ihrer Armeen in der Nordfront und drei Armeen darunter die 5. Armee der NVA in der 2. Staffel vermutet.
- ²⁴ Vgl. Clausewitz, Call von, Vom Kriege, Hamburg 2018, S. 629-688.
- ²⁵ Doktrinäre Grundlagen waren in: Lehrstuhl Operative Kunst und Führung der Landstreitkräfte, die Vorbereitung und Durchführung der Angriffsoperation der Front zu Beginn des Krieges, Vorlesung, Geheime Verschlussache, Az 57 44 00, Dresden 1978, verfügbar über Zentralbibliothek der Bundeswehr Strausberg, Kennung 02 44 0025.
- ²⁶ Welche operativ-strategischen Aufgaben ab 1985 für die 2. Strategischen Staffeln auf dem WKSP wie vor allem der Polnischen Küstenfront und den Fronten der sowjetischer Militärbezirke planerisch vorgesehen waren, ist noch zu erforschen, sie sind jedoch für die Darstellung des Wandels in der Operationsplanung der NVA-Armeen nicht relevant. Allerdings blieben alle Vorkehrungen in DDR und Polen, um den Vormarsch und Einsatz dieser Fronten vertragsgerecht zu gewährleisten bestehen.
- ²⁷ Aus den „Verbündeten Ostseeflotten“ im Frieden sollte im Kriegsfall die „Vereinte Ostseeflotte“ gebildet werden. Für beide wurde das Kürzel „VOF“ verwendet. Die VOF setzte sich aus der sowjetischen Baltischen Flotte, der Polnischen Seekriegsflotte und der Volksmarine der DDR zusammen.
- ²⁸ Direktive: ein militärstrategischer Befehl des Oberbefehlshabers, der den Hauptzweck der militärischen Operationen angibt und die Wahl der Mittel den nachgeordneten Befehlshabern überlässt.
- ²⁹ Operative Planung 1983: Armeegeneral Michail M. Saizew, 26.11.1980 bis 06.07.1985; Operative Planung 1985: Armeegeneral Pjotr G. Luschew, 07.07.1985 bis 11.07.1986; Operative Planung 1988: Armeegeneral, Boris W. Snetkow, 26.11.1987 bis 13.12.1990.
- ³⁰ Vgl. Resnitschenko, Wassili. G., Taktik, Berlin (Ost) 1988, S. 154.
- ³¹ Die Grundlagen einer Armeeangriffsoperation sind umfassend dargestellt in: MVA – Militärakademie Friedrich Engels – Stellvertreter des Chefs für Ausbildung, Die Vorbereitung und Durchführung der Angriffsoperation der Armee zu Beginn des Krieges, Vorlesung, Geheime Verschlussache, Az 57 45 00, Dresden 1980, verfügbar über Zentralbibliothek der Bundeswehr Strausberg, Kennung 02-44-0054.
- ³² Vgl. Lehmann, Rolf und andere, Entwicklungstendenzen ausgewählter Disziplinen der Militärwissenschaft in den 90er Jahren, Dresden 1989, S. 57-61.

- ³³ Ebd. S. 157.
- ³⁴ Als OMG konnte eine Panzer- oder Mot.-Schützendivision Aufgaben im Rahmen der Armee oder Front erfüllen. Sie diente der zielstrebigem Entwicklung des Erfolgs und der Durchführung von manöverreichen Kamphandlungen, einschließlich Streifzughandlungen, in der operativen Tiefe der Verteidigung des Gegners. Für die Handlungen im Bestand der OMG wurde die Division gewöhnlich durch Truppenteil (Einheiten) der Selbstfahrenden Artillerie, Luftabwehr, Luftsturm-einheiten, Einheiten der Armeefliegerkräfte und Truppenteile (Einheiten) der Spezialtruppen sowie der rückwärtigen Dienste verstärkt. Zudem wurde sie durch Raketentruppen, Artillerie und Frontfliegerkräfte unterstützt.
- ³⁵ Vgl. Gefechtsvorschrift der Landstreitkräfte (DV 046/0/001), Berlin (Ost) 1983, S. 180 f.
- ³⁶ Umfangreiche Grundaussagen enthält: Sektion Landstreitkräfte, Lehrstuhl Operative Kunst, Die Vorbereitung und Durchführung der Verteidigungsoperation der Armee zu Beginn eines Krieges, Vorlesung, Geheime Verschlussache, Az 57 02 02, Dresden 1979, verfügbar über Zentralbibliothek der Bundeswehr, Strausberg, Kennung 02 44 0055.
- ³⁷ Vgl. Lautsch Siegfried, Kriegsschauplatz Deutschland, Erfahrungen und Erkenntnisse eines NVA-Offiziers, Potsdam 2013, S. 151, hier: Entschluss des Befehlshabers der 5. Armee der NVA für die Verteidigung, 1988.
- ³⁸ Zur Rolle des Ersten Kernwaffenschlages einer Front: Lehrstuhl Raketentruppen und Artillerie der Militärakademie Friedrich Engels, Der erste Kernwaffenschlag der Front, Vorlesung, Streng geheim, Az 26 01 06, Dresden 1978, verfügbar über Zentralbibliothek der Bundeswehr, Strausberg, Kennung 02 34 0021.
- ³⁹ Vgl. Minow, Firtz, a.a.O. (Anmerkung 12), S. 305-318.
- ⁴⁰ Der Bereitstellungsraum der 5. Armee schloss die damaligen Bezirke Rostock (7.075 km²), Neubrandenburg (10.948 km²), Schwerin (12.568 km²) und einen Teil des Bezirkes Potsdam (12.568 km²) ein. Unter den heutigen Bedingungen entspricht das dem Land Mecklenburg-Vorpommern (23.180 km²) und dem nördlichen Gebiet des Landes Brandenburg (29.478 km²).
- ⁴¹ Manfred Gehmert war von 1979 bis 1986 Chef des Militärbezirks V. Am 01. März 1981 wurde er zum Generalleutnant befördert.
- ⁴² Als Berechnungsgrundlage für das absolute Kräfteverhältnis in diesem Streifen wurde ein Personal von 73.000 Soldaten, 6 operativ-taktischen Raketen „Lance“, 630 Panzern, 450 Artilleriesystemen und Granatwerfern, 400 Panzerabwehrmitteln und 135 Mittel der Truppenluftabwehr erwartet. Dem standen im gesamten Angriffsstreifen der Armee die 8., 19., 20. Mot.-Schützendivision und 9. Panzerdivision der NVA sowie zwei sowjetische selbständige Panzerregimenter gegenüber. Das entsprach einem Personalstand von 97.200 Mann, 28 operativ-taktischen

und taktischen Raketen, 1111 Panzern, 815 Artilleriesystemen und Granatwerfern, 443 Panzerabwehrmitteln und 650 Mittel der Truppenluftabwehr. Somit ergab sich im Gesamtstreifen der 5. Armee ein Kräfteverhältnis bei Personal von 1,3:1, operativ-taktischen und taktischen Raketen 4,7:1, Panzer 1,2:1, Artilleriesystemen und Granatwerfer 1,8:1, Panzerabwehrmittel von 1,1:1 und Mittel der Truppenluftabwehr von 4,8:1 zugunsten der 5. Armee.

⁴³ Mit dieser Variante wäre im Durchbruchabschnitt zwischen der 1. und 4. Panzer-Infanteriedivision eine mehrfache Überlegenheit über dem Gegner erreicht worden. Der 9. Panzerdivision standen unter Berücksichtigung möglicher Verluste vor Einführung in das Gefecht von 20 % 207 Panzer, 166 Schützenpanzer, 122 Rohre Artillerie und 103 Fla-Mittel zur Verfügung. Das entsprach einer Dichte je Fronkilometer im Durchbruchabschnitt von 52 Panzern, 42 Schützenpanzern und 31 Rohren Artillerie [die Anzahl der Artillerierohre würde sich in dieser Lage bis auf 140 Rohre erhöhen, da der Befehlshaber gewiss die Armeeartilleriegruppe (AAG) und Armeegruppe Reaktiver Artillerie (AGRA) zusätzlich in diesem Abschnitt einsetzen würde].

⁴⁴ Die sowjetische Beurteilung des Gegners beinhaltete, dass im Verteidigungsstreifen der 5. Armee das deutsch-dänische Jütländische Korps und I. NL-Korps bis zu 7 Divisionen und 2 Infanteriebrigaden mit 10 Operativ-taktischen Raketen Lance angreifen würden. Dem standen seitens der 5. Armee vier Mot.-Schützendivisionen, eine Panzerdivision und zwei selbständige Panzerregimentern mit insgesamt 32 Operativ/taktischen Raketen gegenüber. Das absolute Kräfteverhältnis auf gegnerischer Seite betrug etwa 1.500 Panzern und 1.460 Artilleriesystemen und Granatwerfern, seitens der NVA konkret 1.332 Panzern und 1.063 Artilleriesystemen und Granatwerfern. Das entsprach einem Kräfteverhältnis bei Operativ-taktischen Raketen von 3,2:1, Panzern von 1:1,2 und Artilleriesystemen sowie Granatwerfern von 1:1,4 letzteres zugunsten des Gegners. Diese wenigen Zahlen machen deutlich, dass das Kräfteverhältnis für eine Angriffsoption im Gesamtstreifen der 5. Armee ungünstig war. Die angegebenen Zahlen entstammen einer Meldung des Chefs Aufklärung an den Chef des Militärbezirkes, GVS-Nr.: F 1 380437, o.D., Privatbesitz des Autors.

⁴⁵ Vgl. Minow, Fritz, a.a.O., (Anmerkung 11) S. 358- 384, auch: Born, Hendrick, Es kommt alles ganz anders, Erinnerungen eines Zeitzeugen der DDR und das Leben danach, Hamburg 2018, insbesondere, S.188-191.

⁴⁶ Vgl. Minow, Fritz, a.a.O. (Anmerkung 11) S. 316-318.

⁴⁷ Nach Archivalien, die der polnische Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak am 15. Januar 2021 in Warschau im Polnischen Militärarchiv (WBH) offengelegt hat, sind neue Erkenntnisse über die Planung des Einsatzes der Poln. Front ab 1988 bekannt geworden, diese sind im Weiteren zu analysieren.

- 48 Die Überblicksdarstellung basiert aus Vergleichen von Aussagen: Deim, a.a.O., Lautsch a.a.O., Löffler a.a.O., Minow a.a.O., Streletz, Fritz, Fakten zur Militärpolitik der DDR – ein Zeitzeuge berichtet – in Kompass, Sonderausgabe 2019 und Sylla, a.a.O. (Anmerkung 16).
- 49 Militärische Legenden, bei denen verwendete Begriffe, Nummerierungen und Erklärungen für etwas verwendet werden, die aber eigentlich gar nicht der Wahrheit entsprechen.

Percy Ernst Schramm (1894 - 1970)

Historiker – Reserveoffizier – Führer des Kriegstagebuchs im Oberkommando der Wehrmacht

Michael P. Vollert

Einführung

Von März 1943 bis April 1945 führte Percy Ernst Schramm, zunächst als Rittmeister der Reserve, seit September 1943 als Major, das Kriegstagebuch (KTB) im Oberkommando der Wehrmacht (OKW), einem der Machtzentren des Dritten Reiches. Im Zivilberuf war Schramm seit 1929 ordentlicher Professor für Mittlere und Neuere Geschichte sowie historische Hilfswissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen. Nachdem er bereits während des gesamten Ersten Weltkriegs Soldat war, wurde er im September 1939 als Reserveoffizier erneut einberufen. Das Amt des Kriegstagebuchführers übernahm Schramm von seinem Vorgänger Helmuth Greiner, wie Schramm im Ersten Weltkrieg Offizier und in den 1930er Jahren als Ministerialrat Archivar im Heeresarchiv Potsdam. Zu dem Wechsel im Amt des KTB-Führers kam es, weil Greiner nach einer politischen Intrige aus dem OKW entlassen worden war. Als Führer des KTB wurde Schramm ein unmittelbarer Zeitzeuge der Endphase des Dritten Reiches. Nach der Veröffentlichung des KTB als Buch in den Jahren 1961 bis 1964 sowie ergänzender Publikationen von ihm zu diesem Abschnitt der neueren deutschen Geschichte war er nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft ab 1947 ein gesuchter Gesprächspartner für andere Historiker, Journalisten und Militärs aus dem In- und Ausland. Ergänzend zu seinem herausragenden Ruf als Professor für die Geschichte des Mittelalters sowie für die Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte seiner Heimatstadt Hamburg wurde er damit einer der führenden Historiker für den deutschen Anteil am Zweiten Weltkrieg.

Mehr als fünfzig Jahre nach seinem Tod im Jahre 1970 ist ein neuer und kritischer Blick auf sein Leben und Werk mit seinen Brüchen und Kontinuitäten möglich und geboten. Im Mittelpunkt der vorliegenden historisch-biographischen Skizze soll sein Selbstverständnis als KTB-Führer während des Dritten Reiches und danach sowie als Reserveoffizier in beiden Weltkriegen stehen. Außerdem ist auf seine Haltung zur Politik des NS-Staates einzugehen. Wie noch darzustellen sein wird, gibt es einen Zusammenhang zwischen diesen

drei Aspekten. Eine Würdigung seiner Leistungen und Verdienste als Mediziner sowie als Sozial- und Wirtschaftshistoriker bleibt anderen vorbehalten.

Bis zur Mitte der 1960er Jahre befand sich Schramm auf der Höhe seiner Reputation. In Wissenschaft und Öffentlichkeit war er hoch angesehen. Seit dem Ende der 1980er Jahre, vereinzelt bereits früher, wurde jedoch an dem „Denkmal Percy Ernst Schramm gerüttelt“¹ Eine Gruppe junger Wissenschaftler untersuchte die Geschichte der Universität Göttingen in der NS-Zeit und stieß dabei – nicht überraschend – auf Schramm.² Andere, darunter auch einige seiner Schüler, hinterfragten kritisch seine Einstellung zum NS-Staat vor und während des Zweiten Weltkriegs.³ Und in München gab es Anfang 1964 eine vielbeachtete Podiumsdiskussion über den „umstrittenen Historiker Percy Ernst Schramm“.⁴ Außerdem meldeten sich die Historiker Manfred Messerschmidt und Jens Brüggemann mit Kritik an ihm zu Wort. Beim Frankfurter Historikertag 1998 befasste sich eine Sektion mit den deutschen Historikern in der Zeit des Nationalsozialismus, also auch mit Schramm, seiner Tätigkeit als Professor an der Universität Göttingen seit 1929 sowie seiner Dienstzeit in der Wehrmacht, besonders als KTB-Führer im OKW. In der frühen Bundesrepublik gehörte Schramm trotz dieser Erblast – wenn es denn eine gewesen sein sollte – bis in die 1980er Jahre weitgehend unangefochten zu den Spitzen der deutschen Geschichtswissenschaft.

Historiker sind stets in die Lebenswelt ihrer Zeit eingebunden, auch Schramm. Dem NS-Staat hat er sich jedoch nicht angedient, eine besondere Affinität zum Nationalsozialismus ist ihm jedenfalls nicht nachzuweisen.

Historiker sind stets in die Lebenswelt ihrer Zeit eingebunden, auch Schramm. Dem NS-Staat hat er sich jedoch nicht angedient, eine besondere Affinität zum

Nationalsozialismus ist ihm jedenfalls nicht nachzuweisen. 1943 wurde er als Offizier aus einer anderen Verwendung in das OKW versetzt. Ob und in welchem Umfang er am Krieg des Dritten Reiches aktiv mitgewirkt hat, soll in dem vorliegenden Aufsatz untersucht werden. Dabei werden auch die Probleme deutlich, die sich bei der Rekonstruktion seiner Lebensbedingungen in der NS-Zeit ergeben.⁵

War Schramm als Reserveoffizier und KTB-Führer ein Teil des „NS-Systems“? Trug er dazu bei, einen verbrecherischen Krieg zu führen und eine menschenverachtende Diktatur zu unterstützen?⁶ Oder war er „nur“ der Notar des Untergangs, als der er sich selbst verstand, jedoch kein Akteur im NS-Regime, besonders während des Zweiten Weltkriegs? Ist die Kritik an einem der be-

deutendsten deutschen Historiker des 20. Jahrhunderts auch heute (2021) noch berechtigt oder gibt es neue Erkenntnisse zum Zweiten Weltkrieg, zur Rolle der Wehrmacht oder der Person von Percy Ernst Schramm, die möglicherweise zu anderen Urteilen als bisher führen könnten? Dazu sollen sein Lebensweg, seine Laufbahn als Reserveoffizier in beiden Weltkriegen, seine Tätigkeit als KTB-Führer und dessen Veröffentlichung ab 1961 sowie sein Verständnis von der Politik des NS-Staates näher betrachtet werden.

Zu Schramm gibt es bis heute keine Biographie. Das Buch des Wiesbadener Historikers David Thimme „Percy Ernst Schramm und das Mittelalter“⁶⁷ befasst sich, wie der Titel besagt, mit dem Mediävisten Schramm, enthält aber auch Angaben zu seiner Person und seinem Leben. Joist Grolle, Professor für Geschichte und deren Didaktik, ein Schüler Schramms und von 1978 bis 1987 Schul- und Bildungssenator in Hamburg, setzte sich ebenfalls kritisch mit dessen Leben und Werk auseinander. Von Schramm selbst gibt es zu einigen Abschnitten seines Lebens nur wenige, bisher unveröffentlichte Aufzeichnungen, darunter eine Art Autobiografie „Jahrgang 1894“ (sein Geburtsjahr), die sich heute im Familienarchiv in Freiburg i. B. und im Staatsarchiv Hamburg befindet. Diese 1924 begonnen Autobiografie brachte er auch später nicht zum Abschluss.

Das Kriegstagebuch

Schramm übernahm im März 1943 im OKW die Führung des KTB von Helmut Greiner, wenige Wochen nach der vernichtenden Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad, einem der Wendepunkte des Krieges. Für diese Aufgabe war er als Ordinarius für Geschichte und als Reserveoffizier aufgrund seiner Vorkenntnisse in der Truppe im Ersten sowie in höheren Stäben im Zweiten Weltkrieg bestens geeignet.

Täglich um 12 Uhr nahm er an den Besprechungen der Spitzen des OKW über die Entwicklung der militärischen Lage in den vergangenen 24 Stunden teil, deren Ergebnisse er anschließend im KTB protokollierte. Die Systematik seiner Aufzeichnungen hatte er von seinem Vorgänger Greiner übernommen. Als Ergänzung zum KTB führte er ein so genanntes Lagebuch. Akten zu Einzelproblemen der Kriegführung der Wehrmacht oder Beiträge anderer Stellen, zum Beispiel des Auswärtigen Amtes, wurden als Anlagen dem KTB beigelegt. Bisweilen fasste Schramm auch die Ereignisse mehrerer Tage zusammen. Auf den Inhalt des KTB nahmen seine Vorgesetzten, besonders

Generaloberst Alfred Jodl, Chef des Wehrmachtsführungstabes, keinen Einfluss – ungewöhnlich in einem sonst in allen Lebensbereichen durch den NS-Staat, auch im Bereich des Militärs, streng kontrollierten System. Insoweit ist anzunehmen, dass die Aufzeichnungen des Historikers Schramm im KTB die Ereignisse richtig wiedergeben.

Nachdem sich die militärische Lage des Dritten Reiches ab Mitte 1944 dramatisch verschlechtert hatte, war es Schramm nicht mehr möglich, alle Einzelheiten noch genau festzuhalten, auch gibt es Lücken in den Aufzeichnungen, besonders für die Monate März und April 1945. Die Führung des KTB wurde unter anderem durch die mehrfache Verlegung des OKW von Friedberg in Hessen nach Zossen bei Berlin und schließlich von Teilen des Stabes nach Berchtesgaden, die zunehmenden Bombenangriffe der Alliierten sowie die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen erheblich beeinträchtigt. Daher war es ihm nicht mehr möglich, Ortsangaben, die Bezeichnung von Truppenteilen und andere Einzelheiten noch genau und vollständig anzugeben, was er in seinen Veröffentlichungen nach dem Krieg mehrfach bestätigte.

Auch seine persönliche Situation war nicht einfach. Zwei Söhne waren Soldaten der Wehrmacht, ihr Schicksal zeitweilig ungeklärt, ebenso wie das seiner Ehefrau in Göttingen. Nachdem seine Schwägerin Elisabeth von Thadden wegen angeblicher Verbindungen zum Widerstand verhaftet und im September 1944 hingerichtet worden war, forderten Göttinger Parteistellen, Schramm aus der Universität und dem OKW zu entlassen. Er konnte jedoch bis zum Kriegsende bleiben, weil sein Chef, Generaloberst Jodl, ihn geschützt hatte und damit halten konnte.

Im April 1945 wurde Schramm befohlen, das KTB zu vernichten, damit es nicht in die Hände der Alliierten fiele, auch weil befürchtet wurde, dass es bei den von den Alliierten angekündigten Kriegsverbrecherprozessen für die Anklage genützt werden könnte.⁸ Doch er widersetzte sich diesem Befehl, nahm zwei Abschriften an sich, um sie als Dokumente von historischer Bedeutung für die Nachwelt aufzubewahren. Eine dieser Abschriften ist in den Wirren der letzten Kriegswochen verloren gegangen, eine andere blieb unvollständig erhalten, eine weitere fiel nach dem Ende des Krieges in die Hände der Amerikaner.⁹

Seine Eintragungen in das KTB endeten am 20. April 1945, sie konnten jedoch durch die Aufzeichnungen der „Regierung Dönitz“ vom 2. bis zum 17. Mai

1945¹⁰ für die letzten Kriegstage in Deutschland ergänzt werden. Außerdem veröffentlichte das OKW aus Berlin bis zum 9. Mai, dem Tag der Kapitulation, noch täglich einen „Wehrmachtsbericht“. Im Band IV des von Schramm und seinen Mitarbeitern ab 1961 als Buch herausgegebenen KTB wird eingehend dargestellt, welche Teile des Gesamtwerkes erhalten geblieben (etwa drei Viertel) und welche verloren gegangen sind.¹¹

Gleichwohl gibt das KTB trotz der akribischen Arbeit seines Verfassers das Kriegsgeschehen nicht vollständig wieder, unter anderem, weil die Akten bzw. Kriegstagebücher des Generalstabs des Heeres und der Luftwaffe nicht erhalten geblieben sind. Die Akten der Seekriegsleitung liegen dagegen heute vor. Auch die etwa 200.000 Blatt der stenographisch festgehaltenen „Führer-Lagebesprechungen“ sind bis auf einen unbedeutenden Rest verloren gegangen. Diese Lücken konnten 1961 bis 1964 für eine Gesamtdarstellung des Zweiten Weltkriegs bei der Veröffentlichung des KTB als Buch nicht geschlossen werden. Schramm wurde nach dem Krieg vorgeworfen, dass er in dem KTB die „Totalität der Niederlage“ nicht ausreichend dargestellt habe. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass die letzte Phase des Kriegs von ihm nicht mehr vollständig erfasst werden konnte.

Schramm hat seinen Auftrag als KTB-Führer so verstanden, dass er „wie ein Notar das fortschreitende Verhängnis des furchtbarsten Kapitels der deutschen Geschichte rein annalistisch festzuhalten [habe]“. An anderer Stelle bezeichnet er sich als „amtlich bestellter Registrar der Niederlage“.

Schramm hat seinen Auftrag als KTB-Führer so verstanden, dass er „wie ein Notar das fortschreitende Verhängnis des furchtbarsten Kapitels der deutschen Geschichte rein annalistisch festzuhalten [habe]“¹². An anderer Stelle bezeichnet er sich als „amtlich bestellter Registrar der Niederlage“.¹³

Von 1961 bis 1964 wurden die erhaltenen Teile des KTB in Buchform in vier Bänden mit über 4.000 Seiten veröffentlicht. Schramm begründete seinen Entschluss zur Veröffentlichung damit, dass trotz der zahlreichen Publikationen zum Zweiten Weltkrieg nach 1945 ein „erschöpfender Einblick in die Oberste deutsche [militärische] Führung fehle“.¹⁴

Obwohl der Band IV die Jahre 1944/45 des Krieges dokumentiert, wurde er 1961 von Schramm noch vor den übrigen Bänden herausgegeben. Er enthält redaktionelle Hinweise und Kommentare, die auch für die übrigen Bände gelten.

Herausgeber des I. Bandes (1. September 1939 bis 31. Dezember 1941) war Hans-Adolf Jacobsen, von 1961 bis 1991 Professor an der Universität Bonn. Den II. Band für das Jahr 1942 betreute Andreas Hillgruber, von 1968 bis 1972 Professor in Freiburg i. B. und Leitender Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr. Den III. Band für das Jahr 1943 gab Walter Hubatsch heraus, nach dem Krieg Professor in Göttingen und Bonn. Jacobsen war ein Schüler Schramms und wurde bei ihm promoviert, Hubatsch war als Reserveoffizier bereits im OKW ein Mitarbeiter Schramms. Helmuth Greiner,



Mit der Veröffentlichung des Kriegstagebuchs wollte Schramm vor allem den Untergang des Dritten Reiches dokumentieren, das im April 1945 nur noch aus einigen Häuserblocks um den Bunker der Reichskanzlei bestand.

KTB-Führer von 1939 bis 1943, war im Jahre 1958 verstorben und konnte daher an der Veröffentlichung nicht mehr mitarbeiten. Die Herausgabe des KTB in vier Bänden erfolgte im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung in Stuttgart. Sämtliche Unterlagen wurden anschließend an das Bundesarchiv abgegeben.

Mit der Veröffentlichung des KTB wollte Schramm vor allem den Untergang des Dritten Reiches dokumentieren, das im April 1945 nur noch aus einigen Häuserblocks um den Bunker der Reichskanzlei bestand. Außerdem wollte er mit seinen Aufzeichnungen die Entstehung ei-

ner neuen „Dolchstoßlegende“ wie nach dem Ersten Weltkrieg verhindern, nachdem absehbar war, dass in der Nachkriegszeit Zweifel an der totalen Niederlage aufkommen würden.

Er ergänzte und erläuterte das KTB bereits vor dessen Veröffentlichung durch weitere Bücher, zum Teil mit Auszügen daraus: „Hitlers Tischgespräche“ zusammen mit Henry Pickert (1954), „Die Invasion“ (1959), „Hitler als militärischer Führer“ (1962), „Die Niederlage“ zusammen mit Walther Hubatsch (1962) sowie „Die deutsche militärische Führung in der Kriegswende“ (1964).¹⁵ Insgesamt ist das ab 1961 veröffentlichte KTB dank der Arbeit von Schramm und der übrigen Herausgeber eine herausragende, bedeutende Quelle zur Erforschung des Zweiten Weltkriegs.

In der Nachkriegszeit, besonders nach 1980, wurden das KTB und sein Verfasser mit dem Vorwurf konfrontiert, er hätte nur die militärischen Operationen an den Fronten protokolliert. Wichtige politische, völkerrechtliche Aspekte oder die verzweifelte Lage der deutschen Zivilbevölkerung in den beiden

letzten Kriegsjahren wären überhaupt nicht berücksichtigt worden. Ebenso fehlten im KTB Hinweise auf die furchtbaren Taten der Einsatzgruppen im rückwärtigen Gebiet des Heeres, die katastrophale Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen, die Mitwirkung von Teilen der Wehrmacht an der Verfolgung und Vernichtung der Juden, die Geisel- und Liquidierungsbefehle auf dem Balkan und in Italien sowie andere völker- und menschenrechtswidrige Maßnahmen.¹⁶ Dieser Vorwurf ist jedoch nur teilweise und nur insoweit berechtigt, weil es für die Führung des KTB eines militärischen Stabes damals wie auch heute noch in der Bundeswehr Vorschriften gab und gibt, die bestimmen, was festzuhalten oder zu dokumentieren ist. Gleichwohl hatte Schramm mit Sicherheit Kenntnis von derartigen Ereignissen und deren rechtswidrigem Charakter. Seine Aufzeichnungen blieben jedoch bis zum Schluss nüchtern und emotionslos.

Auch zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944, dessen Auswirkungen und mögliche Folgen für das Regime enthält das KTB keine Angaben. Unter den Verschwörern gegen das NS-Regime befanden sich auch zahlreiche Offiziere, daher hätte es nahegelegen, dass Schramm sich mit deren Handeln und Motiven auseinandersetzen würde. Erst 1952

befasste er sich als Gutachter im so genannten „Remer-Prozess“ damit, zu dem er aufgrund seiner Kenntnisse als Verfasser des KTB geladen war. Am Tag des Attentats hatte Ernst-Otto Remer als Kommandeur des Wach-Bataillons in Berlin den Aufstandsversuch niedergeschlagen und in der Nachkriegszeit als führendes Mitglied der rechtsradikalen Sozialistischen Reichspartei den Verschwörern des

Auch zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944, dessen Auswirkungen und mögliche Folgen für das Regime enthält das KTB keine Angaben. Unter den Verschwörern gegen das NS-Regime befanden sich auch zahlreiche Offiziere, daher hätte es nahegelegen, dass Schramm sich mit deren Handeln und Motiven auseinandersetzen würde.

20. Juli 1944 Vaterlandsverrat vorgeworfen. Zum Verfahren vor dem Landgericht Braunschweig gegen Remer wegen übler Nachrede und der Verunglimpfung Verstorbener (der Verschwörer des 20. Juli 1944) wurde neben drei Theologen zur ethisch-moralischen Beurteilung des Attentats auch Schramm als militärischer Sachverständiger hinzugezogen. Er bestätigte in seinem Gutachten, dass der Krieg im Sommer 1944 bereits endgültig verloren war. Die Behauptung Remers, die Verschwörer hätten mit einem erfolgreichen Attentat den Sieg des Dritten Reiches verhindern wollen, wäre aus militärischer Sicht abwegig.¹⁷

Aber kann und soll das KTB eines militärischen Stabes mehr sein als die Dokumentation von Fakten? Ein KTB ist keine Geschichtsschreibung wie etwa Winston Churchills „Geschichte des Zweiten Weltkrieges“¹⁸ oder ähnliche Veröffentlichungen. Die Bedeutung des von Schramm geführten und mit seinen Mitarbeitern herausgegebenen KTB ergibt sich auch aus der Tatsache, dass die Akten der Historical Division der US-Armee erst Ende der 1950er Jahre der Forschung zugänglich waren, während Schramm das KTB seit 1945 in Händen hielt. Da er als amerikanischer Kriegsgefangener einige Zeit in der Historical Division der US-Armee gearbeitet hatte, erhielt er dort möglicherweise Einblick in die US-Sicht über den Verlauf des Zweiten Weltkriegs. Diese Erkenntnisse – wenn er denn solche überhaupt hatte – fanden keinen Eingang in seine späteren Veröffentlichungen zum KTB.

Es gibt für die Zeit von 1939 bis 1945 unzählige weitere „Tagebücher“, zumeist Aufzeichnungen von Kriegsteilnehmern, ehemaligen Soldaten oder Privatleuten abseits der Fronten, Memoiren von Militärs aller Nationen, die am Krieg teilgenommen hatten, die aus der Sicht ihrer persönlichen Betroffenheit Erlebnisse oder Erinnerungen veröffentlichten. Dazu gehört auch das von Generaloberst Franz Halder, Chef des Generalstabs des Heeres, geführte „Kriegstage-

buch“, das dieser 1962 zusammen mit Hans-Adolf Jacobsen für den Zeitraum von 1939 bis 1942 herausgegeben hatte. Diese Veröffentlichung wurde wegen ihrer Einseitigkeit kritisiert, auch weil nur der Anteil des Heeres, nicht der gesamten Wehrmacht erfasst wurde.

Auf die berechtigten Fragen, wofür, für wen, zu welchem Zweck das Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg geführt hat, geben das KTB und sein Verfasser keine Antwort. Schramm ist der Spagat zwischen sachlich-historisch korrekter, wenngleich teilweise unvollständiger Darstellung einerseits und einer kritischen Auseinandersetzung mit den Verbrechen des NS-Regimes und der Wehrmacht andererseits nicht gelungen.

Schramm erkannte das Problem der Lücken und Unvollständigkeit des KTB und stellte dazu 1962 fest, dass er sich darüber im Klaren war. In den Vorbemerkungen zu der Dokumentensammlung aus dem

KTB für das Jahr 1945 bemerkte er: „Von all dem menschlichen Elend, dem Grauen vor der nächsten Nacht, den Tränen um die Millionen Toten, von der Verzweiflung, einem Schicksal ausgeliefert zu sein, ohne es ändern zu können, steht in den abgedruckten Aufzeichnungen nichts. Der Leser muss deshalb zunächst annehmen, daß angesichts eines so ungeheuerlichen Geschehens dessen Darstellungsweise [in dem KTB] völlig unangemessen war.“¹⁹

Bei seiner Vernehmung durch die britische Militärregierung am 14. Juli 1948 während seines Entnazifizierungsverfahrens erklärte er dazu: „Ich habe meine Vorschläge gemacht und so ist es gemacht worden, weil man sagte, ich sei ja Geschichtspräsident und werde es ja wohl wissen.“²⁰

Auf die berechtigten Fragen, wofür, für wen, zu welchem Zweck das Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg geführt hat, geben das KTB und sein Verfasser keine Antwort. Schramm ist der Spagat zwischen sachlich-historisch korrekter, wenngleich teilweise unvollständiger Darstellung einerseits und einer kritischen Auseinandersetzung mit den Verbrechen des NS-Regimes und der Wehrmacht andererseits nicht gelungen. Aber konnten das in der Schlussphase des Krieges entstandene KTB und sein Verfasser dies überhaupt leisten? Eine Grundsatzfrage bei der Auseinandersetzung mit der Person Schramm: War er tatsächlich nur der »Notar des Untergangs«, wie er in seinen Veröffentlichungen wiederholt erklärte, oder war er Akteur in einem totalitären System? Und was konnte man von ihm, auch im Hinblick auf seine persönliche Situation und die seiner Familie ab 1944 nach heutigen Maßstäben erwarten?

Der Reserveoffizier Percy Ernst Schramm

In den Wochen vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs erfasste das besonders in bürgerlichen Kreisen verbreitete „Augusterlebnis“ vermutlich auch Schramm. Er brach sein im Sommersemester 1914 in Freiburg i. B. begonnenes Studium ab und meldete sich mit drei weiteren Hamburger Bürgersöhnen als Freiwilliger beim Husaren-Regiment Nr. 16 „Kaiser Franz-Joseph von Österreich, König von Ungarn“ in Schleswig, nicht etwa bei der Hamburger „Haustruppe“, dem Infanterie-Regiment (2. hanseatisches) Nr. 76.²¹

Die Kavallerie, zu der die Schleswiger Husaren zählten, war nicht länger eine Domäne des Adels. Auch wohlhabende Bürgersöhne, zu denen Schramm gehörte, konnten dort ihren (verkürzten) Wehrdienst als „Einjährig-Freiwillige“ ableisten. Dabei mussten sie ihr Pferd und ihre Uniform selbst bezahlen. Seine Dienstzeit endete jedoch nicht schon nach einem Jahr, sondern erst am Ende des Ersten Weltkriegs 1918.

Nach nur kurzer Grundausbildung wurde er mit seinem Regiment nach Belgien, also an die Westfront verlegt. Wie andere berittene Truppenteile waren die Schleswiger Husaren jedoch für den Stellungskrieg und den Kampf aus Schützengräben nicht geeignet und wurden daher nach kurzer Zeit anschließend an

der Ostfront in Nordpolen und im Baltikum eingesetzt. Bis Anfang 1918 erlebte Schramm in Russland den Krieg, abgesehen von kurzen Ruhepausen, mit all seinen Erscheinungsformen. An den verlustreichen Materialschlachten im Westen bei Verdun oder an der Somme nahm er nicht teil. Besonders bedrückten ihn 1918 die Grausamkeiten russischer Revolutionstruppen in Riga, deren Zeuge er wurde. Diese Wahrnehmung und die anderer Schrecken des Krieges prägten ihn dauerhaft. Die „eigentliche Wirklichkeit“ sei der Krieg, glaubte er.²² Auch die dabei eingeübten, von Befehl, Gehorsam und Kameradschaft bestimmten Verhaltensmuster, verloren für ihn auch später im Frieden nicht ihre Gültigkeit.²³ Loyalität zu seinem Vaterland war ein typisches Verhaltensmuster seiner Generation, besonders der Kriegsteilnehmer. Schramm war als junger Offizier ein typischer (bürgerlicher) Repräsentant dieser Kriegsgeneration wie auch die etwa gleichaltrigen späteren Schriftsteller Ernst Jünger und Carl Zuckmayer.

1916 wurde Schramm zum Leutnant der Reserve befördert sowie mit dem Eisernen Kreuz Zweiter und Erster Klasse ausgezeichnet. Nach dem Frieden von Brest-Litowsk am 3. März 1918 wurde sein Regiment in einzelne Schwadronen aufgeteilt und bis zum Waffenstillstand zur Aufklärung an der Westfront eingesetzt. Da sein Schwadronschef in dieser kritischen Zeit abwesend war, musste der junge Leutnant Schramm seine Einheit im November 1918 nach Schleswig zur Demobilisierung zurückführen, ab Köln zu Pferde, weil ein Bahntransport nicht mehr möglich war. Dies war eine beachtliche Führungsleistung des jungen Reserveoffiziers. Am 20. Dezember 1918 kam er mit seiner Schwadron in Schleswig an, am Tag darauf wurde er entlassen und verbrachte die nächste Zeit in seinem Hamburger Elternhaus. Während des Krieges hatte er noch lange an einen „Siegfrieden“ geglaubt, eine Illusion, die er mit Millionen anderer Soldaten teilte.²⁴

Sein Dienst als Soldat im Ersten Weltkrieg prägte ihn sein Leben lang. Der Sohn aus großbürgerlichem Hause lernte und erlebte dabei den Umgang mit einfachen Menschen, mit denen er zuvor aufgrund seines Herkunftsmilieus kaum Kontakt hatte. In Hamburg schloss er sich 1919 zeitweilig dem „Freikorps Bahrenfeld“²⁵ an, das vom Senat und Bürgern der Stadt, nicht etwa von der Reichsregierung aufgestellt worden war, um in den Wirren der Nachkriegszeit für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Dieses Freikorps wurde 1920 noch einmal aktiviert, um das Übergreifen des Kapp-Putsches auf Hamburg zu verhindern.

Damit unterstützte der Senat der Hansestadt die Reichsregierung. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Bürgern lehnte Schramm den Kapp-Putsch ab. Wie sehr er sich auch noch in der Weimarer Zeit als Reserveoffizier verstand, wurde 1925 bei seiner Hochzeit mit Ehrengard von Thadden sichtbar: Der jetzt 31-jährige Privatdozent Dr. habil. Percy Ernst Schramm trug, sieben Jahre nach Ende des Krieges, dabei die Uniform des Schleswiger Husaren-Regiments aus der Zeit vor 1914 mit Pelzmütze und Attila.²⁶

Ein weiteres Mal wurde 1936 sein Verständnis von den Pflichten und dem Ehrenkodex eines Offiziers der Vorkriegszeit deutlich. Nach einer wissenschaftlichen Kontroverse mit einem anderen Professor der Universität Göttingen forderte Schramm diesen zum „Duell auf Pistolen“.²⁷ Dazu kam es jedoch nicht, weil der Kollege die Forderung nicht annahm und die Sache anderweitig aus der Welt geschafft wurde. Dies war nicht das erste Mal, dass ein Streit durch ein Duell gelöst werden sollte. Als Schramm 1917 an der Front in Russland war, erfuhr er, dass in Hamburg eine seiner Arbeiten von einem anderen Wissenschaftler veröffentlicht worden war.²⁸ Der Hamburger Privatgelehrte und Kulturwissenschaftler Aby Warburg bot an, bei einem Duell sein Sekundant zu sein. Auch in diesem Fall kam es nicht zu einem Zweikampf.

Von 1934 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs absolvierte Schramm als Oberleutnant der Reserve einige Wehrübungen. Im September 1939 wurde er zur Wehrmacht einberufen und nicht etwa zum Hauptmann, sondern zum Rittmeister der Reserve befördert. Auf diesen Dienstgrad legte er als überzeugter Kavallerist des Ersten Weltkriegs stets großen Wert. Der Einberufung hat er sich nicht widersetzt, sondern sah es als seine selbstverständliche Pflicht an, wie 1914 wieder in den Krieg zu ziehen.²⁹ Er fühlte sich im Heer wohl, auch weil dort seine Vorstellung von Ehrbegriffen noch etwas galt.

Ab September 1939 nahm er am Polenfeldzug, 1940 im Stab einer Infanterie-Division am Krieg gegen Frankreich teil. Dabei wurde er Zeuge der Kapitulation einer französischen Division vor Truppen der Wehrmacht, die nach einem traditionellen Ritual erfolgte. Die französischen Soldaten paradierten vor den siegreichen Deutschen, anschließend begab sich der französische Divisionskommandeur mit seiner Truppe in Gefangenschaft. Ein solcher Brauch entsprach Schramms Verständnis von traditionellem Soldatentum und soldatischer Ehre.³⁰

Von April bis Oktober 1942 arbeite Schramm im Stab des auf der Krim eingesetzten 42. Armeekorps, zuletzt als 1c (heute G 2)³¹, in einer sonst für Generalstabsoffiziere vorgesehenen Dienststellung, vermutlich wegen seiner analytischen Fähigkeiten und des Mangels an Offizieren mit der dafür erforderlichen Ausbildung. In gleicher Verwendung war er einige Zeit beim Deutschen Militärbefehlshaber Krim.³² Auch dort erfuhr er von der Vernichtung der Juden, wie bereits im Juli 1941. Ende März 1942 wurden im Raum des 42. Armeekorps mehrere tausend Juden getötet. Da die Akten dieses Großverbandes und des Militärbefehlshabers Krim bisher nicht durch die Forschung ausgewertet werden konnten, ist nicht genau feststellbar, was dort tatsächlich geschehen war. In seinen Briefen nach Hause erwähnte er, dass seine Vorbehalte gegen die Ostjuden aufgrund seiner dortigen Beobachtungen bestärkt wurden.³³

Nach seiner Verwendung an der Ostfront wurde Schramm im September 1942 für drei Monate zur „Amtsgruppe Wehrmachts-Propaganda“ versetzt. Dort hatte er den Auftrag, Meldungen und Nachrichten für Propagandazwecke umzuschreiben, also diese nicht etwa wie ein Historiker zu analysieren. Damit wurde er zweifelsohne, wenn auch nur in bescheidenem Maße, ein Teil des „Systems“, wie es ihm nach dem Kriege für seine Tätigkeit als KTB-Führer vorgeworfen wurde. Propaganda als Teil der Kriegsführung verstößt nicht gegen das Kriegsvölkerrecht.

Als er im März 1943 die Führung des KTB im OKW übernahm, entsprach diese Tätigkeit idealerweise seiner Vorbildung. Mit dem Fronteinsatz im Ersten Weltkrieg bei der Truppe, nach 1939 in den Stäben von Divisionen und Armeekorps hatte er als Reserveoffizier umfassende militärische Kenntnisse erworben. Auch aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit als ordentlicher Professor für Geschichte konnte er das Kriegsgeschehen wissenschaftlich, militärisch und historisch korrekt im KTB festhalten. Weder

Zu seinem Selbstverständnis als Soldat während der NS-Zeit hat Schramm sich mehrfach geäußert. So war er fest davon überzeugt, dass er als Reserveoffizier dem deutschen Staat zu dienen hätte, auch in dessen nationalsozialistischer Form.

seine Historiker-Kollegen noch seine militärischen Vorgesetzten hatten vor oder nach 1945 Zweifel an seiner Eignung für diese Aufgabe.

Zu seinem Selbstverständnis als Soldat während der NS-Zeit hat Schramm sich mehrfach geäußert. So war er fest davon überzeugt, dass er als Reserveoffizier dem deutschen Staat zu dienen hätte, auch in dessen nationalsozia-

listischer Form.³⁴ 1959, also lange nach dem Krieg erklärte er, dass er für die deutsche Sache nicht als Akademiker an der Universität, sondern als Soldat in Uniform eintreten müsste.³⁵ Er glaubte, deutsche Soldaten hätten sich während des Krieges in einem traditionellen, formalen Sinne ehrenhaft verhalten – auch der Major Schramm?

Als Teilnehmer am Zweiten Weltkrieg vom Anfang bis zu dessen Ende können ihm die Verbrechen der Wehrmacht jedoch nicht völlig entgangen sein. Sein Blick auf diese Zeit war wie der vieler tausend anderer Kriegsteilnehmer. Die Verbrechen der Wehrmacht hatten darin zumeist keinen Platz. Wie noch darzustellen sein wird, ist Schramm von dieser Einstellung später abgerückt und hat sie mit den besonderen Umständen des totalitären Systems relativiert und entschuldigt.

In einem Nachruf nach seinem Tode 1970 hieß es in der Überschrift: „Ein Hamburger Rittmeister“ – so wurde er von zahlreichen Zeitgenossen wahrgenommen.

Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik

Schramms Tätigkeit als Führer des KTB im OKW sowie sein Dienst als Reserveoffizier in beiden Weltkriegen sind wichtige Abschnitte seines Lebensweges. Er erlebte noch die letzten Jahre des Kaiserreiches, den Ersten Weltkrieg, die Weimarer Republik, das Dritte Reich mit dem Zweiten Weltkrieg und die frühe Bundesrepublik. Mit dem Blick des Historikers wurde er so ein wichtiger Zeitzeuge der ersten sieben Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts mit seinen Umbrüchen und Kontinuitäten.³⁶ Geboren wurde Schramm am 14. Oktober 1894 in Hamburg. Seine Eltern gehörten seit Generationen als Kaufleute, Bankiers und Juristen zur gesellschaftlichen Oberschicht der Hansestadt. Die vermögende und weltläufige Familie Schramm war seit 1675 in Hamburg ansässig. Im Stadtteil Eppendorf gibt es den nach der Familie benannten „Schrammsweg“, was für deren Bedeutung für die Geschichte der Stadt spricht. Sein Vater, Dr. Max Schramm, war Rechtsanwalt und von 1912 bis 1928 mit kurzen Unterbrechungen Senator, zeitweilig auch Stellvertretender Bürgermeister von Hamburg.

Auch die Familie seiner Mutter Olga O'swald gehörte seit langer Zeit zu den Honoratioren der Hansestadt. Der ungewöhnliche Vorname „Percy“ kann mit den engen Verbindungen der Hamburger Kaufmannschaft mit England erklärt werden. In diesen Kreisen war man traditionell anglophil.

Schramms Herkunft und Sozialisation bestimmten zeitlebens sein ausgeprägtes Selbstbewusstsein, was vermutlich durch seinen Dienst als Offizier in beiden Weltkriegen noch verstärkt wurde. Auch nach dem Ersten Weltkrieg änderte sich der gesellschaftliche Rang seiner Familie kaum.

Bereits während seiner Schulzeit reifte der Berufswunsch „Historiker“, der jedoch außerhalb seines familiären Milieus lag. Schon als Schüler hatte er in seinem Elternhaus Kontakt mit dem Kulturwissenschaftler und Privatgelehrten Aby Warburg und Zugang zu dessen umfangreicher Bibliothek.

Nach dem Abitur begann er 1913 in Freiburg i. B. das Studium der Geschichte, das jedoch vom 3. August durch seine Meldung als Kriegsfreiwilliger bis zum Ende des Ersten Weltkriegs unterbrochen wurde. Nach seiner Rückkehr nahm er im Sommersemester 1919 das Studium an der neu gegründeten Hamburger Universität wieder auf, wechselte jedoch alsbald nach Marburg und Kiel. Im Anschluss daran ging er für zwei Semester nach München, seine Studienfächer waren Geschichte, Historische Hilfswissenschaften und Kunstgeschichte. Im Sommersemester 1921 wechselte er nach Heidelberg, das bis 1929 seine akademische Heimat bleiben sollte. Die dortige Ruprecht-Karls-Universität galt in der Weimarer Zeit als die liberalste und anspruchsvollste Hochschule in Deutschland

Im Zentrum seines Studiums, seiner Dissertation im Jahre 1923 sowie seiner Habilitation im folgenden Jahr stand die Geschichte des Mittelalters, die er danach als Privatdozent auch in der Lehre vertrat. In Heidelberg begann mit Unterbrechungen bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg seine Mitarbeit an den „*Monumenta Germaniae Historica*“. Dafür erhielt er ein kleines Gehalt, den größeren Teil der Kosten für seinen Lebensunterhalt zahlte weiterhin der Vater.

1925 heiratete Schramm, wie erwähnt, Ehrengard von Thadden, die aus einer pommerschen Adelsfamilie stammte und die er zuvor bereits in Hamburg kennengelernt hatte. Während der Inflations- und Notzeit in der Weimarer Republik litt er keine wirtschaftliche Not. Dank seines vermögenden Vaters konnte er seinen Lebensunterhalt bestreiten und, wie beschrieben, die Studienorte häufig und problemlos wechseln. Auch bei der Familiengründung und beim Bau eines eigenen Hauses in Heidelberg unterstützte ihn der Vater. Diese Unterstützung endete jedoch mit dessen Tod im Jahre 1928.

Mit der Berufung als ordentlicher Professor auf den Lehrstuhl für Mittlere und Neuere Geschichte sowie Historische Hilfswissenschaften an der Georg-August-Universität in Göttingen im Jahre 1929 verbesserte sich seine finanzielle Lage, die in der nächsten Zeit durch erfolgreiche Bleibeverhandlungen noch günstiger wurde. Durch seine Berufung wurde er auch Direktor des Historischen Instituts der Universität und 1931 Mitherausgeber der heute noch existierenden „Historischen Zeitschrift“. Zeitweilig arbeiteten in Göttingen mit ihm weitere bedeutende Historiker wie Hermann Heimpel, Siegfried A. Kaehler und Alfred Heuß. Seine Professoren-Kollegen an der Georg-August-Universität Werner Heisenberg und Max Born erhielten 1932 beziehungsweise 1954 den Nobelpreis für Physik, Otto Hahn 1944 für Chemie.

Den Machtwechsel 1933 erlebte er in den USA als Gastprofessor in Princeton. Dort musste er sich der Kritik an den neuen politischen Verhältnissen in Deutschland stellen. Bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht 1939 erfuhr er mehrfach, wie das neue Regime in seine persönlichen Lebensverhältnisse eingriff. So war er 1934 als passionierter Reiter in einen Göttinger Reitverein eingetreten, aus dem er jedoch 1938 wieder austrat, als der Verein vom SA-Reitersturm übernommen wurde. Seine Arbeit als Mitherausgeber der „Historischen Zeitschrift“ musste er 1934 aus politischen Gründen beenden.

Mit seinem öffentlichen Eintreten für die Wahl Hindenburgs, nicht etwa Hitlers, zum Reichspräsidenten hatte er sich 1932 erstmalig politisch exponiert, was ihm ab 1933 nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten von örtlichen Parteiorganen mehrfach vorgeworfen wurde. Dies war der Beginn vielfältiger Kritik sowie von Zweifeln an seiner Gesinnung und Eignung als Hochschullehrer. Der Rektor der Göttinger Universität und Organe der NSDAP stellten seine politische Zuverlässigkeit immer wieder in Frage. Mehrfach kam es zu Denunziationen, auch durch Kollegen. Die politischen Bedrohungen Schramms erreichten im Herbst 1944 ihren Höhepunkt, als seine Schwägerin Elisabeth von Thadden wegen angeblicher Verbindungen zum Widerstand verhaftet und hingerichtet wurde. Wie erinnerlich verhinderte sein Chef im OKW, Generaloberst Jodl, seine Entlassung aus der Universität und aus dem OKW.

Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs blieb das Mittelalter sein Arbeitsschwerpunkt in Forschung und Lehre. Erstmals erschien jedoch 1939 mit dem Buch „Deutschland und Übersee. Der deutsche Handel mit anderen Kontinenten“³⁷, ein Beitrag zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte seiner

Heimatstadt Hamburg. In einem weiteren Buch³⁸ befasste er sich mit der Geschäftstätigkeit Hamburger Kaufleute in Afrika und den früheren deutschen Kolonien. 1943, also mitten im Zweiten Weltkrieg, schloss er während einer kurzen Beurlaubung zur Universität das Buch „Hamburg, Deutschland und die Welt“³⁹ ab. Darin würdigte er – zu dieser Zeit nicht ungefährlich – die Verdienste der Juden für seine Heimatstadt.⁴⁰ Nach dem Krieg veröffentlichte er weitere Werke zur Geschichte Hamburgs. 1963/64 erschien in zwei Bänden „Neun Generationen. Dreihundert Jahre deutsche Kulturgeschichte im Lichte der Schicksale einer Hamburger Bürgerfamilie“ – seiner eigenen, und 1969 letztmalig ein Buch zur Geschichte der Hansestadt: „Gewinn und Verlust. Die Geschichte der Hamburger Senatorenfamilien Jenquel und Luis“. Sein Schüler Joist Grolle erklärte dazu, dass „kein neuerer Autor das geschichtliche Bild der Hansestadt so nachhaltig geprägt hat wie Schramm“.⁴¹

Wie bereits die Veröffentlichung des KTB und der weiteren Arbeiten Schramms zum Zweiten Weltkrieg, wurden auch seine Bücher zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Hamburgs kritisiert. Diese Kritik ging teilweise über die bei wissenschaftlichen Arbeiten übliche weit hinaus. Ihm wurde vorgehalten, die Geschichte Hamburgs ausschließlich aus der Perspektive der Unternehmer und Kaufleute, also der Oberschicht, beschrieben zu haben, aus der er selbst hervorgegangen war. Der Blick auf andere gesellschaftliche Gruppen dagegen fehle. Seine Beiträge zur Geschichte Hamburgs wären zu „harmonisch“. Auch die angeblich zu wohlwollende Darstellung der Aktivitäten Hamburger Kaufleute in Afrika und der deutschen Kolonialpolitik wurde kritisiert, was möglicherweise auch mit der politischen Grundströmung der Bundesrepublik in den 1970er und 1980er Jahren erklärt werden kann.

Von Mai 1945 bis Oktober 1946 war Schramm in amerikanischer Kriegsgefangenschaft, zeitweilig unterbrochen durch seine Arbeit für die Historical Division der US-Armee in Paris. Zu einer weiteren Unterbrechung kam es, als er als Zeuge der Verteidigung vor das Internationale Militärtribunal (IMT) in Nürnberg geladen wurde. Dort lieferte er ab April 1946 „mit erstaunlicher Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst Anklägern wie Verteidigern Material für ihre Plädoyers“.⁴² Besonders setzte er sich für seinen früheren Vorgesetzten im OKW, Generaloberst Jodl, ein, bevor dieser vom IMT zum Tode verurteilt und am 16. Oktober 1946 hingerichtet wurde. Noch 1960 empfand er die Verurteilung Jodls als ungerecht. Diese Einschätzung ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass Jodl ihn auch nach der Verurteilung und Hinrichtung seiner Schwägerin Elisabeth von Thadden geschützt und im OKW gehalten

hatte. Damit setzte er sich in Nürnberg noch lange nach Ende des Krieges – aus welchen Motiven auch immer – für einen hohen Repräsentanten des NS-Regimes (Jodl) ein. Seine übrigen Aussagen als Zeuge waren dagegen objektiv, jedenfalls nicht einseitig.

Im Oktober 1946 kehrte Schramm nach Göttingen zurück, konnte seine Arbeit als Professor an der Universität jedoch nicht sofort wieder aufnehmen. In einem von der Britischen Militärregierung eingeleiteten Entnazifizierungsverfahren wurde ihm seine Mitgliedschaft in der NSDAP vorgeworfen, obwohl sein Aufnahmeantrag 1937 zunächst abgelehnt und er erst nach einer Initiative von Kollegen in die Partei aufgenommen worden war. Sein Dienst in der Wehrmacht und im OKW war dagegen kein Hinderungsgrund für die erneute Berufung an die Universität. Während des Verfahrens erhielt er kein Gehalt, auch sein Vermögen blieb gesperrt. Für Schramm setzten sich die Historical Division der US-Armee, emigrierte Kollegen wie Ernst Kantorowicz und Hans Rothfels sowie ehemalige Schüler ein, so dass er im November 1948 seine Tätigkeit an der Universität wieder aufnehmen konnte.



Besonders setzte sich Schramm vor dem IMT für seinen früheren Vorgesetzten im OKW, Generaloberst Jodl, ein, bevor dieser zum Tode verurteilt und am 16. Oktober 1946 hingerichtet wurde. Schramm empfand die Verurteilung Jodls auch später noch als ungerecht. Hintere Reihe von links, ganz rechts Alfred Jodl

Nur einmal exponierte er sich in der Nachkriegszeit politisch. Als Leonhard Schlüter 1955 trotz seiner Vergangenheit in rechtsextremen Parteien zum Kultusminister von Niedersachsen ernannt wurde, protestierte Schramm gemeinsam mit Kollegen dagegen, so dass Schlüter nach wenigen Tagen Amtszeit zurücktreten musste. Seit 1958 setzte er sich, lange vor der offiziellen Politik der Bundesregierung, für die Aussöhnung mit Polen ein.⁴³ An weiteren politischen Kontroversen in der frühen Bundesrepublik beteiligte er sich dagegen nicht.

Seit den 1950er Jahren war das Historische Seminar der Universität Göttingen unter der Leitung von Percy Ernst Schramm und Hermann Heimpel führend in der deutschen Geschichtswissenschaft. Im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand jetzt die Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Im Wintersemester 1952/53 hielt Schramm öffentliche Vorlesungen dazu, die nicht nur von Studenten, sondern auch von zahlreichen ehemaligen Kriegsteilnehmern besucht wurden. Wie erwähnt veröffentlichte er von 1961 bis 1964 mit den genannten

Mitarbeitern das von ihm verfasste KTB des OKW, ergänzt durch weitere Bücher zum Zweiten Weltkrieg. Trotz der genannten Mängel, Einseitigkeiten und Einwände gehören diese Veröffentlichungen zu den wichtigsten Quellen zur deutschen Geschichte von 1939 bis 1945.

Schramm erfuhr zahlreiche Ehrungen durch wissenschaftliche Gremien und Kollegen aus dem In- und Ausland – in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg keine Selbstverständlichkeit, auch im Hinblick auf seine Tätigkeit im OKW. 1963 wurde er emeritiert. Auch danach publizierte er regelmäßig, was in Wissenschaft und Öffentlichkeit weiterhin Beachtung fand. Von 1963 bis zu seinem Tode war er Kanzler des Ordens Pour le Mérite für Wissenschaft und Künste. 1964 erhielt er das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und ebenfalls in diesem Jahr vom Senat seiner Heimatstadt Hamburg die Medaille für Kunst und Wissenschaft. Zweifel an seiner demokratischen Gesinnung sind in der Bundesrepublik, auch mit Hinweis auf sein Verhalten in der NS-Zeit, nicht mehr aufgekommen.

Am 17. November 1970 ist er im Alter von 76 Jahren in Göttingen gestorben; seine letzte Ruhestätte fand er auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg.

Percy Ernst Schramm und die Politik

Da Schramm während des Dritten Reiches als ordentlicher Professor in Göttingen, Leiter des Historischen Seminars der Universität, ab 1939 als Reserveoffizier in höheren Stäben der Wehrmacht und seit 1943 im OKW bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs in herausgehobenen beruflichen Positionen tätig war, wurde er ein wichtiger Zeitzeuge dieser Epoche. Spätestens seit 1943 hatte er Einblick in eines der Machtzentren des NS-Regimes. Auf die eingangs gestellte Frage nach seinem Verständnis von der Politik im Verlauf seines Lebens soll an dieser Stelle eine Antwort versucht werden.

Durch die Tätigkeit seines Vaters als Senator im Stadtstaat Hamburg hatte er bereits im Elternhaus Kontakt mit der Politik. Seinen Dienst als Soldat im Ersten Weltkrieg verstand er als patriotische Pflicht, Kritik oder Zweifel des jungen Schramm am Kaiserreich sind nicht bekannt.

Aus der Weimarer Zeit sind einige Äußerungen von ihm überliefert, aus denen sich seine politische Einstellung vor 1933 ergibt. Den Kapp-Putsch im Jahre 1920 verurteilte er mit der Begründung, dass die Beteiligten nach seiner Über-

zeugung Eidbrüchige wären. Die Veränderungen im Deutschen Reich nach der Revolution und Niederlage 1918 akzeptierte er.⁴⁴ Als Klammer für die weitere Existenz des Bismarck-Staates hielt er die Weimarer Reichsverfassung für notwendig, die Monarchie lehnte er dagegen ab. Obwohl seine Wurzeln in der gesellschaftlichen Oberschicht Hamburgs lagen, war er überzeugt, dass die Zukunft Deutschlands nur im Einvernehmen mit der Arbeiterschaft gestaltet werden könne.⁴⁵ Zeitweilig war er Mitglied der konservativen Deutschnationalen Volkspartei (DVP/DNVP). Seine Einstellung zum Nationalsozialismus blieb ab 1933 zwiespältig, was auch dazu beitrug, dass nach dem Zweiten Weltkrieg „an dem Denkmal Percy Ernst Schramm gerüttelt wurde“. Dem neuen Regime billigte er zunächst eine „gesellschaftliche Mission“ zu.⁴⁶

Wie zahlreiche andere Historiker und Vertreter der Ober- und Mittelschicht in Deutschland begrüßte Schramm zunächst die Machtübernahme Hitlers, übersah jedoch die Gefahren für die Juden.

Wie zahlreiche andere Historiker und Vertreter der Ober- und Mittelschicht in Deutschland begrüßte Schramm zunächst die Machtübernahme Hitlers, übersah jedoch die Gefahren für die Juden. In einem Brief an den Preußischen Kultusminister lehnte er aufgrund seiner christlichen Grundhaltung das pauschale Vorgehen gegen die Juden ab. Das „Deutschtum“ hielt er (gegenüber dem Judentum) jedoch für überlegen. Der neuen Regierung billigte er nur eine kurze Lebensdauer zu, durch sie könnten jedoch die sozialen Gegensätze in der deutschen Gesellschaft überwunden werden.⁴⁷

Der erwähnte Aufnahmeantrag in die Partei war überraschend, da er in- und außerhalb der Universität seit 1933 zahlreiche politische Gegner hatte, wie etwa den Rektor, die seine ideologische Zuverlässigkeit bezweifelten. Möglicherweise wollte er mit seinem Eintritt in die NSDAP die Zweifel an seiner Eignung als Hochschullehrer ausräumen. Mehrfach setzte er sich mit Empfehlungsschreiben für Kollegen ein, die ab 1933 oder später emigrieren mussten, weil sie Juden oder Gegner des NS-Regimes waren. 1938 begrüßte er den „unblutigen“ Anschluss Österreichs und des Sudetenlandes.

Wie ambivalent seine Einstellung zum Nationalsozialismus war, ergibt sich aus einem Gespräch mit dem Erzbischof von Canterbury während eines Besuchs in Großbritannien im Jahre 1937: „Hinsichtlich der Wiederaufrüstung ein 200prozentiger Nazi, in Bezug auf sozialpolitische Maßnahmen wie KdF⁴⁸ ein 100prozentiger Nazi, mit Blick auf die Rassentheorie und andere ideologiebezogene Aspekte ein 100prozentiger Gegner des Nationalsozialismus“.⁴⁹

Seit 1933 wurde er, auch von Kollegen, mehrfach denunziert, seine nationale Gesinnung in Zweifel gezogen. So wurde behauptet, dass für ihn als Vertreter des „Spätliberalismus“ an der Universität kein Platz mehr wäre. Weil er, besonders während des Krieges, Hausdurchsuchungen durch die Gestapo befürchtete,⁵⁰ verbarg er seine persönliche, möglicherweise kritische Korrespondenz. Trotz dieses Drucks konnte er seine Arbeit als Wissenschaftler fortsetzen, vermutlich bot sein Fach, die Geschichte des Mittelalters⁵¹, keine ausreichenden Angriffsflächen für die Politik des NS-Staates. Damit war er, wengleich in geringem Umfang, auch ein Opfer des Nationalsozialismus. „Er wollte jedoch in dem Staat nicht abseits stehen [...], sondern Verantwortung übernehmen und die Gesellschaft mitgestalten, in der er lebte“⁵²

Schramm war kein überzeugter Antisemit, zeigte jedoch mehrfach ein kritisches, distanzierendes, bisweilen sogar ablehnendes Verhalten zu den Juden.

Schramm war kein überzeugter Antisemit, zeigte jedoch mehrfach ein kritisches, distanzierendes, bisweilen sogar ablehnendes Verhalten zu den Juden. Mit seinem wissenschaftlichen Mentor Aby Warburg hatte er jedoch bis zu dessen Tod 1927 engen Kontakt, der zu keiner Zeit durch dessen jüdische Herkunft belastet war. Er urteilte über die Juden in Hamburg „mit Respekt, gelegentlich mit Bewunderung und doch spürbar distanziert“.⁵³ Gemeinsam mit seiner Frau war er in Göttingen Zeuge der so genannten »Reichskristallnacht« am 9. November 1938. Die von ihnen beobachteten Vorgänge erfüllten das Ehepaar Schramm mit Entsetzen. Später warf er sich vor, dieses Ereignis nicht entschieden genug verurteilt zu haben.

Als er im Juli 1941 Teilnehmer an der Dienstreise einer Delegation deutscher Offiziere zur rumänischen Armee in die Bukowina und nach Galizien war, beobachtete er die Erschießung von Juden durch rumänische Soldaten und deutsche SS-Sonderkommandos. In einem Brief an seine Frau schilderte er seine Abscheu bei der Abschiebung tausender Juden, die er als schmutzig, verwahrlost und verelendet beschrieb.⁵⁴ Diese Eindrücke verstärkten seine Vorbehalte gegen die so genannten „Ostjuden“. Von Mitleid ist in dem Brief keine Rede. Ob er vom Holocaust mit all seinen furchtbaren Dimensionen oder von den Vernichtungslagern während seiner Tätigkeit im OKW auch nur in Bruchstücken Kenntnis hatte, lässt sich nicht eindeutig belegen. Das KTB enthält dazu keine Angaben. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat er sich jedoch mit diesem Vorwurf auseinandergesetzt.⁵⁵

Schramm ist Hitler nie persönlich begegnet. Während seiner Tätigkeit im OKW konnte er jedoch mehrfach mit Offizieren sprechen, die Hitler vorge-tragen hatten und dabei der Dämonie und Suggestion des Diktators erlegen waren. Von der Abwegigkeit seiner (militärischen) Planungen und Ziele konnten diese Offiziere Hitler jedoch nicht überzeugen.

Noch bei Kriegsbeginn sprach er von dem „Genie Hitlers“⁵⁶, kam nach 1945 jedoch zu einem anderen Urteil, das er 1961 in seinen Büchern „Hitler als militärischer Diktator“ und „Hitler als militärischer Führer“ (1962) beschrieb und begründete.⁵⁷ Zu diesem Zeitpunkt lagen die 1952 erschienene Hitlerbiografie von Allan Bullock bereits vor, nicht jedoch die von Joachim C. Fest und Peter Longerich⁵⁸ und anderen Autoren.

Im Frühjahr 1964, also nach der Veröffentlichung wesentlicher Teile des KTB, erschien in der Wochenzeitschrift DER SPIEGEL eine sechsteilige Serie aus der Feder von Schramm mit dem Titel „Anatomie eines Diktators“, in der er sich kritisch mit der Person und dem Phänomen Hitler auseinandersetzte.⁵⁹ Mit diesen Artikeln wollte er dazu beitragen, die „Rattenfängerrolle“ Hitlers zu begreifen. In einem Leserbrief hieß es dazu: „Die Figur des Rattenfängers ist nicht primär von Interesse. Das Hauptproblem sind die Ratten“. Damit stellte der Leserbriefschreiber eine der wichtigsten Fragen zum Verhältnis der Deutschen zum NS-Regime: Welche Rolle spielte die deutsche Bevölkerung, vor allem die deutschen Eliten, von 1933 bis 1945, die das System gefördert und mitgetragen hatten, also auch Schramm? Eine Antwort auf diese Frage ist schwierig, auch Schramm gibt sie nicht, vielmehr sah er in Hitler den „Verführer, dem alles anzulasten ist“.⁶⁰

In der Zeit zwischen dem Kaiserreich und der frühen Bundesrepublik änderte sich, auch aufgrund der wechselnden politischen Verhältnisse in Deutschland, Schramms Einstellung zur Politik. Damit unterschied er sich nicht von Millionen anderer Deutscher, besonders aus dem (bildungs-) bürgerlichen Lager.

Die Schatten der Vergangenheit

Mit seinen Arbeiten zur Geschichte des Mittelalters, zu seiner Heimatstadt Hamburg sowie zu der des Zweiten Weltkriegs war Schramm einer der bedeutendsten Historiker seiner Generation. Durch seinen Dienst als Reserveoffizier in beiden Weltkriegen, als Professor, besonders aber bei seiner Tätigkeit im OKW wurde er ein wichtiger Zeitzeuge der jüngeren deutschen Geschich-

te. Daraus und durch seine Herkunft aus dem Hamburger Großbürgertum gewann er seine Identität. In sämtlichen Abschnitten seines Lebens stand er loyal zu Deutschland und war überzeugt, seine Pflichten stets gewissenhaft erfüllt zu haben.

Als hoch gebildeter, national eingestellter Deutscher begrüßte er 1933 zunächst den politischen Wandel. Für Schramm war das Dritte Reich 1945 mit Schmach untergegangen, nicht aber sein eigenes Weltbild des Reserveoffiziers und Großbürgers, mit dem er aufgewachsen war und das er noch lange kultivierte.⁶¹ Er zögerte jedoch nicht, die Schuld seiner Generation zuzugeben und auch persönliche Fehler einzuräumen.⁶²

Zu seinem Verhältnis zum NS-Regime liegen von ihm selbst sowie von seinen Kritikern in der Nachkriegszeit zahlreiche Zeugnisse vor. So warf ihm sein Biograf David Thimme die fehlende Bereitschaft vor, seine eigene Rolle und

Mitverantwortung zu reflektieren.⁶³ Er habe mit seinem Dienst in der Wehrmacht geholfen, einen verbrecherischen Krieg zu führen und so eine menschenverachtende Diktatur gestützt.⁶⁴

Schramm war kein überzeugter Nationalsozialist, dem Regime stand er bis 1945 aber auch nicht fern. Seine Kenntnisse von den Verbrechen des NS-Staates oder mögliche Bedenken dagegen hat er bis zum Kriegsende nicht offenbart und so möglicherweise doch das System durch Stillschweigen gestützt.

War Schramm damit Teil des NS-Systems und schon deshalb darin schuldhaft verstrickt? Wenn das richtig sein sollte: Waren die 13 Millionen deutschen Soldaten

im Zweiten Weltkrieg sowie die zahlreichen Beamten und anderen staatlichen Funktionsträger ebenfalls oder gar ausnahmslos Teil des „Systems“? Als Professor für die Geschichte des Mittelalters, ein weitgehend ideologiefreies Forschungsgebiet, war er es nicht. Auch wenn er seinen Dienst als Reserveoffizier aus patriotischer Überzeugung geleistet hatte, zur Wehrmacht wurde er 1939 einberufen, freiwillig hat er sich nicht gemeldet.

1941 in der Ukraine, bei seiner Tätigkeit im OKW und bei anderen Gelegenheiten hat er mit Sicherheit von den Verbrechen des Regimes, auch denen der Wehrmacht erfahren. Aktiv mitgewirkt hat er daran nicht. Im KTB findet sich dazu nichts, was ihm seine Kritiker nach dem Krieg hätten vorwerfen können, lediglich dass solche Ereignisse nicht dokumentiert wurden.

Schramm war kein überzeugter Nationalsozialist, dem Regime stand er bis 1945 aber auch nicht fern. Seine Kenntnisse von den Verbrechen des NS-Staates oder mögliche Bedenken dagegen hat er bis zum Kriegsende nicht offenbart und so möglicherweise doch das System durch Stillschweigen gestützt.

Welche Konsequenzen hätte er aus seinem Wissen ziehen können oder müssen? Widerstand war, besonders nach dem Scheitern der Verschwörung am 20. Juli 1944, aussichtslos. Und wenn er nicht mehr im OKW hätte bleiben wollen, dann wäre der 50jährige Major Schramm zu einem Fronteinsatz kommandiert worden. Damit hätte er seinen Einfluss auf den Inhalt des KTB verloren und dessen Vernichtung bei Kriegsende nicht verhindern können. Seine Familie und er waren nach der Verhaftung seiner Schwägerin Elisabeth von Thadden auf das Höchste gefährdet. War sein Dienst als Reserveoffizier der Wehrmacht damit „zeitüblicher Opportunismus“? (Hans-Ulrich Wehler)⁶⁵

Zu dem Widerspruch zwischen seiner politischen Einstellung seit 1933, seinem Dienst in der Wehrmacht einerseits und den Erwartungen seiner Kritiker in der Nachkriegszeit andererseits liegen einige Erklärungen von Schramm vor, die diesen Konflikt erläutern, aber nicht wirklich auflösen können. So zögerte er zwar nicht, die Schuld seiner eigenen Generation zuzugeben und auch persönliche Fehler einzuräumen. Aber er weigerte sich ausdrücklich, in Einzelheiten zu gehen.⁶⁶ Seinen Kritikern hielt er vor: „Eure Generation hat es sehr einfach, wenn sie über uns zu Gericht sitzt. Keine wird vor der Geschichte so schlecht bestehen, wie die Meine“.⁶⁷ Auch das folgende Zitat könnte der Versuch einer Rechtfertigung seines Verhaltens sein: „Wer sich unterfängt, sein Verhalten in den Jahren 1933 bis 45 darzustellen, sollte sich also wieder und wieder daraufhin prüfen, ob der sich nichts vormacht“.⁶⁸ Und die jüngere Generation wollte er dafür gewinnen, bei ihrem Urteil „mildernde Umstände“ gelten zu lassen.⁶⁹

Und noch einmal Schramm: „Den nach uns Kommenden wird es schwerer und schwerer werden, sich in jene Umwelt zurückzusetzen, der wir nicht entrinnen konnten und der wir deshalb Konzessionen machen mussten – der eine größere, der andere kleinere, und diejenigen, die ungefährdet abseits standen, gar keine. Ich bin mir selbst immer noch nicht im Klaren, wie weit ich mich entschuldigen darf [...]. Darüber mögen die nachfolgenden Generationen entscheiden; doch seien sie nicht vorschnell in ihrem Urteil“.⁷⁰ Dazu bemerkt Joist Grolle: „Das an uns gerichtete Wort Schramms enthebt uns nicht des Urteils, aber es mahnt uns, nicht Selbstgerechtigkeit zu seiner Grundlage zu machen“.⁷¹

Gab es nur die Alternative Gehorsam oder Widerstand? Schramm leistete keinen Widerstand, auch nicht durch Nonkonformität. Als Reserveoffizier verhielt er sich so wie die meisten anderen Soldaten der Wehrmacht. Die Grenze zwischen soldatischem Gehorsam oder Verweigerung verläuft jedoch nicht immer gerade. Selbst wenn man Schramm diese Wahlmöglichkeit nachträglich zubilligen würde, er verhielt sich von 1939 bis 1945 so, wie er seine Pflicht als Reserveoffizier verstand.

Wie hätte sich die Ablehnung der Politik des Regimes für den einzelnen Bürger oder Soldaten oder Schramm ausgewirkt? Für das einigermaßen reibungslose Funktionieren des NS-Staates bis zum Mai 1945 waren die Machthaber auf die Duldung, das Stillschweigen und die (bedingte?) Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung, nicht nur die ihrer fanatischen Anhänger angewiesen. Die Mehrheit der Deutschen billigte – nicht in allen Punkten – die Maßnahmen des Regimes, vor allem, um nicht aufzufallen und um damit weiterhin bescheidene Vorteile zu genießen – und schwieg. Die meisten Bürger des Deutschen Reiches, die bis 1945 zwar die schlimmsten Auswüchse des totalitären Staates ablehnten, dienten ihm aber dennoch weiter. Sie trugen so auf subtile, aber folgenreiche Weise zur Stabilisierung des Regimes bei.⁷² Dies dürfte auch für Schramm gegolten haben.

Wie schwierig ein Urteil über das NS-Regime und die in dieser Zeit handelnden Akteure ist, erklärte Richard von Weizsäcker in seiner viel beachteten Rede am 8. Mai 1985 vor dem Deutschen Bundestag: „Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“⁷³

Den Begriff „Vergangenheitsbewältigung“, den Weizsäcker in seiner Rede nutzte, prägte der Mediävist Hermann Heimpel, seit 1947 wie Schramm Professor am Historischen Institut der Universität Göttingen. Dieser Begriff bezeichnete in der Nachkriegszeit die Versuche, in Politik und Wissenschaft das NS-Regime aufzuarbeiten oder zumindest zu verstehen, aber auch Verantwortung dafür zu übernehmen. Ob Schramm sich an dieser Diskussion aktiv beteiligt hat, ist nicht überliefert. Er räumte jedoch die Schuld seiner Generation sowie persönliche Fehler ein und verwies auf seine schwierige Lebenssituation. Mit der Veröffentlichung des KTB und weiterer Bücher zum Zweiten Weltkrieg konnte er jedoch einen wichtigen Beitrag zur Erforschung und zum Verständnis der NS-Zeit leisten.

Es gibt unterschiedliche Einsichten in die Geschichte von unterschiedlichen Personen und zu unterschiedlichen Zeiten. Dies gilt auch für Percy Ernst Schramm, seine Kritiker und für die vorliegende historisch-biografische Skizze.

Zum Autor: Oberst a. D. Dr. Michael P. Vollert war 35 Jahre Berufsoffizier der Bundeswehr im Truppen- und Generalstabsdienst, nach Wechsel in die Wirtschaft arbeitete er acht Jahre Abteilungsleiter in einem Kölner Industrieunternehmen. Im Ruhestand Studium der Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Promotion 2008. Dr. Vollert ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Quellen und Literatur (Auswahl):

Heinrich Becker u. a.: Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte. München 1987.

Jens Brüggemann: Männer von Ebre? Die Wehrmachtsgeneralität im Nürnberger Prozess. Paderborn 2020.

Christopher Clark: Leben und Tod des Generaloberst Blaskowitz, in: Ders.

Gefangene der Zeit. München 2020.

Winston Churchill: Geschichte des Zweiten Weltkriegs, 6 Bände, deutsche Ausgabe. Bern 1948-54.

Michael Epkenhans/John Zimmermann: Die Wehrmacht – Krieg und

Verbrechen. Ditzingen 2019.

Joist Grolle: Der Hamburger Percy Ernst Schramm – ein Historiker auf der

Suche nach der Wirklichkeit, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 1989. Zit.: Grolle, Schramm, S. 43-47.

Ders.: Percy Ernst Schramm – ein Sonderfall in der Geschichtsschreibung

Hamburgs, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburger Geschichte, 1995. S. 24-

60. Zit.: Grolle, Sonderfall.

Dieter Hartwig u.a.: Großadmiral Dönitz. Legende und Wirklichkeit, Paderborn 2010.

Hermann Heimpel: Königtum, Wandel der Welt, Bürgertum, in: Historische Zeitschrift, Band 214 (1972), S. 96-108.

Klaus Hildebrand: Das Dritte Reich. München 2009.

Herbert Kraus (Hg.): Die im Braunschweiger Remer-Prozess erstatteten moraltheologischen und historischen Gutachten nebst Urteil. Hamburg 1953. Manfred Messerschmidt: Historiker an der Front, in: Hartmut Lehmann/Otto

Gerhard Oexle: Fächer – Milieus – Karrieren. Nationalsozialisten in den Kulturwissenschaften. Göttingen 2004, S. 417-443.

Otto Gerhard Oexle/Winfried Schulze: Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, in: Intentionen und Wirklichkeiten. 42. Deutscher Historikertag in Frankfurt am Main 1998. München 1999.

Percy Ernst Schramm: Deutschland und die Welt. Leistungen und Grenzen hanseatischen Bürgertums in der Zeit zwischen Napoleon I. und Bismarck, Hamburg 1952.

Ders.: Deutschland und Übersee. Der deutsche Handel mit den anderen Kontinenten, insbesondere Afrika. Braunschweig u. a., 1950.

Ders. : Hitler als militärischer Diktator. Göttingen 1961.

Ders. : Hitler als militärische Führer. Königstein i. T. 1962.

Ders. (hg. mit Henry Picker u. a): Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Stuttgart 1963.

Ders., zusammen mit Walther Hubatsch: Die deutsche militärische Führung in der Kriegswende, Köln/Opladen 1964.

Ders.: Die Niederlage 1945. 2. Edition München 1985.

Ders.: Anatomie eines Diktators, in: DER SPIEGEL 18. Jahrgang, Nr. 8, 9, 12.

Ders.: Neun Generationen. Dreihundert Jahre deutscher Kulturgeschichte im Lichte der Schicksale einer Hamburger Bürgerfamilie (1648-1948). 2 Bände.

Göttingen 1963-1964.

Ders. Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht

(Wehrmachtführungsstab) 1940-1945, 4 Bände, geführt von Helmut Greiner und Percy Ernst Schramm. Frankfurt am Main 1961-1964.

David Thimme: Percy Ernst Schramm und das Mittelalter, Wandlungen eines Geschichtsbildes, Göttingen 2006. Zit.: Thimme, Schramm.

Ders.: Die Erinnerungen des Historikers Percy Ernst Schramm. Beschreibung eines gescheiterten Versuchs, in: Zeitschrift für Hamburgische Geschichte, Band 89. Hamburg 2003. Zit.: Thimme, Erinnerungen.

Jörg Wollenberg und David Thimme: Percy Ernst Schramm und das

Mittelalter, in: Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts 22, 2007, S. 171-174.

Neue Deutsche Biografie, 23. Band, Dritte Ausgabe, Berlin 2007.

DER SPIEGEL, in Hamburg erscheinende Wochenzeitschrift.

DIE ZEIT, in Hamburg erscheinende Wochenzeitschrift.

Wikipedia: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Percy_Ernst_Schramm&oldid=205806584 (aufgerufen am 28. 11. 2020)

Anmerkungen

- 1 Joist Grolle in: DIE ZEIT v. 13. Oktober 1989.
- 2 Becker, Die Universität Göttingen im Nationalsozialismus.
- 3 Messerschmidt, Brügemann, Thimme, s. Quellen und Literatur.
- 4 Bericht in DIE ZEIT v. 3. April 1964.
- 5 Thimme, Schramm, S. 9.
- 6 Thimme, Erinnerungen, S. 259.
- 7 S. Quellen und Literatur.
- 8 Schramm, KTB, S. 1816.
- 9 Ders., KTB, Band IV, 1. Halbband, S. V.
- 10 Zur Regierung „Dönitz“ s. Hartwig, Dönitz.

- 11 Schramm, KTB, Band IV, S. V.
- 12 Ebd., S. VI.
- 13 KTB, Band IV, 1. Halbband, S. VI.
- 14 Ebd., S. VII.
- 15 Bibliografische Angaben s. Quellen und Literatur.
- 16 Messerschmidt, S.441. Zu den Verbrechen der Wehrmacht und von deutschen Soldaten gegen die Menschlichkeit liegen heute in kaum überschaubarer Fülle Veröffentlichungen vor. Mit Bezug zu Schramm s. Brüggemann, Männer von Ehre? Messerschmidt: Historiker an der Front und Epkenhans/Zimmermann, Die Wehrmacht – Krieg und Verbrechen.
- 17 Kraus: Gutachten im Remer-Prozess. Remer wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, entzog sich aber der Strafverfolgung durch Flucht ins Ausland.
- 18 Churchill: Geschichte des Zweiten Weltkrieges.
- 19 Zitiert nach Messerschmidt, S. 443.
- 20 Ebd.
- 21 Die anderen hanseatischen Infanterie-Regimenter lagen in Bremen (Nr. 75) und in Lübeck (Nr. 162).
- 22 Thimme: Erinnerungen, S. 257.
- 23 Ebd., S. 258.
- 24 Grolle in: DIE ZEIT v. 13. Oktober 1989.
- 25 Bahrenfeld ist heute ein Stadtteil im Westen von Hamburg.
- 26 Attila ist die reich verzierte Uniformjacke der Husaren.
- 27 Bereits im Kaiserreich waren Zweikämpfe von Offizieren verboten, wurden jedoch unter bestimmten Voraussetzungen geduldet.
- 28 Es handelte sich um Auszüge aus seinem Werk »Hamburger Geschlechterbuch«.
- 29 Thimme: Erinnerungen, S. 225.
- 30 Thimme: Schramm, S. 542.
- 31 Der 1c oder G 2 ist der für Feindnachrichten zuständige Generalstabsoffizier in höheren Stäben.
- 32 Brüggemann, S. 349.
- 33 Ebd.
- 34 Thimme, Schramm, S. 370.
- 35 Ebd., S. 482.
- 36 Biografische Angaben zu Schramm wurden der Neuen Deutschen Biografie (NDB), dem Buch von David Thimme: Percy Ernst Schramm und das Mittelalter sowie den Veröffentlichungen seines Schülers Joist Grolle entnommen, ferner wikipedia. Bibliografische Angaben siehe Quellen und Literatur.
- 37 Bibliografische Angaben s. Quellen und Literatur.
- 38 Die Geschichte der Familie O`swald, bibliografische Angaben s. Quellen und Literatur. Schramms Mutter war eine geborene O`swald.

- 39 Bibliografische Angaben s. Quellen und Literatur.
- 40 Grolle: Sonderfall, S. 45 f.
- 41 Ebd., S. 24.
- 42 Zitiert nach Grolle in: DIE ZEIT v. 13. Oktober 1989
- 43 Heimpel: Königtum, S. 102.
- 44 Thimme: Schramm, S. 73.
- 45 Ebd., S. 79.
- 46 Thimme: Erinnerungen, S. 253.
- 47 Ebd., S. 335.
- 48 Kraft durch Freude, die Freizeitorganisation des NS-Staates.
- 49 Grolle, Schramm: S. 41. Dieses Zitat, das auch in andern Veröffentlichungen zu Schramm genannt wird, ist erst nach dem Krieg veröffentlicht worden. Die Authentizität kann bezweifelt werden.
- 50 Thimme: Schramm, S. 396.
- 51 Während des Krieges ruhte seine Lehrtätigkeit, er veröffentlichte jedoch mehrere Bücher.
- 52 Zitiert nach Thimme: Schramm, S. 369.
- 53 Grolle: Sonderfall, S. 47.
- 54 Brüggemann, S. 346 f.
- 55 S. hierzu das Kapitel Die Schatten der Vergangenheit.
- 56 Grolle: Sonderfall, S. 47.
- 57 Bibliografische Angaben s. Quellen und Literatur.
- 58 Einen Überblick zum Forschungsstand zu Hitler gibt Klaus Hildebrand in seinem Buch: Das Dritte Reich. Bibliografische Angaben s. Quellen und Literatur.
- 59 DER SPIEGEL, 18. Jahrgang, Nr. 8, 9, 12.
- 60 Thimme: Schramm, S. 548.
- 61 Grolle: Schramm, S. 240.
- 62 Thimme, Schramm, S. 240.
- 63 Ebd., S. 549.
- 64 Thimme: Erinnerungen, S. 259.
- 65 Zitiert nach Messerschmidt: Historiker an der Front, S. 423.
- 66 Thimme: Erinnerungen, S. 21.
- 67 Ebd., S. 227.
- 68 Grolle in: DIE ZEIT v. 13. Oktober 1989.
- 69 Thimme: Erinnerungen, S. 21..
- 70 Grolle, in: DIE ZEIT v. 13. Oktober 1989.
- 71 Grolle: Schramm, S. 42.
- 72 Diese Überlegungen folgen Clark in seinem Aufsatz über Generaloberst Blaskowitz, S. 209 f.
- 73 Zitiert nach Epkenhans: Die Wehrmacht, S. 139.

Kapitel V

Aus der Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft

Das Wiener Strategie-Konzert

Manuela R. Krüger
Christian O.E. Millotat

Der Initiator und Organisator der Wiener Strategie-Konferenzen, Brigadier i. R. Dr. Wolfgang Peischel, hat uns immer wieder durch provokante Themen sowie Fragestellungen zum Nachdenken angeregt. Wir erinnern an die dritte Konferenz, wo er die zu modischen Schlagworten gewordenen Begriffe Narrative, Cyber, Hybridizität und Resilienz daraufhin untersuchen ließ, ob sie neue Phänomene, alter Wein oder nur ein bewegliches Heer von Metaphern¹ seien.



Wiener Strategie- Konferenz 2021

Unter Einbindung der Mitveranstalter der Konferenzen, der Österreichischen Militärischen Zeitschrift (ÖMZ), der Landesverteidigungsakademie Wien (LVAK) und gemeinsam mit der European Military Press Association (EMPA) und dem Zentrum für menschenorientierte Führung und

Wehrpolitik (ZMFW), wurden die Wiener Strategie-Konferenzen unter dem Gene-ralthema „Strategie neu denken“ in nachfolgender synergetischen Themenstruktur gegliedert:

- 2016 „Strategie neu denken“ – Arbeitsdefinition von Strategie,
- 2017 „Ist Strategie lehrbar?“ – Lehrgegenstand „Strategisches Denken“/ Struktur Kernfach „Strategie“,
- 2018 „Narrative, Cyber, Hybridizität, Resilienz“ – Gesamtstrategische Anwendung der Begriffsquadriga,
- 2019 „Strategie und Wille“ – Rolle des Faktors Wille in der Strategie,
- 2021 „Demokratie und Strategiefähigkeit“ – Strategiefähigkeit und -defizite von Staatssystemen².

Sie haben inhaltlich auf aus dem leitenden Kernfach der Militärwissenschaft³ und aus der militärischen Führungslehre zu schlussfolgernden Grundprinzipien allgemeinesamtstrategischen Denkens fokussiert, deren Beiträge in jährli-

chen Konferenzbänden publiziert wurden und im österreichischen Generalstabslehrgang als Lehrwerke in der Generalstabsausbildung ihre Verwendung finden.⁴ Allerdings setzen die Veranstaltenden auf „ein Strategieverständnis [...], das über die Militärstrategie [...] hinausgeht und auf einen politikfeldübergreifenden, gesamtstaatlichen Strategieansatz abstellt.“⁵ Die Vortragenden haben sich durch große Erfahrung in Feldern der strategischen Beurteilung sowie Führung, ebenso durch militärfachliche sowie wissenschaftliche Expertise ausgezeichnet und Beiträge zu einer vermehrt interdisziplinären und überregionalen Perspektive geboten. Die Wiener Strategie-Konferenz sollte demnach „eine vom deutschen Sprachraum ausgehende [...] hochrangig besetzte, internationale Strategieentwicklungs- und Diskussionsplattform [Hervorhebungen im Original]“⁶ sein. Hoffen wir, dass sie auch im Jahr 2022 und Folgenden mit großem Engagement und internationaler Reichweite fortgeführt werden wird.



LÜKEX22

Cyberangriff auf das Regierungshandeln ist das Szenario der neunten Länder- und Ressortübergreifenden Krisenmanagementübung

Die Wiener Strategie-Konferenz 2021

Bei der Wiener Strategie-Konferenz 2021, bei welcher der Generalinspekteur der Bundeswehr und der Generalstabschef des Österreichischen Bundesheeres prominente Redner waren, ließ Peischel die Hypothese untersuchen, ob ein autoritäres System strategiefähiger als ein westlich pluralistisches sein und die westliche Demokratie in ein systemisches Strategiedefizit ableiten könne, wenn es ihr nicht gelänge, sich auf die derzeit rasch verändernde Werteordnung „neu auszurichten“. Er stellte zusätzlich die Frage, ob ein gefährdeter demokratischer Kernbestand möglicherweise durch eine Neuausrichtung, z. B. durch verstärkte humanistische Bildungsanstrengungen, gerettet sowie resilient werden könne, um funktionsfähig zu bleiben.⁷

Das Wiener Strategie-Konzert

Aber ganz besonders heute sollten Strategien nicht nur spezifisch, sondern vielmehr ressort- und länderübergreifend sein, wie beispielsweise im Szenario der neunten strategischen Krisenmanagementübung LÜKEX 22 zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland, und in Zukunft auch auf internationaler Ebene

Um Charakteristika, Festigkeit und harmonisches Zusammenwirken in einem derartigen strategischen Verbund zu beschreiben, bietet sich für diesen Beitrag das Bild eines Orchesters unter der Leitung eines virtuosen Dirigenten als Metapher an.

miteinander verbunden sowie erprobt werden können.⁸ Um Charakteristika, Festigkeit und harmonisches Zusammenwirken in einem derartigen strategischen Verbund zu beschreiben, bietet sich für diesen Beitrag das Bild eines Orchesters unter der Leitung eines virtuosen Dirigenten⁹ als Metapher an. Mit der Qualität seines Zusammenwirkens und Musizierens werden die Auswahl, Zusammenhänge und Proportionen der Inhalte unseres Beitrags zueinander verdeutlicht, also, wie Strategien in ihrem Konzert. Dabei soll der Kampf im Zuge der Bewältigung der Corona-Krise, ausgelöst durch die Covid-19-Pandemie¹⁰, aus aktuellem Anlass besonderes Gewicht und eine erkenntnisleitende Funktion für die Wertungen in unserem Beitrag haben.

Strategien westlicher Demokratien und ihrer Bündnisse im Konzert

Leben wir denn in einer Zeit drohender strategischer Lähmung oder Krisen? Offenkundig ist, dass die Realisierung der Verfahren und Maßnahmen, hoffentlich mittels vorhandener kurz-, mittel- sowie langfristiger Strategien, zur Bewältigung der vielfältigen, gleichzeitig stattfindenden, weltweiten und häufig miteinander verwobenen Krisen und Konflikte von heute, wie Präsident Wladimir Putins durch völkerrechtswidrige Militäreinsätze betriebene Expansionspolitik, Klimawandel, Verknappung von überlebenswichtigen Ressourcen, millionenfacher Vertreibung und Migration, internationalem Terrorismus und organisierter Kriminalität auch angesichts der sie scheinbar als unzureichend entlarvenden Covid-19-Pandemie auf den Prüfstand gestellt wird. Seit Beginn des Jahres 2020 hat dieser Prozess eine nicht für möglich gehaltene Beschleunigung und Schärfung in vielen Ländern sowie Ressorts ausgelöst und bisher angenommene Erfolge wie der Friedensgestaltung und Stabilität durch Multilateralismus, Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle sind in Frage gestellt worden. Die Versuche zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie zeigen, dass stumpfe politische Instrumente und unzureichende Maßnahmen sowie Mittel zu ihrer Bewältigung nicht ausreichen. Dies führt zur Frage, ob sie auch in den anderen Krisenbereichen auftreten könnten.

Zur Corona-Krise: Gab und gibt es nationale und in den Bündnissen gemeinsam entwickelte Strategien für die bestmögliche Erzeugung und den Einsatz von medizinischen Bedarfsartikeln? Waren die medizinischen Versorgungsstrukturen darauf ausgelegt, den Corona-Schock,¹¹ der ganz unerwartet kam, aufzufangen? Waren sie ausreichend widerstandsfähig? War die Pharmaindustrie dafür gerüstet, zügig Impfstoffe und Medikamente zu entwickeln, ohne auf Importe angewiesen zu sein? Warum gab es keine Gesamtstrategie in den west-

lich demokratischen Ländern und ihren Bündnissen wie der North Atlantic Treaty Organization (NATO), Europäische Union (EU) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) mit dem Charakter eines in Übungen erprobten Fahrplans für alle zu ergreifenden Maßnahmen, wie ihn die Verteidigungsplanungen der NATO zur Zeit des Kalten Krieges für den Aufmarsch ihrer Truppen enthielten, die ständig neuen Entwicklungen angepasst und geübt wurden?

Könnten und würden sich bei der Bewältigung der angeführten Krisen und Konflikte ähnliche Defizite auftun? Warum gibt es kaum kurz-, mittel- und langfristig angelegte, miteinander verzahnte sowie in Übungen erprobte Strategien

Und hier schließt sich der Kreis: Könnten und würden sich bei der Bewältigung der angeführten Krisen und Konflikte ähnliche Defizite auftun? Warum gibt es kaum kurz-, mittel- und langfristig angelegte, miteinander verzahnte sowie in Übungen erprobte Strategien für außer- oder paramilitärische Bereiche in unseren demokratischen Ländern und in ihren Bündnissen, die wie ein harmonisch eingestimmtes Orchester zum Klingen gebracht werden könnten?

Der Generalleutnant der französischen Armee Olivier Rittimann, Kommandant des NATO-Defence College in Rom, hat in seinem Aufsatz Die NATO und die COVID-19 Pandemie aus dem Jahr 2021 ausgeführt:

„[...] [U]nsere Gesellschaften müssen [...] Widerstandsfähigkeit entwickeln. Könnten wir es uns leisten, jedes Jahr eine ähnliche Krise durchzumachen, die das soziale Gefüge unserer Länder zerstört? [...] Eine Abfolge begrenzter Pandemien wie derjenigen, die wir gerade erleben, würde schon ausreichen, uns in die Knie zu zwingen.“¹²

Zu unserem Beitrag

Wir haben während der Wiener Strategie-Konferenz 2017 in unserem Beitrag Entwickeln und Umsetzen einer Strategie und die Notwendigkeit des Ineinandergreifens ihrer Elemente im Lichte von Carl von Clausewitz¹³ unsere Analysen zur Entwicklung und zum Wirken von erfolgreichen Strategien zur Bewältigung bewaffneter Konflikte und von kriegsähnlichen Entwicklungen auf die noch heute mehr denn je gültigen Erkenntnisse des Generalmajors Carl von Clausewitz (1780–1831) gestützt. Clausewitz hat mit seinem monumentalen Werk Vom Kriege¹⁴ eine Theorie des Krieges geschrieben und nicht eine seiner

Verhinderung. Logischerweise bezieht sich sein Strategiebegriff auf den Einsatz von Streitkräften im klassischen Sinn. Aber bereits im Ersten und Zweiten Weltkrieg wurde seine politisch aufgeladene Militärstrategie durch nichtmilitärische Komponenten wie den Wirtschafts- und Propagandakrieg ergänzt. Spätestens seit 1945 sprechen wir von „politischer Strategie“ oder „Gesamtstrategie“, von der die „Militärstrategie“ nur noch eines von mehreren Elementen bildet.¹⁵ Die Tendenz geht offenbar dahin, sie immer mehr in den Hintergrund treten zu lassen. Dies zeigt sich z. B. an dem in Rom vereinbarten neuen Strategisches Konzept der NATO 1991, wo „Kooperation“ und „Dialog“ einen vorrangigen Stellenwert bekommen haben und Werkzeuge von „Kollektiver Verteidigung“ sowie „Krisenbewältigung und Konfliktverhütung“ geworden sind, bevor Truppen eingesetzt werden.¹⁶ Wir sind bei unseren Analysen zu Strategien einen ähnlichen Weg, also vom Krieg weg, gegangen und beschreiben ihn im Folgenden weiter.

Vor diesem Hintergrund versuchen wir zunächst – wie könnte es nach unseren von Brigadier Dr. Peischel publizierten Vorarbeiten in den Konferenzbänden anders sein – weiterhin auf der Basis von Carl von Clausewitz, aber mit noch stärkerer Ausrichtung als in unseren früheren Arbeiten auf außermilitärische Sphären der Frage nachzugehen, ob ein Konzert von Strategien zwischen den westlichen demokratischen, pluralistischen Nationen und den Bündnissen wie der NATO, EU sowie OSZE und den Vereinten Nationen (VN) besteht und wie ein geübtes Orchester miteinander musiziert.

Wir skizzieren also die Wege, wie eine Gesamtstrategie und bei Bedarf aus ihr abgeleitete Strategien entstehen sollten. Auch einige Gedanken zur Strategiefähigkeit autoritärer Staaten werden dabei angestellt. Es folgt eine Skizze über Dissonanzen im Orchester, d. h. Hindernisse bei der Entwicklung von Strategien und bei ihrer Umsetzung in unserer Zeit und deren Gründe. Danach werden Gedanken zur Ausbildung zum strategischen Handeln-Können dargestellt. Persönliche Erfahrungen des Autors über Erfolge und Misserfolge bei konkreten Versuchen, Strategien im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina zu entwickeln sowie umzusetzen werden vorgestellt, um die Behandlung des Themas durch Beispiele aus erlebter und gestalteter Praxis aufzulockern. Der Schlussteil enthält einige Gedanken darüber, wie sich in unseren Ländern entwickelte Strategien zu einem Orchester der Weltklasse zusammenfinden können.

Unser Beitrag 2021 gründet auf unseren Vorträgen bei den vorhergehenden Wiener Strategie-Konferenzen. Auf diese wird deshalb häufig verwiesen.

Orchestrale Unordnung: Begriffsverwirrungen und Wege zu einer Gesamtstrategie

Im Verlauf der Jahre 2020 und 2021 gab es unzählbare Sonderberichte, Analysen, Kommentare und Talk Shows zum alles beherrschenden Thema Covid-19-Pandemie. Immer wieder und unscharf wurden in Zeitungsartikeln, Fernsehsendungen und in den Sozialen Medien die Begriffe „Strategie“, „Vernetzte Sicherheit“, „Zweck-Ziel-Mittel-Relation“, „Friktionen“, „Moralische Größen“ und „Resilienz“ benutzt. Nach einer Gesamtstrategie zum Bekämpfen der Pandemie wurde vielfach gerufen. Auf europäischer sowie globaler Ebene waren unterschiedliche Strategien zur Eindämmung vorhanden.¹⁷ Wege zu ihrer Entwicklung, Probleme und hemmende Kräfte bei diesem Prozess und bei dessen Umsetzung wurden aber oft in Öffentlichkeit und Medien in Umrissen und häufig unqualifiziert diskutiert.

Bereits im Frühjahr 2020 hat der französische Staatspräsident Emmanuel Macron den Kampf gegen das Coronavirus mit einem Krieg verglichen. Mit diesem pathetischen Begriff stimmte er seine Landsleute auf die strikten Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ein.

Um es mit dem Bild, welches das Wiener Strategie-Konzerts suggeriert, zu verdeutlichen: Haben sein Dirigent mit den Instrumenten des Orchesters und ihres Zusammenspiels das Publikum im Konzertsaal für die Qualität und Virtuosität der Aufführungen gewonnen, gar begeistert oder bei ihnen Ablehnung erzeugt? Offensichtlich ist die folgende Feststellung Lennard Souchons in dessen Buch „Carl von Clausewitz, Strategie im 21. Jahrhundert“ von 2012 noch immer gültig:

„In Deutschland ist Strategie im gegenwärtigen Tagesgeschehen zu einer vielfach genutzten Worthülse verkümmert. Angesichts dieses Dilemmas ist es höchste Zeit, ausgewählte Führungspersonlichkeiten zielgerichtet weiterzubilden, damit sie das strategische Denken beherrschen.“¹⁸

Zurück zum Bild des Wiener Strategie-Konzerts: Dirigent ist die Staatsspitze, die Instrumente sind die Vertreter der Gremien, die sie beraten, Kräfte und Mittel bereitstellen und eine Strategie im Auftrag der Staatsspitze umsetzen. Im Konzertsaal sitzt die Bevölkerung. Sie lauscht den Klängen der Musik, bleibt aber innerlich nicht passiv, sondern wird von ihnen emotional bis zur Begeisterung oder Ablehnung angerührt. Nach welchem Kompass war das interpretierte Musikstück ausgesucht worden, bewegte es die Zuhörer innerlich,

bewiesen die Musiker Tactsicherheit nach den Schlägen des Metronoms der Konzertproben oder gab es Dissonanzen und Misstöne?

Bereits im Frühjahr 2020 hat der französische Staatspräsident Emmanuel Macron den Kampf gegen das Coronavirus mit einem Krieg verglichen. Mit diesem pathetischen Begriff stimmte er seine Landsleute auf die strikten Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ein.¹⁹

Welche Strategie für den bestmöglichen Einsatz von Kräften, Mitteln und Verfahren im Krieg gegen die Covid-19-Pandemie sollte entwickelt und verfolgt werden? Wo finden wir ihre möglichen Fundamente, Eckpfeiler und Geländer?

General i. R. Horst Pleiner hat bei der ersten Wiener Strategie-Konferenz 2016 herausgearbeitet, dass der Begriff Strategie nicht länger nur dem Militärischen zugeordnet werden dürfe, sondern, dass ein „Neu-Denken“ von Strategie über das rein Militärische hinausgehen müsse und Streitkräfte nur ein Instrument im Rahmen einer aus verschiedenen Komponenten gebildeten Gesamtstrategie seien.²⁰ Das führt zu Carl von Clausewitz und unseren Versuch, seine auf Krieg fixierten Gedanken über Strategie auch für außermilitärische Bereiche zu nutzen.

General Pleiners Ausführungen zur Strategie lassen sich in Anlehnung an Clausewitz wie folgt erweitern:

- Es gibt kein Regelwerk oder Lehrgebäude der Strategie.
- Strategie ist eine Variable der jeweiligen Politik, also nichts Selbstständiges.
- Strategie zielt auf den angestrebten Friedenszustand und die Bewältigung von Krisen und Katastrophen aller Art.
- Politik und Strategie stehen in einem engen Wirkungszusammenhang.

Für die von Pleiner angeregte Neuausrichtung des bisherigen Strategiebegriffs weist Souchon in seiner Arbeit einen Weg:

„Der Begriffsinhalt von Strategie [,sagt er,] wandelt sich korrespondierend zu den gesellschaftlichen Entwicklungen und verbindet im 21. Jahrhundert unter dem Oberbegriff Politik nicht nur militärische, sondern ebenso diplomatische, wirtschaftliche, humanitäre und psychologische Methoden des Handelns sowie ethische und völkerrechtliche Überlegungen.“²¹

In seinem 2021 im Jahrbuch 2020 der Clausewitz-Gesellschaft erschienenen Aufsatz Clausewitz gestern und heute. Gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge in Zeiten von Pandemien: Wie resilient sind Gesellschaft, Politik und kritische Infrastrukturen? Relevanz Clausewitzscher Erkenntnisse heute hat der frühere Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a. D. Kurt Herrmann, Souchon frei folgend, im Sinne der Macronschen Metapher, Streitkräfte in der Definition von Strategie durch den Begriff „agierende Exekutivkräfte“²² ersetzt. Souchons Interpretation der „Wunderlichen Dreifaltigkeit“ von Clausewitz folgend überträgt Herrmann den Krieg „auf ein Modell mit drei grundlegenden strategischen Dimensionen: politische Führung, militärische Führung und Bevölkerung.“²³ Er hat dieses gedankliche Modell bei seiner Analyse des Kampfes gegen den Coronavirus auf dessen Auswirkungen hin interpretiert und überzeugend das dynamische, auch strategische Zusammenspiel von Wissenschaft, Politik, Gesundheitswesen und Gesellschaft verdeutlicht.²⁴

Wir haben über Souchons Gedankenansätze 2016 ausführlich berichtet: Er hat in seiner Arbeit einen Vorschlag entwickelt, wie die Elemente des militärischen Entscheidungsprozesses für die politisch-strategische Ebene zum Entwickeln eines eigenen Entscheidungsprozesses sowie einer Strategie genutzt werden können. Er zieht dazu Clausewitz' „Wunderliche Dreifaltigkeit“ heran, um mit ihr eine Konfliktlage ganzheitlich durchdenken und erfassen zu können.²⁵ Wir tragen seinen Ansatz mit.

Unsere damaligen Ausführungen sind noch immer so aktuell, dass wir sie hier wiederholen. Wir haben 2016 bei der Wiener Strategie-Konferenz herausgearbeitet, dass der von uns dargestellte und in nicht militärische Bereiche übertragene Führungsprozess der Soldaten für die politisch-strategische Ebene bei der Entwicklung einer Strategie eine solide Grundlage anbietet.²⁶ Der Ehrenpräsident der Clausewitz-Gesellschaft, der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General a. D. Wolfgang Altenburg, hat 2015 in einem Interview ausgeführt:

„[...] [W]enn ich mir heute ansehe, was an politischen Entscheidungen gefällt wird und wie diese Entscheidungen getroffen werden, dann habe ich bisweilen das Gefühl, dass eine stärkere Berücksichtigung militärischer Expertise und Erfahrungen durchaus nützlich sein könnte.“²⁷

Diese Bewertung stützt unser Urteil über die Möglichkeit der Nutzung des militärischen Führungsprozesses für die Entwicklung von Strategien in außer-militärischen Bereichen.

Zurück zu Souchons und unserem Vorschlag:²⁸

Erste Phase: Mit ihren Komponenten „ursprüngliche Gewaltbarkeit des Krieges“, „Spiel der Wahrscheinlichkeit und des Zufalls“ sowie „untergeordnete Natur des politischen Werkzeugs des Militärs“, die unterschiedlich ausgeprägt sind und sich gegenseitig bedingen, leiten Souchon und wir den Führungsprozess zur Entwicklung einer Strategie durch die politisch-strategische Ebene ein und verschaffen uns einen ganzheitlichen Überblick. Das entspricht der Phase Lagefeststellung und Kontrolle des militärischen Entscheidungsprozesses.

Zweite Phase: In einer weiteren Phase kalkulieren wir Maß und Umfang der Mittel. Dies bietet einen handlungsorientierten Vergleich des Zustands und der Fähigkeiten eines Gegners, einer Pandemie oder Naturkatastrophe und ist Grundlage für die Entscheidung zum Einsatz aller benötigten Kräfte sowie Mittel und für strategische Weichenstellungen. Dem entspricht die Phase Entscheidungsfindung im militärischen Führungsprozess .

Dritte Phase: Hier wird die Zweck-Ziel-Mittel-Relation durchleuchtet und von übergeordneter, politischen Zweck zu Zielen und Mitteln herausgearbeitet. Im militärischen oder zivilen Aktionsplan wird diese und der gesamte Ablauf ihrer Umsetzung strukturiert. Dabei sind die Fragen zu beantworten, was man mit (Zweck) und in ihm (Ziel) erreichen soll. Das entspricht den Phasen Planung und Befehlsgebung des militärischen Führungsprozesses.



Der militärische Führungsprozess

Vierte Phase: Der politische Zweck kann sich im Verlauf der Planung und Umsetzung einer Strategie ändern. Dann kommt es zur Phase erneute Lagefeststellung und Kontrolle des militärischen Entscheidungsprozesses. Dann muss der Entscheidungsprozess mit allen Akteuren gleichberechtigt neu durchgeführt werden.

Zur Entwicklung einer Strategie durch die politisch-strategische Ebene durchläuft der Planungs- und Entscheidungsprozess vier Schritte:²⁹

Im ersten Schritt erfolgt die Suche nach dem Erreichen eines Zusammenspiels von Gesellschaft, Militär und Akteuren und Akteurinnen der heranzuziehenden anderen Ressorts des Staates mit der politisch-strategischen, für die For-

mulierung einer Strategie verantwortlichen Ebene. Nur so besteht die Chance, einen tragfähigen Konsens von gegenseitigem Verständnis und die Bereitschaft für gegenseitige Unterstützung zu erreichen, die auch bei unerwartet auftretenden Krisen, Pandemien und Naturkatastrophen sowie bei (aufgezwungenen) militärischen Einsätzen Bestand hat.

Im zweiten Schritt erfolgt das Entwickeln und das Abwägen von Optionen im Rahmen eines vielschichtigen Vergleichs mit Hilfe der „Wunderlichen Dreifaltigkeit“ von Clausewitz, der eigenen Potenzen sowie Fähigkeiten im Vergleich zu denen eines Gegners, der Wirkungsmacht und von Auswirkungen überraschend hereinbrechender, bedrohlicher Ereignisse wie die Wellen der Covid-19-Pandemie, einer nuklearen Katastrophe oder einer bedrohlichen politischen bzw. wirtschaftlichen Krise.

Im dritten Schritt erfolgt die Formulierung einer Strategie mit Zuarbeit aller Akteure und Akteurinnen, eben eines konkreten Plans.

Im vierten Schritt erfolgt ihre Umsetzung sowie ihre ständige Überprüfung aufgrund der Lageentwicklung und, falls erforderlich, ihre Modifizierung.

Das von Souchon und Herrmann vorgeschlagene Verfahren, den Clausewitzschen Begriff Krieg durch exekutive Kräfte zu ersetzen, erscheint aus den dargelegten Gründen möglich, bedarf aber nach unserer Auffassung weiterer Prüfung.

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, eine Strategie werde hierarchisch „Oben“ formuliert und dann von den nachgeordneten Ebenen und Verantwortlichen, also „Unten“, ohne ihre Beteiligung umgesetzt.³⁰ Die Akteure

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, eine Strategie werde hierarchisch „Oben“ formuliert und dann von den nachgeordneten Ebenen und Verantwortlichen, also „Unten“, ohne ihre Beteiligung umgesetzt.

auf den der Strategie nachgeordneten oder mit ihr auf Zusammenarbeit angewiesenen Ebenen und Strukturen erarbeiten, stellen bereit und vertreten im kritischen Dialog mit der Staatsspitze Informationen und Expertenwissen sowie kalkulieren Kräfte und Mittel. Außerdem unterstützen sie die politische Führung des Staates bei der Vermittlung sowie Verdeutlichung der Strategie in der Bevölkerung.

Die Verdeutlichung der Notwendigkeit einer neuen Strategie hat in der Zeit der Covid-19-Pandemie neues Momentum und Gewicht für die Bevölkerungen

gewonnen. Bisherige Verfahren reichen nicht aus. Das Werben für eine zukünftige Strategie durch alle an ihrer Entwicklung Beteiligten bei der Bevölkerung sollte – wir halten dies für unerlässlich – ihren gesamten Entstehungsprozess in einer geistigen Gedankens- und Arbeitswerkstatt begleiten. Bürger sollten sich in eine geplante Strategie und die bei ihrer Realisierung nötig werdenden Opfer und Einschränkungen Schritt um Schritt hineinleben können. Gelingt dies, wird sie schneller akzeptiert, aber auch argumentativ qualifizierter abgelehnt werden können. Herrmann führt dazu aus:

„Eine auf der Basis einer Gesamtstrategie etablierte, effiziente Führungsstruktur, mit dementsprechend abgestimmten sowie klar festgelegten Kompetenzen und Verantwortungen, wird als entscheidender Schlüssel für die erfolgreiche Bewältigung komplexer Krisen betrachtet.“³¹

Bevor wir diese neue Herausforderung näher beleuchten, der Versuch, die Elemente einer Gesamtstrategie in unseren westlich demokratischen, pluralistischen Staaten sowie ihren Bündnissen zusammenzufassen. Alle Strategien sollten in einem strategischen Konzert eines erfolgreichen Orchesters miteinander musizieren können.

Erstens: Eine langfristig angelegte Gesamtstrategie, entwickelt und verantwortet von der politisch-strategischen Ebene der westlich demokratischen Länder, ihrer Bündnispartner wie den Vereinten Nationen, der NATO, EU und OSZE, sei es bei der Bekämpfung von Naturkatastrophen, überraschend auftretenden Pandemien, in Krisenbewältigungs- und Rettungseinsätzen und bei der Landes- und Bündnisverteidigung, ist durch den festgelegten Zweck und die abgestimmten Handlungsweisen aller an ihr beteiligten Akteure verbunden.

Zweitens: Sie legt fest, wie ihre Ziele unter friktionalen Bedingungen und getragen von der Zustimmung der Bevölkerung durchgesetzt werden können. Ihr Ziel ist die Erhaltung des sozialen Gefüges ihrer Länder, das Fördern ihres politischen Zusammenwachsens sowie ihre bündnisgemeinsame Verteidigung. Das erfordert die Bereitschaft, persönliche Opfer zu bringen, sich zu engagieren und zur Resilienz des jeweiligen Staates sowie Verantwortungsbereiches beizutragen.

Drittens: Langfristig angelegte Gesamtstrategien, die dem Schutz der vitalen Interessen der Länder und Bündnisse dienen, sollten so verfasst, in Übungen erprobt und verzugslos umsetzbar sein sowie über die Kräfte und Mittel ver-

fügen, dass sie quasi automatisch Schritt für Schritt von den politischen Spitzen realisiert werden können, ohne dass sie von der Bevölkerung als oktroyiert empfunden werden.

Viertens: Kurz und mittelfristig notwendig werdende Strategien von Ländern und Bündnissen werden nach den gleichen Prinzipien entwickelt und umgesetzt.³²

Ob, wie Peischel fragt, autoritäre Staaten strategiefähiger sind als westlich pluralistische, dass bei ihnen kein Strategiedefizit herrscht, kann nur schwer beurteilt werden. Zur Entwicklung von Strategien bedürfen sie wie die westlichen Länder ihrer Experten. Die Einbindung der Öffentlichkeit, wie von uns dargestellt, der Hinweis auf mögliche Opfer und Verzicht wird sicher weniger intensiv sein. Dennoch zeigen Entwicklungen, z. B. in Russland, dass sich die Bevölkerung zunehmend stärker gegen Regierungsanweisungen wendet sowie auflehnt.³³ Das ist eine Entwicklung, die in den autoritären Staaten trotz staatlicher Unterdrückung immer mehr um sich greift. Ob „Oben“ entwickelte Strategien dort wie früher einfach einer (un-)gehorsamen Bevölkerung oktroyiert werden können, wird offensichtlich immer schwieriger und hängt auch vom Durchsetzungswillen ab.³⁴

Dennoch zeigen Entwicklungen, z. B. in Russland, dass sich die Bevölkerung zunehmend stärker gegen Regierungsanweisungen wendet sowie auflehnt. Das ist eine Entwicklung, die in den autoritären Staaten trotz staatlicher Unterdrückung immer mehr um sich greift.

Orchestrale Dissonanzen: Hindernisse bei Strategieentwicklung und -umsetzung

Um sich als Bürger in die Entwicklung einer neuen Strategie hineinleben zu können und sich von ihrem Inhalt überzeugen zu lassen, bedarf es dessen Vertrauen in Wissen und Kompetenz der verantwortlichen Politiker, ihrer Zuarbeiter und Berater. In unserer nach Herfried Münkler postheroischen Gesellschaft haben die Inhalte der Werbung für eine neue Strategie immer größeres Gewicht.³⁵ Winston Churchills (1874–1965) öffentliche und von der Bevölkerung akzeptierte Ankündigung, die Verteidigung des Vereinigten Königreichs gegen Adolf Hitlers (1889–1945) Deutschland werde Blut, Schweiß und Tränen kosten, wäre in der heutigen Bundesrepublik Deutschland ein K.o.-Kriterium bei der erfolgreichen Werbung für eine neue langfristige Strategie.³⁶

Eva Horn, Professorin für Literatur- und Kulturwissenschaften an der Universität Wien, stellt am 30. Mai 2021 in Ihrem Beitrag Die Besserwisser in der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung im Zuge der Bewältigung der Covid-19-Pandemie ein fundamentales Misstrauen vieler Bürger gegenüber dem, was man den offiziellen Wissensstand nennen könnte, heraus: gegenüber den Verlautbarungen der Regierung, den Darstellungen von Experten, den Berichten der offiziellen Medien.³⁷ Besonders laut sei dieses Misstrauen in den medienwirksamen Einsprüchen gegen die Expertenmeinungen zu Covid-19 gewesen. Anstatt ihre Auffassungen wissenschaftlichen Qualitätsprüfungen zu unterziehen, hätten selbsternannte Experten, Besserwisser, Querdenker und Verschwörungstheoretiker Talkshows oder eigene Youtube-Kanäle zur Verbreitung ihrer Auffassungen gewählt und vorgezogen. Nicht die Wissenschaft, sondern die Öffentlichkeit sei so adressiert worden. Die Coronaskeptiker seien gegen, so die Autorin, das Expertentum, auf das sich die Regierung regelmäßig berufen habe,

Würden diese durch Covid-19 beschleunigten oder ausgelösten Entwicklungen auf lange Sicht zur Normalität werden, könnte der Dialog der Verantwortlichen der politisch-strategischen Ebene mit den Bürgern beim Entwickeln einer Strategie nicht wie dargestellt stattfinden.

um drastische Maßnahmen wie Lockdown, Schulschließungen, Massenimpfungen als alternativlos darzustellen. Wo Experten herrschten, gäbe es nichts mehr zu diskutieren.

Eva Horn urteilt, dass der strategische Einsatz von wissenschaftlicher Expertise das Vertrauen in wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland erschüttert habe.

Hinzu komme die Vorstellung von Wissenschaft als in Stein gemeißeltes Wissen, die jeden Dissens zwischen Wissenschaftlern als Beweis dafür nähmen, wie unsolid ihre Kenntnisse seien. Misstrauen gegen Autoritäten würden von Besserwissern und Querdenkern ausgenutzt. Die Verbreitung der Auffassungen der Kritiker sei extrem beschleunigt worden, weil Soziale Medien wie Twitter oder Facebook sechsmal so schnell wie andere Medien über Neuigkeiten informieren könnten.³⁸

Würden diese durch Covid-19 beschleunigten oder ausgelösten Entwicklungen auf lange Sicht zur Normalität werden, könnte der Dialog der Verantwortlichen der politisch-strategischen Ebene mit den Bürgern beim Entwickeln einer Strategie nicht wie dargestellt stattfinden. Sie müssten von „Oben“ oktroyiert werden, ein Dialog vor einem leeren Konzertsaal fände nicht statt. Es gäbe keine Strategien nach unserem Verständnis.

Dissonanzen im Konzert der Strategien entstehen besonders heute auch durch Vertrauensverlust gegenüber Politikern. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918–2015) hat heutige deutsche Politiker öfters negativ mit deftigen Worten kritisiert. So hat er beispielsweise 1994 in Berlin geäußert:

„Die heutige politische Klasse in Deutschland ist gekennzeichnet durch ein Übermaß an Karrierestreben und Wichtigerei und durch ein Übermaß an Geilheit, in Talkshows aufzutreten.“³⁹

Dem hinzuzufügen ist in unserer Zeit: Politiker mit unsauberen Geschäftspraktiken, erschummelten Dokortiteln, als Angeklagte vor Gerichten sowie mit professioneller Inkompetenz werden in den Medien gnadenloser als früher durchleuchtet und abgewertet oder aufgewertet. All das erschüttert das Vertrauen in die Akteure auf der politisch-strategischen Ebene und könnte eine Konsensbildung über neue Strategien oder eine Gesamtstrategie weiter behindern. In Deutschland schreibt offenbar nur der Paragraph 17 des Soldatengesetzes einer Berufsgruppe ein „einwandfreies Verhalten in und außer Dienst“⁴⁰ vor.

Den Menschen heutzutage vielleicht archaisch-atavistisch anmutende Brauch, dass sich eine Prinzessin wie Marie-Antoinette von Österreich-Lothringen (1755–1793), die zukünftige französische Königin, vor Grenzübertritt nach Frankreich in einem Zelt splitterfasernackt entkleiden musste, und erst mit Anlegen französischer Kleidung die Grenze und damit französischen Boden betreten durfte, gibt es nicht mehr.⁴¹ Auch gibt es in unserer Zeit keinerlei Überprüfungsverfahren, ob Politiker charakterlich, fachlich und körperlich ihren Aufgaben gewachsen sind. Marie-Antoinette musste sich im übertragenen Sinne einer Art von „Durchleuchtung“ unterziehen.

Willens- und Absichtserklärungen von Politikern sind noch keine Strategien. Zwei Beispiele: Der deutsche Ausstieg aus der Atomenergie erfolgte aus umweltpolitischen Gründen. Einseitig hat die deutsche Politik beschlossen, aus einer Technologie auszusteigen, die klimapolitisch zumindest kurzfristig von Nutzen hätte sein können. Aber das französische Beispiel mit allzu wenigen verändernden Klimaschutzmaßnahmen zeigt, dass dies anders gesehen werden kann. Das alles wird hier erwähnt, um die Frage zu stellen, weshalb Deutschland und sein Schicksalspartner Frankreich über Wege zur Entwicklung des Klimaschutzes kaum gemeinsame Strategien erarbeitet haben. Außer mit dem vor einem Jahr im Rahmen des European Green Deals ausgearbeiteten Ziels

eines klimaneutralen Europas bis 2050,⁴² ist Klimaschutz-Leadership wohl keine zentrale Perspektive für gemeinsame strategische Maßnahmen.

Für die von Angela Merkel und Emmanuel Macron im November 2018 vorgeschlagene Europaarmee gilt dies ebenfalls. Bisher wurde keine gemeinsame Strategie für ihre Aufstellung zwischen ihren Initiatoren Merkel und Macron entwickelt.⁴³ Vielleicht könnte dies gleichwohl als Zeichen strategischer Autonomiebestrebungen beider Länder gedeutet werden.

Christian Deubner, zurzeit tätig für die Foundation of European Progressive Studies (FEPS), hat 2021 Frankreichs langen Rückzug aus der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union in der Zeitschrift für Strategische Studien SIRIUS analysiert. Besondere Bedeutung hat für ihn die immer weiter auseinanderklaffende Afrikaperzeption von Deutschland und Frankreich und der Streitkräfteeinsatz dort. Für Afrika gibt es keine gemeinsame Strategie zwischen Deutschland und Frankreich, dieser Sachverhalt wird in den Medien nur am Rande referiert.⁴⁴

Das alles führt zu Dissonanzen im Konzert der Strategien, und viele weitere Beispiele könnten hier vorgebracht werden.

Ausbildung zum strategischen Denken und Handeln

Wir haben 2016 bei unserem Vortrag in Wien Der militärische Beitrag zum strategischen Denken und Handeln die Frage gestellt, ob ein Prozess eingesetzt habe, dass neben den Soldaten auch Politiker, Diplomaten, Wirtschaftsführer sowie andere Akteure in Deutschland genügend Energie zur Schulung in strategischem Denken und Handeln aufbringen würden. Außerdem, ob sie durch diese Schulung dafür gerüstet würden, nur dann der politisch-strategischen Führung Rat zu erteilen, wenn diese Ergebnisse von Führungsprozessen wären, um Entscheidungen „aus dem hohlen Bauch heraus“ zu vermeiden. Das führt zu der Frage, ob sie

Das führt zu der Frage, ob sie gelernt hätten, sich führungsebenengerecht zu verhalten, eine mit Verbündeten vernetzte Zusammenarbeit zu gestalten sowie Ressortgrenzen und nationale Restriktionen zu überwinden.

gelernt hätten, sich führungsebenengerecht zu verhalten, eine mit Verbündeten vernetzte Zusammenarbeit zu gestalten sowie Ressortgrenzen und nationale Restriktionen zu überwinden.⁴⁵

Das können nur Persönlichkeiten, die das strategische Denken beherrschen und mit ihm an der Entwicklung von Strategien erfolgreich mitarbeiten können. Lennard Souchon hat gefordert, es sei höchste Zeit, ausgewählte Führungspersonlichkeiten zielgerichtet so weiterzubilden, dass sie strategisches Denken beherrschen.⁴⁶ Die Frage stellt sich in den Coronajahren 2020 und 2021, ob das ausreicht.

In Deutschland behandelt die Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) strategisches Denken im Lehrgang General-/Admiralstabsdienst in acht Modulen. Im Masterstudiengang Militärische Führung und Internationale Sicherheit in Zusammenarbeit mit der Universität der Bundeswehr (HSU) in Hamburg werden Führung und Strategie an der Führungsakademie in drei Modulen aus wissenschaftlicher Perspektive behandelt. Das German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) untersucht in Kooperation von Führungsakademie und Bundeswehruniversität Hamburg sicherheitspolitische Fragestellungen und will einen Beitrag zur Strategiefähigkeit der Bundeswehr und der Bundesregierung leisten. An der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin gibt es ein Führungskräfte-seminar Förderung strategischen Denkens, an dem alle Ressorts, Wirtschaft und Vertreter aus dem internationalen Umfeld teilnehmen.⁴⁷ Seit 2016 ist die Unterrichtung sowie Schulung in strategischen Fragen in Deutschland ganz offensichtlich breiter, differenzierter und wissenschaftlicher geworden. Auf zukünftige Entwicklungen sind wir gespannt.

Für Clausewitz war ein Stratege immer ein „wissender“ Praktiker.⁴⁸ Die Theorie, die praktischem Handeln-Können zugrunde liegt, die durch Denken und Studium erworben wird, so sagt Clausewitz, ist

„[...] demjenigen ein Führer, der sich mit dem Kriege aus Büchern vertraut machen will; sie hellt ihm überall den Weg auf, erleichtert seine Schritte, erzieht sein Urteil und bewahrt ihn vor Abwegen.“⁴⁹

Souchon hat in seinem behandelten Buch erkannt, Clausewitz argumentiere mit dieser Aussage, dass sich alle Theorie auf die Praxis beziehe. Theoretische Einsichten seien das Ergebnis von empirischen Untersuchungen gleichlautender Fragestellungen der Praxis. Eine gute Theorie biete eine Systematik im Herangehen an komplexe Fragen, also einer Strategie.⁵⁰

Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltkes (1800–1891) Essay Über Strategie schließt mit der Formulierung:

„Die Strategie ist ein System von Aushilfen. Sie ist mehr als Wissenschaft, ist die Übertragung des Wissens auf das praktische Leben [...] ist die Kunst des Handelns unter dem Druck der schwierigsten Bedingungen [...];“⁵¹ „ihr Wert liegt fast ganz in der konkreten Anwendung. Es gilt mit richtigem Takt die in jedem Moment sich anders gestaltende Situation aufzufassen und danach das Einfachste und Natürlichste mit Festigkeit und Umsichtig zu tun.“⁵²

Was besagen diese den Wert des praktischen Handeln-Könnens so deutlich betonenden Forderungen von Clausewitz und Moltke? Was nutzt die beste theoretische Schulung im strategischen Denken, im Studieren sowie Erlernen der Elemente einer Strategie, wenn Methoden ihrer praktischen Umsetzung nicht vermittelt, beherrscht und geübt werden? Hierzu gehört heute mehr denn je – wir haben es diskutiert – die Einbeziehung der Bevölkerung in den Entwicklungsprozess einer Strategie. Im Zuhörerraum eines Konzerts soll knisternde Spannung herrschen! Wir haben es 2016 in Wien so formuliert: „Von allen [Akteuren] ist strategisches Denken und Handeln-Können gefordert“.⁵³

Die folgenden Beispiele aus meinem Erleben zur Entwicklung und Durchsetzung einer Strategie in Kosovo und Bosnien und Herzegowina sollen verdeutlichen, dass Akteure zu ihrem Umsetzen vor allem Denken und ihm folgend Handeln-Können beherrschen müssen. An der Befähigung zum Handeln gebricht es jedoch bei vielen Akteuren, was die folgenden Beispiele unterstreichen sollen:

In Kosovo 2001–2002 und in Bosnien und Herzegowina 2006–2008 habe ich, Generalmajor a. D. Christian Millotat, damit fertig werden müssen, dass es zu vielen hochrangigen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft, die im Auftrag der Vereinten Nationen beide Länder verwalten und entwickeln sollten, nicht nur an visionärer Kraft gebrach, aus der allgemein gefassten Strategie für den Kosovoeinsatz, die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats vom 10. Juni 1999, und aus dem strategischen Dokument für Bosnien und Herzegowina, dem Abkommen von Dayton (Friedensvertrag) vom 14. Dezember 1995, lagebezogene weitere Strategien abzuleiten und zu entwickeln, die zum Ziel die Versöhnung der widerstreitenden Bevölkerungsgruppen zum Ziel hätten haben müssen. Wir haben über diesen, durch Versagen der internationalen Akteure in beiden Ländern zu verantwortenden Prozess bei der Wiener Strategie-Konferenz 2017 ausführlich referiert.⁵⁴ Die aus fähigen, aber auch mittelmäßigen Diplomaten sowie Vertretern aus internationalen Organisationen stammenden

Vertreter, die für den Aufbau der Länder eingesetzt waren, darunter auch „Unterbringungsfälle“ aus dem Bereich der Politik, verwalteten ihre Dienstposten und gerierten sich dabei zu häufig wie Kolonialherren. Zu den Multiplikatoren der Gesellschaft, allen voran den Führern der orthodoxen, katholischen und muslimischen Gemeinden in Kosovo hatten sie keine Verbindungen geknüpft. Es bestand ein gravierendes Strategiedefizit,⁵⁵ das den Aufbau beider Länder behinderte .

Als Beauftragter unseres NATO-Vorgesetzten in Neapel, dem damaligen Oberbefehlshaber Allied Forces Southern Europe (AFSOUTH) und des Befehlshabers der Kosovo Force (KFOR) für Mitrovica, wo sich während meiner dortigen Verwendung wie in einem Brennglas alle Probleme des Kosovo bündelten, versuchte ich mit zunächst begeisterter Zustimmung des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen und Chefs der zivilen Aufbauorganisation, der United Nations Interim Administration Kosovo (UNMIK), eine Strategie zu entwickeln:



KFOR Emblem

Mittels einer Arbeitsorganisation sollten verfeindete Kosovoserben und Kosovoalbaner mit dem Ziel, das soziale Gefüge im Land zu entwickeln und zu stärken, zur Zusammenarbeit animiert werden. Die Zustimmung für das Projekt hatte ich in Belgrad erwirkt. Mit Hilfe der UNMIK-Administration, ihres regionalen Verwalters in Mitrovica sowie Offizieren der KFOR habe ich die Arbeitsgruppen Entwicklung der Wirtschaft, Gesundheitswesen, schulische und universitäre Erziehung und Bildung, Rückkehrer in das Kosovo und Polizeiaufgaben in der zivilen Verwaltung eingerichtet. Hochrangige und motivierte Vertreter der Serben und Kosovaren waren in sie eingebunden. Eine Arbeitsgruppe Vertrauensbildende Maßnahmen sollte durch eine intensive Medien- und Werbekampagne die Bevölkerung für das Projekt gewinnen.

Vor allem die Vertreter der UNMIK-Administration brachten das Projekt rasch zum Scheitern, ihr Leiter verlor das Interesse an ihm. Sie waren alle nicht bereit, vom hohen Ross von Besatzern abzusetzen, alle Mitarbeiter in der Arbeitsorganisation als gleichberechtigte Partner anzuerkennen und im Dialog mit ihnen in den Arbeitsgruppen zusammenzuwirken. Sie beherrschten das erforderliche Handeln-Können nicht. Sie waren für die praktische Umsetzung unserer Strategie in ihren Arbeitsbereichen nicht ausgebildet oder nahmen diese Aufgabe nur lustlos an. Die hochrangigen serbischen und kosovarischen Mitarbeiter stellten ihre aktive Mitarbeit bald ein, die Medienkampagne scheiterte am

Unwillen der Bevölkerungsgruppen wie geplant zusammenzuarbeiten. Das Projekt scheiterte, unsere Strategie konnte zum Nachteil für das Kosovo nicht umgesetzt werden.⁵⁶

Das Projekt scheiterte, unsere Strategie konnte zum Nachteil für das Kosovo nicht umgesetzt werden.

In Bosnien und Herzegowina war ich als Director of the Department of Security Cooperation der OSZE und Sicherheitsberater des Hohen Beauftragten Christian Schwarz-Schilling für die Vernichtung von etwa 35.000 Tonnen Munition, rund 15.000 Antipersonenminen und etwa 100.000 Handfeuerwaffen, die im Land verstreut und bei Privatpersonen versteckt waren, zuständig. Eifersüchteleien zwischen Vertretern der internationalen Organisationen, ein unkoordiniertes Drauflosarbeiten, das Nichterkennen einer brisanten Sicherheitslage durch Schwarz-Schilling und seiner Entourage sowie deren Beratungsresistenz hatten dazu geführt, dass das Vernichten von gefährlichem Kriegsgeschütz und vor allem von Munition im Lande jahrelang verzögert worden ist.

In zunächst zögerlicher Zusammenarbeit mit Schwarz-Schilling und allen verantwortlichen Akteuren habe ich eine Strategie zur Vernichtung von Waffen und Munition in Bosnien und Herzegowina entwickelt.

Wir entschieden uns, die gesamte Munition in 47 Depots zusammenzuführen, Geldgeber für die Vernichtung der Munition zu suchen und vor allem die Bevölkerung darauf einzustimmen und davon zu überzeugen, dass ihre Sicherheitslage solange prekär bliebe, bis nicht alle Waffen und Munition bei uns abgegeben und vernichtet worden seien. Außerdem verhängte ich ein Verbot, Waffen in andere Länder auszuführen und zu verschenken. Praktisches Handeln und professionelles Können war erforderlich.

Meine Mitarbeiter, besonders die Briten, erfüllten diese Anforderungen. Weder die Bevölkerung noch der Hohe Beauftragte unterstützten unsere Medienkampagne. Er hielt meine Beurteilung der Sicherheitslage für übertrieben pessimistisch. Als aus ungeklärten Gründen ein Munitionslager in die Luft flog und 12 Menschen getötet wurden, ließ ich Schwarz-Schilling ein britisches Video von dem Unfall vorführen. Er konnte die Bilder von den verstümmelten Toten nervlich nicht ertragen und schwenkte endlich auf meine Linie ein. Meine Strategie hat sich bewährt. Vor allem das professionelle Handeln-Können meiner Mitarbeiter hat ihr zum Erfolg verholfen.⁵⁷

Konturen einer Neuausrichtung angesichts einer sich verändernden Werteordnung, um die Strategiefähigkeit westlich demokratischer Länder zu erhalten und zu befördern

Viele haben versucht und versuchen immer wieder, ihre sich oft rasch verändernde Werteordnung neu auszurichten und schlagen hierzu die Entwicklung neuer Strategien vor. Zwei Beispiele:

1971 forderte der Inspekteur des Deutschen Heeres, Generalleutnant Albert Schnez, in einer im Führungsstab des Heeres erarbeiteten Studie, die deutsche Gesellschaft müsse eine Reform an Haupt und Gliedern durchlaufen, um den Wehrwillen zu stärken.⁵⁸ Das hat ihm beinahe das Amt gekostet. Im Jahr 2021 in Frankreich haben 20 pensionierte Generale und anonyme Konfidenten aus der Truppe in einem Manifest gefordert, Frankreich durch eine neue Strategie autoritärer staatlicher Maßnahmen gegen Terrorismus und Überfremdung zu schützen und einen aus ihrer Sicht drohenden Bürgerkrieg zu verhindern. Das Manifest wendete sich gegen die Politik von Präsident Macron. Der französische Generalstabschef, General François Lecointre, ist im Zuge dieser Vorgänge zurückgetreten. Die Generale haben auf die sich veränderte Werteordnung, mit der sie nicht zurechtkommen, falsch reagiert.⁵⁹

Zur Resilienz eines Staates und der Bereitschaft der Bevölkerung, ihn absichernde Strategien zu entwickeln und bei Gefahr verzugslos umzusetzen, um den Erhalt der vitalen Interessen seiner Bürger sicherzustellen, trägt sicher das Wissen um die eigene Geschichte und Kultur bei.

Brigadier Dr. Peischel schlug für die Wiener Strategie-Konferenz 2021 auch vor, darüber nachzudenken, ob eine solche Neuausrichtung z. B. durch verstärkte humanistische Bildungsanstrengungen möglich sein könnte.

Zur Resilienz eines Staates und der Bereitschaft der Bevölkerung, ihn absichernde Strategien zu entwickeln und bei Gefahr verzugslos umzusetzen, um den Erhalt der vitalen Interessen seiner Bürger sicherzustellen, trägt sicher das Wissen um die eigene Geschichte und Kultur bei. Peischel scheint sie verstärkt vermitteln zu wollen und sieht auf diesem Feld Defizite. Von der Covid-19-Pandemie ausgelöste sowie verstärkte Entwicklungen scheinen diese Feststellung zu stützen.

Appell für das Schaffen eines strategischen Elite-Konzertorchesters

Unsere Gedanken sollen eine lebhaftige Diskussion anregen. Unterstützt von unseren in den Wiener Strategie-Konferenzen zitierten Forschungsergebnissen und Erkenntnissen haben wir versucht, Wege aufzuzeigen, wie langfristig, mittelfristig und kurzfristig notwendig werdende Strategien unserer Länder und Bündnisse zu einem Orchester zusammenfinden können, das Weltklasseniveau erreicht, wenn diesen Prozess hemmenden Kräfte und Verhältnisse überwunden und harmonisiert werden. Im übertragenen Sinne wird dies ausschließlich hochqualifizierten Dirigenten gelingen, die ihre Musiker und deren Instrumente für die Hörer im Konzertsaal zum hinreißenden Klingen bringen können. Diese Feststellung richtet sich vor allem an die Politiker. Die Anforderungen an sie haben wir behandelt.

Zu den Autoren:

Generalmajor a.D. Christian E. O. Millotat war von 1963-2004 Soldat der Bundeswehr; Panzergrenadiertruppe, deutsche und kanadische Generalstabsausbildung, US Army War College. Nationale und internationale Verwendungen, u.a. als Stabsabteilungsleiter Füh III im BMVg, Kommandeur 11.MotSchtzDiv, Brigadekommandeur, Stellvertreter des Kommandierenden Generals des II. (GE/US) Korps sowie Stellvertreter und Kommandeur der Kosovo Force. Befehlshaber im Wehrbereich II. Nach Zurruesetzung 2005/2007 Director of the Department of Security Cooperation der OSZE und Sicherheitsberater des Hohen Beauftragten für Bosnien-Herzegowina. Leiter des Regionalkreises Südwest der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und Leiter des Forum Mainz der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V. Zahlreiche Veröffentlichungen im In- und Ausland über militärhistorische und Fragen der operativen Führung.

M.Ed. / B.A. Manuela R. Krueger ist selbstständige Friseurmeisterin und Masterstudentin an der Technischen Universität Darmstadt in den Fachbereichen Geschichte und Körperpflege. Managerin des Forum Mainz der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e. V. Veröffentlichungen zu militärhistorischen und Fragen der Führung sowie Buchbesprechungen im In- und Ausland.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Peischel, Wolfgang: *Grundidee, Wesen, Wirkung, Ziele und Zweck der Wiener Strategiekonferenz 2018*, in: Peischel, Wolfgang (Hrsg.): *Wiener Strategie-Konferenz 2018. Strategie neu denken*, Berlin: Carola Hartmann Miles 2019, S. 19–25, hier S. 20.
- 2 Vgl. Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.): *Wiener Strategiekonferenz 2021*, in: Bundesheer, 26. Juni 2021, URL: <https://www.bundesheer.at/organisation/beitraege/lvak/akademie/artikel.php?id=5953> [Letzter Zugriff: 20.02.2022].
- 3 Zum Begriff Militärwissenschaft, siehe: Peischel, Wolfgang; Hollerer Franz: „Militärwissenschaft“ als Antwort auf die neuen Anforderungen an das Rollenbild des Offiziers, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, 4/ 1999, S. 439–450, bes. S. 442–449; vgl. ebs. Thalhammer, Andreas: *Militärwissenschaften – Begriff, internationale Verwendung und Akzeptanz*, in: *Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie*, 7/ 2012, Wien: Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, bes. S. 26–28.
- 4 Vgl. Peischel, Wolfgang: *Grundidee, Wesen, Wirkung, Ziele und Zweck der Wiener Strategiekonferenz 2019*, in: Peischel, Wolfgang (Hrsg.): *Wiener Strategiekonferenz 2019. Strategie neu denken*, Berlin: Carola Hartmann Miles 2021, S. 16–23, hier S. 20, S. 17.
- 5 Peischel, Wolfgang: *Militärische Fachmedien als Instrumente der strategischen Kommunikation und als Träger des militärwissenschaftlichen Diskurses – Einführung in Zielsetzung und Struktur der „Wiener Strategie-Konferenz“*, in: Peischel, Wolfgang (Hrsg.): *Wiener Strategie-Konferenz 2016. Strategie neu denken*, Berlin: Carola Hartmann Miles 2017, S. 12–30, hier S. 15.
- 6 Peischel, Wolfgang: *Vorwort des Herausgebers*, in: Peischel, Wolfgang (Hrsg.): *Wiener Strategie-Konferenz 2017. Strategie neu denken*, Berlin: Carola Hartmann Miles 2018, S. 9–12, hier S. 9.
- 7 Vgl. *Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ): Vorläufiges Programm der „Wiener Strategiekonferenz 2021“*, 21. Juni – 25. Juni 2021, LVAk Wien, in: *ÖMZ-Online*, 29. Juni 2021, URL: https://www.oemz-online.at/display/ZLIintranet/Stratkon+2021?preview=/43618247/56623329/Programm_2021_06_29.pdf [Letzter Zugriff: 20.02.2022], S. 2.
- 8 Vgl. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: *LÜKEX Aktuelle – LÜKEX 22*, in: *BBK Bund*, o. J., URL: https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Krisenmanagement/LUEKEX/Aktuell/aktuell_node.html;jsessionid=84EB8C0C27A65F46CDB7FDE4B294AF58.live362 [Letzter Zugriff: 20.02.2022].
- 9 Wenn im hiesigen Beitrag von Dirigenten, Politikern oder Gegnern die Rede ist sowie weitere personenbezogene Substantive Verwendung finden, sollen jeweils

- damit alle Geschlechtskategorien verbunden gemeint sein.
- 10 Zur Covid-19-Pandemie, der weltweiten Verbreitung einer Lungenerkrankung, verursacht durch den Coronavirus SARS-CoV-2, erstmals identifiziert bei Menschen im Jahr 2019, vgl. Dudenredaktion: Covid-19, in: Duden, o. J., URL: <https://www.duden.de/node/240083/revision/292971> [Letzter Zugriff: 22.02. 2022].
 - 11 Zum Corona-Schock, vgl. Sinn, Hans-Werner: Der Corona-Schock: Wie die Wirtschaft überlebt, Freiburg: Herder 2020.
 - 12 Rittimann, Olivier: Die NATO und die COVID-19 Pandemie, in: SIRIUS – Zeitschrift für strategische Analysen, 1/ 2021, Bd. 5, Berlin/ Boston: Walter de Gruyter, S. 74–80, hier S. 79.
 - 13 Vgl. Krueger, Manuela; Millotat, Christian E.O.: Entwickeln und Umsetzen einer Strategie und die Notwendigkeit des Ineinandergreifens ihrer Elemente im Lichte von Carl von Clausewitz, in: Peischel, Wolfgang (Hrsg.): Wiener Strategie-Konferenz 2017. Strategie neu denken, Berlin: Carola Hartmann Miles 2018, S. 35–50.
 - 14 Clausewitz, Marie von (Hrsg.): Vom Kriege. Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz, Bd. 1–3, Berlin: Ferdinand Dümmler 1832–1834; vgl. auch Hahlweg, Werner (Hrsg.): Carl von Clausewitz. Vom Kriege, Bonn: Ferdinand Dümmler 181973.
 - 15 Vgl. Farwick, Dieter; Malek, Martin; Riemer, Andrea K.: Grand Strategy, Gesamtstrategie, Politische Strategie, in: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 7/ 2004, Wien: Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport.
 - 16 Die Staats- und Regierungschefs von 16 NATO-Mitgliedsstaaten verabschiedeten auf der NATO-Gipfelkonferenz in Rom, 7. und 8. November 1991: Das neue Strategische Konzept des Bündnisses, Bulletin vom 13. November 1991, Nr. 128, S. 1033ff., in: AG-Friedensforschung, o. J., URL: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO/1991-strategie.html> [Letzter Zugriff: 20.02.22]; vgl. ebs. Wächter, Detlef: Das Strategische Konzept der NATO 2022, in: SIRIUS – Zeitschrift für strategische Analysen, 4/ 2021, Bd. 5, S. 329–332, hier S. 329 hat Detlef Wächter darauf hingewiesen, daß die Staats- und Regierungschefs im Juni 2021 in Brüssel den Generalsekretär der NATO und die Entscheidungsgremien des Bündnisses beauftragt haben, das derzeit gültige Konzept von 2010 zu überprüfen und auf dessen Basis ein neues Strategisches Konzept bis zum Sommer 2022 zu erarbeiten.
 - 17 Vgl. Hauser, Gunther: Die Coronakrise 2020. Unterschiedliche Strategien zu deren Eindämmung im Vergleich, Opladen/ Berlin/ Toronto: Barbara Budrich 2021, (= WIFIS – Wissenschaftliches Forum für Internationale Sicherheit (Hrsg.): WIFIS-aktuell, Bd. 66), S. 76.
 - 18 Souchon, Lennart: Carl von Clausewitz. Strategie im 21. Jahrhundert, Hamburg/ Berlin/ Bonn: E. S. Mittler u. Sohn 2012, S. 15.

- 19 Vgl. Herrmann, Kurt: Clausewitz gestern und heute. Gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge in Zeiten von Pandemien: Wie resilient sind Gesellschaft, Politik und kritische Infrastrukturen? Relevanz Clausewitzscher Erkenntnisse heute, in: Clausewitz-Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Clausewitz-Gesellschaft. Jahrbuch 2020, Bd. 16, Hamburg: Clausewitz-Gesellschaft 2021, S. 176–209, hier S. 179.
- 20 Vgl. Pleiner, Horst: Strategie Neu Denken, in: Peischel, Wolfgang (Hrsg.): Wiener Strategie-Konferenz 2016. Strategie neu denken, Berlin: Carola Hartmann Miles 2017, S. 31–41, hier S. 33.
- 21 Souchon: Carl von Clausewitz, S. 157.
- 22 Herrmann: Clausewitz gestern und heute, S. 180.
- 23 Ebd., S.182.
- 24 Vgl. ebd., S. 181.
- 25 Vgl. Krueger, Manuela R.; Millotat, Christian E.O.: Der militärische Beitrag zum strategischen Denken und Handeln, in: Peischel, Wolfgang (Hrsg.) Wiener Strategie-Konferenz 2016. Strategie neu denken, Berlin: Carola Hartmann Miles 2017, S. 42–56, hier S. 46f.
- 26 Vgl. ebd., S.48.
- 27 Zitiert nach Fett, Wolfgang; Herrmann, Kurt: 60 Jahre Bundeswehr – Erinnerungen und Ausblick eines Zeitzeugen. Interview mit General a. D. Wolfgang Altenburg, in: Clausewitz-Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Clausewitz-Gesellschaft. Jahrbuch 2015, Bd. 11, Hamburg: Clausewitz-Gesellschaft 2016, S. 20–59, hier S. 42.
- 28 Zu den Phasen unseres Vorschlags, vgl. Krueger; Millotat: Der militärische Beitrag, S. 47.
- 29 Zu den vier Schritten unseres Vorschlags zum militärischen Führungsprozess und seiner Anwendung auf andere Bereiche, vgl. Krueger; Millotat: Der militärische Beitrag, S. 47f.; vgl. auch Krueger; Millotat: Entwickeln und Umsetzen einer Strategie, S. 46.
- 30 Vgl. Krueger; Millotat: Entwickeln und Umsetzen einer Strategie, S. 46.
- 31 Herrmann: Clausewitz gestern und heute, S. 191.
- 32 Vgl. Skizze einer Gesamtstrategie nach Krueger; Millotat: Entwickeln und Umsetzen einer Strategie, S. 48f.
- 33 Bspw. zum Umgang Russlands mit Covid-19-Pandemie-Tenor, vgl. Hauser: Die Coronakrise 2020, S. 50–52.
- 34 Zur Rolle des Faktors Wille und Strategie, vgl. Krueger, Manuela R.; Millotat, Christian E.O.: WILLE. Wirkungsmacht in der politisch-strategischen und militärischen Sphäre, in: Peischel, Wolfgang (Hrsg.) Wiener Strategie-Konferenz 2019. Strategie neu denken, Berlin: Carola Hartmann Miles 2021, S. 24–38.
- 35 Münkler hat den Begriff der postheroischen Gesellschaft in die Diskussion zum Beschreiben der Haltung der Bevölkerung Deutschlands zu Fragen der Sicherheit

- durch Militär eingebracht und verbreitet. Sie „ist eine Gesellschaft, die sich erinnert daran, dass sie mal heroisch war, dass sie heroische Kriege – oder was sie dafür gehalten hat – geführt hat und die die Verabschiedung davon als Lernprozess beschreibt.“ Münkler, Herfried, in: Thilo, Klößler: „Kriegssplitter“ von Herfried Münkler. Was bedeutet Krieg in unserer Gesellschaft. Interview mit Herfried Münkler, in: Deutschlandfunk, 19. Oktober 2015, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/kriegssplitter-von-herfried-muenkler-was-bedeutet-krieg-in-100.html> [Letzter Zugriff: 20.02.2022].
- 36 Zu Churchills Strategie zur Verteidigung Großbritanniens im Zweiten Weltkrieg, vgl. Krueger; Millotat: WILLE, S. 31f.
- 37 Vgl. Horn, Eva: Die Besserwisser. Querdenker-Bewegung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Mai 2021, URL: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/querdenker-bewegung-die-besserwisser-17362761.html> [Letzter Zugriff: 22.02.2022].
- 38 Vgl. ebd.
- 39 Schmidt, Helmut in Berlin 1994, zitiert nach: NDR, 10.11.2020, URL: <https://www.ndr.de/geschichte/koepfe/Helmut-Schmidt-Die-besten-Zitate,schmidtzitate102.html> [Letzter Zugriff: 22.02.2022].
- 40 Das Soldatengesetz, in: Creifelds, Carl; Model, Otto: Staatsbürger-Taschenbuch. Alles Wissenswerte über Staat, Verwaltung, Recht und Wirtschaft mit zahlreichen Schaubildern, München: C. H. Beck'sche 91969, S. 498, II. Die Rechte und Pflichten aller Soldaten, Die wesentlichen Soldatenpflichten, § 17.
- 41 Zur Brautfahrt der Marie-Antoinette und dieser Zeremonie, vgl. Schreiber, J.: La dernière Reine de France. Kapitel 1.3 Der Brautzug nach Frankreich, in: Marie-Antoinette-Homepage, 2008–2017, URL: <https://marieantoinette.hpage.com/1-3-brautzug.html> [Letzter Zugriff: 22.02.2022], siehe 07.05.1770.
- 42 Zur EU-Wachstumsstrategie mit zentralem Element Klimaschutz, vgl. Deutsche Bundesregierung; Französische Regierung: Gemeinsame Erklärung zum European Green Deal und dem europäischen Wiederaufbauplan. Meseberg-Erklärung 2020, in: 18. Mai 2020, URL: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/declaration_meseberg_2020_bf.pdf [Letzter Zugriff: 22.02.2022].
- 43 Zur von Macron und Merkel vorgeschlagenen Europaarmee, vgl. Krueger; Millotat: Wille, S. 34f.
- 44 Vgl. Deubner, Christian: Frankreichs langer Rückzug aus der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, in: SIRIUS – Zeitschrift für strategische Analysen, 1/ 2021, Bd. 5, Berlin/ Boston: Walter de Gruyter, S. 28–40.
- 45 Vgl. Krueger; Millotat: Der militärische Beitrag, S. 49ff.
- 46 Vgl. Souchon: Carl von Clausewitz, S. 15.
- 47 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: Strategisches Denken an den Schnitt-

stellen zur politischen Führung und zur operativen Umsetzung, unveröffentlichte Zusammenstellung vom Führungsstab der Streitkräfte (FüSK I 3), Stand: 18.03.2020.

- 48 Vgl. Souchon: Carl von Clausewitz, S. 157.
- 49 Clausewitz, Carl von, zitiert nach: Hahlweg, Werner (Hrsg.): Carl von Clausewitz. Vom Kriege, Bonn: Ferdinand Dümmlers 181973, S. 291.
- 50 Vgl. Souchon: Carl von Clausewitz, S. 145.
- 51 Moltke, Helmuth von: Über Strategie. 1871, in: Krumpelt, Ihno: Die grossen Meister der Kriegskunst. Clausewitz Moltke Schlieffen, Frankfurt/M.: E. S. Mittler & Sohn 1960, S. 203–205, hier 205.
- 52 Moltke, Helmuth von: Verordnungen für die Höheren Truppenführer. 21. Juni 1869, in: Stumpf, Reinhard (Hrsg.): Kriegstheorie und Kriegsgeschichte. Carl von Clausewitz, Helmuth von Moltke, Frankfurt/M.: Deutscher Klassiker 1993, (= Bibliothek der Geschichte und Politik Bd. 23), S. ab 433, hier S. 435.
- 53 Krueger; Millotat: Der militärische Beitrag, S. 49.
- 54 Vgl. Krueger; Millotat: Entwickeln und Umsetzen einer Strategie, S. 41–45.
- 55 Vgl. Millotat, Christian: Fortschritt im Kosovo im Jahr 2002, in: Europäische Sicherheit, 5/ 2002, Bd. 51, S. 7–10; vgl. ebs. Millotat, Christian: Tätigkeit internationaler Akteure in Bosnien und Herzegowina, in: Europäische Sicherheit 1/ 2008, S. 16–21.
- 56 Vgl. ebd.
- 57 Vgl. Millotat: Tätigkeit internationaler Akteure, S. 19.
- 58 Zu den Vorgängen um die sog. Schnez-Studie, vgl. Range, Clemens: Kriegsgedient. Die Generale und Admirale der Bundeswehr, Müllheim-Blitzingen: Translimes Media 2013, S. 457–458; vgl. ebs. Neitzel, Sönke: Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte, Berlin: Ullstein Propyläen 2020, S. 300–309.
- 59 Vgl. Fürst, Laurenz: Frankreich. Rücktritt des Generalstabschefs der französischen Streitkräfte, in: ÖMZ Österreichische Militärische Zeitschrift, 05/ 2021, S. 634–635.

Herausforderungen nationaler Sicherheitsvorsorge in der globalen Welt!

Bericht zum Berliner Colloquium 2021

Hans-Joachim Gemballa

Einleitung

Seit nunmehr länger als zwei Jahren hat die Covid-19 Pandemie die Verletzlichkeit unserer Gesellschaft aufgezeigt. Zusätzlich verstärkt wurden die Herausforderungen an die staatliche Gemeinschaft im vergangenen Jahr durch die verheerende Flutkatastrophe im Westen Deutschlands.

Über diese Ereignisse hinaus haben sich in der jüngeren Vergangenheit weitere Faktoren herauskristallisiert, die unser Leben mittlerweile nachhaltig beeinflussen, und dass nicht immer nur im Guten. Seien es Bedrohungen im Cyber-

Über diese Ereignisse hinaus haben sich in der jüngeren Vergangenheit weitere Faktoren herauskristallisiert, die unser Leben mittlerweile nachhaltig beeinflussen, und dass nicht immer nur im Guten. Seien es Bedrohungen im Cyber-Raum, die Abhängigkeit von internationalen Lieferketten, die mangelnde Belastbarkeit kritischer Infrastruktur oder auch die Wahrnehmung, dass klassische militärische Bedrohungen realer werden könnten.

Raum, die Abhängigkeit von internationalen Lieferketten, die mangelnde Belastbarkeit kritischer Infrastruktur oder auch die Wahrnehmung, dass klassische militärische Bedrohungen realer werden könnten.

Immer deutlicher stellt sich die Frage wie unsere Gesellschaft auf diese Herausforderungen im Sinne eines vernetzten Ansatzes reagieren soll. Um sich dieser Thematik anzunähern, führten die Clausewitz-Gesellschaft e.V. und die Bundesakademie für

Sicherheitspolitik das Berliner Colloquium 2021 zum Thema „Herausforderungen nationaler Sicherheitsvorsorge in der globalen Welt“ durch.

Die online-gestützte Veranstaltung markierte gleichzeitig einen Wiederaufbruch, nachdem pandemiebedingt seit längerer Zeit eine erzwungene Pause die Veranstaltungsreihe unterbrochen hatte .

So gab auch der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V., Generalleutnant a.D. Carsten Jacobson, seiner Zufriedenheit darüber Ausdruck, dass man nach

15 Monaten „wieder in den sicherheitspolitischen Dialog eintreten könne“.

In seiner Begrüßung umriss er noch einmal das Thema und ging dabei auf die Treffen im Rahmen der NATO und der G 7-Staaten (im Jahr 2021) ein. Besondere Bedeutung maß er dem zukünftigen Verhältnis Europas zur USA zu, wies aber auch auf die Rolle Russlands und Chinas hin, bevor er an den Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Botschafter Ekkehard Brose übergab.

Tour d`Horizon und „Key Note Address“

Brose führte mit einer Tour d`Horizon aus der Sicht der Bundesakademie auf die aktuelle politische Lage in das Thema ein und skizzierte, wie Deutschland sich auf die momentan existierenden Herausforderungen einstellen sollte.



Das Online-Format der Veranstaltung erforderte umfangreiche technische Unterstützung

Er stellte zunächst eine außen- und sicherheitspolitische Verunsicherung und Orientierungslosigkeit fest. Dies betraf aber nicht ausschließlich Deutschland. Dafür machte er drei Gründe fest.

Erster Faktor sei die Rolle der USA, die er insoweit in einem Abwärtstrend sieht, als sie ihre Rolle als „Leitnation“ zunehmend negiert hat und sich zunehmend aus dem internationalen Geschehen zurückzieht. Gleichzeitig erfolgt ein Aufschwung Chinas im Osten.

Zweiter Faktor sei das, was bei der Münchener Sicherheitskonferenz 2021 als Aggregatzustände im Bereich der internationalen Politik bezeichnet wurde. Damit gemeint sind die Bereiche der Kooperation und des Wettbewerbs zwischen den Staaten. Brose fügte noch den Begriff der Konfrontation hinzu. Hier sei nicht geklärt, „wohin die Fahrt geht“.

Dritter Faktor schließlich sei aus seiner Sicht die Zersplitterung der Akteure, einhergehend mit der Zersplitterung des außen- und sicherheitspolitischen Instrumentariums. Dies auch erzwungen durch disruptive Faktoren wie z.B. die Entwicklungen im Cyber-Raum.

Um der anfangs beschriebenen Orientierungslosigkeit entgegen zu wirken bedürfte es einer verstärkten Entschlossenheit bei den beteiligten Akteuren. Da-

bei hob er auch die Rolle (des verfassten) Europas hervor. Hier käme es auch auf die Bereitschaft zur Übernahme von Führung an. Darüber hinaus sei die Stärkung der wertebasierten Partnerschaft aus seiner Sicht ein unerlässliches Mittel.

Nach einer intensiven Frage- und Antwort Runde zu seiner Einführung erfolgte eine „Key Note Address“ durch den Staatssekretär im damaligen Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Hans-Georg Engelke, zum Thema „Sicherheit im Inneren“.

Um der anfangs beschriebenen Orientierungslosigkeit entgegen zu wirken bedürfte es einer verstärkten Entschlossenheit bei den beteiligten Akteuren. Dabei hob er auch die Rolle (des verfassten) Europas hervor. Hier käme es auch auf die Bereitschaft zur Übernahme von Führung an. Darüber hinaus sei die Stärkung der wertebasierten Partnerschaft aus seiner Sicht ein unerlässliches Mittel.

Engelke spannte dabei einen weiten Bogen über den Bereich sicherheitsrelevanter Themen.

Er eröffnete mit Aussagen zur aktuellen Kriminalitätslage. Hier sei die Entwicklung hinsichtlich der Anzahl der Delikte rückläufig, jedoch sei ein qualitativer Umschwung zu verzeichnen. Standen früher

Straftaten, wie Erpressungsdelikte, Raub und Diebstahl im Vordergrund, seien es jetzt Anstiege bei Subventionsbetrug, Verstöße gegen das Infektionsschutzgesetz, sexuelle Missbrauch gegen Kinder und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Weiter wies er auf die Entwicklungen im Bereich des politischen Extremismus hin. Das größere Potential verortete er dabei im Bereich des Rechtsextremismus. Gleichzeitig betrachtete er dabei auch die Bedrohungen durch ausländische Ideologie und religiös motivierten Extremismus. Hier seien die Entwicklungen nicht Besorgnis erregend, dürften aber auch nicht vernachlässigt werden.

Die Entwicklung im Bereich der Spionage und hier insbesondere der Cyber-Spionage sei bedenklich. Neben einem Anstieg der Fälle sei eine zunehmende Professionalisierung im Bereich der Täter zu erkennen. Polizeiliche Gegenmaßnahmen erfolgen bereits, wie es sich jüngst in erfolgreichen Maßnahmen im Bereich des Drogenschmuggels gezeigt hat, jedoch liege hier noch eine große Herausforderung für die Sicherheitsbehörden.

Nachdem er auf die besorgniserregende Entwicklung im Bereich der Rausch-

giftkriminalität eingegangen war gab Engelke noch einen Einblick in die erfolgten Aktivitäten zur Stärkung der Sicherheitsbehörden. Dabei erwähnte er nicht nur die personelle Stärkung, sondern auch die Bemühungen zu einer besseren Verzahnung der unterschiedlichen Akteure im Bereich der Inneren Sicherheit.

Zukünftige Stresstests unserer gesamtstaatlichen Sicherheit

Der außenpolitischen Dimension gesamtstaatlicher Sicherheit widmete sich das Panel 1 der Veranstaltung. Im Vordergrund stand hier die Identifikation der kurz- und mittelfristigen, sowie der grundsätzlichen Herausforderungen in diesem Bereich.

Eine zentrale Feststellung war, dass wir es heute statt mit einer klassischen militärischen Konfrontation eher mit einem bunten Gefahrenmix zu tun haben, der sich auf alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche erstreckt und dem vom Ansatz her multidimensional, vor allem vernetzt und mit einem weiten Maßnahmenbündel begegnet werden muss.

In der Folge wurden drei Herausforderungen der gesamtstaatlichen Sicherheit herausgearbeitet, die uns schon heute betreffen.

Eine zentrale Feststellung war, dass wir es heute statt mit einer klassischen militärischen Konfrontation eher mit einem bunten Gefahrenmix zu tun haben, der sich auf alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche erstreckt und dem vom Ansatz her multidimensional, vor allem vernetzt und mit einem weiten Maßnahmenbündel begegnet werden muss.

Neben der Bedrohung unserer Sicherheit durch Russland und China ständen hier auch nichtstaatliche Akteure und Phänomene, wie der internationale Terrorismus. Eine weitere Herausforderung sei das Thema Migration.

Als zweites Element wurde auf das Spektrum der hybriden Bedrohungen eingegangen. Aktivitäten im Cyber- und Informationsraum gingen hier einher mit der Diskreditierung demokratischer Entscheidungen und Entscheidungsträger. Die Akteure unterziehen Staat und Gesellschaft ganz gekonnt einer Schwachstellenanalyse, um geeignete Angriffspunkte zu finden. Propaganda und Desinformation werden danach auch mittels der sozialen Medien verbreitet.

Der dritte angesprochene Bereich künftiger Sicherheitsherausforderungen die ein hohes Potential haben, zukünftig unsere Welt fundamental zu verändern umfasst unter anderem sogenannte disruptive Technologien, also bahnbrechende Technologien, die gegenwärtige Technologien global und mit hoher Geschwindigkeit vom Markt verdrängen. Als Beispiele hierfür seien angeführt Technologien im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz, Quanten Computing etc.

Das Entwickeln und Beherrschen derartiger Entwicklungen, sowie im Umkehrschluss auch das Verweigern des Zugangs zu diesen Dimensionen technischen Fortschritts wurden als Machtinstrument der Zukunft identifiziert.

Als Reaktion müssen wir uns auf diese Entwicklung vorbereiten und aufstellen, um den Anschluss nicht zu verlieren. Um nicht ins Hintertreffen zu geraten, müssen wir im Bereich technologischer Innovation agil und leistungsfähig bleiben. Die Politik muss dafür die Rahmenbedingungen stellen, damit sich die Innovationskraft deutscher Unternehmer bestmöglich entfalten kann. Die Sicherheitsbehörden müssen in diesem Prozess Risiken frühzeitig erkennen und die Wirtschaft und Politik entsprechend beraten.

Weitere Gedanken, die im Zusammenhang mit ihrem Einfluss auf die gesamtstaatliche Sicherheit erörtert wurden umfassten die Auswirkungen des Klimawandels, das Selbstverständnis Europas als „liberales demokratisches Projekt“, welches mehr und mehr von Kräften außerhalb Europas herausgefordert wird und die zukünftige Rolle und Ausgestaltung des Kapitalismus.

Sicherheit der Gesellschaft als gesamtstaatliche Aufgabe

Das Panel 2 befasste sich mit dem Thema unter Betrachtung der innerstaatlichen Dimension. Als Fallbeispiel dienten dabei in erster Linie die Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19 Pandemie und die Lehren die dazu für die Zukunft aus der Sicht der Panelteilnehmer abzuleiten sind.

Eine zentrale Aussage dazu war die Forderung, aus gesamtstaatlicher Sicht dafür zu sorgen, die Gesellschaft resilienter und stabiler zumachen, um zukünftige Herausforderungen besser meistern zu können.

Eine zentrale Aussage dazu war die Forderung, aus gesamtstaatlicher Sicht dafür zu sorgen, die Gesellschaft resilienter und stabiler zumachen, um zukünftige Herausforderungen besser meistern zu können.

Das würde auch dazu beitragen, die Beeinflussbarkeit von außen, ein immanentes Problem offener demokratischer Gesellschaften, zu mindern. Darüber hinaus gelte es, durch geeignete Maßnahmen, wie z.B. der Reduzierung von Abhängigkeiten, der Vorratshaltung in kritischen Bereichen aber auch einer Rückbesinnung auf die eigenen Werte eine stabile Situation auch in Krisenzeiten zu erzeugen.

Ein weiterer Punkt betraf die Bewertung des Geschehens im Rahmen der Bekämpfung der Pandemie. Hier hatte sich während der Veranstaltung eine vorsichtig positive Haltung entwickelt. Ein Teilnehmer des Panel 2 schloss sich dieser Bewertung ausdrücklich nicht an und wies auf einen erheblichen Nachholbedarf im Bereich der Krisenbewältigung und des Krisenmanagements bei der Bewältigung von Risiken hin. Er erweiterte diesen Punkt um eine weitere Dimension, indem er feststellte, dass wir in einem Wettstreit der Systeme sind und dass andere die Schwachstellen einer liberalen Demokratie insbesondere in der freien Meinungsäußerung, in der öffentlichen Darstellung und in der strategischen Kommunikation ausnutzen werden. Seine Forderungen umfassten deshalb eine ehrliche Risikoanalyse über die Gefahr einer Pandemie hinaus und appellierte dafür, in dieser Sache nicht zur Tagesordnung über zu gehen.

Zur Umsetzung dieser Forderungen waren sich die Panelteilnehmer einig, dass es dazu u.a. einer neuen Organisation zur Bündelung der Aktivitäten bedarf. Denn so die übereinstimmende Meinung: Qualität und Einsatzbereitschaft der Akteure in der deutschen Sicherheitslandschaft seien hoch, es fehle jedoch an einem „Spielsystem“.

An diese Frage entspann sich eine längere Diskussion, wie ein solches Gremium ausgestattet sein sollte, wo es verortet sein müsse und über welche Kompetenzen es verfügen müsse. Hier zeigte sich, dass trotz aller grundsätzlichen Einigkeit doch

Differenzen hinsichtlich einer Schwerpunktsetzung bestehen. Ob es nun um einen reformierten Bundessicherheitsrat geht oder ob entsprechende Gremien eher auf Landesebene verankert werden sollten. Als übergeordnete Erkenntnis schwang jedoch immer die Forderung mit, dass entsprechende Institutionen gut vernetzt sein müssen, in Übung gehalten werden müssen und über entsprechende leistungsfähige Führungssysteme verfügen müssen.

In diesem Zusammenhang wurde die Idee formuliert, zur personellen Durchhaltfähigkeit in Krisensituationen eine zivile Reserve im Sinne eines bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln, um nicht nur materielle, sondern auch entsprechende personelle Ressourcen zur Krisenbewältigung bereit stellen zu können.

Thematisiert wurden auch die bisher existierenden Strukturen zur Krisenbewältigung. Da die Bundeswehr bei der Bekämpfung der Pandemie eine tragende Rolle gespielt hat, kam die Frage auf, inwieweit diese Unterstützung zum Portfolio der Organisation gehört.

In diesem Zusammenhang wurde die Idee formuliert, zur personellen Durchhaltfähigkeit in Krisensituationen eine zivile Reserve im Sinne eines bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln, um nicht nur materielle, sondern auch entsprechende personelle Ressourcen zur Krisenbewältigung bereit stellen zu können.

Ein vorsichtiges Fazit des Panels mündete in der Aussage, dass man bei der Bewältigung dieses Themas nicht bei null beginne. Es sei klar geworden, wo Verbesserungen erfolgen müssen, nun müssten auch die entsprechenden Maßnahmen angegangen werden.

Fazit

In seinen Schlussbemerkungen unterstrich der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft noch einmal, dass es wichtig und richtig war, mit dem Berliner Colloquium 2021 wieder einen Neustart im gegenseitigen Austausch zu wagen.

Das breit angelegte Oberthema hat sich bewährt und bietet großen Raum für weitere Diskussionen zu diesem Thema. Da die Veranstaltung noch vor der anfangs erwähnten Flutkatastrophe, der Entwicklung um die Ukraine und die Neuausrichtung der deutschen Politik in der Folge des Regierungswechsels stattfand, aber die Diskussion zum Thema staatlicher Sicherheitsvorsorge in diesem Kontext neue Nahrung gefunden hat, sicher eine wertvolle Erkenntnis, die die Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft e.V. auch in der Zukunft beeinflussen wird.

Zum Autor: Oberstleutnant a.D Hans-Joachim Gemballa ist der Verantwortliche der Clausewitz-Gesellschaft für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Global oder irrelevant – ist die NATO richtig aufgestellt?

Bericht zur 54. Sicherheitspolitischen Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft

Hans-Joachim Gemballa

Unter der aufgezeigten Fragestellung veranstaltete die Clausewitz-Gesellschaft im September des vergangenen Jahres ihre 54. Sicherheitspolitische Informationstagung. In enger Kooperation mit der Führungsakademie der Bundeswehr wurde die Veranstaltung in hybrider Form durchgeführt.

Kein halbes Jahr später erzeugten die Ereignisse in der Ukraine eine starke und nachhaltige Antwort auf diese Frage. Die Einigkeit und Handlungsfähigkeit der Allianz präsentierte sich in lang nicht gekannter Weise.

Hatte der französische Präsident Emmanuel Macron noch im November 2019 den Hirntod der Organisation diagnostiziert, zeigt sich das Bündnis plötzlich vitaler, als je zuvor.



Der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft eröffnet die Veranstaltung

Von der Verstärkung der Enhanced Forward Presence Battle Groups im Baltikum über die Neuaufstellung vergleichbarer Verbände im Südosten, bis zu der Tatsache, dass Finnland und Schweden nun ernsthaft erwägen dem Bündnis beizutreten reichen die Reaktionen.

Alles Ereignisse, die so zum Zeitpunkt der Tagung noch nicht absehbar waren. Die Rahmenlage stellte sich seinerzeit wie folgt dar.

Kein halbes Jahr später erzeugten die Ereignisse in der Ukraine eine starke und nachhaltige Antwort auf diese Frage. Die Einigkeit und Handlungsfähigkeit der Allianz präsentierte sich in lang nicht gekannter Weise.

Die NATO hatte während des Gipfels im Jahr 2021 bereits versucht, erste Antworten auf die sich damals abzeichnenden Entwicklungen zu finden. Die Geschehnisse, die sich später im Jahr in Afghanistan ereignen sollten, waren zum Zeitpunkt des Gipfels noch nicht absehbar, wemgleich die Situation dort sich bereits zu verschärfen begann. Vor diesem Hintergrund stellt sich sehr wohl die Frage nach der zukünftigen Rolle der

NATO in einer multipolaren Welt, in der insbesondere China eine dominierende Rolle einnehmen wird. Das Verhältnis zu Russland war auf einem Tiefpunkt angekommen und beschäftigte die Gipfelteilnehmer. Weiter Themen des Gipfels, an dem zum ersten Mal auch der neugewählte US-Präsident Joe Biden teilnahm, war es Antworten auf wirtschaftspolitische Herausforderungen einschließlich der Gefährdungen im Cyber-Raum zu finden.

Im Mittelpunkt der Tagung in Hamburg stand die Frage, wie die Bundeswehr auf diese neuen (und nicht so neuen) Herausforderungen reagieren sollte.

Im Wechsel von Vorträgen und Podiumsdiskussionen wurden sowohl internationale als auch deutsche Sichtweisen und Überlegungen dazu beleuchtet. Dabei standen der aktive Diskurs sowohl der Teilnehmer vor Ort als auch durch die Teilnehmer „im Netz“ im Vordergrund.

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Eberhard Zorn, eröffnete die Veranstaltung mit einer Tour d'Horizon, die aktuelle sicherheitspolitische



Der Generalinspekteur der Bundeswehr bei seinem Vortrag

Aspekte beleuchtete. Dabei ging er auf die Situation der NATO in Bezug auf Afghanistan nach dem überstürzten Abzug der westlichen Kräfte ein aus Afghanistan ein. Nach dieser Zäsur, deren Höhepunkt sich erst wenige Tage vor der Veranstaltung in Hamburg ereignet hatte, spielte die NATO aus seiner Sicht dort zukünftig keine Rolle mehr.

Im Weiteren beleuchtete er die Rolle Russlands und die neue Bedeutung Chinas für die Allianz und auch die Bundeswehr, ging dann über auf die Entwicklungen im pazifischen Raum und deren Bedeutung für die Bundesrepublik und ihre Streitkräfte. Dabei hob er unter anderem ab auf die Anwesenheit der deutschen Fregatte Bayern in der Region und erläuterte das Rational der Zusammenarbeit mit den Wertepartnern im indopazifischen Raum.

Viel Raum in seinem Beitrag nahm die Lage im Bereich der personellen und materiellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr, auch in Bezug auf die Stellung der Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) bis in das Jahr 2023 ein.

Bemerkungen zum Eckpunktepapier, sowie den Themen Führungsfähigkeit, Aufklärung und Bevorratung rundeten den Beitrag ab.

Als Fazit bleibt fest zu halten, dass die Dynamik der realen Ereignisse seit dem Februar des Jahres 2022 viele seiner Aussagen zum Zeitpunkt der Tagung mittlerweile überholt haben. In diesem Zusammenhang wird auf den Namensbeitrag des Generalinspektors in dieser Ausgabe des Jahrbuchs hingewiesen, der einen aktuelleren Sachstand vermittelt.

Einen besonderen Beitrag präsentierten Angehörige des Lehrgangs für Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere, die das Ergebnis ihrer Studienergebnisse zum Thema Gegenwärtige Herausforderungen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) vorstellten.

Dieser Beitrag bot einen tiefgehenden Einblick zum Stand und den Herausforderungen der GSVP. Neben einer Darstellung der gegenwärtigen Situation verbunden mit den Schlagworten NATO vs. GSVP, EU-NATO, Auswirkungen des BREXIT und weiteren Fragen, boten die Vortragenden eine Blaupause für die zukünftige Entwicklung einer eigenen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die Clausewitz-Gesellschaft hat sich aus diesem Grund dazu entschlossen, eine aufbereitete Version dieses Beitrags auf den Seiten 26 bis 38 in dieses Jahrbuch aufzunehmen.

Einen besonderen Beitrag präsentierten Angehörige des Lehrgangs für Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere, die das Ergebnis ihrer Studienergebnisse zum Thema Gegenwärtige Herausforderungen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) vorstellten.

Der Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw), Generalmajor Oliver Martin Kohl, setzte sich in seinem Beitrag mit den gegenwärtigen Herausforderungen für die Ausbildung des militärischen Spitzenpersonals an der Akademie auseinander.

Er plädierte für die Ausbildung kriegstauglicher Stabs- und Generalstabsoffiziere, die charakterisiert ist durch eine solide Fachlichkeit, breite Bildung und charakterliche Lauterkeit. Der Mut zum Diskurs ist dabei aus seiner Sicht ein zentrales Merkmal im Selbstverständnis eines Offiziers. Dabei kommt es darauf an, die Bereiche Methoden, Systemverständnis und Persönlichkeit in der Ausbildung zu berücksichtigen. Eng verbunden damit sieht er die Forderung

nach lebenslangem (lehrgangsgebundenen) Lernen. Hier beleuchtete er auch den Bereich des modernen Lernens im Rahmen einer digitalen Ausbildungsakademie.

Zum Abschluss stellte er die Vernetzung der Führungsakademie dar. Dabei hob er unter anderem ab auf die Zusammenarbeit der FüAkBw mit der Helmut-Schmidt-Universität und die Rolle der FüAkBw als Doktrinzentrum (z.B. bei der Erarbeitung des Eckpunktepapiers).

Wichtig war es ihm auch einen Einblick in die Herausforderungen für die Akademie, die durch die COVID Pandemie hervorgerufen wurden, darzustellen. Er betonte, dass es hier eine steile Lernkurve gegeben hätte. Insbesondere die Eigeninitiative der Lehrgangsteilnehmer zunächst mit digitalen „Bordmitteln“, später dann auch in organisierter Form, hätten zu fast bruchfreien Abläufen beigetragen.

Der Beitragsteil des ersten Tages schloss mit dem Beitrag des Direktors des Internationalen Militärstabs der NATO, Generalleutnant Hans-Werner Wiermann. Er behandelte das Thema unter der Frage „NATO 2030“: Wie entwickelt sich die NATO weiter?

Er begann mit einem kurzen historischen Abriss.

Als die Bundeswehr aufgestellt wurde, befanden wir uns mit der NATO im Kalten Krieg. Der militärische Auftrag war klar, gefährlich, aber deutlich umrissen. Der Auftrag war kollektive Verteidigung. Die NATO-Kommandostruktur hielt die Bündnispartner zusammen und jeder Soldat kannte seine Rolle innerhalb des General Defense Plan (GDP).

Diese Phase NATO 1.0 endete im Jahr 1989. Er beschrieb die damals einsetzende Diskussion, ob und wenn ja in welchem Umfang Streitkräfte überhaupt noch benötigt würden.

Die Entwicklungen auf dem Balkan führten dann vor Augen, dass die Gewalt noch nicht einmal aus dem Zentrum Europas verschwunden war. Und plötzlich erschallte wieder der Ruf nach militärischem Eingreifen.

Und damit erfolgte der Eintritt in die Phase der NATO 2.0, die im Grunde schon im Jahre 1989 begonnen hatte. Diese Phase der NATO 2.0 endete 2014 mit der Annektierung der Krim durch Russland. Und plötzlich war die Veränderung von Grenzen in Europa durch den Einsatz militärischer Mittel wieder auf der Tagesordnung.

Das leitete über in die NATO 3.0. Diese kennzeichnet sich dadurch, dass wir nicht mehr den „Luxus“ haben, uns entweder auf Verteidigung oder auf Krisenmanagement zu konzentrieren. Denn wir werden künftig beides tun müssen.

In der Zeit der NATO 2.0 haben wir drei strategische Konzepte gesehen, die alle politisch bestimmt waren aus gut nachvollziehbaren Gründen. Das letzte, aus dem Jahre 2010, enthält noch der Satz, dass Russland ein potentieller strategischer Partner ist. Daraus entsteht momentan die Herausforderung, ein neues bzw. aktualisiertes strategisches Konzept zu schreiben.

Das letzte, aus dem Jahre 2010, enthält noch der Satz, dass Russland ein potentieller strategischer Partner ist. Daraus entsteht momentan die Herausforderung, ein neues bzw. aktualisiertes strategisches Konzept zu schreiben.

Anschließend beschrieb er. Jahrelange Anpassung von Truppenstrukturen unter dem Gesichtspunkt der Durchhaltefähigkeit in Einsatzgebieten, Stäbe ohne die entsprechende Unterfütterung mit Kräften und Material, das auf Aufgaben im Rahmen des Krisenmanagements optimiert wurde erzeugen seiner Aussage nach nun ein planerisches Dilemma hinsichtlich der Fähigkeiten für Krisenmanagement versus denen für die kollektive Verteidigung.

Dabei betonte er, dass er bisher noch weitgehend auf das alte Kriegsbild abgehoben hatte. Neue Herausforderungen entstünden dadurch, dass nun neben der alten Einteilung der Streitkräfte in Heer, Luftwaffe und Marine neue Bereiche (Domains), wie Weltraum und Cyberspace dazu gekommen seien. Die Effekte, die durch diese multi-domain-operations erzeugt werden, seien bisher in ihrer Gänze noch gar nicht absehbar.

Jedoch auch hier gäbe es auf dem Weg vom Industrie- zum Informationszeitalter erheblichen Verbesserungsbedarf durch eine umfangreiche und tiefgehende Digitalisierung zur Optimierung der Abläufe.

Im Anschluss ging er auf die NATO-Kommandostruktur ein, die aus seiner Sicht ein wertvolles Instrument ist, den vor uns liegenden Aufgaben zu begegnen. Insbesondere die Tatsache, dass die beteiligten Nationen tagtäglich Personal bereit

stellen, dass in den entsprechenden Stäben und Hauptquartieren zusammen arbeitet, das sei ein hohes Gut.

Jedoch auch hier gäbe es auf dem Weg vom Industrie- zum Informationszeitalter erheblichen Verbesserungsbedarf durch eine umfangreiche und tiefgehende Digitalisierung zur Optimierung der Abläufe.

Schließlich thematisierte er eine weitere strategische Frage, und zwar den zukünftigen Umgang mit China, das sich zu einem „Competitor“ entwickelt habe. Vor einer Dekade noch eher zurückhaltend sei die Strategie nun eher fordernd.

Eingedenk der vielfältigen Abhängigkeiten nicht nur der Europäer, sondern auch der Amerikaner sei die Frage des Umgangs von erheblicher Bedeutung.

Neben den oben angesprochenen Themen gebe es allerdings auch noch andere strategische Fragen, mit denen die NATO sich befasse, so etwa das Thema des Klimawandels. Die NATO möchte die leitende Organisation werden in der Diskussion, welche Auswirkungen hat der Klimawandel auf sicherheitspolitische Entwicklungen und die Sicherheitslage weltweit.

Zum Ende seines Beitrags wollte er auch einer anderen Frage nicht ausweichen, und zwar der Frage, wie man mit den Lehren umgehe, die aus Afghanistan gezogen wurden. Dabei schlug er einen weiten Bogen, der von den Anfängen des Engagements in Afghanistan mit den Petersberg-Konferenzen bis zu den Anhörungen amerikanischer Generäle und des Verteidigungsministers zur amerikanischen Führerschaft reichte.



Die Panelteilnehmer

Sein persönliches Fazit war nicht pessimistisch, wenn er für sich festhielt, dass man 20 Jahre dafür gesorgt habe, dass eine Generation Bildung und westliche Werte erfahren durfte. Diese Generation sei nicht alt genug, um jetzt den politischen Wandel in Afghanistan herbeiführen. Das sehe man ganz deutlich. Aber

er glaube nicht, dass die Taliban es leicht haben werden, diese Generation ohne weiteres in die steinzeitliche Situation der Scharia zurückzuführen. Das wird möglicherweise zu Konsequenzen führen in fünf oder zehn Jahren und viele werden es dann nicht mehr mit dem Einsatz der NATO in Verbindung bringen. Er schon.

Der zweite Tag der Veranstaltung begann mit einem Panel zur aktuellen sicherheitspolitischen Bedrohung im hybriden Raum. Dr. Martin Wolff, Vorsitzender des Clausewitz-Netzwerks für Strategische Studien (CNSS) und zwei weitere Panelteilnehmer widmeten sich dem Thema aus unterschiedlichen Perspektiven .

Wolff versuchte zunächst das Thema unter Zuhilfenahme historischer Vergleiche für die Zuhörer greifbar zu machen. Die Entdecker des 15. Und 16. Jahrhunderts so seine Darstellung, verließen die alte Welt mit ihrem bestehenden Rechtsrahmen und betraten die neue Welt mit einem noch unregulierten Rechtsraum. Ähnlich sei das heute auch mit hybriden Konflikten.

Unser Konzept von Krieg sei normativ und an rechtliche Rahmenbedingungen gebunden. Damit war bisher die Einhegung des Krieges gewährleistet. Wenn dieses Konzept nun durchbrochen wird, ist es möglicherweise schwer zu erkennen ob es sich um einen Krieg im hergebrachten Sinne handelt. Was ist, wenn es ein Krieg ist, den wir nicht als Krieg im klassischen Sinn bezeichnen können? In solch einer Situation wird es schwer, entsprechende Wirkmechanismen in Gang zu setzen und Zuständigkeiten zuzuordnen.

In der Folge versuchten die Panelteilnehmer Antworten auf die Frage zur Bedrohung im hybriden Raum zu entwickeln. Wie sehr dieses Thema das Auditorium beschäftigt, zeigte die anschließende, lebhaftige Diskussion.

Den Abschluss der Vortragsreihe des zweiten Tages lieferte Generalleutnant Andreas Marlow, seinerzeit der Kommandeur des Deutsch/Niederländischen Korps (DEU/NLD Corps), mit seinem Beitrag zu zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen, insbesondere aus seiner Perspektive als Kommandeur eines NATO High Readiness Corps.

Nach einer Beschreibung der Einordnung des DEU/NLD Corps in die NATO Force Structure thematisierte er im Rahmen einer 360°-Bedrohungsanalyse auch Aspekte wie die latente Bedrohung durch Russland, hybride Kriegsführung und anderes. Insbesondere erläuterte er jedoch die Kernaufgaben des DEU/NLD Corps hinsichtlich der NATO-Einsatzplanung, als Trainingsplattform, im Rahmen des Comprehensive Approach und im Bereich Entwicklung und Experimentation. Wichtig war es ihm darauf hinzuweisen, dass er vor der umfassenden Herausforderung steht, das Korps im Rahmen des NATO Long Term Commitment Planning fit zu machen für die Kriegsführung gegen einen gleichwertigen Gegner.

Der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Carsten Jacobson, zog zum Ende der Veranstaltung ein positives Fazit. Die 54. Sicherheitspolitische Informationstagung konnte trotz der herrschenden widrigen Rahmenbedingungen in einer Mischung aus hybrider und Präsenzveranstaltung durchgeführt werden. Das bot den Teilnehmern die Gelegenheit, sich aktiv mit den Vortragenden auseinander zu setzen und die dargebotenen Inhalte in den jeweiligen Diskussionsrunden zu vertiefen.

Insbesondere der technische Aufwand war nicht unerheblich, konnte jedoch durch die konstruktive Unterstützung der FüAkBw gemeistert werden. Letztendlich war die Tagung somit ein Gewinn.

Zum Autor: Oberstleutnant a.D. Hans-Joachim Gemballa ist der Verantwortliche der Clausewitz-Gesellschaft für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

SCHWERPUNKTE DER CLAUSEWITZ-GESELLSCHAFT FÜR DAS JAHR 2022

Es fällt schwer, Worte zu finden für die sich überschlagenden Ereignisse unserer Zeit. Als wir begannen, dieses Jahrbuch zu konzipieren, ging es in der Diskussion und in der Zielsetzung für die vor uns liegende Arbeit noch sehr stark um die Nachbereitung des Einsatzes in Afghanistan, die Auswirkungen dieses Engagements auf die Streitkräfte und Frage, wie es weitergehen sollte. Im Hintergrund standen die Maßnahmen der NATO gegenüber einer zunehmend aggressiveren russischen Politik, der erforderlichen Reaktion des Bündnisses und deren praktische Umsetzung, zum Beispiel durch Air Policing, in der „Enhanced Forward Presence“ und mit der „Very High Readiness Joint Task Force“.

Noch als die Gewitterwolken im Januar über Osteuropa aufzogen, konnte sich kaum jemand vorstellen, wie weit die russische Führung bereit wäre, zu gehen. Es wurde diskutiert und gewarnt, erste Hilfsmaßnahmen für die Ukraine liefen an, aber echte Warnungen zu einem unmittelbar bevorstehenden Angriff kamen nur aus den Vereinigten Staaten. Erst mit dem Aufbau grenznaher Logistik, inklusive von Sanitätseinrichtungen, verdichtete sich das Bild, es könne sich wohl doch um mehr als nur ein Großmanöver handeln.

Viele Staatsmänner sind in diesen Tagen nach Moskau gereist, um Präsident Putin über den langen weißen Tisch hinweg zu warnen, zum Teil auch zu bitten, von einer Aggression abzusehen. Dabei wurden die Lügen Putins und Lawrows immer deutlicher und dreister.

Und dann ging zum Ende Februar alles ganz schnell. Der Anerkennung der abtrünnigen Gebiete im Donbass durch Russland folgte ein Beistandsabkommen noch am selben Tag, eine Bitte um Hilfe, eine Brandrede historischer Märchen durch Präsident Putin, wilde Beschuldigungen an die Regierung in Kiew und dann, am 24. Februar, der Beginn eines in jeder Hinsicht völkerrechtswidrigen Angriffskrieges, sowie das praktisch sofortige Ausarten dieses Krieges in eine Serie schwerster Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Auch öffentlich tat Russland das, was es schon Jahre getan hat: Ob in Moskau oder New York, immer das gleiche Lied – das ist gar kein Krieg, das stimmt alles nicht, das waren wir nicht, die Amerikaner sind an allem schuld.

Und so zieht sich der Krieg, beim Verfassen dieses Ausblicks, nun schon über 2 Monate hin, und kein Ende ist in Sicht.

Die erste Überraschung war die Stärke und Führungskraft des jungen ukrainischen Präsidenten. Sein Satz: „Ich brauche kein Taxi, ich brauche Munition“ wird mehr in die Geschichtsbücher eingehen als Putins Aussagen zu russischer Geschichte und russischem Kriegsgrund.

*„Ich brauche kein Taxi,
ich brauche Munition“*

Die zweite Überraschung war die sich rasch abzeichnende Schwäche der gewaltig übermächtigen russischen Armee. Was zunächst wie Fehler in der Logistik aussah, stellte sich rasch auch als Fehler in der Führung und nicht zuletzt als Mängel in der Konstruktion verschiedener Waffensysteme heraus. Mit langen Reihen zerstörter russischer Kampfpanzer ohne Turm hatte wohl kaum jemand gerechnet.

Die dritte Überraschung war die Standfestigkeit und Zähigkeit der ukrainischen Armee und der ukrainischen Bevölkerung. Außerhalb des Kontrollbereichs des russischen Staates über die Medien entdecken inzwischen zunehmend auch russischstämmige Ukrainer, was gut und was falsch ist. Leider trifft das für viele andere Auslandsrussen nicht zu, wie wir es auf unseren Straßen erleben.

Gleich zu Beginn des Krieges öffnete Putin die Kiste militärischer Folterwerkzeuge, zum Teil als reale Einsatzmittel, aber zugleich auch um dem Westen zu zeigen, was da so alles im Arsenal war. Neben thermobaren Waffen und Streumunition ging es dabei vor allem um eines: Die Vorführung der Wirkung hyperschneller Raketen. Um ein Haus in einer Stadt in Reichweite der eigenen Luftwaffe und zum Teil der eigenen Artillerie zu treffen braucht man diese Waffen eigentlich nicht – wohl aber, um die Einsatzbereitschaft des Systems vorzuführen. Und natürlich macht es nachdenklich, wie verwundbar militärische und zivile Kernfähigkeiten gegen diese Systeme sind, die 1.000 km in 10 Minuten überwinden.

Besorgniserregend ist auch die rasch wachsende Zahl der Kriegsvagabunden, die in die Ukraine ziehen, um zu töten. Wir kennen das vom Balkan, dem Irak und aus Afghanistan – eine kaum zu kontrollierende Zahl von Hasardeuren voller Mordlust. Aus meinem ersten persönlichen Einsatz in SFOR 1 in Sarajewo kann ich mich an die Bilder der „Sniper Alley“ gut erinnern.

Flüchtlingsmengen strömen durch ganz Europa, für Präsident Putin sind sie ganz sicher ein Mittel der Kriegsführung im hybriden Krieg. Um Menschen in die Flucht zu treiben muss man sie verunsichern und verängstigen, beides ge-

lingt den Russen nach Jahren der Übung in Tschetschenien, in Georgien, auf der Krim, in der Ostukraine und in Syrien ganz gut.

Alle Regeln des Völkerrechts werden gebrochen, Kriegsverbrechen werden nicht nur zugelassen, sondern auch aktiv veranlasst (Beispiel Mariupol). Zugleich wird mit übermächtiger staatlicher Gewalt und Desinformation die russische Bevölkerung vom Hinterfragen abgehalten. Putin, Medwedew und Lawrow, sowie ihr von ihnen abhängiges Gefolge wissen nur zu gut, dass die eigentliche Gefahr nicht aus Den Haag kommt, sondern von der eigenen Straße droht.

*Alle Regeln des Völkerrechts werden gebrochen,
Kriegsverbrechen werden nicht nur zugelassen,
sondern auch aktiv veranlasst*

Je länger der Krieg nun dauert, je weniger sich klare Erfolge zeigen, desto nervöser wird die russische Führung dementsprechend. Die Töne werden immer schriller, die Drohungen immer wilder und die Erklärungen immer absurder. Natürlich schmerzt es in Moskau, dass der sich weiter nicht abzeichnende Erfolg der Aggression einen zunehmend hohen Preis hat.

Diejenigen, die man einschüchtern, verängstigen und spalten wollte, sind einiger als je zuvor – NATO und EU. Die NATO ist nicht weniger attraktiv geworden, genau das Gegenteil ist der Fall. Das wirtschaftliche Russland, dessen Reichtum sich überwiegend aus seinen Rohstoffen nährt, ist auf der schiefen Bahn – abwärts. Die Erkenntnis, dass fossile Brennstoffe in 20-30 Jahren eine deutlich geringere Rolle bei der Energiegewinnung spielen werden, mag den Zeitpunkt mitbestimmt haben, den Schritt in den Krieg zu wagen - aber nun beschleunigt sich die Unabhängigkeit des Westens von russischen Energieträgern dramatisch. Und China und Indien werden für Gas, Öl, Kohle und Holz sicher nicht mehr zahlen, als es der Westen getan hat.

Es ist müßig, zu diskutieren, wo in der Vergangenheit gerade auch in Deutschland politische Fehler gemacht und grundsätzlich falsche Annahmen als Grundlage eigenen Handelns herangezogen wurden. Wir stehen heute, wo wir stehen, und es gibt eine ganze Menge nachzuholen. CDU, CSU, FDP und SPD haben in den vergangenen zwei Dekaden in wechselnder Konfiguration Verantwortung getragen für die drastische Unterfinanzierung der Streitkräfte, für Versäumnisse in der inneren Sicherheit, in der Bildung, im Krankheits- und Gesundheitswesen. Die elementaren Grundaufgaben des Staates – Äußere und Innere Sicherheit, Energiesicherheit, Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Sta-

bilität, Jugendförderung – wurden um den Heiligen Gral der schwarzen Null bis an den Rand des Vertretbaren und zum Teil darüber hinaus vernachlässigt.

Was zu diskutieren ist, wie es weitergehen soll. Hier sind auch wir als Gesellschaft in unserem Selbstverständnis gefordert. Welche Rolle spielen Streitkräfte in der Sicherheitsvorsorge des Staates von morgen? Welche Entscheidungsgänge, Prozesse und Verfahren müssen unter den neuen Rahmenbedingungen beendet, geändert, angepasst oder beschleunigt werden? Welche gemeinsamen sicherheitspolitischen strategischen Ziele definieren die NATO der Zukunft? Was sind Deutschlands sicherheitspolitische Interessen im globalen Wettstreit? Welche globalen Veränderungen folgen den Lehren aus Corona und russischer – wie wohl auch chinesischer Expansionspolitik?

Die elementaren Grundaufgaben des Staates – Äußere und Innere Sicherheit, Energiesicherheit, Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Stabilität, Jugendförderung – wurden um den Heiligen Gral der schwarzen Null bis an den Rand des Vertretbaren und zum Teil darüber hinaus vernachlässigt.

Für Historiker zeichnet sich ein neues wissenschaftliches Feld ab, das auch für die Arbeit der Führungsakademie und der Clausewitz-Gesellschaft von Interesse ist:

Es ist zu analysieren, wie das Regime Putin über 20 Jahre den derzeitigen Konflikt bis an die Grenze eines Weltkrieges vorbereitet hat. Das sind die Operationslinien Aufbau der Streitkräftefähigkeiten - Beeinflussung nahezu aller demokratischer Wahlen im Westen, mit Schwerpunkt USA und Deutschland – Maskirowka im gesamten Informationsspektrum – bewusstes Erzeugen von wirtschaftlichen Abhängigkeiten – „Nadelstichoperationen“ und austesten westlichen Widerstandes – Destabilisierung von NATO und EU wo immer möglich – Deutliche Drohgebärden, militärisch und im politischen Bereich – Schwächung der Vereinten Nationen - etc.

Mit Blick auf diese Operationslinien stellt sich zu Beginn der Lagefeststellung gleich die Frage, was denn das Ziel ist, das Ziel Wladimir Putins und / oder das Ziel Russlands. Ist es die Ukraine? Meines Erachtens zu kurz gesprungen.

Sind es die alten Sowjetrepubliken, ggf. ohne Baltikum? Wie groß ist der Hunger des Bären? Und über wieviel Fähigkeiten verfügt er, diesen Hunger zu stillen?

Oder reden wir über einen schwerkranken Mann, dem die Zeit nach ihm egal ist, und der immer noch alle Zügel in der Hand hält?

Fest steht wohl: Beenden kann den Krieg nur einer: Wladimir Putin. Und Frieden schaffen können wir nur ohne einen: Wladimir Putin.

Dies sind unsere Themen, wenn wir in die sicherheitspolitischen Diskussionsforen wieder einsteigen. Wir haben es seit 2 Jahren gesagt, aber nun wird es umso wichtiger: Der sicherheitspolitische Dialog ist zwingend notwendig. Ich freue mich darauf.

Allen Lesern dieses Jahrbuches wünsche ich ein gutes Jahr 2022, und hoffentlich eine zweite Jahreshälfte, die nicht erneut durch die Pandemie bestimmt wird.

Ich bin mit herzlichen Grüßen an Sie und Euch alle!

Carsten Jacobson
Generalleutnant a.D.
Präsident der Clausewitz Gesellschaft

Bildnachweis

Seite	Quelle/Urheber
18	PAO EFP; Fotograf(in): o. Ang.
20	Bundeswehr/Carl Schulze
24	Bundeswehr; Fotograf(in): o. Ang.
40	Wikimedia Commons/gemeinfrei; File:Westfaelischer Friede in Muenster (Gerard Terborch 1648).jpg
60	Wikimedia Commons/gemeinfrei; EU27-2020 on a globe.svg, S. Solberg J., Kolja21, Masterdeis/ abgeleitetes Werk: Kolja21
71	picture-alliance/ dpa / epa Adrian Bradshaw; Bild 15866867
77	"picture alliance/dpa/Russian Defence Ministry; Bild: 275575150"
84	Wikimedia Commons/gemeinfrei; File:F-35A flight (cropped).jpg; U.S. Air Force photo by Master Sgt. Donald R. Allen - http://www.dvidshub.net/image/935698/aerial-refueling-f-35-lightning-ii-joint-strike-fighters-eglin-afb-fla#.UZyEMrVU8QY
97	Ministry of Defense website https://www.mod.go.jp/en/article/2021/12/118e08bebd5f6707fb9f43ebdab4ee8df7a61851.html
97	Japanese Maritime Self Defense Forces (JMSDF)
106	Bundeswehr/Sebastian Wilke
107	Foto: Autor
108	Foto: Autor
109	https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ehrenkreuz_Bundeswehr_Tapferkeit_1.jpg ; CC BY-SA 3.0; Eigenes Werk: Flophila88
115	Bundeswehr/Marc Tessensohn
117	Bundeswehr/Roland Alpers
118	Bundeswehr/Tom Twardy
121	Bundeswehr/Gabriel Marterer
122	Copyright Streitkräftebasis
126	Wikimedia Commons/gemeinfrei; File:Carl von Clausewitz.PNG; Carl von Clausewitz nach einem Gemälde von Karl Wilhelm Wach (um 1818); Karl Wilhelm Wach - http://www.nodulo.org/ec/2007/n066p13.htm
127	Wikimedia Commons/gemeinfrei; Immanuel Kant, 1791 (Gemälde von Gottlieb Doeblen. Zweite Ausführung für Johann Gottfried Kiesewetter, 1795); Gottlieb Doeblen - http://www.philosovieth.de/kant-bilder/bilddaten.html

Seite	Quelle/Urheber
129	Bundesarchiv Bild 183-H 28195 / Fotograf(in): o. Ang.
140	General William Westmoreland... Quelle: Alpha Stock/Alamy Stock Foto
154	Wikimedia Commons/gemeinfrei; US Government, Military Power 1985
154	Lautsch / Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr © 06601-07
155	Lautsch / Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr © 06022-05
156	Lautsch / Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr © 06026-15
157	Ministerium für Nationale Verteidigung, Deim, überarbeitet durch Siegfried Lautsch
158	Lautsch / Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr © 06027-13
160	Lautsch / Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr © 09151-01
161	Deim/Kampe, Kampe, Schubert, Die militärische Bedrohung der DDR
162	Copyright, Co-Autor Siegfried Lautsch
165	Archiv Siegfried Lautsch
166	Bundesarchiv-Militärarchiv - VA-01/29554 überarbeitet durch Lautsch
167	Bundesarchiv-Militärarchiv - VA-01/29554 überarbeitet durch Lautsch
169	Bundesarchiv-Militärarchiv - VA-01/ 29554 überarbeitet durch Lautsch
173	Lautsch / Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr © 06444-06
174	Lautsch / Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr © 06023-17
175	Bundesarchiv-Militärarchiv - VA-01/29554 überarbeitet durch Lautsch
176	Bundesarchiv-Militärarchiv - BH 8/3 G3 GDP 3. PzDiv mit Einar- beitungen durch Lautsch
177	Bundesarchiv-Militärarchiv - VA-01/29554 überarbeitet durch Lautsch

Seite	Quelle/Urheber
178	Bundesarchiv-Militärarchiv - VA-01/29554 überarbeitet durch Lautsch
179	Lautsch / Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr © 06443-07
179	Lautsch / Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr © 05515-04
181	Lautsch / Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr © 05518-09
183	Archiv Siegfried Lautsch
202	Bundesarchiv Bild 183-R73149 / Fotograf(in): o. Ang.
213	Bundesarchiv Bild 183-V01726 / Fotograf(in): o. Ang.
226	Copyright: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ)
227	Copyright: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)
234	Copyright: Amtes für Heeresentwicklung (AHEntwg)
243	Wikimedia Commons/gemeinfrei; File:Coat of arms of the Kosovo Force.svg; https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=11553842 ; Autor: Madboy74
253	Clausewitz-Gesellschaft e.V./Fotograf: Erich Becker
259	Pressestelle FüAkBw/Fotograf: Katharina Roggmann
260	Pressestelle FüAkBw/Fotograf: Katharina Roggmann
264	Pressestelle FüAkBw/Fotograf: Christian Gelhausen

